



1904 · I. BAND

1. HEFT · JANUAR

JULIUS BRUHNS · EIN EHRLICHER VERSUCH · EINIGE BEMERKUNGEN ZU DEN PREUSSISCHEN LANDTAGS- WAHLEN

Ich will, dass wir zunächst wenigstens mal einen ehrlichen Versuch machen. Misslingt der Versuch, dann werden auch die eifrigsten Anhänger der Wahlbeteiligung von selbst ein zweites Mal sich der Wahl enthalten.« So sagte Bebel auf dem Mainzer Parteitag /1900/ als Referent über die Frage unserer Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Vor wenigen Wochen nun ist dieser ehrliche Versuch gemacht worden, und wir stehen jetzt vor der Frage: wie ist dieser Versuch ausgefallen? Unsere Gegner sind einig in der Überzeugung, dass die socialdemokratische Partei bei den jüngsten Landtagswahlen in Preussen sehr schlecht abgeschnitten habe. Nur ganz schüchtern möchte sich in einigen gegnerischen Blättern die Meinung geltend, dass die Resultate dieses ersten Versuchs der Socialdemokratie auf einem bisher ganz unbekanntem Kampfgebiete doch recht beachtenswert seien. Aber das Urteil unserer Gegner, die nun schon daran gewöhnt sind, immer und immer wieder über socialdemokratische Wahlsiege berichten zu müssen, kann für uns in diesem Falle nicht massgebend sein. Kommen für uns doch bei der Beurteilung neben der Frage des äusseren Erfolges auch Imponderabilien von grosser Bedeutung in Betracht, die richtig zu bewerten den Gegnern naturgemäss die Fähigkeit fehlt.

Jedoch auch in den Kreisen der Parteigenossen ist die Ansicht durchaus nicht allgemein, dass wir mit dem Ergebnis des ersten ehrlichen Versuchs sehr zufrieden sein könnten. Ja, in führenden Organen der Partei wird ganz unverhohlen der Unzufriedenheit mit dem Resultate dieses Versuchs Ausdruck gegeben. So spricht Genosse Kautsky in der *Neuen Zeit* von den »sehr mageren und problematischen Resultaten«, meint, dass der Sturm auf das Wahlsystem misslungen sei, und behauptet, dass das Dreiclassenwahlsystem sich in der glänzendsten Weise auch gegenüber dem energischen

Ansturm der *Dreimillionenpartei* bewährt habe. Auch Kautsky bedauert nicht, dass das Experiment unternommen wurde, und sieht keine Veranlassung, so wenig wir auch erreicht haben, nun etwa den Cöner Beschluss wieder zu erneuern. Aber er meint doch, dass wir jetzt aufs neue zu erwägen hätten, ob wir fernerhin die allgemeine Teilnahme der Genossen an den Landtagswahlen fordern, oder den einzelnen Wahlkreisen die Entscheidung überlassen sollen, ob sie sich beteiligen wollen. Die *Leipziger Volkszeitung* spricht direct von einem Misserfolg der Socialdemokratie. Den bürgerlichen Parteien sei ja die Beteiligung der Socialdemokratie im höchsten Grade unangenehm und peinlich gewesen, aber schliesslich sei es doch kein politischer Lebenszweck, sich den Gegnern widerwärtig zu machen. Das Blatt will unsere Wahlbeteiligung in Zukunft auf gewisse Wahlbezirke localisiert und darauf die ganze Energie der Partei concentrirt wissen. Ähnlich pessimistisch urteilten einige andere Parteiblätter, und auch in Parteiversammlungen sind derartig absprechende Urtheile über die Resultate unseres ersten grösseren Versuchs der Beteiligung gefällt worden.

Finden diese Urtheile nun eine Stütze in dem, was tatsächlich erzielt wurde? Ich glaube das verneinen zu dürfen, ohne besonders optimistisch zu erscheinen. Mancher Genosse ist heute noch so im Banne seiner Gegnerschaft zur Wahlbeteiligung, dass es ihm unmöglich ist, das erzielte Resultat des ersten Versuchs unbefangen zu beurteilen. Bei anderen Genossen wieder entwickelten sich in der Hitze des Wahlkampfes Hoffnungen auf einen Erfolg, wie sie unter den nun einmal gegebenen Verhältnissen unerfüllbar bleiben mussten. Die unausbleibliche Enttäuschung aber liess dann auch das tatsächlich Erzielte viel geringer erscheinen, als es wirklich ist.

Haben die Anhänger der Beteiligung denn in der Tat, wie Kautsky annimmt, von diesem ersten ehrlichen Versuch den grossen Erfolg, den energischen Ruck nach links erwartet, der den Kampf gegen das Dreiclassenwahlsystem erfolgreich zu gestalten, das System zu erschüttern vermöchte? Nein! Einzelne Genossen sprachen allerdings von der Möglichkeit, unter ganz bestimmten Voraussetzungen den reactionären Parteien des Landtags 80 bis 100 Mandate zu gunsten des Freisinns entreissen zu können. Die grosse Mehrheit der Beteiligungsfreunde urteilte jedoch ganz erheblich nüchterner. Ich erinnere hier zum Beispiel an Auers Referat über die Frage der Beteiligung auf dem Hamburger Parteitag /1897/, in welchem es heisst: »Wenn wir sehen, von wie wenig Stimmen für uns so ausserordentlich wichtige Fragen [im Landtage] abhängen, dann müssen wir uns doch sagen, dass unsere Stellungnahme nicht bloss davon dictiert werden kann und darf, ob wir 50 oder 100 Abgeordnete solcher Parteien durchbringen, die uns sympathischer sind, als die jetzige Mehrheit, sondern es ist sogar die Frage, ob es uns gelingt, ein Dutzend durchzubringen, von grosser Bedeutung; ich betone ausdrücklich: nicht ein Dutzend Socialdemokraten, sondern ein Dutzend Vertreter solcher Parteien, die uns lieber sind, als die Sorte, die jetzt das grosse Wort führt.« Das klang gewiss nicht grosssprecherisch und entsprach jedenfalls der Ansicht der übergrossen Mehrheit derer, die für die Beteiligung waren. Freilich, selbst das ist nicht erreicht worden, aber nicht durch unsere Schuld. Es hätte erreicht

werden können, wenn das nicht durch das bekannte jämmerliche Verhalten der Freisinnigen bei den Abgeordnetenwahlen in mehreren Kreisen verhindert worden wäre. Viel mehr jedoch hätte erreicht werden können, wenn der Mainzer Parteitag die ursprüngliche Resolution Bebel angenommen hätte, die lediglich die Verpflichtung zur Beteiligung an der Landtagswahl aussprach. Um den Gegnern der Beteiligung die Sache etwas weniger unangenehm zu machen, wurde bekanntlich die Bestimmung hineingebracht, dass die Beteiligung »mit eigenen Wahlmännern« stattfinden müsse. Damit war die Möglichkeit, mit bürgerlichen Parteien ein Bündnis zu schliessen, die Kräfte zum Kampf gegen die Reaction im einzig geeigneten Augenblick, bei den Urwahlen nämlich, zu *concentrieren*, aufgehoben. Zur Freude der Conservativen etc. waren nun Socialdemokraten und Liberale gezwungen, in getrennten Heeren nicht nur gegen die Reactionäre, sondern auch gegen einander zu kämpfen. Und notwendigerweise musste unsere ausschliesslich selbständige Beteiligung, unsere Ablehnung jedes Compromisses mit bürgerlichen Parteien schon bei den Urwahlen, zu jener Pressionspolitik gegen den Freisinn führen, deren vollständiges Fiasco wir jetzt allerdings nicht bestreiten können. Ob der Liberalismus auf ein solches Bündnis bei den Urwahlen, auf die Aufstellung gemeinschaftlicher Wahlmännerlisten in einer grösseren Zahl von Landtagswahlkreisen, eingegangen wäre, ist ja nach den in den letzten Jahren, insbesondere mit dem Richterschen Freisinn Flügel, gemachten Erfahrungen sehr fraglich. Das aber ist hier auch nebensächlich, denn hier handelte es sich zunächst darum, dass wir selbst die Grundbedingungen für die Möglichkeit eines solchen Bündnisses schaffen mussten. Das haben wir in Mainz nicht getan, vielmehr das Gegenteil, obwohl, wie gesagt, auch Genossen dazu geneigt waren, wie Bebel, der in seinem Referate wörtlich sagte: »So liegen die Dinge nicht, dass wir nicht die Hilfe der entschiedenen bürgerlichen Elemente für unseren eigenen politischen Befreiungskampf gebrauchen könnten.« Freilich hatte damals das Wort von der *einen reactionären Masse* nicht ganz das gewaltige Gewicht, das ihm jetzt, nach den Dresdener Tagen, in manchen Parteikreisen wieder verliehen wird. Konnte doch bei der Beratung der Beteiligungsfrage auf dem Hamburger Parteitage die gewiss nicht im Geruche des *Opportunismus* stehende Genossin Zetkin unter grossem Beifall sagen: »Die Bourgeoisie — wenn wir absehen von Capitalmagnaten, wie Krupp und Stumm, die sich auch bei feudalen Zuständen wohlfinden und sich zu feudaler Beschränktheit zurückentwickelt haben — braucht ein gewisses Mindestmass von politischer Freiheit, um ausbeuten zu können. Es ist Pflicht der Socialdemokratie, dieses Mindestmass von Freiheit mit erringen zu helfen, nicht der Bourgeoisie zu liebe, sondern im eigenen Classeninteresse.« Und wo wäre die Notwendigkeit, dieses *Mindestmass von Freiheit* zu schaffen, wohl dringender, als in Preussen?

Nachdem wir uns also selbst die Möglichkeit, jenen *energischen Ruck nach links* im preussischen Landtage zu verursachen, genommen hatten, dürften wir nach dieser Richtung hin nicht viel mehr erwarten und haben auch nicht viel erwartet, so dass in dieser Beziehung von Enttäuschungen nicht die Rede sein kann. In anderer Beziehung aber haben sich die an

unsere Beteiligung geknüpften Erwartungen nicht nur erfüllt, sie sind zum Teil weit übertroffen worden. Ich nenne hier vor allem den glänzend geführten Nachweis, dass wir auch unter dem Dreiclassenwahlsystem Mandate aus eigener Kraft erringen können. Die Gegner der Beteiligung hatten das auf das allerentschiedenste bestritten. Unser alter Liebknecht erklärte in Hamburg: »Durch eigene Kraft Mandate zu gewinnen, ist undenkbar!« Und ihm schlossen sich fast alle Berliner Redner an. Adolf Hoffmann sagte auf dem Hamburger Parteitage wörtlich: »Sie können ebenso gut beschliessen, einen Abgeordneten in den Mond zu schicken, er wird auch nicht hinauf kommen!« Selbst die dritte Abteilung würde man in Berlin erst gewinnen, wenn auch die Minister Socialdemokraten geworden seien, erklärte derselbe Wortführer der Berliner Genossen auf dem Mainzer Parteitage. Und wie glänzend haben die Berliner Genossen selbst alle diese Behauptungen *ad absurdum* geführt. Von den rund 7000 Berliner Wahlmännern waren 2400 Socialdemokraten! Und der dritte Berliner Wahlkreis war nahe daran, von den Genossen aus eigener Kraft erobert zu werden. Wer da weiss, welche ungeheure Organisationsarbeit die Dreiclassenwahl in Preussen erfordert, der muss von Bewunderung für eine solche Leistung erfüllt werden. Und wer weiss, wie wertvoll die Erfahrungen eines ersten Wahlkampfes unter dem Dreiclassenwahlsystem für kommende Wahlen werden, der ist mit dem Schreiber dieser Zeilen fest überzeugt, dass der dritte Berliner Wahlkreis, der auf den ersten Anlauf ein derart glänzendes Resultat zeitigte, bei den nächsten Wahlen ganz sicher der Socialdemokratie gehört.

Eine andere Behauptung der Gegner der Wahlbeteiligung in unserer Partei ist durch die jüngsten Wahlen ebenfalls gründlich widerlegt: nämlich die, dass eine *Massenbeteiligung* unter dem Dreiclassenwahlsystem ganz unmöglich sei. Gewiss müssen die socialdemokratischen Wähler, auch in den Grosstädten, zur öffentlichen Abstimmung erst erzogen werden. Die Stadtverordnetenwahlen wirkten in dieser Richtung nur in bescheidenem Masse, schon weil nur ein mehr oder minder geringer Teil der Arbeiter das Gemeindewahlrecht besitzt. Hier konnte in grossem Masse erzieherisch in der Tat nur die Landtagswahl wirken. Und sie hat gewirkt, wie die Beteiligungsziffern der einzelnen Städte, soweit sie bisher bekannt wurden, beweisen. So haben in Breslau über 11000 Urwähler socialdemokratisch gewählt! Vor fünf Jahren, bei dem ersten Versuch in Breslau, betrug die Zahl der socialdemokratischen Urwähler daselbst nur 2500! Kann es einen besseren Beweis für die gewaltige erzieherische Wirkung unserer Wahlbeteiligung auf die Arbeiter geben, als er in diesen Zahlen liegt? Und kann es zugleich eine bessere Garantie für die erhebliche Steigerung unserer Bedeutung bei kommenden Wahlen geben, als sie in dieser Vermehrung unserer Stimmenzahl von einer Wahl zur anderen liegt? Sind doch die Verhältnisse in Breslau keineswegs günstiger, eher ungünstiger, als in den meisten anderen preussischen Städten mit stärker Arbeiterbevölkerung.

Der grosse agitatorische Erfolg unserer Wahlbeteiligung ist freilich nicht klar in Ziffern darzustellen. Dass die Erörterung einer ganzen Reihe von Fragen, die von unmittelbarstem Lebensinteresse für die Masse sind, bei

den Reichstagswahlen aber nicht behandelt werden können, ihre werbende Kraft für unsere Partei ausübt, ist gar nicht zu bezweifeln, wenn auch diese Kraft sich nicht immer unmittelbar bei diesen Landtagswahlen bemerkbar machte. Unsere Landtagswahl agitation bringt uns vielfach einen Wechsel auf die Zukunft, der bei den kommenden Reichstagswahlen sicher eingelöst wird. Zweifellos aber hat auch der jüngst vergangene Wahlkampf uns ganz direct eine Menge neuer Genossen zugeführt. Und von ganz besonderem Werte ist die Beteiligung an den Landtagswahlen für unsere politischen Organisationen. Das Aufsuchen, Heranziehen und Ausbilden von Wahlmannscandidaten bedeutet nach meinen Breslauer Erfahrungen eine dauernde Stärkung und Erweiterung der politischen Organisation. Daran ist eine kniffliche Bestimmung des Wahlsystems selbst schuld, die nämlich, welche fordert, dass der Wahlmann aus seinem eigenen Urwahlbezirk genommen werden muss. Könnte jeder beliebige Urwähler in jedem beliebigem Urwahlbezirk zum Wahlmann gewählt werden, dann wäre allerdings unsere Arbeit erheblich leichter, denn wir würden eben zunächst alle schon politisch organisierten Genossen als Candidaten verwenden und erst bei einem darüber hinausgehenden Bedürfnisse andere, der Organisation noch fernstehende Parteifreunde heranziehen. Die oben erwähnte Bestimmung aber bewirkt, dass wir in manchen Urwahlbezirken für die zwei zu wählenden Wahlmänner vielleicht zwanzig und mehr Genossen haben, die zur Candidatur bereit sind, in anderen Bezirken aber — und deren gab es in Breslau einige hundert — mit Mühe und Not erst aus den politisch nicht organisierten Urwählern die geeigneten Wahlmannscandidaten heraussuchen und für ihre im Wahlkampfe sehr wichtige Aufgabe erziehen und ausbilden müssen. Die so ganz neu gewonnenen Mitkämpfer finden aber nach meinen Erfahrungen durch die ihnen zugewiesenen, ihr Ehrgefühl anstachelnden Functionen in den meisten Fällen einen derartigen Gefallen an der politischen Tätigkeit, dass sie dauernd eifrige Mitglieder der politischen Organisation werden.

Aus all den vorgenannten Gründen kann von einem unnützen Geldverpulvern bei diesem ersten ehrlichen Versuch unserer Beteiligung durchaus nicht geredet werden. Im Gegenteil, ich bin der Meinung, dass wir unsere Geldmittel, soweit sie für die Agitation bestimmt waren, gar nicht nutzbringender hätten verwenden können, wie es hier geschehen ist. Dass in manchen Kreisen der Wahlcircul weit hinter den Erwartungen zurückblieb, ist nach meiner Überzeugung, abgesehen von vereinzelt besonders ungünstigen localen Verhältnissen, fast immer auf den Mangel einer straffen, ausgebildeten Organisation zurückzuführen. Die Art der Landtagswahl agitation ist von der der Reichstagswahl agitation erheblich verschieden. Der Wahlkreis zerfällt mit seinen Hunderten von Urwahlbezirken in ebenso viele Miniaturwahlkreise, deren jeder in der Person des Candidaten einen rührigen Agitator erfordert. Das setzt einen Stamm erprobter Genossen voraus, die sowohl als Wahlmannscandidaten, wie als Ausbildner von solchen sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Wo solche Kräfte respective solche Organisation von Kräften nicht vorhanden — und das ist leider in vielen Reichstagswahlkreisen, auch in solchen, die uns bei Reichstagswahlen sichere Mehrheiten bringen, der Fall —, da ist man aller-

dings nicht in der Lage, nennenswerte Erfolge zu erzielen. Lediglich dieser Mangel hat es auch verursacht, dass in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen von der Beteiligung trotz des verpflichtenden Parteitagsbeschlusses ganz abgesehen wurde. Man deckte sich mit der bequemen Erklärung, dass die öffentliche Abstimmung die Beteiligung unmöglich mache, glaubt auch wohl selbst an diese Erklärung, die in viel weniger Fällen wirkliche Berechtigung hat, als man selbst in Parteikreisen annimmt, und übrigens mit jedem Versuch der Beteiligung mehr und mehr auch von ihrer tatsächlichen Berechtigung verliert.

Wenn wir alles das, was nach den hier bezeichneten Richtungen hin die Beteiligung an den Landtagewahlen für unsere Partei an Nutzen schon geschafften hat, nicht wieder verlieren, sondern ganz bedeutend erweitern und vermehren wollen, dann ist es gar keine Frage, dass wir die Beteiligung in der Zukunft nicht auf einige wenige Wahlkreise beschränken dürfen, sondern ganz entschieden dahin wirken müssen, dass an die Ausführung des Mainzer Beschlusses viel mehr preussische Wahlkreise mit Ernst und Eifer herangehen, als das diesmal der Fall gewesen ist. Ob unsere Beteiligung schon jetzt auch zu einer Erschütterung des Dreiclassenwahlsystems selbst geführt hat, will ich hier nicht untersuchen, das dürfte auch zunächst wohl schwer nachzuweisen sein. Das aber kann doch niemand leugnen, dass in all den vorhergegangenen Jahren zusammen nicht entfernt so viel zur Kennzeichnung und Discreditierung dieses ebenso lächerlichen wie unwürdigen Wahlsystems im arbeitenden Volke, wie vor aller Welt geschehen ist, wie in den wenigen Wochen des nun vergangenen Wahlkampfes. Dass das, systematisch und geschickt fortgesetzt, auf die Dauer denn doch nicht etwa zur Befestigung dieses Systems dienen kann, trotz der Dickschädeligkeit und Brutalität unseres mächtigen Junkertums, scheint mir sicher. Und um so sicherer, je mehr die socialdemokratische Partei als einzige consequente und gefährliche Gegnerin dieses Junkertums infolge ihrer weiteren politischen Erstarkung, ihrer Gewinnung immer grösserer Schichten des Mittelstandes auch bei den preussischen Landtagswahlen an Terrain gewinnt — auch ohne Hilfe des Liberalismus, auf die nach den bisherigen Erfahrungen in nennenswertem Masse wohl nicht mehr zu rechnen ist.

Dass wir die Pressionspolitik gegen den Freisinn in der Zukunft aufgeben sollten, darin bin ich mit Kautsky durchaus einverstanden. Es fragt sich nur, ob wir sie auch aufgeben können, ob wir zur Fortsetzung derselben nicht geradezu gezwungen sind, wenn wir bei zukünftigen Wahlen nicht rechtzeitig, das heisst bei den Urwahlen, zur Aufgabe der jetzt geübten, beiderseits selbstmörderischen Taktik kommen. Wir könnten das nach den Erfahrungen des jüngsten Wahlkampfes, die uns unsere Kräfte, die vorläufige Verteilung derselben wenigstens annähernd richtig zeigen, ja viel besser, als das vorher möglich war. Indes, ob wir das tun wollen und werden, das ist mir recht zweifelhaft, noch viel zweifelhafter aber, ob der Liberalismus im stande sein wird, sich zu einer solchen belebenden Tat aufzuraffen. Am wenigsten ist in dieser Beziehung wohl von den Freisinnigen Richterscher Observanz zu erhoffen, diesen politisch bornierten Spiessbürgern. Ob und wie weit es der kleinen Gruppe gross-

capitalistischer Liberaler vom Schlage Barths aber gelingen wird, in der Zukunft Einfluss auf den Gesamtliberalismus zu gewinnen, vielleicht unter der Einwirkung weiterer junkerlicher Attentate auf das moderne Wirtschaftsleben, ist heute nicht vorauszusehen.

Alles in allem: Berechtigte Veranlassung zur Unzufriedenheit mit den Erfolgen unserer Landtagswahlbeteiligung liegt nicht vor. Unter den gegebenen Verhältnissen ist erreicht, was erreicht werden konnte. Das Erreichte aber trägt nach meiner Überzeugung in sich für die Zukunft die sichere Garantie erheblicher grösserer Erfolge, sowohl in agitatorischer wie in politischer Beziehung.

XX

EDUARD DAVID · DIE EROBERUNG DER POLITISCHEN MACHT

I

Das Ziel der Socialdemokratie als politische Partei ist die Gewinnung des entscheidenden Einflusses auf die Staatsgewalt, die Eroberung der politischen Macht. In diesem Ziel sind sich alle Richtungen in der Partei einig.

Die Meinungsverschiedenheit beginnt bei der Frage nach dem Weg, auf dem dieses Ziel zu erreichen ist. Welches ist der Kernpunct der Differenz? Ein Rückblick in die Geschichte der Partei lässt ihn klar erkennen.

Die Wiege der deutschen Socialdemokratie war der internationale *Bund der Communisten*. Auf welchem Wege sich seine geistigen Leiter, Marx und Engels, die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat damals dachten, haben sie klar und deutlich im Schlusssatz des *Communistischen Manifests* /1847/ ausgesprochen. Er lautet:

»Die Communisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Classen vor einer communistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren, als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!«

Das war ein offenes Bekenntnis zum *gewaltsamen Umsturz* als der einzigen Möglichkeit, ans Ziel zu gelangen. Die hier gemeinte Revolution war die Revolution im landläufigen Sinne des Wortes, die Revolution mit den Mitteln der physischen Gewalt. Die Hoffnung, auf diesem Wege die Staatsgewalt in die Hände zu bekommen, wurzelte in der Erinnerung an die Revolution von 1789 und ihre Nachläufer im Anfang der dreissiger Jahre; sie wurde 1847 neu entflammt durch die revolutionären Vorwehen, die sich zur Zeit der Niederschrift des *Manifests* im Schosse der bürgerlichen Gesellschaft bemerkbar machten.

Mit dem Scheitern der Hoffnungen, die die Verfasser des *Manifests* an den Verlauf der bürgerlichen Revolution von 1848-1849 geknüpft hatten, war der Gedanke an eine proletarische Revolution im Polizeisinn keineswegs ganz überwunden. Aufgegeben wurde zunächst nur der Glaube an die Möglichkeit einer solchen Revolution in nächster Zeit. Aufgegeben wurde dann weiter mit der Vertiefung in das Studium der Geschichte und Ökonomie der Glaube, eine siegreiche proletarische Revolution machen zu können. Das ist auch

gar nicht nötig, erklärt man, denn der revolutionäre Zusammenstoss des Proletariats mit der Bourgeoisie wird ohne unser Zutun kommen; er wird kommen als naturnotwendiges Ergebnis der fortschreitenden capitalistischen Entwicklung. Der innere Widerspruch zwischen Production und Consumption verwickelt die capitalistische Wirtschaft in immer schwerere Krisen, und der sich verschärfende sociale Gegensatz zwischen Riesenreichtum und Massenarmut drängt zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung. Angesichts deren beschränkt sich die Aufgabe der communistischen Propaganda darauf, die Einsicht in diesen notwendigen Gang der Dinge zu verbreiten, die wachsenden Massen der modernen Lohnarbeiterschaft organisatorisch zusammenzufassen, sie mit revolutionärem Geist zu erfüllen, sie reif zu machen für den letzten Kampf.

Die Vorstellung, dass dieser letzte Kampf ein physischer sein werde, lebt bis Ende der sechziger Jahre ungebrochen fort in dem *Soldaten der Revolution* Wilhelm Liebknecht. In dem oft citierten Schriftchen *Über die politische Stellung der Socialdemokratie /1869/*, in dem er die Beteiligung an der parlamentarischen Arbeit als »Verrat« brandmarkt, erklärt er:

»Der Socialismus ist keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machtfrage, die in keinem Parlament, die nur auf der Strasse, auf dem Schlachtfelde zu lösen ist, gleich jeder anderen Machtfrage.«

So der Schüler von Karl Marx, der erste Führer der Eisenacher Richtung auf der Höhe seines Lebens! Seine Worte sind unzweideutig.

Jedoch die Revision dieser nurrevolutionären Auffassung ist bereits im Lauf. »Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen, drum wohlan!« — so klang es aus den Reihen der Lassalleaner herüber. Benutzen wir den Stimmzettel zur Eroberung der parlamentarischen Macht, und nötigen wir mit ihrer Hilfe dem Staate die materiellen Mittel zur Etablierung von Productivassocationen ab, als dem Ausgangspunct der Entwicklung zur allgemeinen socialistischen Wirtschaftsweise. Dieser Weg zum Endziel ging durch keine revolutionäre Katastrophe hindurch. Diese war zwar nicht ausgeschlossen, aber sie war kein notwendiger Bestandteil der Lassalleianischen Vorstellungsweise.

Doch auch innerhalb der Eisenacher Richtung war die Liebknechtsche Auffassung, die eigentliche alte Taktik, im Niedergang. Das genannte Schriftchen war hauptsächlich gegen August Bebel gerichtet. Dieser war für die parlamentarische Arbeit, und zwar damals schon nicht bloss aus propagandistischen Gründen und in rein negierendem Sinne, sondern auch im Sinne der positiven Förderung der Arbeiterklasse. Der Gegensatz zwischen Liebknecht und Bebel blieb unausgekämpft. Man einigte sich auf dem Stuttgarter Parteitag /1870/ nur äusserlich auf eine Resolution, »die eine Art von Compromiss vorstellte, des Inhalts, dass die Arbeiterpartei sich an den Reichstags- und Zollparlamentwahlen hauptsächlich aus agitatorischen Gründen beteilige, dass sie auch, soweit es möglich sei, im Interesse der arbeitenden Classen an der Parlamentsarbeit mitwirke, im ganzen aber sich dazu negierend verhalte.«¹⁾ Die Bebel'sche Auffassung von der Möglichkeit, Notwendigkeit und Nützlichkeit positiver Reformarbeit im Parlament gewann dann im Laufe der siebziger Jahre und — trotz des Socialistengesetzes — weiter im Laufe der achtziger Jahre immer mehr Boden in der Partei; Zeugnis dafür legten die Beschlüsse der Congresses in Wyden, Kopenhagen und St. Gallen ab, wo die Frage der Taktik dahin beantwortet wurde, »dass die Abgeordneten im Parlament sich keineswegs bloss negierend zu verhalten, sondern alles aufzubieten hätten, um die Erlangung von Concessionen zu gunsten der Arbeiterklasse zu erwirken.«²⁾

1) Vergl. Bebel's Rede auf dem Erfurter Parteitag; Protokoll, pag. 161-162.

2) Vergl. Bebel, *ibid.*, pag. 162.

Warum sich diese neue Auffassung durchsetzen musste?

»Weil jeder im praktischen Leben Stehende weiss, dass es eine Torheit wäre, wenn die Partei nicht auch zugleich die täglichen Bedürfnisse, die täglichen Schmerzen des arbeitenden Volkes zur Sprache brächte und auf Abhilfe der bestehenden Übel und Verbesserung der herrschenden Zustände drängte..... Jeder im praktischen Leben Stehende weiss, dass wir mit unseren letzten Zielen nicht die Hunderttausende gewonnen haben, weil diese sich nur zu gerne sagen: was nützt uns ein Streben, dessen Ziel ich vielleicht nicht erlebe, wo kein directer Erfolg zu erwarten ist.«³⁾

Das Bekenntnis zur positiven Reformarbeit im Parlament war freilich noch kein Aufgeben des Revolutionsgedankens. Aber der letztere musste naturgemäss an innerem Leben verlieren: in dem Masse, als sich die Energie der parlamentarischen Führer auf die Reformarbeit concentrirte, deren wachsende Vielgestaltigkeit ihre beste Arbeitskraft beanspruchte. Auch musste das im Parlament den gegnerischen Provocationen gegenüber immer wieder notwendig werdende Bekenntnis, dass man die Revolution im Polizeisinne nicht im Schilde führe, ja, dass man diese wie jede andere Gewaltanwendung verabscheue, den *revolutionären Geist* im alten Sinne dämpfen. Das Wort *Revolution*, das nun einmal historischer Bestandteil der Bewegung war, wollte man nicht aufgeben; aber man gab ihm eine Definition, die im Parlament und vor Gericht anstandslos passieren konnte. Man fasste die rein ökonomische Seite der Marxschen Revolutionstheorie als das Wesentliche derselben auf. Die sich im Schosse der Gesellschaft fortwährend vollziehende Veränderung der ökonomischen Grundlage, die nach Marx die Ursache, die Vorphase der gewaltsamen Hüllensprengung ist, wurde als die eigentliche Revolution definiert. So erklärte Liebknecht im Leipziger Hochverratsprozess /1872/ auf die Anklage, die *Internationale* arbeite auf den gewaltsamen Umsturz hin:

»Die *Internationale* ist nicht revolutionär im gewöhnlichen Sinne des Wortes, das heisst sie arbeitet nicht gesetzwidrig auf gewaltsamen Umsturz hin. Namentlich Karl Marx ist von jeher ein Feind jeder kindischen Revolutionsmacherei gewesen und hat dagegen ausgeführt, dass *Revolution* das fortwährend pulsierende Leben der Gesellschaft ist. Wir wollen revolutionär nur in dem Sinne sein, dass die sociale Frage nicht mit Palliativmitteln, nicht mit Suppenküchen und Consumvereinen gelöst werden kann, sondern nur durch radicale Heilmittel. Ob diese Lösung friedlich oder gewaltsam stattfinden wird, hängt nicht von uns, sondern von unseren Gegnern ab, den augenblicklich im Staat massgebenden Personen.«

Die Berufung auf Marx ist nun zwar nicht correct, insofern, als für Marx keineswegs »das fortwährend pulsierende Leben der Gesellschaft« schon die Revolution selbst, sondern lediglich ihre Vorbedingung war.⁴⁾ Aber darauf kommt es hier nicht an. Wichtig war, dass Liebknecht, der noch 1869 die Austragung des Kampfes zwischen Arbeit und Capital »nur auf der Strasse, auf dem Schlachtfeld« für möglich hielt, seine Auffassung bereits 1872 in dem Sinne revidirt hatte, dass die Revolutionsidee in die Vorstellung einer fortwährend pulsierenden gesellschaftlichen Entwicklung aufgelöst war und die endgiltige friedliche Lösung der socialen Frage wenigstens als möglich hingestellt wurde.

Der Mitangeklagte Bebel erklärte zu demselben Punkt:

»Das Wort *revolutionär* ist von uns stets in dem Sinne verstanden worden, den Liebknecht eben entwickelte. Wir sehen dabei keine Heugabeln vor unseren Augen blitzen. Revolution heisst Umgestaltung — gleichviel mit welchen Mitteln. Dass die Arbeiterpartei das Wort immer nur in dem von uns bereits angedeuteten friedlichen Sinne der Entwicklung begreift, ergibt sich aus den Broschüren Lassalles — welche ja grundlegend für die deutsche Arbeiter-

³⁾ Vergl. Bebel, *id.*, pag. 162 und 163.

⁴⁾ Vergl. Karl Kautsky: *Die sociale Revolution* (Berlin 1903), pag. 4.

bewegung gewesen sind und noch heute für die meisten das ABC des Socialismus sind — und aus den Artikeln im *Volksstaat*.

Bebels Berufung auf Lassalle war vollberechtigt. Letzterer hatte in der Rede vor dem Berliner Criminalgericht (erschieden unter dem Titel *Die Wissenschaft und die Arbeiter*), den Unterschied zwischen *Revolution* und *Reform* dahingehend präcisirt, dass beide sich nicht in den Mitteln, sondern in den Zielen unterscheiden. Revolution ist die Durchsetzung einer neuen wirtschaftlichen, politischen etc. Princip; Reform dagegen nur Verbesserung auf Grund eines bestehenden Princip. Nach dieser Definition gibt es friedliche Revolutionen und blutige Reformen. Als Beispiel einer letzteren nennt Lassalle die Bauernkriege, wogegen er die Entwicklung der Industrie im XVI. Jahrhundert, bei der kein Schwert aus der Scheide gezogen wurde, als ein »wirklich und wahrhaft revolutionäres Factum« bezeichnet.

Dem fügte Bebel als Antwort auf die Bezeichnung, sein Wirken haben den gewaltsamen Umsturz der Reichs- und sächsischen Staatsverfassung bezweckt, noch hinzu:

»Wir haben, speciell ich, immer betont, dass es sich nur um Organisation, nie um gewaltsames Auftreten handelt. Es ist von mir in den Versammlungen stets darauf hingewiesen worden, wie nicht mit Gewalt, sondern mit geistigen Mitteln zu wirken sei, da, selbst wenn uns jetzt ein Gewaltact gelänge, der die Partei momentan ans Ruder brächte, es im Volke an Intelligenz zur Verwirklichung unserer socialistischen Ideen noch fehle.«

Damit hatten die ersten Führer der Partei dem Revolutionarismus eine öffentliche Absage in denkbar schärfster Form erteilt. Dieses Aufgeben der alten Revolutionsidee hatte zur natürlichen Folge ein immer stärkeres Betonen des Wertes der parlamentarischen Tätigkeit. Nicht nur, dass man ihr über die kritisch-agitatorische Bedeutung hinaus die Aufgabe der positiven Hebung der materiellen und geistigen Lage des Proletariats zuwies, man ging noch einen entscheidenden Schritt weiter; man anerkannte die revolutionäre Bedeutung der parlamentarischen Reformarbeit. Und hatte man einmal zugegeben, dass auf diesem Wege die friedliche Lösung des socialen Kampfes erreicht werden konnte, so entsprach es durchaus dem humanitären Grundcharakter der Partei, weiter zu erklären, dass man diese friedliche Lösung der gewaltsamen vorziehe, dass man sie selbst erstrebe.

Wieder ist es Bebel, der dies zuerst rückhaltlos ausspricht. Es geschah in Beantwortung der Puttkamerschen Verlesung des Wydener Manifests am 31. März 1881 im Reichstag. Bebel gab zu, dass die Socialdemokratie ihrem Wesen nach *revolutionär* sei, was mit einem *Hört! hört!* rechts aufgenommen wurde, worauf Bebel erläuternd fortfuhr:

»Ich habe aber auch — ich muss daran erinnern — insbesondere bei Erörterung des Socialistengesetzes im Jahre 1878 in meiner Rede ausgeführt, was unter revolutionärem Standpunct zu verstehen sei. Ich habe insbesondere, gestützt auf die Ausführungen des Staatsrechtslehrers Bluntschli, nachgewiesen, wie jede von Grund ausgehende Umänderung einer Staatsverfassung oder einer gesellschaftlichen Organisation, die neue Principien an Stelle der alten setzt, eine revolutionäre Umgestaltung sei. In diesem Sinne glaube ich sogar, dass, wenn der Bundesrat ernsthaft auf dem Wege der Gesetzgebung fortfahren würde, auf dem jetzt das Unfallversicherungsgesetz den ersten, freilich sehr schwachen Versuch bildet, dies eine vollständige revolutionäre Tätigkeit in ihrem Verlauf sein würde und sein muss. Also von diesem Standpuncte aus haben wir stets zugegeben, wir sind eine revolutionäre Partei. Wir haben dabei aber auch stets betont: im übrigen ist es ja Sache der Entwicklung der allgemeinen Verhältnisse, die von einzelnen Personen und sogar von einer ganzen Reihe von Persönlichkeiten und deren persönlichem Willen vollständig unabhängig sind, wie sich die Dinge in der Praxis gestalten werden. Wir

haben stets erklärt, wir wollten den Weg der sogenannten *Reform*, wir werden den Versuch machen, auf dem Wege der Gesetzgebung und der organischen Entwicklung allmählich unsere Ziele zu erreichen, und Sie können uns nicht bestreiten, dass wir im Laufe der Jahre eine ganze Zahl von uns ausgehender Anträge eingebracht haben — die allerdings bisher stets das Schicksal hatten, von einer Majorität des Hauses als unannehmbar betrachtet zu werden, die alle darauf hinzielen, die Lösung wichtiger socialer Fragen auf friedlichem Wege zu versuchen.

Also: die ernsthafte Verfolgung des gesetzgeberischen Weges, auf dem das Unfallversicherungsgesetz ein kleiner Schritt ist, würde eine »vollständige revolutionäre Tätigkeit« sein. »Von diesem Standpunct aus« sind wir eine *revolutionäre* Partei. Und: »wir wollen den Weg der sogenannten *Reform*, wir werden den Versuch machen, auf dem Wege der Gesetzgebung und der organischen Entwicklung allmählich unsere Ziele zu erreichen.« Das sagte Bebel 1881!

Es war nur natürlich, dass die Verdoppelung der socialdemokratischen Reichstagsmandate im Jahre 1884 der neuen Taktik weitere Stärkung bringen musste. Aber ebenso natürlich war es, dass sich eine Reaction gegen diese Entwicklung im Schosse der Partei geltend machte. Die conservativen Elemente der Partei, deren geistiger Habitus mehr auf Festhalten *bewährter Principien*, als auf kritisches Weiterdenken eingerichtet ist, verfolgten das Vorgehen der parlamentarischen Führer mit Missbehagen und Misstrauen. Die erste Entladung dieser Stimmung geschah in dem Aufruf der Frankfurter Genossen von 1884. Die Haltung der Fraction in der Dampfersubventionsfrage gab nur den letzten Anlass zu offenem Vorgehen. Man protestierte gegen die ganze taktische Auffassung, die in der Fraction zur Herrschaft gelangt war. Es heisst da:

»Die verschiedenen Beschlüsse sehen einer Opportunitätspolitik so ähnlich, wie ein Ei dem andern... Unsere Vertreter scheinen sich mehr und mehr mit den Vertretern der heutigen Gesellschaft in diplomatische Unterhandlungen einzulassen... [Der Aufruf schliesst:] Wenn euch die Führer in den Sumpf des Parlamentarismus ziehen wollen, dann beweist, dass ihr in Wahrheit revolutionäre Socialdemokraten seid!«

Die Logik der Tatsachen aber erwies sich stärker, als die revolutionäre Tradition. Die parlamentarische Führung hielt die neue Taktik fest, und sie verteidigte sie auch siegreich gegen den erneuten Ansturm der Anhänger der alten Taktik zu Beginn der neunziger Jahre. Man nennt diese Episode in der Parteigeschichte die Bewegung der *Jungen*. Die Bezeichnung ist insofern incorrect, als es sich dabei keineswegs nur um jüngere Elemente handelte. Es waren genug altgediente Leute dabei, die einfach an dem festgehalten wissen wollten, was Liebknecht und andere sie früher gelehrt hatten, was ihnen nach wie vor die letzte Wahrheit und die wünschenswerteste Art der Lösung erschien. Dazu kamen dann allerdings eine Anzahl jugendlicher Stürmer und Dränger, vorzugsweise Literaten, die noch durch keinerlei Berufserfahrung oder Menschenkenntnis ernüchert vom hohen Ross ihrer abstracten Weisheit herunter an Männern Kritik übten, welche schon zwanzig Jahre früher ebenso *grosszügig* gescheit gewesen waren, wie sie.

Die *Jungen* beriefen sich auf Liebknechts Broschüre von 1869; sie wiesen auf den schroffen Gegensatz hin zwischen der darin verfochtenen revolutionären Taktik im alten Sinne des Wortes und der neuen parlamentarisch-friedlichen Taktik, die Liebknecht jetzt selber mitmachte. Das berühmte Flugblatt der Berliner Opposition⁵⁾ trug als Motto den Satz Saint-Simons: »Erinnere dich,

⁵⁾ Abgedruckt im Protokoll des Erfurter Parteitags, pag. 60 ff.

mein Sohn, dass man begeistert sein muss, um grosse Dinge zu vollbringen«, und es begann mit der Klage, dass man nicht länger mit ansehen könne, »wie der revolutionäre Geist der Bewegung seitens einzelner Führer systematisch ertötet wird«. Die Reichstagsfraction rede die Bewegung tot. Wer könne noch die alte, glühende Begeisterung bewahren, angesichts ihrer sogenannten *Arbeiterschutz- und Versicherungsanträge*? Die Bewegung sei von Haus aus durch und durch revolutionär und rein proletarisch; die Rücksichtnahme auf nichtproletarische Schichten und zurückgebliebene Länderstriche führe zum Verrat an der Sache des Proletariats; es sei ein Betrug, die Genossen glauben zu machen, man könne mit Hilfe des Parlamentarismus durch Majoritätsbeschlüsse die Socialisierung herbeiführen. »Die sociale Revolution wird dort entschieden, wo sie zuerst begonnen hat: in den Industriezentren, wo die Proletarisierung schon seit vierzig Jahren mit Riesenschritten vorwärts schreitet, unbekümmert um die Zustimmung der für alle Zukunft indifferenten Landbevölkerung.« Das Gerede vom *Hineinwachsen* der heutigen Gesellschaft in den socialistischen Staat sei »Blödsinn«.

Die allzu grosse Rücksichtnahme der Führer auf alle möglichen Machtfactoren erklärt das Flugblatt ganz à la Dresden »aus der veränderten Lebensstellung und der zu geringen Fühlung mit dem Proletariatselend, dem Pulschlag des gequälten Volkes«. Mit Bebel wird besonders ins Gericht gegangen wegen seiner undemokratischen Drohung, die Opposition aus der Partei auszuschliessen. In Bezug auf die Mittel und Wege einer Revolution heisst es:

»Auch liegen zwischen dem Reichstag und der Revolution auf dem Gensdarmenmarkt noch mehrere Mittelstrassen, welche nach unserer Ansicht rascher zum Ziele führen. Obgleich wir schliesslich auch vor der äussersten Consequenz des einmal für richtig Erkannten nicht zurückschrecken würden, trotz aller demagogischen Verzetzung und Angstmeierei.«

Das Flugblatt verfieng ebensowenig, wie die Reden der *Jungen* in den Versammlungen und auf dem Parteitag. Die Oppositionsbewegung endete mit einer totalen Niederlage. Das erklärt sich aus zwei Gründen. Einmal hatten die Werner, Wildberger und Genossen mit ihrer principiellen Beschwerde zugleich schwere persönliche Verleumdungen gegen die Parteileitung geschleudert, deren gänzliche Haltlosigkeit zu Tage lag. Sodann aber hatten die meisten der in den Localorganisationen führenden Genossen, aus denen sich das Gros der Parteitage zusammensetzt, die Revision der alten Auffassung, die von den parlamentarischen Führern eingeleitet worden war, tatsächlich mitgemacht. Als charakteristisches Zeugnis für die Wandlung, die sich im Innern der Partei vollzogen hatte, mögen die Worte des Genossen E. F l e i s c h m a n n - Frankfurt am Main hier Platz finden. Er sagte in Halle:

»Sie werden sich alle sehr wohl zu erinnern wissen, dass es eine Zeit gab, wo es fast ein moderner Sport geworden war, etwas revolutionär zu renommieren. Wir haben dieses Treiben fast überall wahrnehmen können. Man renommierte einerseits beständig mit der Behauptung, die parlamentarische Tätigkeit führe uns nicht zum Ziel, und andererseits wurde immer auf den sogenannten *grossen kommenden Tag* hingedeutet, welcher die Menschheit mit einem Schlage erlösen sollte. Derartige Leute gibt es noch hier und da in unseren Reihen; ich habe keine Veranlassung, Namen zu nennen, aber auch ich halte es für notwendig, dass wir uns in einer bestimmten Richtung ganz entschieden äussern und den von uns zu gehenden Weg bezeichnen.... Gehen wir ihm [dem Militarismus] keine Gelegenheit zum Einhauen auf die Massen, dann haben wir im Interesse der Fortentwicklung unserer Bewegung mehr getan, als mit aller Revolutionsmacherei und mit dem Hindeuten auf jenen grossen Tag, auf Putsche und dergleichen. Die grosse Masse ist zum Classenbewusstsein zu bringen, alles andere sind nebensächliche Fragen.«⁶⁾

⁶⁾ Vergl. das Protokoll des Hallenser Parteitags, pag. 94-95.

Liebknrecht suchte in Halle seine antiparlamentarische Haltung von 1869 plausibel zu machen, durch die Erklärung, der Norddeutsche Bund sei eine Missgeburt gewesen, ein Rechtsboden, auf den er sich nicht habe drängen lassen wollen. Mit der Schaffung des Deutschen Reichs sei die Situation eine andere geworden. Wo allgemeines Wahlrecht herrsche, könne man den Parlamentarismus nicht als *Schwindelsystem* bezeichnen. Tauge die Volksvertretung nichts, so trage nicht das parlamentarische System die Schuld daran, sondern der Unverstand der Massen, die leider noch allzu oft ihre Feinde wählen. Da sei der Hebel anzusetzen.⁷⁾ In Erfurt wiederholte Liebknrecht nachdrücklichst diese Argumentation. Sobald die Mehrheit der Stimmen auf unserer Seite, würde die Klinke der Gesetzgebung im Reichstag ebensogut für uns arbeiten, wie heute für unsere Gegner; er wolle nicht behaupten, dass man auf dem Wege der Gesetzgebung alle Fragen lösen könne. »Aber zeige man mir doch einen anderen Weg, der zum Ziele führt.« Der Weg der Gewalt führe zum Anarchismus. »Das Revolutionäre liegt nicht in den Mitteln, sondern in dem Ziel. Gewalt ist seit Jahrtausenden ein reactionärer Factor.«⁸⁾

Wie Liebknrechts Auslassungen, so waren diejenigen Bebels eine scharfe Absage an die alte Taktik. Der niedrigen Einschätzung der parlamentarischen Reformarbeit durch die Opposition stellt er in Halle den Satz gegenüber:

»Den ungeheuren Anhang und das Vertrauen in den Arbeitermassen haben wir nur, weil diese sehen, dass wir praktisch für sie tätig sind und sie nicht nur auf die Zukunft des socialistischen Staates verweisen, von dem man nicht weiss, wann er kommen wird.«⁹⁾

In Bezug auf den gewaltsamen Umsturz erklärt Bebel in Erfurt, dass uns das Bekenntnis zu dieser Taktik in eine Revolution verwickeln würde, in der wir »wie die Spatzen jämmerlich zusammengeschossen würden.«

»Wer heute noch angesichts der kolossalen Fortschritte nicht nur auf militärischem, sondern auch auf politischem und insbesondere auf ökonomischem Gebiet glaubt, wir Socialdemokraten möchten mit den Mitteln der bürgerlichen Partei, wie zum Beispiel mit dem Barricadenbau, zum Ziel kommen, der irrt sich gewaltig, der verkennt total die Natur der Zustände, in denen wir uns befinden. Genau so, wie die Grundstellung, die wir dem Staat und der Gesellschaft gegenüber einnehmen, eine total verschiedene ist von derjenigen aller früheren Classen und Parteien, so sind wir auch in der Erringung des letzten Ziels auf ganz neue Wege und neue Mittel angewiesen, das ist meine felsenfeste Überzeugung.«¹⁰⁾

Mit dem Gedanken einer politischen Revolution ist eng verknüpft die Idee einer Dictatur des Proletariats als eines Übergangsstadiums nach dem siegreichen Niederwerfen der Bourgeoisie. Wie man damals in der Reichstagsfraction auch darüber dachte, zeigt die Antwort, die Grillenberger dem Abgeordneten Bennigsen am 28. Februar 1891 gab, als dieser den bekannten Brief von Karl Marx der Partei aufs Conto setzen wollte und daraus den Schluss zog, dass es der Fraction nicht so recht Ernst sei mit ihrer reformatorischen Tätigkeit. Grillenberger anerkannte die Tatsache, dass Marx die *Dictatur des Proletariats* ins Programm aufgenommen wissen wollte.

»Aber Herr von Bennigsen hat beizufügen vergessen, dass die socialdemokratische Partei sich diesem Programmvorschlag nicht gefügt hat. Marx war ja gerade darüber ungehalten, dass die deutsche Socialdemokratie sich ihre programmatischen Bestimmungen so zurechtgelegt hat, wie sie es für die deutschen Verhältnisse für richtig hielt, und dass infolgedessen von einer revolutionären Dictatur des Proletariats bei uns niemals die Rede gewesen ist.«¹¹⁾

7) Vergl. *ibid.*, pag. 95-96.

8) Vergl. das Protokoll des Erfurter Parteitags, pag. 206.

9) Vergl. das Protokoll des Hallenser Parteitags, pag. 102.

10) Vergl. das Protokoll des Erfurter Parteitags, pag. 172.

11) Citiert *ibid.*, pag. 75.

Ausser den *Jungen* hatte niemand in der Partei an dieser Erklärung Anstoss genommen. Sie entsprach der herrschenden Stimmung. Die Idee der politischen Revolution erschien aus der taktischen Combination über den voraussichtlichen Gang der Dinge endgiltig ausgemerzt.

Aber, man schafft nichts ab, was man nicht ersetzt. Der Ersatz war bereits da. An Stelle der Revolutionsidee trat die Kladderadatsch-illusion. Woher kam diese?

Ihre Mutter war die Marxsche Krisentheorie; ihr Vater der Engelssche Glaube an einen nahe bevorstehenden europäischen Krieg. In dem Feuergeiste Bebels feierten sie ihre Vermählung. Bebel hält den Glauben an eine in greifbare Nähe gerückte Erfüllung der socialistischen Endzielhoffnung für unentbehrlich zur Erhaltung kampffroher Begeisterung in der Masse, denn: »die Elemente, aus welchen die Partei besteht, haben alle Ursache, hochgradig unzufrieden und damit auch hochgradig ungeduldig zu sein, und sie wünschen und erwarten mit Recht, dass eine Umgestaltung aller Verhältnisse baldigst eintrete.«¹²⁾ Praktische Reformen sind gut, aber sie genügen nicht, um die Partei zusammenzuhalten; »wenn wir unser schönes Ziel in nebelhafte Ferne rücken und immer betonen, dass erst künftige Generationen es erreichen werden, dann läuft uns die Masse mit vollkommenem Recht auseinander.«¹³⁾

Diese Ansicht ist zwar falsch. Sie steht auch in schroffem Widerspruch zu der oben citierten Erklärung Bebels auf dem Hallenser Parteitag, dass wir den ungeheuren Anhang und das Vertrauen in den Arbeitermassen nur unserer praktischen Tätigkeit und nicht der blossen Verweisung auf den Zukunftsstaat verdanken. Dessenungeachtet fand die neue Illusion rasch Eingang in die Ideenwelt der Partei. Man glaubt ja so gerne, was man wünscht. Und die hinreissende Beredsamkeit des allbeliebten Führers tat das übrige. Für Bebel gibt es weder Probleme noch Zweifel. Seine jeweilige Auffassung ist ihm alleinige Wahrheit, unumstössliche Gewissheit. Er ist keine wissenschaftliche, kritisch-forschende, sondern eine künstlerische, gestaltende Natur. Nicht durch logische Deduction wirkt er; sondern durch psychologische Suggestion. Die neue Hypothese wird in seinem Geiste sofort zur neuen Wahrheit, und er verkündet sie mit der Kraft und Kühnheit innerster Überzeugung:

»Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren eigenen Untergang los, dass wir nur den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen haben. Und wie in Deutschland, so nehmen in ganz Europa die Dinge eine Gestaltung an, dass wir auch hier alle Ursache haben, uns darüber zu freuen. Ja, ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nahe, dass wenige in diesem Saale sind, die diese Tage nicht erleben werden!«¹⁴⁾

Den etwas skeptischer denkenden Freunden ruft er zu:

»Nehmt euch in acht, es geht euch eines Tages, wie den törichten Jungfrauen in der Bibel, wenn der Bräutigam kommt, dann haben sie kein Öl auf der Lampe. Mit anderen Worten: Ihr scheint so wenig die wahre Situation zu begreifen, dass ihr überrascht werdet von den Ereignissen und nicht wisst, was ihr zu tun habt!«¹⁵⁾

Schon sieht Bebel die Gegner »in vollständiger Verzweiflung«; er ist überzeugt, dass »kein vernünftiger Mensch« mehr darüber im Zweifel sein kann, dass die Katastrophe nur noch eine Frage der Zeit ist, und zwar der aller-nächsten Zeit:

¹²⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 272.

¹³⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 275.

¹⁴⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 172.

¹⁵⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 281.

»Ich mache kein Hehl daraus, ich habe mich riesig gefreut, als kürzlich mein Freund Friedrich Engels in seinem bekannten Brief im *Socialiste*, den auch unsere Presse veröffentlichte, einen Umschwung der Dinge von Grund aus gegen das Jahr 1898 in Aussicht stellte. Vollmar glaubte darüber spötteln zu können, ich dagegen schrieb Engels: Alter, Du und ich, wir sind die einzigen *Jungen* in unserer Partei. Man mag lachen und höhnen über das Prophezeien: denkende Menschen kommen ohne dasselbe nicht aus.«¹⁶⁾

Es ist klar, dass der zuversichtliche Glaube an einen bevorstehenden Selbstmord der capitalistischen Gesellschaft, an einen greifbar nahen Kladderadatsch, der die socialistische Weltwende einleitet, der Wertschätzung der praktischen Reformen noch innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft nicht günstig sein konnte. In dem Masse, wie Bebel von der Kladderadatschillusion gefangen genommen wird, gibt er die hohe principielle Bewertung der Gegenwart, die er 1881 im Reichstag vertreten hatte, auf. Was ihm damals als Factoren einer organisch-revolutionären Entwicklung erscheint, sinkt nun wieder in die Kategorie der *Palliativmittelchen* und *Concessiönchen* herab. Diese Wandlung der Werte tritt bereits scharf heraus in der Polemik gegen Vollmar. Bebel präcisirt den Gegensatz zwischen seiner und der Vollmarschen Auffassung in Erfurt, wie folgt:

»Das Ziel in seiner Gesamtheit ist die Hauptsache, und das andere Nebensache. Wie weit wir in Bezug auf einzelne Concessiönchen gekommen sind, in dem Augenblick, wo wir das Ganze glauben erreichen zu können, das ist nebensächlich für uns. Vollmar erklärt umgekehrt das grosse allgemeine Ziel als das vorläufig Nebensächliche und als Hauptsache die nächsten, praktischen Forderungen, die wir zu erreichen haben. Das ist ein so principieller Gegensatz, wie er schärfer gar nicht gedacht werden kann...«¹⁷⁾

Principiell und scharf war dieser Gegensatz nur für den, der den »Augenblick, wo wir das Ganze glauben erreichen zu können«, in das Jahr 1898 verlegte. Wer nicht von der Illusion einer nahen, plötzlichen Weltwende befangen war, für den lag hier kein principieller Gegensatz mehr vor. Der principielle Gegensatz zwischen alter und neuer Taktik war abgetan mit dem Kampf gegen die *Jungen*. Hatte man einmal den Gedanken der politischen, durch active Propaganda vorzubereitenden Revolution aufgegeben, hatte man sich der Zukunft gegenüber auf den Standpunct des Abwartens und Prophezeiens gestellt, — und das hatte Bebel nicht minder wie Vollmar getan —, dann war die verschiedene Beantwortung der Frage nach dem Wann der Eroberung der Staatsgewalt eine Sache des verschiedenen Temperaments und der verschiedenen Urteilskraft. Einen Termin in die taktische Rechnung einzustellen, ging nicht an. Für die praktische Betätigung der Partei mussten die Reformforderungen in erster Linie stehen.

Vollmar glaubte nicht an die Kladderadatschprophezei; er hält überhaupt »ein sprungweises Umwandeln, ein Abreissen der Verhältnisse heute und ein plötzliches Heraustreten morgen« für undenkbar, für eine nahe Weltwende sieht er weder die politischen, noch die ökonomischen Voraussetzungen gegeben. Von diesem Standpunct aus zieht er lediglich die logische Consequenz aus dem seit Jahren acceptierten neuen taktischen Princip, der positiven Reformarbeit. Er gibt die Endziele als Directiven für unser politisches Handeln nicht auf.

»Aber neben diesem allgemeinen oder Fernziele ist eine nähere Etappe; die Förderung der unmittelbarsten Volksbedürfnisse und die Erringung der nächsten Forderungen ist für mich eine Hauptsache, nicht nur deswegen, weil sie von grossem agitatorischem Wert, von grosser Werbekraft auf die Massen ist, sondern auch deshalb, weil nach meiner Überzeugung dieses allmähliche Fortschreiten, diese allmäh-

¹⁶⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 282-283.

¹⁷⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 274.

liche Socialisierung der naturgemäss vorgezeichnete Weg der fortschreitenden Übergänge ist.¹⁸⁾

In den praktischen Reformen, die wir durchzusetzen haben, in der positiven Gegenwartsarbeit vollzieht sich nach Vollmars Auffassung »die organische Überleitung der alten in die neue Welt«. Das war derselbe Standpunct, den Bebel in dem Citat von 1881 vertreten, den er inzwischen, geblendet von der Kladderadatschillusion, verlassen hatte und den er nun als *Versumpfung* stigmatisiert, mit demselben Recht, wie die *Jungen* seine Abkehr von der politischen Revolution als *Versumpfung* brandmarkten.

Vollmar schien 1891 mit seiner Auffassung der Taktik fast isoliert. Er war es in Wirklichkeit viel weniger, als es auf dem Parteitag den Anschein hatte. Man kämpfte gegen ihn nach der altbewährten Methode, den Gegner mit einem groben Schlagwort totzuschlagen, mit einer plausiblen Unterstellung, die den nur oberflächlich Unterrichteten leicht eingeht und sie zugleich mit heiliger Entrüstung erfüllt. Das Schlagwort lautete damals *Regierungssocialismus!* Vollmar will mit der Regierung Frieden schliessen; er will für das Linsengericht einiger Reformen das demokratische Erstgeburtsrecht auf das ganze Endziel preisgeben, so halte es in der Parteipresse und auf dem Parteitag wider. Der Beweis fehlte; aber der Verdacht genügte.

Kann man mit dieser Methode nun zwar immer wieder einen momentanen Stimmungserfolg erzielen, so kann man doch niemals mit ihr ein von der Wirklichkeitsentwicklung erzeugtes Problem aus der Welt schaffen. Das Problem bleibt, der Meinungskampf bricht von neuem aus und dauert bis zur sachlich befriedigenden Lösung.

Wir wollen in einem zweiten Artikel den weiteren Verlauf des Streites um das taktische Grundprincip bis zur gegenwärtigen Situation verfolgen. Dabei wird sich zeigen, dass nicht der *Revisionismus*, sondern der *Radicalismus* eine neue Wendung im taktischen Verhalten der Partei erstrebt, eine Wendung, die ihm durch den Zusammenbruch der Zusammenbruchstheorie aufgenötigt wurde.

XX

EDUARD BERNSTEIN · EIN VORWORT ZUR PROGRAMMREVISION

Es darf wohl als bekannt vorausgesetzt werden, dass weder der Schreiber dieses, noch sonst einer derjenigen, die man heute mit Vorliebe als *Revisionisten* bezeichnet, die Frage einer Revision des 1891 in Erfurt angenommenen Programms der deutschen Socialdemokratie zuerst auf die Tagesordnung gesetzt hat. Der Sache nach ward es vielmehr schon drei Jahre nach seiner Herstellung in Gestalt einiger seiner Leitsätze in Frage gestellt, als 1894 auf dem Parteitag zu Frankfurt am Main Bruno Schoenlank und Georg von Vollmar den von ihnen gestellten Antrag auf Ausarbeitung eines besonderen agrarpolitischen Programms mit Ausführungen begründeten, welche Zweifel an der vollen Richtigkeit des auf die Agrarverhältnisse bezüglichen Inhalts jener Leitsätze ausdrückten. Stärkere Angriffe gegen diesen Punct des Programms, insbesondere den Absatz 5 des ersten Teils des Programms, brachten die nun folgenden Debatten über die Agrarfrage, die durch den sie betreffenden Be-

¹⁸⁾ Vergl. *ibid.*, pag. 182.

schluss des Breslauer Parteitages /1895/ bloss zeitweilig unterbrochen wurden. Kautskys 1899 erschienene Arbeit *Die Agrarfrage* bedeutet, wenn sie auch alles Mögliche anbietet, den Grundgedanken jenes Programmpunctes zu retten, doch factisch das Zugeständnis, dass er in seiner vorliegenden Form eine falsche Fassung erhalten hat, während Eduard Davids Anfang 1903 herausgekommenes Werk *Socialismus und Landwirtschaft* auch den Grundgedanken für unhaltbar erklärt.

Vor Kautskys *Agrarfrage* noch erschienen in der *Neuen Zeit* des Schreibers Aufsätze *Probleme des Socialismus*, deren Gedankengehalt dann in der Schrift *Die Voraussetzungen des Socialismus* eine systematischere Ausarbeitung und Ergänzung erhielten. In seine Polemik gegen diese Schrift zog nun Kautsky ganz allgemein das socialdemokratische Programm hinein, indem er sie als mindestens mit den sechs ersten Satzstücken des theoretischen Teils des Erfurter Programms in Widerspruch stehend erklärte. Der Parteitag von Hannover /1899/ nahm alsdann nach einem Referat Bebels, das im wesentlichen der Widerlegung der genannten Schrift gewidmet war, mit grosser Mehrheit eine Resolution an, die sich gegen eine Revision der bisherigen Grundanschauungen der Partei aussprach, zeitigte aber eine ganze Reihe von Aeusserungen, aus denen hervorging, dass mindestens eine namhafte Zahl von Delegierten dies nicht so verstanden, dass nun das Parteiprogramm selbst als unantastbar gelten sollte, sondern ihrerseits es im einen oder anderen Punct immerhin für verbesserungsfähig hielten. Und auf dem Parteitag von Lübeck /1901/ erklärte auch Bebel, er sei nicht der Meinung, dass wir noch längere Jahre unser jetziges Programm ungeändert behalten werden, er habe gar nichts dagegen, dass wir im nächsten Jahre eine Revisionscommission einsetzen.¹⁾

Dazu ist es jedoch weder auf dem darauf folgenden Parteitage in München /1902/, noch auf dem Parteitag von Dresden /1903/ gekommen. Man kann der Partei daraus keinen Vorwurf machen. Die vielen Kämpfe aller Art, die sie zu führen hat, lassen ihr wenig Zeit und Stimmung übrig, sich mit theoretischen Fragen abzugeben, deren Erörterung nicht durch Vorgänge im praktischen Kampf auf die Tagesordnung gesetzt wird. Wer Geschichte macht, pflegt das Philosophieren über Geschichte entweder anderen zu überlassen oder so lange hinauszuschieben, bis er von der Action zurückgetreten ist. Die letzten Jahre sind aber für die deutsche Socialdemokratie alles andere gewesen, als Jahre beschaulichen Ausruhens.

Ob es in den folgenden Jahren weniger lebhaft in ihr zugehen wird, kann niemand voraussagen. Gewinnt die Partei mehr Masse, so wird sie sicher die erste Gelegenheit ergreifen, die nun einmal als der Lösung bedürftig erklärte Frage auch gebührend in Erörterung zu ziehen. Solcher Erörterung vorzuarbeiten ist der Zweck des nachfolgenden.

X

X

X

Vier Fragen hat sich meines Erachtens eine Programmrevision vorzulegen. Sie lauten:

1. Ist das Programm in seiner jetzigen Gestalt zweckmässig aufgebaut?
 2. Enthält es Punkte oder Teile, die als überflüssig geworden oder als von Grund auf als falsch erkannt aus ihm zu entfernen sind?
 3. Enthält es Punkte, die nur Teilwahrheiten sind oder einen richtigen Gedanken falsch oder unklar ausdrücken und deshalb der Abänderung bedürfen?
 4. Bedarf es in irgend welcher Hinsicht der Ergänzung oder Erweiterung?
- Was Punct 1 betrifft, so kann er nur mit Heranziehung von Punct 4 erschöpfend

¹⁾ Vergl. das Protokoll des Lübecker Parteitags, pag. 168.

behandelt werden. Der Aufbau eines Programms bestimmt sich nach der Natur und Masse der Gegenstände, über die es sich zusammenfassend äussern soll. Es gibt socialistische Programme, die kürzer sind, als das Erfurter Programm; es gibt aber auch socialistische Programme, die ganz erheblich länger sind, weit mehr in Einzelheiten eingehen, als jenes. Je kürzer aber ein Programm, in um so weniger Rubriken braucht es eingeteilt zu werden, während ein sich über alles Mögliche verbreitendes Programm ohne Gruppierung der vielen Punkte in Rubriken von mässigem Umfang jeder Übersicht ermangeln würde.

Die deutsche socialdemokratische Partei hat auf den verschiedenen Parteitag, die sie seit dem Jahre der Schaffung des Erfurter Programms abgehalten hat, zu Fragen der Zeit (Zoll- und Verkehrspolitik, Wohnungsfrage, Cartelle etc.) in eingehend erörterten Resolutionen principiell Stellung genommen, für deren Aufnahme in das Parteiprogramm triftige Gründe ins Feld geführt werden können. Wird ihnen nachgegeben und sollen auch die noch zur Erörterung stehenden Fragen der Communalpolitik im Programm berücksichtigt werden, so würde es bei blosser Anfügung der betreffenden Resolutionen an das Programm, wie dies jetzt zusammengestellt ist, nicht sein Bewenden haben können, sondern eine vollständige Neueinteilung, eine ganz andere Gruppierung des in ihm behandelten Stoffes nötig werden. Es gilt also, sich über die Frage zu verständigen, ob eine solche Erweiterung des Programms ratsam ist oder nicht.

Ich setze in einer Hinsicht Übereinstimmung bei allen Parteigenossen voraus, die überhaupt der Programmfrage Aufmerksamkeit zuwenden, nämlich darin, dass sie, unbeschadet ihrer sonstigen Meinungsunterschiede, doch sämtlich den Wunsch hegen, das Parteiprogramm nach ganz bestimmten Grundsätzen folgerichtig auf- und ausgebaut zu sehen. Keiner wird wünschen, dass über die Aufnahme von Punkten ins Parteiprogramm etwa Bequemlichkeitsgründe oder Rücksichten bloss äusserlicher Zweckmässigkeit das entscheidende Wort sprechen, sondern alle werden gleichmässig wünschen, dass bei Regelung dieser Frage nach einheitlichen Normen verfahren, jede Laune oder Willkür ausgeschlossen wird.

Nun ist das Programm zur Zeit der Form nach zweiteilig, der Sache nach mindestens dreiteilig, indem seine Sätze in folgende drei genau zu unterscheidende Abarten zerfallen respective sich in sie auflösen lassen:

1. Sätze, die sociale Erscheinungen der Zeit feststellen und ihre, aus der Natur der Dinge selbst sich ergebenden sachlichen Folgerungen vorausbestimmen, die darin wissenschaftliche Allgemeingiltigkeit beanspruchen und gerade deshalb nicht als spezifische Parteidogmen der Socialdemokratie anzusehen sind;
2. Sätze, die speciell von der Socialdemokratie vertretenen Grundsätzen, Überzeugungen oder Bestrebungen Ausdruck geben und demgemäss in ihrem Kern Giltigkeit als Dogmen der Partei beanspruchen;
3. Sätze, welche die aus Anwendungen der Parteidogmen auf die gekennzeichneten socialen Erscheinungen sich ergebenden nächsten Forderungen der Partei formulieren.

Demgemäss muss für jede dieser Abarten eine gewisse Norm bestehen, innerhalb welcher Grenzen oder unter welchen Voraussetzungen die für sie in Betracht kommenden Tatsachen im Programm Erwähnung zu finden haben. Anders ausgedrückt, es muss ein Massstab dafür Geltung haben, wann eine Erscheinung, ein Grundsatz, eine Forderung für wesentlich genug zu erachten sind, um Anspruch auf Aufnahme im entsprechenden Teil des Programms zu haben. Wobei wiederum Voraussetzung

ist, dass die benannten drei Gruppen selbst als notwendige Bestandteile des Programms anerkannt sind.

Von vornherein kann dies nur für das zweite und dritte der aufgezählten Programmelemente als ausser Frage bezeichnet werden. Ein Parteiprogramm, das sich nicht über die Grundsätze, die Bestrebungen und Forderungen der Partei äussert, ist ein Unding. Anders mit denjenigen Sätzen, welche nichts postulieren, sondern nur sociale Erscheinungen der Zeit und ihre Tendenzen eingehender kennzeichnen. Dass sie kein unerlässlicher Bestandteil eines socialdemokratischen Programms sind, geht aus dem Umstand hervor, dass die früheren Programme der deutschen Socialdemokratie ohne sie auskamen respective sich mit ganz kurzen und sehr allgemein gehaltenen Kennzeichnungen der heutigen Gesellschaftszustände begnügten. Dasselbe ist der Fall bei den Programmen einer Anzahl ausserdeutscher socialdemokratischer Parteien, wie zum Beispiel denen der socialistischen Arbeiterparteien Englands. Auch die von Marx herrührenden Einleitungssätze des sogenannten *Mindestprogramms* der französischen guesdistischen Arbeiterpartei beschränkt sich auf einige sehr allgemein gefasste Sätze über die Entwicklungstendenzen der Wirtschaftsformen und des Eigentums in der modernen Gesellschaft. Die eingehendere Begründung der socialistischen Principien und Forderungen blieb oder bleibt dabei speciellen Programm-broschüren überlassen, an denen es die betreffenden Parteien auch nicht haben fehlen lassen.

Indes ist das Entbehrliche noch nicht das Überflüssige. Da die Arbeiterbewegung ihre Taktik und ihre Forderungen in letzter Instanz auf Grund ihrer realen Bedürfnisse formuliert, wie sich diese unter gegebenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen herausstellen, kann sie allerdings zeitweilig auch bei einem sehr mangelhaften Programm richtig und erfolgreich operieren, während andererseits selbst das beste Programm nicht vor groben Fehlern in der Praxis schützt. Aber welcher vernünftige Mensch wird aus dieser unbestrittenen Tatsache nun den Schluss ziehen, dass es überhaupt gleichgiltig sei, ob die Partei ein Programm hat, wie sich in ihm Wahres und Falsches mischt und ob es vollständig oder unvollständig ist? Das hiesse Unwissenheit und Wissen auf eine Stufe stellen, weil Unwissende zuweilen klüger handeln, als Wissende. Wir müssen uns vielmehr sagen, dass da, wo die grösste theoretische Klarheit herrscht, unter sonst gleichen Umständen auch die grösste Wahrscheinlichkeit richtigen Handelns gegeben ist und dass infolgedessen auch in der Programmfrage der Grundsatz zu gelten hat: nur das Bestmögliche ist gerade gut genug. Wer nicht von diesem Grundsatz ausgeht, der handelt am richtigsten, wenn er der Frage der Programmrevision gänzlich fern bleibt.

Es ist also die Frage zu beantworten, ob die theoretische Klarheit dadurch gewinnt, dass die in der Partei vorherrschenden Ansichten über die Tendenzen der wirtschaftlichen und politisch-socialen Entwicklung der Gesellschaft eingehend im Programm der Partei festgestellt werden.

Auf den ersten Blick mag dies als unzweifelhaft erscheinen. Sind nicht diese Ansichten das Ergebnis der Forschungsarbeit der Theoretiker der Partei? Bilden sie nicht das theoretische Fundament der von der Partei vertretenen Bewegung? Sind sie es nicht, die den Beweis liefern, dass die specifisch socialistischen Bestrebungen der Socialdemokratie keine Utopieen sind, sondern ursächlich aus dem tatsächlichen Entwicklungsgang der Gesellschaft herauswachsen? Liefern sie nicht damit auch zugleich der Bewegung den denkbar sichersten Compass für alle die Fragen, denen gegenüber die allgemeinen Grundsätze und die praktischen Forderungen des Programms nicht ausreichen? Muss man nicht, wenn man sich dies alles überlegt, das genauere Ein-

gehen auf die wirtschaftlich-soziale Entwicklung in den neueren socialistischen Programmen als einen Fortschritt dieser über die früheren hinaus betrachten, den preisgeben die Bewegung theoretisch schwächen hiesse?

In diesen Sätzen haben wir das zusammengefasst, was unseres Erachtens im Laufe der Debatten der letzten Jahre an rationellen Argumenten zur Verteidigung des Erfurter Programms in seiner jetzigen Gestalt teils wirklich vorgebracht worden ist, teils hätte vorgebracht werden können, das heisst diejenigen Argumente, denen man eine gewisse Berechtigung nicht abstreiten kann. Aber die Sache ist mit ihnen nicht zu Ende. Es steht ihnen nämlich der Einwand gegenüber, dass Programme von Kampfparteien stets einen, ziemlich ausgeprägten axiomatisch-dogmatischen Charakter tragen, was zwar, soweit es sich um Proclamation von Grundsätzen und Forderungen handelt, ganz in der Ordnung ist, aber bei Darlegungen über objective Entwicklungstendenzen seinen grossen Haken hat. Der Rahmen eines Programms setzt dem Eingehen auf Einzelheiten bestimmte unüberschreitbare Grenzen, so dass es da schliesslich doch bei Verallgemeinerungen gröberer Natur bleibt, die, sobald sie axiomatisch vorgetragen werden, um so mehr der Gefahr ausgesetzt sind, missverstanden oder missdeutet zu werden. *In generalibus latet error*, wie das alte Sprichwort lautet. Kommen doch in unserem Falle zumeist Kennzeichnungen von socialökonomischen Gesetzen der *Tendenz*, das heisst von Entwicklungstendenzen in Betracht, die sich im Wirtschafts- oder im weiteren socialen Leben mehr oder minder deutlich offenbaren, aber sich in der Wirklichkeit nie bis zu Ende rein durchsetzen und über deren schliessliches Ergebnis sich Voraussetzungen mit sozusagen mathematischer Gewissheit nicht aufstellen lassen. Auch ihre Erklärung oder Ableitung ist, wie die Geschichte einer ganzen Reihe von Wirtschaftserscheinungen gezeigt hat, nicht immer sehr einfach oder vor Missgriffen geschützt. In einer Programmbroschüre kann man auf alles das Rücksicht nehmen, ohne ihr an Kraft zu rauben. Weder ist sie an die Form axiomatisch gefasster Sätze gebunden, noch braucht sie für alles in ihr Gesagte dogmatische Geltung zu beanspruchen. Ganz anders ein Programm. In einem solchen soll alles knapp und bestimmt lauten und beansprucht jeder Satz Geltung als ein Glaubensartikel. Es sollten also in ein solches ausser den Stücken, die Grundsätze, Bestrebungen und Forderungen formulieren, nur solche Sätze hinein kommen, die wirklich wissenschaftlich unanfechtbar sind. Und nur wenn der feste Wille vorherrscht, ohne Rücksicht auf Überlieferungen und sonst verehrte Autoritäten der Sprache der wissenschaftlich festgestellten Tatsachen vorbehaltlos Rechnung zu tragen, fallen die Bedenken hinweg, die gegen die Ausstattung des Programms mit entwicklungstheoretischen Sätzen sprechen.

Da solcher Wille nur dort verbürgt ist, wo nicht theoretische Meinungsverschiedenheiten stark mit persönlichen Gegnerschaften und taktischen Streitfragen verquickt sind, kann ich es nicht bedauern, dass die Programmrevision in Deutschland von der Partei bisher immer wieder vertagt worden ist, und habe mich denn auch sehr in den letzten Jahren gehütet, den Anträgen auf Vornahme der Revision das Wort zu reden. Zu lebhaft stand noch vor meinem Auge die Zeit, wo der officiellé Theoretiker der Partei mir mit dem Erfurter Programm in der Hand nachlief und, auf die sechs theoretischen Eingangssätze deutend, alle Gläubigen vor mir als einem gefährlichen Ketzler warnte. Meine damaligen Erfahrungen bestätigten mir, was ich seinerzeit Friedrich Engels nicht recht hatte glauben wollen, dass man eine Programmrevision eher zu früh als zu spät ins Werk setzen kann.

Inzwischen ist etliches Wasser ins Meer gelaufen, einige Auslandsparteien, die österreichische und die ungarische Socialdemokratie, die französischen Socialisten etc.,

haben ihre Programme revidiert, und — siehe da —, die Punkte, die ich Abtrünniger des Erfurter Programms bemängelt hatte, finden sich in den neuen Programmen entweder gar nicht oder nur in abgeschwächter Form vor. Wenn persönliche Voreingenommenheit hier und Opportunismus dort zu diesen Abweichungen bemerkt hat, sie seien nicht wegen, sondern trotz meiner Kritik vorgenommen worden, so kann ich diese Lossagungen um so ruhiger hinnehmen, als die ungewollte Bestätigung meiner Einwände ja viel nachdrücklicheres Zeugnis für sie ablegt, als die Zustimmung Gleichdenkender. Auf das, was die Menschen tun, kommt es an, nicht auf das, was sie sagen. Unter diesen Gesichtspunct hat mir denn auch trotz mancher Genugtuung, die sie mir brachten, weder das neue Programm der österreichischen Socialdemokratie noch das der Socialdemokraten Ungarns so grosses Vergnügen gemacht, wie der Programmentwurf der russischen Marxisten von der Richtung der *Iskra*.

Man höre, wie diese Gruppe, für die der Schreiber dieses der Verworfenste der Verworfenen ist, sich über das Schicksal der Mittelschichten, die das Erfurter Programm einfach *versinken* lässt, äussert:

»Das Herrschaftsgebiet der capitalistischen Productionsverhältnisse dehnt sich immer mehr aus, indem die beständige Vervollkommnung der Technik zugleich damit, dass sie die wirtschaftliche Bedeutung der Grossunternehmer erhöht, zur Verdrängung der kleinen selbständigen Producenten führt, einen Teil von ihnen in Proletarier verwandelt, die Bedeutung der übrigen im socialwirtschaftlichen Leben herabsetzt und sie teilweise in eine mehr oder minder vollständige, mehr oder minder deutliche, mehr oder minder schwere Abhängigkeit vom Capital versetzt.«²⁾

Man kann sich nicht correcter, nicht vorsichtiger ausdrücken. Der nationalliberalste deutsche Professor der Volkswirtschaftslehre wird, wenn ihm der Satz vorgelegt wird, keinen Augenblick Bedenken tragen, ihn zu unterschreiben. Der Schluss mit dem dreimaligen *mehr oder minder* wird ihm vielleicht etwas zu schwammig vorkommen, aber zu schwammig ist besser, als zu apodiktisch; es compromittiert unter keinen Umständen. Auf *mehr oder minder* kann man jeden Eid leisten.

Der Programmentwurf des im Gebaren apodiktischsten Flügels der russischen Socialdemokratie lässt uns diesem *mehr oder minder* und ähnlichen, ganz und gar nicht apodiktischen Wendungen noch an anderen Stellen begegnen, wo ökonomische Entwicklungen geschildert werden. Und um die Wahrheit zu sagen, wir sind weit entfernt, den Gebrauch dieser Vorsichtssätze ernsthaft zu tadeln, wir können ihn vielmehr an den betreffenden Stellen nur guthessen. Er zeigt, dass das gebrannte Kind das Feuer zu scheuen gelernt hat. Allerdings sind die Einschränkungen nicht überall am Platze. Ein Programm, in dem sie überwuchern, würde den Spott geradezu herausfordern. Es gilt hier zu unterscheiden, Gesetze der Tendenz und ihre Resultate streng auseinanderzuhalten. Schreiber dieses hat das schon im Vorwort zur französischen Ausgabe der *Voraussetzungen* scharf betont, wo er die von Marx herrührenden Einleitungssätze des französischen Mindestprogramms mit den Einleitungssätzen des Erfurter Programms verglich. Ich erklärte dort, dass meines Erachtens die ersteren den letzteren »unter allen Gesichtspuncten überlegen« seien.

»Sie beschränken sich darauf, die allgemeinen Tendenzen der modernen Industrie, die allmähliche Beseitigung der individuellen Form durch die Collectivform zu kennzeichnen und mit grosser Vorsicht in möglichst knappen Worten das allgemeine Ziel der Partei und die für die Erreichung des Ziels notwendigen ökonomischen Bedingungen darzulegen.

Die theoretischen Sätze des Erfurter Programms sind ziemlich weitläufig gehalten. Sie bilden nicht mehr eine vorsichtig gehaltene Darlegung von Tatsachen und Tendenzen, sondern eine dramatische Schilderung von [zu erwartenden] Resultaten.

²⁾ Vergl. den Entwurf eines Programms der Socialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, deutsch veröffentlicht in den *Documenten des Socialismus*, III. Bd., pag. 86.

Die Sprache ist beinahe pathetisch: eine Anklageschrift voller Leben, ein Appell an das Gemüt, an die Leidenschaft. Ein ausgezeichnetes Stück für die Agitation, wo die Übertreibung durch die Notwendigkeit gerechtfertigt ist, die trägen Geister aufzurütteln. Aber es bleibt nicht mehr bei den Tatsachen, es ist nicht mehr Wissenschaft.³⁾

Soll das socialdemokratische Erfurter Programm revidiert werden, so ist vor allem Sorge dafür zu tragen, dass der hier angezeigte Fehler vermieden und aus den Sätzen, die aus dem alten ins revidierte Programm hinübergenommen werden, das ausgemerzt wird, was ihnen als Ergebnis jener verfehlten Tendenz anhaftet. Die Abänderung der Einleitungssätze muss in dem Bewusstsein vorgenommen werden, dass sie auf längere Zeit hinaus geschieht — man ändert Programme nicht alle paar Jahre ab — und dass es sich dabei um eine Urkunde handelt, die durch ihren gedanklichen Inhalt wohl die Agitation der Partei geistig befruchten und ihr ein Leitfaden, eine Richtschnur sein soll, die aber in Form und Ton nicht selbst auf die Agitation gestimmt zu sein, sondern nur der einen Anforderung Genüge zu leisten hat, dass sie vor der Wissenschaft mit Ehren besteht.

Es hat der Programmrevision, wenn dies Resultat erzielt werden soll, eine Discussion voranzugehen, die durch keine Nebenrücksichten gefälscht wird. Keine Persönlichkeitsfragen, keine Rücksichten auf Fragen der Taktik dürfen in die Debatte über den theoretischen Teil des Programms hineingetragen werden. Es ist das unter Umständen schwer zu vermeiden, weil Theorie und Taktik in einem organischen, wenn auch nicht immer erkannten Zusammenhang mit einander stehen. Aber das rationelle Verhältnis ist hier dies, dass die Theorie auf die Taktik einwirken soll und nicht umgekehrt. Und so ist es zweckmässig, für die Programmrevision einen Zeitpunkt zu wählen, wo keine taktischen Streitfragen tiefergehender Natur die Gemüter erhitzen, wo im grossen und ganzen jener Seelenzustand in der Partei herrscht, der sich mit dem einst als Gottesfrieden bezeichneten Zustand vergleichen lässt. Dass er alsdann mit theoretischer Indifferenz zusammenfällt, ist aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht zu befürchten. Die theoretischen Erörterungen werden vielmehr gerade dann den besten Boden in der Partei vorfinden, wenn sie nicht in Form von Zank und persönlicher Verketzerung gepflogen werden.

Um was handelt es sich bei der Programmrevision? Von Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der nächsten Forderungen der Partei ist im Laufe der Jahre blutwenig zu Tage getreten. Damit soll nicht gesagt werden, dass nicht auch hier manches der Nachprüfung bedarf und allerhand Ergänzungen sich als spruchreif erweisen werden; aber ein lebhaftes Revisionsbedürfnis hat sich in dieser Hinsicht nicht geltend gemacht. Hinsichtlich der Grundsätze der Partei ist von Revisionen überhaupt nichts hörbar geworden. Nur über die objectiven Entwicklungstendenzen der modernen Gesellschaft und die tiefgreifenden Bestrebungen der Socialdemokratie, soweit sie durch jene bestimmt werden, herrscht stärkere Meinungsverschiedenheit und demgemäss auch grösseres Nachprüfungs- oder Revisionsbedürfnis. Unbedingte Unterschrift dürften die betreffenden Sätze des Erfurter Programms heute wohl bei keinem Socialisten mehr finden, der sich mit theoretischen Fragen beschäftigt. Ihr Wert für die Partei besteht heute wesentlich darin, dass sie, als Ganzes betrachtet, doch in die zutreffende Richtung weisen. Einzelne untersucht bieten sie jedoch alle der Kritik Blößen dar.

Drei Wege bieten sich der Partei, wenn sie diesen Zustand nicht beibehalten will, zur Behebung desselben dar.

³⁾ Vergl. das Vorwort zur französischen Ausgabe der Voraussetzungen des Socialismus, deutsch veröffentlicht unter dem Titel *An meine socialistischen Kritiker* in den *Socialistischen Monatsheften* 1900, pag. 5.

1. Sie kann die Einleitungssätze des Programms nach dem Vorbild des französischen Mindestprogramms auf ein paar Sätze reduciren, die zwar über die speciellen Entwicklungsprobleme der Gegenwart wenig aussagen, aber die allgemeine geschichtliche Tendenz der Entwicklung des Eigentums und der Wirtschaftsformen unanfechtbar kennzeichnen.

2. Sie kann das Programm so lassen, wie es jetzt ist, und nur einige Schönheitsfehler aus einzelnen der Einleitungssätze entfernen; zum Beispiel den allzu bestimmten Aufstellungen über Versinken der Mittelschichten, Expropriation der Bauern, Wachstum der Reservearmee, Zunahme der Krisen etc. eine etwas weniger crasse Form geben.

3. Sie kann das ganze Programm der Nachprüfung unterwerfen, mit den Einleitungssätzen auch die aus ihnen abgeleiteten Folgerungen in die Revision hineinziehen, um festzustellen, ob und inwieweit diese durch die sich als nötig erweisenden Änderungen jener in Mitleidenschaft gezogen werden.

Entschliesst sie sich für das letztere, so ist damit von selbst gegeben, dass sie sich dann auch über die eingangs erörterte Frage der Erweiterung des Programms klar zu werden hat. Es liegt nicht im Plan dieses Artikels, näher und mit bestimmten Vorschlägen auf die Substanz der Programmrevision einzugehen. Das soll den Gegenstand eines besonderen Aufsatzes bilden, während uns hier mehr die formale Seite der Frage beschäftigt. Aber so viel glauben wir doch auch hier schon als den Ausdruck unserer Überzeugung bezeichnen zu müssen, dass, wenn überhaupt revidiert werden soll, das ganze Programm in die Debatte gezogen werden muss. Und wir sind weiterhin der Ansicht, dass selbst bei den meisten derjenigen, die an den Einleitungssätzen des Programms in ihrer jetzigen Gestalt nur sehr wenig zu ändern finden, der Vorschlag einer Erweiterung des Programms kaum auf irgend welchen Widerstand stossen würde. Die Charakteristik des modernen Cartellwesens und die Folgerungen, die sich aus ihr für die Socialdemokratie in Theorie und Praxis ergeben, gehört angesichts des grossen Umfangs, den diese Bewegung mittlerweile erlangt hat, unzweifelhaft in das Parteiprogramm, solange dies überhaupt daran festhält, die Hauptmomente der Wirtschaftsentwicklung der Gegenwart genauer abzuzeichnen. Wir stehen nicht mehr vor den ersten Anfängen des Cartell- beziehungsweise Syndikatswesens, der Trust- und Fusionsbestrebungen, sondern haben eine Ausbreitung dieser Tendenzen und Bewegungen vor uns, aus der so viel mit Sicherheit geschlossen werden kann, dass es sich bei ihnen um eine bleibende Erscheinung des modernen Wirtschaftslebens handelt, deren mögliche Rückwirkungen auf die Gestaltung der Arbeiterlage im besonderen und der Einkommensverteilung und Consumtentwicklung im allgemeinen es zu kennzeichnen gilt.

Noch andere bezeichnende Seiten der modernen Wirtschaftsentwicklung, wie die zunehmende Mobilisierung der Eigentums- und Einkommenstitel und ihre Bedeutung, haben auf ausdrückliche Betonung im Parteiprogramm Anspruch. Auf der anderen Seite wird es nicht länger angehen, eine so wichtige Frage der Gestaltung des Arbeiterlebens, wie es die Wohnungsfrage heute ist, bei Aufzählung der nächsten Forderungen der Partei unerörtert zu lassen, noch würden wir es für richtig halten, es in Bezug auf sie mit einer lakonischen Erwähnung bewenden zu lassen. Noch kann die Frage der Verkehrspolitik, auf deren Gestaltung die Arbeiter in der vorgeschrittenen Ländern immer grösseren Einfluss gewinnen, mit der blossen Feststellung der Gegnerschaft gegen Zölle, wie sie jetzt in Punct 10 des zweiten Teils des Programms figurirt, für genügend behandelt gelten.

Mit diesen wenigen Beispielen mag es hier sein Bewenden haben. Sie allein zeigen schon, dass eine Erweiterung des Programms kaum abzuweisen ist. Die nähere Be-

leuchtung dieser Frage wird aber erkennen lassen, dass, wie oben schon bemerkt, die Erweiterung des Programms eine Neueinteilung seines Inhalts erheischen wird.

Das Erfurter Programm der deutschen Socialdemokratie wurde geschaffen, als die Partei eben aus der ausnahmegesetzlichen Stellung herausgetreten war. Noch befand man sich in der Epoche des Fühlens und Tastens, in der Stimmung, wie sie ein Provisorium notwendig mit sich bringt. Viel tiefer ist seitdem die socialistische Bewegung in das Volksleben eingedrungen, viel fester hat sie sich auf den verschiedenen Gebieten der gesetzgeberischen, administrativen und freiorganisatorischen Arbeit der Nation verankert. Man denke an den Umfang und die Bedeutung, welche die communale Arbeit der Socialdemokratie vielfach erlangt hat, an die Tätigkeit der Arbeitervertreter in der Arbeiterversicherung, in den Gewerbegerichten, an den vor zwölf Jahren von vielen für unmöglich gehaltenen Aufschwung des Gewerkschaftswesens, an die kaum geahnte Entwicklung der Arbeiterconsumgenossenschaften, und zuletzt, aber nicht zum wenigsten, an die grosse Zunahme der socialistischen Vertretung im Reichsparlament, die Steigerung des Gewichtes, das die Socialdemokratie bei allen wichtigen Fragen der Reichsgesetzgebung in die Wagschale zu legen hat. Unsere Zeit lebt schnell und beurteilt demgemäss den Gang der Tagesereignisse. Aber wenn man einen Rückblick wirft auf das, was die socialistische Bewegung vor zwölf Jahren war, und es mit dem vergleicht, was sie heute ist, dann wird man sich erst der Tatsache bewusst, dass ein wahrhaft bedeutendes Stück Umwälzung hinter uns liegt, und begreift es als die natürlichste Sache von der Welt, dass das damals geschaffene Programm heute weder qualitativ noch quantitativ genügt.

XX

ADOLPH VON ELM · DIE REVISIONISTEN AN DER ARBEIT

Durch Evolution zur Revolution — durch fortgesetzte Demokratisierung und Socialisierung des Gesellschaftskörpers zur völligen Umgestaltung der capitalistischen in die socialistische Gesellschaft: das ist, mit wenigen Worten gekennzeichnet, der Standpunct der *Revisionisten* in der Partei. Sie glauben nicht an das Wunder der plötzlichen *Katastrophe*, halten diejenigen, die die Massen durch diesen Wunderglauben, der in völligem Gegensatz steht zur materialistischen Geschichtsauffassung, zu elektrisieren, zu fanatisieren suchen, nicht für wirkliche Revolutionäre, sondern sind im Gegenteil der Anschauung, dass dieser unselige Wahn nur lähmend auf die Tätigkeit der Arbeiter, ihre Organisationen auf allen Gebieten auszubauen, wirken muss.

Dass der *revisionistische* Standpunct heute noch nicht von der Mehrheit der Parteigenossen verstanden wird, ist nur zu erklärlich. Es ist die Sehnsucht nach dem Heil, der Wunsch, möglichst bald herauszukommen aus der Misère der capitalistischen Misswirtschaft, unter der grosse Massen der Proletarier dahinvegetieren, welcher sie jubelnd jenen Genossen zustimmen heisst, die ihnen verkünden, dass der grosse Tag der Erlösung nun in greifbare Nähe gerückt sei. »Halten Sie uns doch nicht ständig auf mit Ihren ewigen Bedenken«, rief unter Zustimmung der Mehrheit der Genossen ein Redner in einer Hamburger Parteiversammlung den sogenannten *Revisionisten* zu, »die Proletarier besitzen längst die nötige Reife zur Leitung der wirtschaftlichen Betriebe. Glauben Sie etwa, dass, wenn wir morgen die *Hamburg-America-Linie* übernehmen sollten, es uns an Kräften dazu fehlen würde?« Es

schmeichelt dem Selbstbewusstsein der Massen, wenn ihnen so ihre *Reife* attestiert wird; wer diese Verherrlichung der Volksmajestät nicht mitmacht, ist ohne weiteres *dringend verdächtig*, die Socialdemokratie an die bürgerliche Gesellschaft angliedern, den Classenkampf abschwächen oder gar ganz aufgeben zu wollen. Zum Glück für die deutschen Arbeiter lassen sich dieselben heute jedoch nicht mehr durch solchen Utopismus abhalten, ihre mühsame Organisationsarbeit fortzusetzen; das eherne Muss, sich gegen die Profitgier des Capitals zu wehren, die sich den unorganisierten Arbeitern durch Lohnreduktionen, Verlängerung der Arbeitszeit ständig fühlbar macht, zwingt sie dazu.

Aber um wie viel gewaltiger müsste der Fortschritt sein, wenn die grossen Massen von der klaren Erkenntnis durchdrungen wären, dass ihre Organisationen nicht nur ein Mittel sind, in der heutigen Gesellschaft dem Capital kleine Vorteile abzurufen, sich der schlimmsten Ausbeutung durch dasselbe zu erwehren, sondern dass der Ausbau von Gewerkschaften und Genossenschaften absolut notwendig ist zur endlichen Befreiung des Proletariats aus den Fesseln der Lohnslaverei. Die Gefahr ist noch längst nicht überwunden, dass, wenn infolge eines Geschäftsrückganges die Arbeiter bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen nicht den gewünschten Erfolg haben, sie von lähmendem Pessimismus erfasst werden und ihrer Gewerkschaft den Rücken kehren. *Es nützt ja doch nichts* ist die bekannte Redensart dieser Missmutigen. Die Capitalisten kennen diese Schwäche der Arbeiter; sie verstehen es vorzüglich, durch den von ihnen bei Geschäftsfloren ausgeübten unerhörten Terrorismus, durch die Anwendung der Hungerpeitsche, durch Entlassungen, Massregelungen der eifrigsten Gewerkschaftsmitglieder die Arbeiter in dem Gefühl ihrer scheinbaren Ohnmacht gegenüber dem organisierten Unternehmertum zu bestärken. Plötzlich entdecken in solchen Situationen dann auch theoretische Freunde der Gewerkschaften aus dem bürgerlichen Lager, welche zur Zeit der Prosperität die Macht der Organisation gar nicht genug preisen konnten, *Grenzen der Gewerkschaftsbewegung*. Alten, erfahrenen Gewerkschaftern klingt es nur zu bekannt, wenn jene Leute jetzt plötzlich deducieren: »Je weiter die Anhäufung des Capitalismus, die Vergrösserung der Betriebe und vor allem die Organisation des Unternehmertums fortschreitet, um so sicherer wird die ehemals so schneidige und gefährliche Waffe des Strikes in den Händen der Arbeiter stumpf«, und wenn dann weiter gesagt wird: »das Schwergewicht des gewerblichen Kampfes darf nicht mehr bei den Gewerkschaften liegen« und schliesslich die *politische Arbeitervertretung* als alleinige Rettung vor der entsetzlichen Macht des Capitals empfohlen wird.¹⁾ »Alles schon dagewesen«, könnten die Gewerkschafter dem Mann mit Ben Akiba antworten. Vor, auf und nach dem Cölnener Parteitag /1893/ haben wir im eigenen Lager solche schönen Lehren massenhaft anhören müssen. Aber wir sind trotzdem nie müde geworden, den Arbeitern gerade angesichts der Tatsache der wachsenden Macht des organisierten Capitals die um so notwendigere Stärkung ihrer eigenen Organisationen zu propagieren. Leider mangelt den Arbeitern vielfach noch eins: der Blick des Strategen, die Übersicht über die wirtschaftlichen Verhältnisse; anstatt im rechten Moment anzugreifen, wählen sie nur zu oft noch zum Kampf gerade den Zeitpunkt des Beginns einer wirtschaftlichen Depression oder lassen sich durch Fabrikanten, die einen Strike unter Umständen für das beste Mittel halten, mit ihren alten Lagern aufzuräumen, direct zu einem für sie von vornherein aussichtslosen Kampf provocieren. Kämpfen ist eine schwere Kunst,

¹⁾ Vergl. Friedrich Weinhausen: *Grenzen der Gewerkschaftsbewegung* in der *Hilfe* vom 6. December 1903.

die gelernt werden will; haben doch selbst die bestorganisierten Arbeiter, zum Beispiel die Buchdrucker, auf diesem Gebiet Lehrgeld zahlen müssen. Es ist entschieden zu verurteilen, den nach einer Niederlage ganz naturgemäss bei den Arbeitern sich einstellenden Pessimismus noch dadurch zu fördern, dass man ihnen sagt: ihr müsst jetzt das Hauptgewicht auf die politische Arbeiterbewegung legen; durch eure Gewerkschaftsorganisation könnt ihr eure Lage nicht verbessern! Der auf parlamentarischem Wege zu erzielende Arbeiterschutz, ein grösseres Mass von Coalitionsfreiheit sind ohne Zweifel mächtige Hebel zur Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, aber niemals wird durch Gewährung solcher und anderer gesetzgeberischer Massnahmen der wirtschaftliche Kampf überflüssig werden.

Dieser Illusion sollten sich nachgerade auch die wohlmeinenden *Arbeiterfreunde* entschlagen, die sich nach Dresden mehr als je bemühten, uns auseinanderzuloben. Der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber versagt das *Divide et impera* für alle Zeiten, auch dann, wenn wir uns einmal einer Staatsregierung erfreuen sollten, deren berufener Leiter über etwas mehr socialpolitisches Wissen verfügte, als der Reichskanzler Graf Bülow, dem es vergönnt war, in seiner *berühmten* Reichstagsrede vom 10. December 1903 mit den niedrigsten Bonmots aus Eugen Richters *Spar-Agnes* die Heiterkeit des hohen Hauses zu entfesseln, der mit den ältesten *ollen Camellen* aus der schönen Zeit der Socialistentötereie unsern im ernstesten Ringen um die Befreiung des Proletariats ergrauten Genossen Bebel mit einer *Zukunftsstaatsdebatte* anzufallen versuchte, als Antwort auf dessen schneidige und sachliche Kritik der heutigen politischen und wirtschaftlichen Misère. Wie sehr auch die Gegner der Arbeiterbewegung, gleichviel welcher Schattierung, auf dem Holzwege sind, wenn sie den, nach unserm glänzenden Wahlsieg freilich alle Welt und die *Revisionisten* in erster Linie überraschenden Vorgängen des Dresdener Parteitages eine allzu grosse Bedeutung beimessen, das werden sie schneller gewahr werden, als ihnen lieb sein dürfte. Die Herrschaften ahnen ja gar nicht, welche *Schätze reiner Wäsche* wir haben und dass das etwas aufdringlich vorgenommene *grosse Reinemachen* im Elbflorenz in den Kreisen, die es doch in erster Linie angehen sollte, längst vergessen sein wird, wenn die *feiner* organisierten Nerven der hohen und höchsten Herrschaften noch immer einen molligen Kitzel davon zu spüren vermeinen. Man kann es verstehen, angesichts der seit den Wahlen, ganz besonders aber seit dem Dresdener Parteitag, neuerdings wieder zu Tage tretenden Socialistenhetze aus allen bürgerlichen Parteien, bis weit hinein in die äusserste Linke des freisinnigen Lagers, dass die in Dresden beschlossene strenge Absonderung der Partei von der bürgerlichen Gesellschaft den Genossen Bebel zu der nicht ganz kleinen Übertreibung verleiten konnte, dieses Moment in seiner Entgegnung auf die Kanzlerrede als einen *Jungbrunnen* der Partei zu feiern. Wenn auch durch Dresden für manche uns schon nahe gerückte Kreise die Werbekraft der Socialdemokratie vielleicht eine kleine Stockung erfahren hat, so ist damit selbstverständlich dem schliesslich doch naturgemässen Eindringen immer weiterer bürgerlicher Schichten in die Socialdemokratie für die Dauer nicht um ein Jota Abbruch getan. Wir gehen ja nicht zur bürgerlichen Gesellschaft, sie kommt zu uns; darauf beruht doch unsere Stärke. Und übrigens, wenn diese Kreise wirklich etwas zögern, was liegt daran? Die Socialdemokratie ist doch in erster Linie der proletarischen Masse wegen da.

Und wenn die Gegner auch mit Engelszungen redeten — den Frieden im capitalistischen Classenstaat reden sie nicht heran. Der internationale Classenkampf ist ein Culturfactor, mächtiger als alle künstlichen Schranken, welche heute noch die Völker unsinnigerweise trennen.

Die Erscheinungen, die jetzt bei uns in Deutschland im wirtschaftlichen Classenkampf crasser, denn je, zu Tage treten, haben sich unter gleichen Verhältnissen seinerzeit in England abgespielt: die Arbeiter Englands haben den mächtigen Coalitionen des Capitals mit der Stärkung ihrer eigenen Organisationen geantwortet, haben ihre Taktik im Kampfe den veränderten Verhältnissen angepasst: die Gewerkschaftsbewegung hat dadurch an Bedeutung gewonnen, nicht verloren. Es gilt, den Pessimismus zu bekämpfen, nicht ihn zu nähren; das kann aber nur der, der in Gewerkschaften und Genossenschaften etwas mehr erblickt, als kleinliche Palliativmittel, die im Kampfe zur Beseitigung der Lohnsclaverei ernstlich gar nicht in Betracht kommen. Die gewerkschaftliche und die genossenschaftliche Tätigkeit der Arbeiter zur Stärkung ihrer wirtschaftlichen Macht im Verein mit ihrem Wirken in Reich, Staat und Gemeinde zur Socialisierung und Demokratisierung dieser Institutionen: das ist der Weg zum Socialismus. Je mehr in den Massen hierüber Klarheit, Erkenntnis verbreitet wird, desto weniger wird eine eintretende Reaction im stande sein, ihnen die Kampfesfreudigkeit zu rauben. Wie sehr aber gerade in den Reihen unserer *Radicalen* die Gefahr besteht, dass sie der andrängenden politischen Reaction gegenüber die Arbeiter von den besonnenen Pfaden einer organischen Entwicklung ablenken und zu gefährlichen Experimenten führen könnten, beweist die Tatsache, dass man sich in Dresden, veranlasst durch einen dahingehenden Antrag, mit der *ultima ratio* des Classenkampfes beschäftigen musste. Ich wenigstens halte es absolut nicht für opportun, heute den Generalstrike als Mittel gegen die angedrohte Wahlrechtsverschlechterung oder den Wahlrechtsraub ernstlich discutieren zu wollen — diese Frage ist eine solche der Taktik und kann nur im gegebenen Moment unter Berücksichtigung aller Verhältnisse, der politischen sowohl wie auch der wirtschaftlichen, erwogen werden, wobei in erster Linie der Stand der gewerkschaftlichen Organisation und die Gefahren, die für diese durch einen Strike zu politischen Zwecken erwachsen würden, in Betracht zu ziehen wären. Es zeigt uns aber die ganze Ratlosigkeit der vermeintlich Radicalen, dass sie, unmittelbar nachdem sie uns das zielbewusste Hinarbeiten auf eine Katastrophe empfohlen haben, für den Fall, dass eine solche wirklich hereinbrechen sollte, als Rettung plötzlich auf die Bedeutung der wirtschaftlichen Organisationen für die Erkämpfung der politischen Freiheit verweisen. Selbsterkenntnis ist ein Weg zur Besserung, und wenn nicht alle Zeichen trügen, scheint diese im Anzug zu sein, die Überschätzung der Bedeutung des *Dreimillionensieges* hat ruhigen, nüchternen Erwägungen Platz gemacht, und bald dürfte auch der Glaube an die wunderwirkende Katastrophe als ein überlebter Standpunct betrachtet werden, bald dürfte die Mehrheit der Genossen, den Utopismus von sich abschüttelnd, den Weg zum Ziel in der systematisch fortgesetzten politischen und wirtschaftlichen Organisations-tätigkeit erblicken.

Bei dieser in Wahrheit zielbewussten Tätigkeit werden die Arbeiter nun allerdings auch noch auf einen andern Widerstand, und zwar des kleinbürgerlichen Elementes in ihren eigenen Reihen stossen. Verlangte doch allen Ernstes kürzlich ein Kleinkrämer in einem *Eingesandt* im *Hamburger Echo*, die Arbeiter sollten ihre genossenschaftliche Tätigkeit zu gunsten der Händler und Krämer, die Mitglieder der Partei sind, einstellen; für den Fall, dass dies nicht geschehe, drohte er mit dem Abfall der Krämer und Händler von der Partei. »Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber, argumentierte er. Man sieht, diese Leute, welche, auf ihr Mitgliedsbuch pochend, die natürliche Entwicklung rückwärtsrevidieren wollen, sind Herrn Dr. Crüger, der die Consumvereine in Kreuznach und ebenso bei der letzten Tagung des *Allgemeinen*

Verbandes in Danzig zu Gegnern des Mittelstandes zu stempeln suchte, schon bedenklich nahe gerückt. Tritt die Partei einmal aus ihrer bisher den Genossenschaften gegenüber beobachteten Neutralität heraus, erklärt sie dieselben für Institutionen, welche für den proletarischen Classenkampf notwendig und nützlich sind, dann dürfte auch der Kleinkrämer in Hamburg, der jetzt noch erklärt: »auch wir wollen die grosse socialistische Productionsgenossenschaft — wär' es nur erst so weit!«, in der Partei nicht mehr die Vertretung seiner Interessen erblicken und ins bürgerliche Lager abschwenken. »Wär' es nur erst so weit!« Auch in diesen Worten spricht sich die Sehnsucht aus, möglichst schnell erlöst zu werden aus den wahrlich nicht beneidenswerten Verhältnissen des Kleinhandelsstandes. Widerstand gegen die organische Entwicklung — Warten auf das Wunder einer plötzlichen Katastrophe! Consumvereine, Genossenschaften dürfen die Arbeiter nicht gründen, denn dadurch werden unsere Händlerinteressen gefährdet, aber mit einem Schlage radical die ganze Misère beseitigen — da sind auch wir mit dabei. Dass ein solcher Sprung aus dem capitalistischen Staat in die socialistische Gesellschaft der ganzen bisherigen geschichtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Hohn spricht, in directem Widerspruch zu den von Karl Marx in seinem *Capital* festgelegten Entwicklungstendenzen steht, alles das kümmert jene Leute nicht, — der Wunsch ist bei ihnen der Vater des Gedankens. Und gefissentlich sind sie bestrebt, den Wert und die Bedeutung der Genossenschaftsbewegung herabzusetzen. Was ist denn in England erreicht, fragen sie, in dem classischen Land der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung? Auch dort herrscht noch der Capitalismus, auch dort befinden sich, wie bei uns, trotz Arbeiterschutzgesetze, Gewerkschaften und Genossenschaften grosse Schichten der Arbeiterbevölkerung im tiefsten Elend! Unbestreitbar; ergo — hat's gar keinen Zweck, ist unnütze Kraft- und Zeitvergeudung, eure ganze praktische Gegenwartsarbeit! So reden nicht nur die Händlergenossen, so urteilen mit ihnen heute noch viele, viele Arbeiter, denen es absolut nicht rasch genug geht. Die *Revisionisten* werden noch harte Arbeit zu verrichten haben, bevor die richtige Wertschätzung der praktischen Organisationstätigkeit für die Entwicklung zum Socialismus in den Kreisen der Genossen Platz greift.

Trotz alledem -- es geht vorwärts, unaufhaltsam vorwärts!

In England ging's nicht schneller, eher langsamer, als bei uns in Deutschland, wo uns die Bildung der Arbeiter, das Streben, ihr Wissen auf allen Gebieten zu bereichern, wesentliche Dienste leistet. In England erfolgte die Gründung d. bekannten Genossenschaft der *redlichen Pioniere von Rochdale*, deren System mustergiltig für die Consumvereinsbewegung der ganzen Welt geworden ist, im November des Jahres 1843. Im Jahre 1862, nach zwei Jahrzehnten, hatten sämtliche Consumvereine Englands erst 48 000 Mitglieder, nach weiteren zwei Decennien, 1886, war die Mitgliederzahl auf 894 000 gestiegen. Von 1893 bis 1901 wuchs sie von 1¼ auf 2 Millionen, der Umsatz von 1000 auf 1640 Millionen Mark. Auch die Eigenproduction hat sich in Grossbritannien bei den Consumvereinen und den von ihnen organisierten zwei Grosseinkaufsgesellschaften nur langsam entwickelt; erst in dem letzten Jahrzehnt hat sie eine der starken Consumentenorganisation einigermaßen entsprechende Bedeutung erlangt. Von 1894 bis 1901 ist die Zahl der Consumvereine mit Eigenproduction von 313 auf 722, die Zahl der in der Production beschäftigten Arbeiter von 4581 auf 16 160, der Wert der Production von rund 31 auf 96 Millionen Mark gestiegen. In den beiden Grosseinkaufsverbänden vermehrte sich in der gleichen Zeit die Zahl der an der Production beteiligten Arbeiter von 5196 auf 12 893, der Wert der Production von 23 auf

90 Millionen Mark. Die Zahl der Productivgenossenschaften stieg von 1895 bis 1901 von 179 auf 298, ihre Arbeiterzahl von 7120 auf 9713, der Wert ihrer Production von $47\frac{1}{2}$ auf 77 Millionen Mark. Im ganzen hat sich mithin von 1894 bis 1901 die Zahl der in genossenschaftlicher Production beschäftigten Arbeiter von 16 897 auf 38 766, der Wert der Production von 101^1 auf 263 Millionen Mark vermehrt.

Was ist damit erreicht? Nicht allzuviel, wenn man die Frage nach dem procentualen Verhältnis, in dem diese Summe zur Gesamtproduction Grossbritanniens steht, — dagegen Bedeutendes, wenn man sie vom organisatorischen Standpunct aus beantwortet. Circa 40 000 Arbeiter in genossenschaftlicher Production beschäftigt, dazu weitere 50 000 Arbeiter und Angestellte, welche die Verteilung der Waren in den Consumvereinen besorgen, das bedeutet eine gewaltige Stärkung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse; mit 1640 Millionen Mark Umsatz pro Jahr besitzen die Consumvereine einen wirtschaftlichen Einfluss auf die Unternehmer, der weit grösser ist, als er in den nackten Zahlen zum Ausdruck kommt. Berücksichtigt man weiter, dass alle diese Productionsbetriebe der Genossenschaften moderne Grossbetriebe sind, dass allen vernünftigen sanitären Ansprüchen bei der Einrichtung der selben Rechnung getragen wurde, dass bezüglich der Arbeitszeit und der Löhne in den Genossenschaftsbetrieben erheblich günstigere Bedingungen obwalten, als in Privatbetrieben, so ist damit auch für den Blödesten der Beweis erbracht, dass bei genossenschaftlichem Zusammenwirken ganz erhebliche Vorteile herauszuwirtschaften sind, dass wahre Cultur erblühen muss, wenn auch die Gemeinden und der ganze Staat in ihren ganzen wirtschaftlichen Einrichtungen genossenschaftlich organisiert und geleitet werden. Durch diesen praktischen Anschauungsunterricht ist der unumstössliche Beweis erbracht, dass der Socialismus keine Utopie, sondern eine Culturnotwendigkeit ist. Aber die Arbeiter Englands stehen dem Socialismus noch meilenfern, höre ich einwenden. Das ist ein Irrtum — der Werdegang der politischen Parteien hat sich dort nur anders abgespielt, als bei uns, der socialistische Gedanke aber lebt in den Köpfen der Arbeiter Englands. Die Zeit ist nicht mehr fern, wo der Umschwung eintreten wird und die Arbeiter Englands sich zu einer selbständigen, politischen, socialdemokratischen Classenpartei zusammenschliessen werden. Auf communalem Gebiet ist ihr Einfluss heute schon ein bedeutend stärkerer, als bei uns in Deutschland. Und vor allem: Die Disciplinierung, die Erziehung der Arbeiter in Gewerkschaften und Genossenschaften ist dort erheblich weiter vorgeschritten, als bei uns. Die Demokratie ist keine Pflanze, die auf hartem, steinigem capitalistischen Boden gepflanzt, ohne weiteres gedeihen muss; ist der Boden nicht genügend beackert, so wird sie verdorren. Arbeitermassen, die durch den grausamen Zwang der Hungerpeitsche Generationen auf Generationen zu harter Arbeit angetrieben wurden, werden nicht plötzlich durch Zauberschlag in freie, zur Selbstregierung befähigte Menschen verwandelt. Die Disciplin, welche erforderlich ist, um socialistische Genossenschaften vor Anarchie und Zerstörung zu bewahren, setzt freiwillige, aus klarer Erkenntnis der Notwendigkeit hervorgehende Unterordnung voraus. Diese Disciplin entsteht nicht über Nacht, und deshalb habe ich für alle jene, die ständig von der Reife der heutigen Arbeiter zur socialistischen Production reden, nur ein mitleidiges Lächeln. An Kräften mangelt es uns heute noch überall bei unseren Verwaltungsarbeiten in Gewerkschaften und Genossenschaften, und wenn wir sie wirklich hätten, die Kräfte, so wollen wir doch nicht vergessen, dass von ihnen

allein doch ein wirtschaftlicher Betrieb nicht abhängt; diese *Kräfte* sind nicht wie in den heutigen capitalistischen Betrieben die Machthaber, von deren Willen die dauernde Beschäftigung der Arbeiter abhängt, im Gegenteil, der Wille der Arbeiter bestimmt dann die Betriebsleitung. Und deshalb ist mir der Satz in der auf dem Parteitag in Hannover /1899/ bezüglich der Genossenschaften beschlossenen, vom Genossen Bebel beantragten Resolution so ungemein sympathisch, der da lautet: »Sie [die Partei] sieht auch in der Gründung solcher Genossenschaften, wie in jeder Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten . . .«

Diese zur Verwirklichung des Socialismus so unbedingt notwendige Erziehung zu fördern, müsste nach dem in Hannover gefassten Beschluss Aufgabe jedes zielbewussten Socialdemokraten sein. Leider haben bisher unsere *Radicalen* diese Arbeit einzig und allein den auf dem Dresdener Parteitag so sehr verketzerten *Revisionisten* überlassen, sie gar noch aufs äusserste zu erschweren versucht.

Vier Monate vor dem Dresdener Parteitag tagte dort in demselben Saal, im *Trianon*, der *Centralverband* und die *Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Consumvereine*. Hier wurde in der Tat die Erziehung der Arbeiter ein gutes Stück gefördert.

In Deutschland wird es zur Zeit ungefähr eine Million, ihrer grossen Mehrzahl nach industrielle Arbeiter, Mitglieder von Consumvereinen geben. Bisher grassierte fast überall in den Consumvereinen noch die Dividendenseuche. Was an Gewinn erzielt wurde — und diese Summe ist nicht gering: bei einem Umsatz von 200 bis 250 Millionen Mark werden es nicht weniger als 20 Millionen Mark sein — wurde bis auf einen geringen Bruchteil zur Bildung des gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds wieder als Rückvergütung an die Mitglieder verteilt. Auch bei der durch die Consumvereine in Hamburg gegründeten *Grosseinkaufsgesellschaft* mangelte es an den nötigen statutarischen Bestimmungen, um zur Ermöglichung der Eigenproduction die nötigen Fonds zu schaffen. Die Stammeinlagen der beteiligten Genossenschaften waren nur minimal, die Überschüsse wurden abzüglich geringer Procente für den Reservefonds als Dividende den beteiligten Vereinen wieder ausgezahlt. In Dresden wurde zunächst ohne Widerspruch beschlossen, die Eigenproduction von Waren als Gegenstand des Unternehmens in das Statut aufzunehmen; die Stammeinlagen, welche bisher im Höchsthalle 3000 Mark für einen Verein betragen, wurden auf 1 Mark pro Mitglied erhöht; endlich beschloss die Generalversammlung einstimmig, von dem Jahresgewinn mindestens 5% dem Reservefonds zuzuschreiben, bis derselbe die Höhe von 30% des Betriebscapitals erreicht hat, und mindestens 35% dem Dispositionsfonds zuzuschreiben oder zur Bildung von Specialreservefonds zu verwenden. Es können für die Folge mithin höchstens 60% als Dividende den angeschlossenen Vereinen zugewandt werden, während bisher nur je 5% dem Reserve- und Dispositionsfonds zugeschrieben und 90% verteilt wurden. Diese Beschlüsse bedeuten eine ganz erhebliche Vermehrung des Betriebscapitals der *Grosseinkaufsgesellschaft*, und wenn ich auch bezweifle, dass diese ausreichen wird, um schon in nächster Zeit grössere Productionsbetriebe zu errichten, so dürfte ohne Zweifel bei dem Geist, von welchem heute schon ein nicht geringer Teil der Mitglieder der Consumvereine beseelt ist, die Zeit nicht mehr fern sein, wo eine Anzahl grösserer Vereine der *Grosseinkaufsgesellschaft* die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen wird, um endlich dem allseitig geäusserten

Wünsche Rechnung zu tragen, dem Beispiel der englischen Genossenschaften folgend, mit der Eigenproduction von Waren zu beginnen.

Der genossenschaftliche Geist hat seinen Einzug in die Consumvereine gehalten, überall regt es sich; es bedarf keiner Prophetengabe, um schon heute zu verkünden: in dem ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts wird die Genossenschaftsbewegung gewaltig erstarken, auf Grundlage des organisierten Consums wird mit der Herstellung von Waren in eigenen Genossenschaftsfabriken begonnen sein.

Classengenossenschaften, so nannte Herr Dr. Crüger in Danzig die von wahrer Genossenschaftlichkeit beseelten modernen Consumvereine. Merkwürdig: der sehr bürgerlich denkende, freisinnige Politiker Herr Dr. Crüger sieht in dem Wirken der *Revisionisten*, der *Evolutionisten*, wie er sie nennt, keine Annäherung an die bürgerliche Gesellschaft. Im Gegenteil. Und seine bürgerlichen Creditvereiner, ohne Zweifel nicht der dümmste Teil des Bürgertums, stimmten ihm jubelnd zu, als er in Kreuznach den Ausschluss der Vereine, die des Evolutionismus *dringend verdächtig* waren, beantragte.

Der Dresdener Genossenschaftstag, auf dem der neue *Centralverband deutscher Consumvereine* aus der Taufe gehoben wurde, hat Herrn Dr. Crüger wegen seiner kurzsichtigen Gewalttat nicht gescholten. Im Gegenteil, allseitig herrschte das freudige Gefühl, endlich losgelöst zu sein aus dem lähmenden Bann bourgeoiser Anschauungsweise, die in allen officiellen Reden auf den Tagungen des *Allgemeinen Verbandes* ostentativ hervortrat. Mag Herr Dr. Crüger seine Kreuznacher Rolle als Mittelstandsretter weiter spielen, die Entwicklung wird über ihn zur Tagesordnung übergehen. Das Leben flutet weiter und begräbt in seinen Fluten jene rückständigen Elemente, die die moderne Genossenschaftsbewegung lediglich vom Classenstandpunct der Bourgeoisie auffassen. Die modernen Consumvereine sind weder Classengenossenschaften noch Genossenschaften der socialdemokratischen Partei, sie sind Institutionen, die dem gesamten Volksinteresse dienen. Weit über den Kreis der Mitglieder hinaus erstreckt sich der Nutzen eines gut organisierten Consumvereins. Er zwingt die Concurrenz, die Verkaufsbedingungen zu regulieren, und wenn in nicht allzu ferner Zukunft durch die Eigenproduction der Consumvereine eines der bestehenden Cartelle nach dem andern gezwungen sein wird, den Interessen der Consumenten mehr Rücksicht angedeihen zu lassen, als bisher, so werden alle Schichten des Volkes dadurch profitieren.

Und so sind im wahren Sinne des Wortes die Consumvereine Volksgenossenschaften.

Allerdings, Socialismus steckt in diesen Genossenschaften, wie alles, was darauf hinzielt, die Profitgier zu bekämpfen, die Solidarität der Interessen aller Volksgenossen zu fördern, Socialismus genannt werden kann.

Und als ein Zeichen der Zeit kann man nur mit hoher Genugthuung begrüßen, was Professor Staudinger, in seiner Schrift *Consum und Profit*, schreibt: »Socialismus heisst weiter gar nichts als Durchführung des Rechtsgedankens der Freiheit und Rechtsgleichheit auf dem Boden des Wirtschaftslebens, also Angliederung der Production an den genossenschaftlich organisierten Consum unter Ausschaltung des Profits, das heisst derjenigen Tribute, die dem Menschen aus der Arbeit seiner Nebenmenschen zufließen. . . . Socialismus heisst Genossenschaftlichkeit. Socialist ist, wer dies Ziel in der Tat und Wahrheit als das wirtschaftlich und sittlich notwendige Ziel anerkennt und bereit ist, mit den bestmöglichen Mitteln zu dessen Verwirklichung mitzuhelfen. Es ist ruhig

und klar zu betonen und zu bekennen, dass der ehrenhafte Mensch heutiger Tage, sobald er nur einmal ein wenig über die beengenden Hofmauern seines Eigeninteresses hinwegzusehen gelernt hat, Socialist ist und sein muss. Auf dieser Grundlage muss dem Profitinteresse als dem sich immer unsittlicher, immer corrupierender, immer mehr die Grundlagen jeder sittlichen Gemeinschaft bedrohenden Ungeheuer entgegengetreten und nicht bloss der Arbeiter, sondern die Masse des Volkes für das höhere, reinere Interesse freier geordneter Genossenschaft gewonnen werden.«

»Das ist freilich eine ungeheure Aufgabe«, sagt Professor Staudinger, aber sie wird gelöst werden: die *Revisionisten* sind überall an der Arbeit!

XX

PAUL KAMPPMEYER · DIE GEWERKSCHAFTEN UND DIE ARBEITERSCHUTZ- UND ARBEITERVERSICHERUNGSGESETZGEBUNG

Eine Untersuchung der inneren Beziehungen der deutschen Gewerkschaften zum Arbeiterschutz und zur Arbeiterversicherung soll in den folgenden Zeilen gegeben werden. Sie hat naturgemäss mit der Besprechung der grundlegenden Fragen einzusetzen: Welche eigenartigen socialen Zwecke stecken sich die Gewerkschaften, und liegen Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung in der Richtung der Erfüllung dieser Zwecke?

Über die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften ist eine ganze Literatur entstanden. Der enge Rahmen unseres Aufsatzes verbietet uns, auf diese Literatur einzugehen. Wir greifen auf die sehr einfache Definition der Aufgaben der Gewerkschaften zurück, die Sidney und Beatrice Webb an die Spitze ihres berühmten Werks *Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine* stellen. »Die Hauptaufgabe unseres Vereins geht dahin, die sociale Stellung unserer Mitglieder zu heben — mit diesem viel umfassenden Gemeinplatz definiert der gewöhnliche Gewerkverein seine Tätigkeit.« Zur Lösung dieser *Hauptaufgabe* suchen die Gewerkschaften die Angehörigen der verschiedenen Berufe zusammenzufassen, um vor allem für ihre Berufsgenossen vorteilhafte Arbeitsbedingungen zu erstreiten. Der Kampf um diese Arbeitsbedingungen kann erst dann — wir sehen hier natürlich von besonderen wirtschaftlichen Conjunctionen ab — mit wirklichen Erfolgen gekrönt sein, wenn die Gewerkschaftsmitglieder in ihren Existenzverhältnissen möglichst befestigt und dadurch im hohen Grade widerstandsfähig gemacht sind. Gewerkschaftsmitglieder, deren Einkommensverhältnisse durch längere Krankheit, Arbeitslosigkeit etc. erschüttert sind, müssen ihre Arbeitskraft unter Umständen für jeden Preis losschlagen. Dem Arbeiter wird eine Erhöhung seines Arbeitslohnes vielfach erst dadurch ermöglicht, dass er im gegebenen Fall Tage, Wochen, ja Monate seine Arbeitskraft vom Arbeitsmarkt fernhalten kann. In diesen Zeiten der Verweigerung seiner Arbeitskraft, in diesen Strikezeiten muss der Arbeiter notgedrungen durch Unterstützungen über Wasser gehalten werden. Eine jede Gewerkschaft wird wenigstens zur Begründung einer Versicherungseinrichtung gedrängt: zur Einführung einer Institution, die dem Arbeiter während seines Strikes seine notdürftige Existenz sichert. Neben diese Strikeversicherung werden die Gewerkschaftsmitglieder nach und nach andere Versicherungseinrichtungen stellen, die alle dem gleichen Zweck, wie die Strikeversicherung, dienen wollen: der Sicherung des proletarischen Daseins in allen Notfällen des Lebens. Bei dem Erforschen und Durchdenken der Beziehungen zwischen den Ge-

werkschaften und der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung wirkte auf den Verfasser dieser Zeilen besonders ein Ausspruch der Webbs, über den er früher immer hinweggelesen hatte, verblüffend: »In gewissem Sinne kann man ohne Schwierigkeit die gesamte Tätigkeit der Gewerkvereine als eine Art gegenseitiger Versicherung betrachten. Mag es sich nun handeln um die Feststellung einer Liste von Stücklohnsätzen, um die Einbringung einer Fabrikbill oder die Verteidigung eines Mitgliedes gegen eine Anklage wegen Postenstehens... Aber diese Auffassung des Begriffs *Versicherung* umfasst nicht nur das Gewerkvereinswesen, sondern tatsächlich jede Art collectiver Tätigkeit, die staatsbürgerliche selbst eingeschlossen. Unter dem Ausdruck *gegenseitige Versicherung*, als eine der Methoden des Gewerkvereins, verstehen wir nur die Einrichtung einer Casse durch gemeinsame Beiträge zum Zweck der Versicherung gegen allerlei Zufälle; das heisst die Gewährung des Lebensunterhalts in den Fällen, in denen ein Mitglied desselben durch Ursacher beraubt wird, über die weder es noch sein Verein Gewalt hat.« Wenn diese Versicherungszwecke in vollem Umfange von einer Gewerkschaft erfüllt werden, so ist in der Tat ein Existenzrecht für das Gewerkschaftsmitglied geschaffen.

Die hier angedeuteten Existenzversicherungszwecke können unter Umständen von den Gewerkschaften allein verwirklicht werden, aber die gewerkschaftliche Erfüllung dieser Zwecke ist und bleibt nicht die einzige Möglichkeit der Lösung. An die grossen Aufgaben der socialen Versicherung kann ebenfalls der Staat herantreten. Wir hören dann eine durch die staatliche Zwangsgewalt hervorgerufene Versicherung: eine staatliche Kranken-, Unfall-, Invaliditäts-, Arbeitslosenversicherung etc. Die sociale Versicherung ist, das hat unsere bisherige Untersuchung gezeigt, durchaus nicht etwas den Gewerkschaften Fremdes, sondern sie wächst organisch aus den Functionen der Gewerkschaften selbst heraus.

Die Verbesserung der socialen Lage der verschiedenen Berufsclassen liegt im Wesen der Gewerkschaften. Eine Verbesserung dieser Lage wird aber nicht allein durch eine Lohnerhöhung erreicht, sondern durch eine sanitäre Regelung der gesamten Arbeitsbedingungen: durch die Einführung einer durchgreifenden Fabrikhygiene, durch die Verkürzung der Arbeitszeit etc. Alle diese Verbesserungen steuern auf einen Schutz des Arbeiters vor gesundheitlichen Gefahren in den Fabriken und Werkstätten los: auf einen wirklichen Arbeiterschutz. Die Arbeiterschutzbestrebungen fliessen, gerade wie die Arbeiterversicherungsbestrebungen, aus dem socialen Zweck der Gewerkschaften heraus. Treibend und vorwärtsstossend brauchen hinter diesen Arbeiterschutzbestrebungen nicht nur die eng begrenzten Kräfte der Gewerkschaften zu stehen, sondern hinter ihnen können sich auch die wirkungsvolleren Potenzen des Staates erheben. In diesem Falle haben wir es mit einer staatlichen Arbeiterschutzgesetzgebung zu tun.

Die Gewerkschaften sind in Deutschland vor eine staatliche Arbeiterversicherungsgesetzgebung und vor eine Arbeiterschutzgesetzgebung gestellt. Die deutsche Arbeiterschutzgesetzgebung betrat keine neuen Bahnen. Sie hinkte sehr hinter den Arbeiterschutzgesetzgebungen anderer Staaten her. Wir haben, da sie nirgends neue Wege einschlug, sie hier socialpolitisch nicht besonders zu würdigen. Anders dagegen muss unsere Stellung gegenüber der deutschen Arbeiterversicherungsgesetzgebung sein.

Die deutsche Arbeiterversicherung brachte ein wirklich neues, sociales Princip in die socialpolitische Gesetzgebung hinein. Durch die Initiative des Staates sollten sociale Zwangsversicherungseinrichtungen geschaffen werden, die den Arbeiter vor den existenzuntergrabenden Folgen der Krankheit, des Unfalls, der Invalidität schützen sollen. Diese Arbeiterversicherung bedeutet gewiss einen Schutz des Arbeiters, aber nicht des schaffenden, tätigen Arbeiters, sondern des untätigen, des nicht producierenden. Die deutsche staatliche Arbeiterversicherungsgesetzgebung nimmt sich — und das ist das neue sociale Moment

in ihr — im Gegensatz zur Arbeiterschutzgesetzgebung nicht des erwerbenden, sondern des erwerbsunfähigen Arbeiters an. Der Arbeiterschutz bemüht sich, bestimmte gesundheitliche Nachteile in der Fabrik und in der Werkstatt vom schaffenden Arbeiter fernzuhalten, er verliert aber den arbeitsunfähigen und nicht producierenden Arbeiter völlig aus den Augen. Das Dasein des schanzenden Arbeiters ist sicherlich nicht rosig — dies Dasein ist ein proletarisches, und das sagt genug —, aber immerhin ist es noch goldig, verglichen mit der Existenz des arbeitsunfähigen Arbeiters. Dieser Arbeiter fällt tatsächlich als darbender, verhungerner Proletarier aus der bürgerlichen Gesellschaft heraus, oder er verliert als missachteter Almosenempfänger seine bürgerliche Existenz, seine Mitgliedschaft in der bürgerlichen Gesellschaft. Er wird entbürgerlicht, er büsst seine politischen Rechte ein. Die Arbeiterschutzgesetzgebung springt nicht dem Armsten der Armen, dem Arbeitsunfähigen, helfend bei. Die Arbeiterschutzgesetzgebung offenbart gerade die klaffendste Lücke der socialpolitischen Gesetzgebung: den Mangel von gesetzlichen Massnahmen, die den aus irgend einem Grunde erwerbsunfähigen Arbeiter in seiner Existenz stützen und halten. Die sogenannte *Arbeiterschutzgesetzgebung* kann niemals das sociale Elend der Arbeiterschaft restlos aufheben. Der beste Arbeiterschutz kann nicht alle Ursachen der Krankheiten, der Unfälle, der Invalidität etc. aufheben. Selbst in einer Wirtschaftsordnung, die auf viel vorgeschrittenen Macht- und Rechtsverhältnissen der Arbeiterclassen, als den heutigen, ruhen wird, dürfte es grosse Gruppen kranker, unfallverletzter und vorzeitig invalider Arbeiter geben. Gewiss, die Arbeiterschutzgesetzgebung hat die Tendenz, die Krankheiten Unfälle etc. einzuschränken, aber ganz beseitigen kann sie diese nie. In der socialpolitischen Gesetzgebung muss daher stets die Arbeiterschutzgesetzgebung durch eine Arbeiterversicherungsgesetzgebung ergänzt werden. Beide Formen der Gesetzgebung sind aus dem Gedanken eines wirksamen Schutzes der Arbeiterclassen hervorgegangen, beide gehören innerlich zusammen und unterstützen und fördern sich gegenseitig. Der sogenannte *Arbeiterschutz* verkündet den Schutz des erwerbsfähigen Arbeiters, die sogenannte *Arbeiterversicherung* den Schutz des erwerbsunfähigen Arbeiters. Beide Formen der socialpolitischen Gesetzgebung können nur ihre grosse sociale Aufgabe durch planmässiges und inniges Hand in Hand Arbeiten erfüllen. Der Arbeiterschutz lässt eine grosse Gruppe Arbeiter, die nicht producierenden, ungeschützt, und die Arbeiterversicherung muss ihre Mittel notwendig durch zahllose Kranken-, Unfallunterstützungen erschöpfen, wenn die schaffenden Arbeiter nicht durch tiefgreifende Arbeiterschutzbestimmungen vor den gesundheitlichen Gefahren der Fabrikarbeit, der Überarbeit etc. geschirmt werden.

Existenzschutz dem Arbeiter in bestimmten Notlagen seines Lebens, das war in der Tat ein neues sociales Princip, das die deutsche Arbeiterversicherungsgesetzgebung proclamierte. Fraglich aber war es sofort: ob die deutsche Gesetzgebung dieses Princip folgerichtig ausprägte oder ob sie es aus ihren Händen als Stückwerk entliess. Und darüber ist wohl in den Kreisen ernster und denkender Socialpolitiker kein Zweifel mehr, dass unsere deutsche Arbeiterversicherung nicht entfernt das, was sie ihrem Princip nach schaffen wollte, verwirklicht hat: eine gewisse Existenzsicherheit dem kranken, siechen und greisen Arbeiter. Und doch verlangt der Grundgedanke, aus dem heraus die Arbeiterversicherung geboren war, der Gedanke, dass der Arbeiter im Notfalle vor der ihn herabwürdigenden Armenunterstützung bewahrt werden soll, eine gewisse Existenzsicherheit des Arbeiters. Anderenfalls wird ja doch der Arbeiter den Demütigungen der Armenpflege ausgesetzt. Will daher die Arbeiterversicherung ihren socialen Zweck vollständig erfüllen, so muss der Grundsatz durchgeführt werden, dass der erwerbsunfähige Versicherte eine vollwertige Entschädigung für den Nachteil erhält, den er durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter etc. erleidet. Die deutsche Arbeiterversicherung, indem sie dem Arbeiter in gewissen Notlagen eine gar zu schmale und unzureichende Unterstützung

anwies, blieb eben auf halbem Wege stehen. Sie breitete überdies nur ihre Hand über den kranken, unfallverletzten, invaliden und greisen Arbeiter aus und nicht auch über den arbeitslosen, den nicht producierenden Arbeiter. Eine Arbeiterversicherung aber, die den Arbeiter nicht vor den Nachteilen der Arbeitslosigkeit bewahrt, bleibt eine traurige socialpolitische Halbheit. Doch nicht nur der erwachsene Arbeiter muss gleichsam auf eine feste Existenzunterlage gestellt werden, sondern auch der werdende Arbeiter. Eine folgerichtig durchgeführte Arbeiterversicherung hat eben ihre Fürsorge auch auf die Arbeiterfamilie, deren Ernährer frühzeitig durch den Tod dahingerafft wurde, zu erstrecken. Selbst zu dem socialpolitischen Programm unserer gewiss nicht sehr fortschrittsfreundlichen Regierung gehört die Witwen- und Waisenversicherung. Natürlich wird das Princip der Arbeiterversicherung erst dann vollständig in Fleisch und Blut umgesetzt sein, wenn für den Arbeiter und für seine Familie ein wirkliches Existenzrecht in allen Lebenslagen bestehen wird. Die Begründung eines wirklichen Existenzrechts liegt nun in der Richtung der Resolution, die der Abgeordnete Molkenbuhr auf dem Münchener socialdemokratischen Parteitag zur Ausgestaltung der heutigen socialen Versicherung vorschlug. In den Leitsätzen der Molkenbuhrschen Resolution ist die Forderung der Witwen- und Waisenversicherung und der Arbeitslosenversicherung, sowie die Forderung der Gewährung vollwertiger Unterstützungen an die erkrankten, unfallverletzten Arbeiter enthalten. Die Existenzversicherung Molkenbuhrs ist eine einheitliche, auf dem Grundsatz der Selbstverwaltung aufgebaute sociale Versicherung. Die Gewerkschaften können für ihre Bestrebungen, die Lebensverhältnisse der einzelnen Berufsklassen planmässig zu heben, gerade in den verwirklichten Forderungen der Molkenbuhrschen Resolution ein eisernes Rückgrat erhalten. Der Arbeiter, der sein Dasein durch eine vollkommen durchgeführte Arbeiterversicherung befestigt sieht, kann sich mit ganz anders durchschlagender Kraft gegen das capitalistische Unternehmertum wenden.

Ein hohes sociales Ziel hat Molkenbuhr den Gewerkschaften für ihre Bestrebungen, die Arbeiterversicherung der Zukunft zu gestalten, gewiesen; aber über die Zukunftsgestalt dieser Versicherung dürfen wir nie deren Gegenwartsgestalt, die heutige Organisation der socialen Versicherung vergessen.

Weist denn — diese wichtige Frage drängt zunächst auf uns ein — die eigenartige Organisation unserer Arbeiterversicherung den deutschen Gewerkschaften besondere socialpolitische Aufgaben zu? Die Gewerkschaften sind berufliche Organisationen. Der Gedanke der beruflichen Organisation kommt nun ebenfalls in der Structur unserer Arbeiterversicherungsinstitute zum Ausdruck. Unsere Krankencassen sind Cassen für das Maurer-, Zimmerer-, Malergewerbe. Die Krankencassen bilden aber eine Art Fundament für die Vertretungen der Arbeiter in den anderen Versicherungsinstituten, in den Landesversicherungsanstalten, in den Körperschaften zum Zweck der Unfallverhütung. Spielt die berufliche Organisation eine so grosse Rolle in dem Aufbau der deutschen Arbeiterversicherungsinstitute, so sind natürlich besonders die Vereinigungen der Berufsgenossen, die Gewerkschaften, dazu auserkoren, einen bestimmenden Einfluss auf die Arbeiterversicherungskörperschaften zu gewinnen.

Die Gewerkschaften regeln bereits vielfach die Arbeits- und Lebensverhältnisse ganzer Berufsklassen. Die geistvollen Verfasser der *Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine* deuten mit Nachdruck auf die Tatsachen hin, dass sich der sociale Einfluss der Gewerkschaften nicht nach der Mitgliederzahl derselben allein abmessen lässt. Eine Gewerkschaft, die sich in einem District mitunter nur auf 20 bis 30% der Berufsangehörigen erstreckt, kann dennoch die Arbeits- und Lebensbedingungen für die Berufsangehörigen des ganzen Districts, zum Beispiel für die gesamten Maurer einer Provinz festlegen. Die Erhöhung der Löhne, die eine

Gewerkschaft erkämpfte, kommen den grossen Massen der unorganisierten Arbeiter eines Gewerbes ebenfalls zu gute. Und das gerade empört den organisierten Arbeiter gegen den unorganisierten so stark, dass dieser alle Vorteile, die eine Organisation mit Opfern errang, zu packen sucht und dass er alle Freuden der Organisierten, nicht aber deren Leiden teilen will. Die Unorganisierten führen gleichsam ein sociales Parasitendasein, sie schmarotzen auf ihren tapferen organisierten Berufsgenossen. Nun mag man über diese Tatsache denken, wie man will, über ihren wirklichen Inhalt wird man kaum im Zweifel sein: Der Einfluss einer organisierten Minorität, der gewerkschaftlich Organisierten wirkt bestimmend auf die Lebensverhältnisse grosser Berufsgruppen ein. Die Gewerkschaften dürfen sich daher als die geborenen Fürsprecher für die Interessen ganzer Berufsclassen betrachten. Nun, wenn die Gewerkschaften die sociale Existenz grosser Berufsgruppen schon heute bestimmen, liegt da nicht der Gedanke nah, dass sie auch für diese die socialen Versicherungsverhältnisse, diesen kleinen Bruchteil der gesamten Lebensverhältnisse der Berufsangehörigen, zu gestalten suchen?

Die Regelung der Krankenfürsorge, der Unfallrentenansprüche der Arbeiter etc. bildet heute einen ganz kleinen Streifen in dem grossen socialen Tätigkeitsfeld des versicherten Arbeiters. Der Arbeiter, von seiner Tagesarbeit fast völlig erdrückt und mit der Lösung brennender Existenzfragen ständig praktisch beschäftigt, wird der Krankenfürsorge etc. nur eine geringe Aufmerksamkeit zuwenden. Er kann für diese eine Seite seiner socialen Existenzfrage nur dann ein wirkliches Interesse gewinnen, wenn sie mit anderen Fragen dieser Art zu einer grossen socialen Gesamtfrage zusammengezogen wird. Erscheint die Frage der Krankenfürsorge als ein notwendiger Bestandteil der Bestrebungen bestimmter Berufsangehörigen, ihr sociales Dasein zu befestigen und zu erweitern, so wird die Lösung selbst dieser Einzelfrage mit grosser Energie angepackt werden. Der Kampf um die Ausgestaltung der Krankenfürsorge wird dann mit der ganzen Leidenschaft eines wirklichen Existenzkampfes geführt werden. Und einen solchen Kampf tagaus, tagein führen eben die Gewerkschaften. Unsere heutigen zersplitterten Arbeiterversicherungseinrichtungen stellen, solange die Gewerkschaften in die Wahlen zu jenen Instituten kein Feuer hineingebracht haben, nur ganz geringe Procentsätze der versicherten Arbeiterschaft auf die Beine. Erst wenn die sociale Versicherungsfrage als ein notwendiger organischer Bestandteil der socialen Frage einer Berufsgruppe erscheint, erst dann wird ein rühmlicher Eifer für die Lösung dieser Frage entbrennen. Und diesen Eifer können vor allem die Organisationen der Berufsangehörigen, die Gewerkschaften, entfachen.

Die heutigen Gewerkschaften sind, wie wir vorher gesehen haben, in wirklichem Sinne des Worts Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsinstitutionen. Ihnen schwebt das grosse sociale Ziel vor Augen: in allen Fährnissen des Lebens muss der Arbeiter durch Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungseinrichtungen gesund, aufrecht und widerstandsfähig erhalten werden, damit er seinen eigenen Berufsgenossen kein Lohndrucker wird. Eine staatliche Arbeiterversicherung, die den Arbeiter vor dem Herabsinken in das widerstandsunfähige Lumpenproletariat bewahrt, kommt unter Umständen dem socialen Ziel der Gewerkschaften auf halbem Wege entgegen. Die Summen, welche die Gewerkschaften durch eigene Versicherungseinrichtungen zur Befestigung der socialen Existenzverhältnisse ihrer Mitglieder auswerfen müssten, können unter Umständen vermittelst staatlicher Versicherungsinstitute erspart und in den Kampf für die sociale Besserstellung der Berufsangehörigen eingestellt werden.

Schon zur Erhöhung der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit der Mitglieder

haben die deutschen Gewerkschaften an dem Ausbau der deutschen staatlichen Arbeiterversicherungseinrichtungen zu arbeiten. Ausserhalb jeder Discussion steht nach unserer Ansicht die Frage der Beteiligung der Gewerkschaften an den Aufgaben dieser Arbeiterversicherung. Zu erörtern ist hier nur die Frage: Wie können die Gewerkschaften die Arbeiterversicherungseinrichtungen zur Hebung der socialen Lage der einzelnen Berufsclassen benutzen? Wir gelangen mit der Beleuchtung dieser Frage ungewollt zu den programmatischen Aufgaben der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung.

Die Gewerkschaften haben zunächst ein Lebensinteresse daran, dass ihre Mitglieder nicht durch Krankheit in einen wirtschaftlichen Verfall geraten. Dieser Verfall würde ihre Widerstandskraft beträchtlich gegenüber dem Unternehmertum schwächen. Die Gewerkschaften haben daher die Organisation grosser leistungsfähiger Krankencassen nachdrücklichst zu fördern. Sie erreichen diesen Zweck: durch eine unermüdliche Propaganda für die Beseitigung der Krankencassenzersplitterung, durch Auflösung der Gemeindeversicherung, der Innungskrankencassen, der Betriebskrankencassen und der nicht mehr leistungsfähigen freien Hilfscassen. Durch die Begründung grosser Ortskrankencassen bestreben sich dann die Gewerkschaften, die Cassenleistungen nach der Richtung einer Ausbildung der Familienversicherung, einer Erhöhung des Krankengeldes, einer humanen Reconvalescentenpflege zu erweitern. Zur Sicherung der Ansprüche der Gewerkschaftsmitglieder an die Krankencassen empfiehlt es sich, in den Cassenräumen die Namen der angemeldeten und abgemeldeten Mitglieder und ihrer Arbeitgeber, sowie die Lohnclassen der Versicherten durch öffentlichen Anschlag möglichst täglich bekannt zu machen. Durch Veröffentlichung der täglichen, wöchentlichen und monatlichen An- und Abmeldungen der Cassenmitglieder gewinnen die Gewerkschaften wichtige Einblicke in die Arbeitsmarktverhältnisse. Eine genaue Kenntnis der Arbeitsmarktverhältnisse gibt aber den Gewerkschaften wertvolle Fingerzeige bei der Führung ihrer wirtschaftlichen Kämpfe. Im Interesse der Fortentwicklung des Arbeiterschutzes befehligen sich dann die Vertreter der Gewerkschaften in den Krankencassen, eine exacte Krankheitsstatistik in die Cassen einzuführen. Sie erhalten dadurch eine Übersicht über die sanitären Verhältnisse der einzelnen Betriebe. Auffällige Gesundheitsschädigungen durch bestimmte Betriebsweisen in den Unternehmungen können die Krankencassen den Gewerbeinspectoren mitteilen.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung ist der Wirksamkeit der Gewerkschaftsvertreter in den Organen dieses Versicherungszweiges eine enge Grenze gesteckt. Der Einfluss der versicherten Gewerkschaftsmitglieder kann nur durch die Wahl sachkundiger Gewerkschafter in die Körperschaften für Unfallverhütung ausgedehnt werden. Die Gewerkschaftsleiter müssen zur Erweiterung der Unfallverhütungsvorschriften die Berichte der technischen Beamten der Berufsgenossenschaften fleissig studieren. Zur Verteidigung der Unfallrentenansprüche der Verletzten respective im Interesse der Erhöhung dieser Ansprüche haben die Gewerkschaften sachkundige Arbeitersecretäre in den Dienst der Versicherten zu stellen und den Ausbau des Reichsarbeitersecretariats tatkräftig zu fördern. Zur Fortbildung des Unfallversicherungsrechts durch die Rechtsprechung müssen die Gewerkschaften die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung mit social weitblickenden Beisitzern durchsetzen.

Der sociale Zweck unserer Invalidenversicherung kann von den Gewerkschaften nach verschiedenen Richtungen hin ausgeweitet und vertieft werden. Es lassen sich namentlich die Aufwendungen der Landesversicherungsanstalten für das Heilverfahren und die Capitalverleihungen der Anstalten zur Förderung von Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen beträchtlich vermehren. Vorbedingung für die Erreichung dieses Zieles ist die Wahl socialhygienisch unterrichteter Gewerkschaftsmitglieder in die Vorstände und Ausschüsse der Landesversicherungsanstalten. In den Districten, in

denen die hygienischen Einrichtungen, wie Badeanstalten, sehr zurückgeblieben sind, müssen die Darlehen besonders zur Unterstützung des Badewesens ausgetan werden. Die Gewerkschaften haben die gesundheitlichen Verhältnisse und die hygienischen Einrichtungen in den Bezirken der einzelnen Landesversicherungsanstalten zu prüfen. Auf Grund dieser Prüfungen können dann eingehende socialhygienische Programme zur Behebung besonderer Missstände für die einzelnen Anstalten ausgearbeitet werden. Um ein grosszügiges socialhygienisches Programm in den Landesversicherungsanstalten zur Durchführung zu bringen, bedürfen diese Anstalten eines freihheitlichen Ausbaus etwa nach dem Vorbilde der Versicherungsanstalt Oberbayern: eine Vermehrung der Vertreter der Versicherten und Arbeitgeber im Vorstand, so dass mindestens auf ein beamtetes Vorstandsmitglied je ein Vertreter der Arbeiter und der Arbeitgeber im Vorstand kommt, eine Erweiterung der Befugnisse des Gesamtvorstandes, die Ausrüstung des Ausschusses der Anstalt mit dem Recht, über die Anlage des Anstaltsvermögens Beschluss zu fassen, die Öffentlichkeit der Ausschussverhandlungen, die Publication der Anstaltsverordnungen in den Arbeiterblättern etc.

Die Er kämpfung socialer Verbesserungen durch die Gewerkschaften erfordert dringend eine Erhöhung der ökonomischen Widerstandskraft der Gewerkschaftsmitglieder. Die Widerstandskraft derselben wächst mit der Zunahme socialer Versicherungseinrichtungen, die den physischen und ökonomischen Verfall von der Arbeiterschaft fernhalten. Diese Versicherungseinrichtungen können von den Gewerkschaften selbst ins Leben gerufen werden. Diese Einrichtungen erweitern und verstärken aber im allgemeinen wesentlich ihre Wirksamkeit, wenn sie durch die Staatsgewalt in obligatorische, auf Selbstverwaltung beruhende Versicherungsinstitute verwandelt werden. Durch eine zielklare, harmonische Verbindung der gewerkschaftlichen Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungseinrichtungen mit den gleichartigen staatlichen Einrichtungen kann die ökonomisch-socialle Macht der Gewerkschaften erheblich gekräftigt werden.

XX

RICHARD CALWER · DER BRITISCHE REICHSZOLL- VEREIN

Verfolgt man die Äusserungen der deutschen Presse über die neuesten handelspolitischen Vorgänge in England und seinen Colonien, so erhält man daraus nicht nur ein unvollständiges, sondern bis zu einem gewissen Grade auch ein falsch gezeichnetes Bild von den treibenden Factoren, die zu einer entscheidenden Wendung in der englischen Handelspolitik geführt haben. Es wird vielfach so dargestellt, als ob sich in England aus augenblicklichen Stimmungen heraus, unter der Einwirkung einzelner einflussreicher und agitatorisch hervorragender Persönlichkeiten der Umschwung in der englischen Handelspolitik vollzogen habe. Man spricht ohne weiteres von einem Übergang Englands zur Schutzzollpolitik und versteigt sich sogar zu der Behauptung, der deutsche Zolltarif hätte der schutzzöllnerischen Strömung in England Oberwasser gebracht. Kurz und gut, man beurteilt die Wendung in der englischen Handelspolitik etwa aus dem gleichen Gesichtswinkel, wie dies seinerzeit unter ähnlichen Verhältnissen in Deutschland geschah, als Bismarck seine zollpolitische Schwenkung vornahm. Heute, wie damals, bricht bei der Beurteilung wirtschaftspolitischer Wandlungen das Vorurteil durch, als ob Wirtschaftspolitik von einzelnen Personen frei nach ihrem Belieben gemacht werden könnte. Bei aller Bedeutung, die dem Wirken einzelner Persönlichkeiten beizulegen

ist, muss man sich doch bewusst bleiben, dass diese nur insofern bestimmend in die Wirtschaftsgeschichte eingreifen können, als ihre Tätigkeit in der Richtung der Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung liegt: sie haben die Resultate der wirtschaftlichen Kräfte erkannt und bahnen ihr den Weg.

Gerade die Chamberlainsche Agitation ist der beste Beweis dafür, dass die einzelne Persönlichkeit erst dann eine erfolgreiche Tätigkeit zu entfalten vermag, wenn die Verhältnisse die Durchführung einer Idee gebieterisch verlangen. Die Freihandelslehre war der adäquate theoretische Ausdruck für die englische Handelspolitik bis zu dem Augenblick, wo die industrielle Überlegenheit Englands von Concurrenzländern gefährdet wurde. Die schutzzöllnerischen Unterströmungen in England sind nach ihrer Intensität und Dauer fast ein genauer Reflex des industriellen Aufschwungs Deutschlands und später der Vereinigten Staaten.

Schon ein Blick auf die rohen Ziffern der Handelsstatistik zeigt die steigende Concurrenz von Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Stellen wir die Einfuhr- und Ausfuhrziffern der drei in Frage kommenden Länder seit 1883 einander gegenüber. Es betrug (in Millionen Mark):

Jahr	die Einfuhr in			die Ausfuhr aus		
	England	Deutschland	die Ver. Staaten von America	England	Deutschland	den Ver. Staaten von America
1883	7 380,4	3 220,3	2 055,0	4 800,1	3 274,0	3 377,7
1884	6 682,2	3 230,2	2 730,0	4 700,7	3 207,0	3 044,0
1885	6 386,6	2 922,4	2 300,5	4 353,0	2 860,7	3 052,1
1886	5 988,8	2 873,1	2 611,0	4 340,0	2 974,3	2 797,1
1887	6 187,8	3 109,0	2 852,5	4 533,7	2 937,8	2 952,7
1888	6 611,0	3 264,3	2 080,8	4 791,0	3 207,4	2 872,2
1889	7 374,8	3 089,0	3 078,7	5 085,7	3 164,8	3 067,2
1890	7 272,5	4 145,5	3 202,5	5 383,0	3 329,5	3 550,2
1891	7 631,0	4 150,8	3 497,4	5 015,0	3 175,5	3 600,5
1892	7 341,0	4 018,5	3 414,0	4 642,0	2 954,1	4 260,1
1893	7 064,0	3 901,7	3 569,0	4 450,1	3 002,0	3 400,3
1894	7 162,0	3 938,3	2 054,0	4 413,0	2 901,5	3 650,7
1895	7 293,2	4 120,7	3 014,0	4 610,8	3 317,0	3 322,2
1896	7 877,3	4 307,2	3 193,3	4 006,2	3 525,1	3 625,4
1897	7 989,7	4 680,7	3 132,1	4 785,1	3 635,0	4 334,4
1898	8 370,0	5 080,0	2 498,4	4 707,5	3 750,0	3 083,2
1899	8 567,0	5 483,1	2 831,0	5 395,6	4 207,0	5 050,5
1900	9 381,8	5 765,6	3 470,1	5 040,3	4 611,4	5 757,2
1901	9 264,0	5 421,2	3 342,7	5 712,4	4 431,4	6 133,0
1902	9 446,2	5 631,0	3 683,7	5 784,2	4 077,8	5 693,0

In England ist die Einfuhr, wenn man nicht gerade 1883 zum Vergleich nimmt, in dem zwanzigjährigen Zeitraum etwa in gleichem Masse gewachsen, wie in Deutschland. Weit weniger stark war die Einfuhrzunahme der Vereinigten Staaten. Ganz entgegengesetzt hat sich die Ausfuhr in den drei Ländern während der nämlichen Periode gestaltet. Freilich geht aus den Ziffern der Handelsstatistik, namentlich wenn man sie nicht in ihre Details verfolgt, die Zunahme des deutschen und amerikanischen Wettbewerbs nur ganz undeutlich hervor.

Der steigende Wettbewerb Deutschlands auf dem Weltmarkt macht sich für England besonders seit Anfang der achtziger Jahre geltend. Die erste Reaction gegen diesen Wettbewerb erfolgte im Jahre 1885 durch die sogenannte *Merchandise-Bill*, die die Vorzüglichkeit der englischen Ware gegenüber den

Waren anderer Herkunft für die Käufer der ganzen Welt deutlich zum Ausdruck bringen sollte. Aber der Erfolg der Massregel war nicht eine Benachteiligung, sondern eine Begünstigung des deutschen Handels. Die deutschen Häuser begannen von jetzt ab nicht mehr London, Manchester oder Liverpool als die alleinigen Welthandelscentren anzusehen, sie umgingen vielmehr die englische Vermittelung und liessen die ganze Welt durch ihre eigenen Angestellten bereisen. Infolge dieser Anstrengungen verschärfte sich seit Anfang der neunziger Jahre die Concurrenz Deutschlands in ganz empfindlicher Weise. Die englischen Consuln wurden beauftragt, dem Vordringen des deutschen Handels genaueste Aufmerksamkeit zu schenken, um die Ursachen der vordringenden deutschen Concurrenz zu erforschen. Seit 1895 finden wir in den Consulatsberichten recht vorzügliches Material über das Vordringen des deutschen Handels auf dem Weltmarkt und den mindestens relativen Rückgang des englischen Aussenhandels. Neben diesen regelmässigen Consulatsberichten wurden aber noch besondere Untersuchungen veranstaltet, um die Überlegenheit der deutschen Concurrenz zu studieren. Im Jahre 1896 richtete der englische Colonialminister Chamberlain an die Gouverneure sämtlicher Colonieen folgende Anfragen zur Beantwortung: 1. Bis zu welcher Ausdehnung haben in jeder der Colonieen fremde Erzeugnisse ähnliche britische Waren vom Markte verdrängt respective verdrängen sie noch? 2. Was sind die Ursachen dieser Verdrängung? Die Antworten, die einliefen, besagten im wesentlichen, dass die deutsche Industrie in den Colonieen der englischen überall scharfe Concurrenz mache. In einer weiteren Denkschrift des britischen Handelsamts vom Jahre 1898 wurden dann die Mängel der britischen Absatzorganisation gegenüber der Concurrenz, besonders Deutschlands, aber auch Americas, das nunmehr gleichfalls anfang, England auf dem Weltmarkt zu bedrängen, erörtert. Nicht weniger als 116 Consularvertreter und diplomatische Beamte hatten aus allen Teilen der Erde Material zu dieser Denkschrift geliefert. Fast ohne Ausnahme klagten sie über eine gewisse Rückständigkeit und Lässigkeit des englischen Händlers. »Er lässt sich in Ländern verdrängen, in denen er einst ohne Rivalen war; zu neuen Märkten weiss er schwer Eingang zu finden; er leidet im Kampf ums Dasein, nicht weil andere Nationen ihm an Unternehmungsggeist allmählich gleichkommen, sondern weil sie ständig fortschreiten, während er stehen bleibt oder gar zurückgeht.« Vielfach werde die englische Ware auch heute noch als die bessere und dauerhaftere bezeichnet. Aber die Käufer in rückständigeren Wirtschaftsgebieten verlangten oft der Billigkeit wegen die geringere Qualität, sie verlangten ferner längern Credit, um die Ware unterdes im Wiederverkauf selbst erst in Geld umsetzen zu können. Auf alle diese Wünsche lasse sich der durch sein altes Handelsmonopol verwöhnte Engländer selten ein, während die Kaufleute Hamburgs, Bremens und Antwerpens den Preis und die Form der Bezahlung der Kaufkraft der fremden Bevölkerung anzupassen verständen. »Der Deutsche nimmt die kleinsten Aufträge entgegen, er regelt die Verpackung und Ausstattung der Ware nach dem Geschmack des Abnehmers, er berechnet nicht in europäischem Gelde und nach Preisen europäischer Häfen, sondern übernimmt Fracht, Versicherung, Zoll und Ablieferung bis zum Absatzorte und ermöglicht so seinen weniger erfahrenen Kunden eine sichere Preisberechnung in seiner gewohnten Währung.« Ein Consul erklärte, »die wesentlichste Ursache des Erfolges der fremden Concurrenz sei die grössere Rücksicht auf den Beutel, den Geschmack und die geschäftliche Bequemlichkeit des Kunden.« Das Aufsuchen von Bestellungen durch Reisende sei seitens Englands viel zu wenig entwickelt; oft verstehe der Reisende die Sprache des fremden Landes nicht. Nach Russland schicke man zum Beispiel Kataloge in englischer Sprache und mit englischen Preisangaben. »Da gewöhnlich sogar das Gewicht der Ware

nicht verzeichnet ist, so kann der etwa Kauflustige nicht einmal den Zoll berechnen, den ihm die Ware noch zu stehen kommen würde . . . solche Preislisten sind ganz nutzlos.« Der Consul von Neapel schrieb: »Es ist jämmerlich, den britischen Geschäftsreisenden mit einem Dolmetscher herumlaufen zu sehen, während sein deutscher Nebenbuhler sich fließend unterhält; und man wird noch bedenklicher, wenn seine Mustersammlung mit englischem Gewicht und Preis bezeichnet ist.«

Wird auch in diesen Berichten die Schuld für den Rückgang des englischen Exports den englischen Kaufleuten in die Schuhe geschoben, so constatieren sie doch völlig übereinstimmend die Zunahme speciell der deutschen und amerikanischen Concurrenz. Sie wollen nicht entfernt Stimmung für den Schutzzoll machen, aber sie haben zweifellos zu einer sehr erheblichen Verstärkung der Gegnerschaft gegen den Freihandel vor allem in den Kreisen der Industrie beigetragen.

Für England wurde aber nicht nur die Handelsbilanz ungünstiger, auch in seinen Einnahmen aus dem Fracht- und Zahlungsverkehr nahm es mehr und mehr Schaden.

Die deutsche Reederei beteiligte sich mit steigendem Erfolg am Weltverkehr und entzog der englischen Concurrenz fast die Möglichkeit, ihre Beziehungen wie bisher weiter auszudehnen. Noch empfindlicher aber wurde England geschädigt durch die Änderungen im Zahlungsverkehr. Der Wechsel- respective Acceptencredit, den England vermöge seiner Welthandelsstellung dem europäischen Continent für dessen überseeische Bezüge gewährte, wurde Ende der siebziger Jahre auf etwa 6 Millionen Mark pro Jahr geschätzt und die Provision, die England dabei verdiente, auf 50 Millionen Mark. Auch Deutschland nahm die Vermittelung des englischen Geldmarktes im Verkehr mit vielen Ländern in Anspruch. So trassierte zum Beispiel früher America gegen seine Tabaklieferungen nach Bremen für dessen Rechnung auf London, und Bremen deckte diese amerikanischen Tratten mit holsteinischen Wechseln auf London gezogen gegen Vieh- und Butterlieferungen nach England. Mit der Zunahme der deutschen Ausfuhr nach America konnte der Americaner mehr und mehr direct auf seine deutschen Abnehmer trassieren, weil er für seine Tratten auf Deutschland in America eine ausreichende Zahl amerikanischer Schuldner an Deutschland als Käufer seiner deutschen Wechsel fand. Dadurch wurde die englische Zahlungsvermittlung zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland allmählich ganz überflüssig. Ebenso stellte Deutschland dank seiner wirtschaftlichen Entwicklung auch im Verkehre mit anderen Ländern mit Erfolg den directen Zahlungsverkehr her, machte dadurch nicht nur sich von dem Zahlungsverkehr über London unabhängig, sondern entzog diesem so einen Teil seiner bisherigen Einnahmen.

Nicht zu übersehen ist endlich auch die fortgesetzte weitere Verschlechterung in der Lage der englischen Landwirtschaft. Die im Jahre 1893 eingesetzte Commission zur Erforschung des landwirtschaftlichen Notstandes, die erst im Jahre 1897 ihren Schlussbericht erstattete, untersuchte die Entwicklung der Landwirtschaft seit 1882. Das summarische Urteil der Commission über die Lage und Aussichten der englischen Landwirtschaft kommt in den nachstehenden Sätzen zum Ausdruck. »Unleugbar ist, dass seit der letzten Enquête von 1882 die Lage sich verschlimmert hat. Die Pächter haben fortdauernd mit Schwierigkeiten und Not zu kämpfen gehabt, erfuhren schwere Capitalverluste, sahen verminderte oder ganz verschwundene Gewinne. Viele von ihnen sind zu Grunde gerichtet, andere befinden sich in bitterer Notlage. Trotz der starken Bevölkerungszunahme hat die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter sich vermindert. Abgesehen indessen von den Kornbaurdistricten vollzieht sich eine

gewisse Anpassung zwischen verminderten Einnahmen und den Ausgaben, teils durch grössere Einschränkung in den Lebensgewohnheiten, teils durch Veränderung des Wirtschaftssystems, Ermässigung der Renten, Verbilligung der Futterstoffe, Düngemittel, sowie aller Lebens- und Genussmittel, Verringerung des erforderlichen Betriebscapitals u. s. w. Wir halten es daher nicht für unsinnig, zu glauben, dass der durch seine Natur und wirtschaftliche Lage so bevorzugte Boden Grossbritanniens als Grasland, wenn nicht als Ackerland, auch in Zukunft bebaut bleiben wird. Er wird einen Ertrag gewähren, der zwar niedrig und nur mit grösster Anstrengung zu erarbeiten sein wird, aber sich doch mit dem in anderen Gewerben vergleichen lässt.« In den Kornbaidistri ten hingegen »muss mit den fallenden Preisen eine Zeit kommen, wo nicht allein die Entrichtung einer Rente, sondern die Cultur an sich aufhört. Das ist schon zum Teil, besonders in den südöstlichen Bezirken von Essex, eingetreten und würde in grösserem Umfange geschehen sein, wenn nicht Grundherren und Pächter unter grossen Opfern dies abgewendet hätten. Mit der Erschöpfung ihrer Capitalmittel wird mehr Land ganz wüst bleiben oder sich in eine rauhe Weide von geringerem Werte verwandeln.« Eine weitere Rentenermässigung kann dort nichts helfen. »Wo die Renten nicht mehr zur Erhaltung der Gebäude, der Drainagen und anderer Culturmassnahmen ausreichen, da können sie mit Vorteil für den Pächter nicht weiter reduciert werden.«

Die Commission gab damit zu, dass die Landwirtschaft in weiten Kreisen der *corn counties* bei den 1893 bis 1895 herrschenden Preisen einer hoffnungslosen Vernichtung entgegengehe, für die *grazing counties* nahm sie eine weitere Anpassung der Productionsbedingungen an die Absatzverhältnisse an. Bei Erfüllung dieser Voraussetzungen glaubte die Commission, dass hier der Betrieb der Landwirtschaft fort dauern werde.

Je mehr sich nun die wirtschaftliche Lage Englands verschlechterte, je stärker die Concurränzländer in die englischen Absatzgebiete eindrangten und die Erweiterung des englischen Exports erschwerten, desto mehr wuchs in England erst in vereinzelt Schichten, namentlich in den Kreisen der Industrie die geheime oder offene Unzufriedenheit mit der bestehenden englischen Handelspolitik. Diese Unzufriedenheit wurde umso leichter ausgelöst, als die Prophezeiungen der Manchesterschule, dass der Freihandel Englands den Freihandel der anderen Länder zur Folge haben müsse, nicht in Erfüllung gegangen waren, sondern vielmehr Ende der siebziger Jahre sogar ein allgemeiner Umschwung zum Protectionismus im Ausland eingetreten war. So sehen wir seit dem Jahre 1881 zur Bekämpfung der reinen Freihandelslehre eine förmliche Organisation entstehen, die zunächst unter den Landwirten, später auch unter den Industriellen viele Anhänger zählte. Die *National Faire Trade League* brach zwar noch nicht mit dem Princip des Freihandels, sondern forderte diesen für die Handelsbeziehungen zum Auslande so lange und so weit, als er gegenseitig blieb. Wenn dagegen das Ausland Schutzzölle erhebe oder Ausfuhrprämien gewähre, dann sollten entsprechende Zölle auch im Inland gewährt werden, die den Vorteil auszugleichen hätten, den der ausländische Producent gienesse. Innerhalb verhältnismässig kurzer Zeit, etwa einem Dutzend Jahre, hatten die Ideen der *faire trade*-Agitation schon so an Einfluss gewonnen, dass bereits im Jahre 1892 der leitende Staatsmann Lord Salisbury sie als richtig für die künftige Gestaltung der Handelspolitik Englands anerkennen musste. Man sieht also, dass man innerhalb der englischen Regierung sich schon seit sehr langer Zeit mit dem Gedanken einer Änderung der bisherigen Freihandelspolitik vertraut gemacht hat. Wäre man aber nicht durch die Gestaltung des englischen Aussenhandels auf die Zweckmässigkeit einer solchen Änderung hingewiesen worden, so würden schon die Bestrebungen der englischen Colonien

das Mutterland überzeugt haben, dass sein handelspolitisches System auf die Dauer nicht haltbar ist. Die protectionistische Strömung tritt in den Colonieen schon viel früher und entschiedener, als im Mutterlande, auf, und zwar vollzieht sich die Entwicklung in zwei Phasen: erst schliessen sich die Colonieen eines Gebietes wirtschaftlich und politisch zusammen, alsdann wird mehr oder weniger rasch eine protectionistische Zollgesetzgebung inaugurirt, die für das Mutterland Vorzugszölle vorsieht.

Am frühesten vollzog sich die Vereinigung der nordamericanischen Besetzungen zu einem wirtschaftlichen und politischen Ganzen. Die starken Gegensätze zwischen der Bevölkerung in Untercanada und Obercanada liessen in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts nach. Von Obercanada gingen dann die erfolgreichen Bestrebungen aus, einen neuen, erweiterten Bund Canadas mit Anschluss der benachbarten Provinzen zu bilden. 1864 machte das canadische Ministerium den officiellen Vorschlag, dass die sechs Colonieen von Britisch Nordamerica einen Bund schliessen sollten. Der Vorschlag wurde beifällig aufgenommen, und am 10. October 1864 trat ein Delegiertencongress sämtlicher Colonieen in Quebec zusammen und arbeitete einen diesbezüglichen Entwurf aus, der den gesetzgebenden Versammlungen der einzelnen Colonieen zur Genehmigung vorgelegt wurde. Obgleich nicht alle Colonieen den Entwurf sofort billigten, so erteilte die Regierung Grossbritanniens doch die Genehmigung zum Bunde und erklärte am 22. Mai 1867, dass das *Dominium of Canada* mit dem 1. Juli 1867 zu Recht bestehe. Die Neigung zu Schutz- und Erziehungszöllen tritt in Canada schon in den fünfziger Jahren hervor. Im Gegensatz zur freihändlerisch liberalen Partei war das Programm der Conservativen unter Macdonalds Führung schutzzöllnerisch. Schon der Tarif von 1879 verriet durch die Verbindung von Zöllen auf Fabrikate und Rohproducte die Absicht, den Handel des Mutterlandes zu begünstigen, den der Union zu vermindern, ein Zweck, der damals freilich nicht erreicht wurde. Als im Sommer 1896 der Liberale Wilfried Laurier an die Spitze des canadischen Ministeriums gelangte, war die schutzzöllnerische Strömung schon so stark geworden, dass die liberale Regierung sich in ihren Dienst stellte: am 27. Juni 1896 nahm das canadische Parlament einen Tarif an, der die Bestimmung enthielt, dass die Zollsätze mit Ausnahme der auf Spirituosen, Zucker und Tabak bis zum 30. Juni 1898 um ein Achtel, von da ab um ein Viertel zu gunsten aller Länder, die canadische Producte frei zulassen, ermässigt werden könnten. Die Annahme dieses Tarifes unter einem liberalen Ministerium war ein endgiltiger Beweis dafür, dass die freihändlerische Bewegung eine definitive Niederlage erhalten hatte. Dieser Tarif gab England, wie wir weiter unten sehen, den letzten Anstoss zu einer Änderung seiner bisherigen Freihandelspolitik.

Eine ausgesprochene schutzzöllnerische Richtung bildet sich auch bei den australischen Colonieen heraus. In Australien gaben zuerst die Urproducenten, die Squatters und die Goldgräber den Ton an, die ihren Bedarf an Industrieerzeugnissen gerne aus dem Mutterlande bezogen. Solange die Urproducenten den Ausschlag gaben, herrschte denn auch Freihandel. Die Vermehrung der Staatsausgaben bewirkte zuerst die Einführung mässiger Importzölle. Als aber unter dem Zollschutz Gewerbe und Industrie sich entwickelten, wurden nach dem Vorantritt Victorias die Zölle systematisch erhöht. Das industrielle Unternehmertum bestimmte nunmehr die Handelspolitik. Melbourne, Sydney, Adelaide erwachsen mit americanischer Raschheit zu Grossstädten. Die Ungleichheit der einzelnen Colonieen hinsichtlich des industriellen Fortschritts bewirkte, dass sie sich nicht allein gegen das Ausland, Grossbritannien inbegriffen, sondern auch gegen die interaustralische Einfuhr zu schützen suchten. Zwischen

den einzelnen Staaten kam es zu förmlichen Zollkriegen. Lange erhöhte die von der Natur gesegnete Colonie Neusüdwaies ihren Tarif nicht und blieb freihändlerisch, bis auch hier 1892 die protectionistische Partei die Oberhand erlangte. Inzwischen vollzog sich, vom Mutterlande begünstigt, die politische und wirtschaftliche Vereinigung der Colonieen; auf einem Delegiertencongress im Jahre 1891 wurden die Grundzüge einer Bundesverfassung, für den *Freihandel nach innen*, „Schutzzoll nach aussen!“ die Losung war, festgesetzt. Freilich, es bedurfte noch einer Zeit von zehn Jahren, bis der *Commonwealth of Australia* wirklich zu stande kam. Erst am 1. Januar 1901 übernahm das australische Bundespräsidium die ihm übertragenen Functionen und liess durch seinen Premierminister Barton ein Zollprogramm verkünden, das seinen australischen Zolltarif für eine australische Nation verlangt, sich freilich gleichzeitig auch für eine Bevorzugung englischer Waren ausspricht. Dieses Programm ist insoweit schon ausgeführt, dass inzwischen ein schutzzöllnerischer Tarif vereinbart worden ist, der aber noch keine Differentialzölle zu gunsten des Mutterlandes vorsieht. Neusüdwaies muss im Interesse der australischen Einheit auf seine bisherige Freihandelspolitik verzichten, während die sechs bisher hochschutzzöllnerischen Colonieen dem englischen Mutterlande entgegenzukommen bereit sind, sobald sich dieses entschliesst, ihre Ausfuhrartikel differentiell zu begünstigen.

Das britische Africa neigt gleichfalls dem Protectionismus zu. Die Vorgänge der letzten Jahre haben vor allem die politische Vereinigung der in Frage kommenden Gebiete beschleunigt. Die zollpolitische Einigung mit einer Vorzugsbehandlung der Waren des Mutterlandes ist die weitere Folge. Auf einer besonderen Conferenz haben die fünf südafrikanischen Colonieen, nämlich Capland, Natal, Transvaal, die Oranjecolonie und Südrhodesia, sich über den Entwurf eines Zollvereins geeinigt, dessen Hauptbedeutung in der Gewährung einer Vorzugsbehandlung für die englische Einfuhr liegt. In der betreffenden Conferenz haben die Vertreter der Capcolonie und Natsals es auf sich genommen, ihren Parlamenten eine Vorzugsbehandlung in der Höhe von 25% vorzuschlagen.

Indien ist die einzige Colonie, in der der britische Staat das eigene Freihandels- und Finanzzollsystem eingeführt und auch aufrecht erhalten hat. Zwischen 1871 und 1882 sind sämtliche Zölle aufgehoben worden, mit Ausnahme von Finanzzöllen auf 7 Artikel (darunter auf die Monopolartikel Salz und Opium) und der Ausfuhrabgabe auf Reis. Der Übergang vom Schutz zum Freihandelsystem wurde zu einer Zeit durchgeführt, als die mit englischem Capital gegründete Grossindustrie des Schutzes am meisten bedurft hätte, um von der überlegenen englischen nicht niederconcurriert zu werden.

Augenblicklich lässt sich also die zollpolitische Situation in den Colonieen dahin zusammenfassen, dass sich ein Umschwung zur Schutzzollpolitik mit differentieller, begünstigender Behandlung des Mutterlandes vollzieht. Gleichzeitig verstrickt sich im Mutterlande selbst die schutzzöllnerische Strömung, so dass die Regierung zum Handeln förmlich gezwungen wird. Und in welcher Richtung muss sie vorgehen? Soll sie steif und hartnäckig an einem Princip festhalten, das durch die veränderten Verhältnisse nicht mehr sich rechtfertigen lässt? Selbst wenn schon die Regierung aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus sich der Abkehr von der bisherigen Freihandelspolitik abgeneigt hätte zeigen wollen — ein politisches Moment wäre allein stark genug gewesen, die Abkehr zu beschleunigen. Schon seit langer Zeit erweckte die grossartige wirtschaftliche Entwicklung einzelner Colonieen, wie Canadas und Australiens, die Besorgnis, diese Länder möchten eines Tages das Band, das sie noch an England knüpft, abschneiden. Von diesem Motive geleitet, gründeten schon im Jahre 1884 Politiker verschiedener Färbung die *Imperial Federation League*, die erste

Organisation zur Propaganda für ein *Greater Britain*. Es wurde einerseits den Engländern vorgestellt, dass es unbillig sei, ihnen allein die Kosten der Verteidigung des Reichs aufzuerlegen. Die Colonieen müssten ebenfalls daran teilnehmen und Kriege, die zu ihren Kosten geführt würden, bezahlen. Andererseits zeigte man sich dafür bereit, den Colonieen eine Stimme in der gesamten Politik Englands einzuräumen, da sie unter ihren Consequenzen ebenso sehr, wie das Mutterland, zu leiden hätten. Drittens trat hierzu der Wunsch, zwischen England und seinen Colonieen einen engeren Zollverein herzustellen. Mit Ausnahme des dritten Punctes sind diese Absichten nicht so bald zu verwirklichen. Um nun das Erreichbare von den derzeit unmöglichen Aufgaben zu trennen, entstand 1891 durch Spaltung der *Imperial Federation League* die *United Empire Trade League*, die einzig und allein den Zollverein des britischen Reiches sich zum Ziele setzte und dafür ausschliesslich agitierte. Über dergartig private Bestrebungen hinaus gingen schon die Ministerconferenzen, die den Gedanken des *Grösseren Britanniens* erörterten. Im Anschlusse an die Colonialausstellung des Jahres 1886 trat schon 1887 eine Conferenz von Staatsmännern Englands und seiner Colonieen zusammen, in der der Capländer Hofmeyer sein Project eines Reichszuschlagszolles zu ungunsten aller nicht dem grossen britischen Reiche angehörigen Länder entwickelte. Solche Conferenzen fanden 1894 in Ottawa, dann in Melbourne 1897 und 1902 in London wieder statt.

Die erste Londoner Conferenz bildete insofern einen entscheidenden Wendepunct, als kurz danach die Bestrebungen nach einem engeren handelspolitischen Anschluss zwischen den Colonieen und dem Mutterland aus dem Bereiche der Erörterung und Agitation heraustraten und der erste Schritt zur Verwirklichung des Planes gemacht wurde. Den letzten Anstoss, mit der bisherigen englischen Handelspolitik zu brechen, gab nämlich das Vorgehen Canadas im Frühjahr 1897. In einem am 23. April vorläufig in Kraft gesetzten Zolltarifgesetze wurde bestimmt, dass die Normalsätze des canadischen Tarifes (ausgenommen die für Spirituosen, Zucker, Tabak) für solche Staaten, die canadischen Provenienzen eine entsprechend günstige Behandlung angedeihen liessen, ermässigt werden sollten, und zwar in der Zeit vom 23. April 1897 bis 30. Juni 1898 um $12\frac{1}{2}\%$, vom 1. Juli 1898 ab um 25% . Die Beurteilung, ob ein Land jene Voraussetzungen des canadischen Reciprocitätstarifes erfülle, ob es also canadischen Waren entsprechend günstige Zölle gewähre, wurde den Verwaltungsbehörden überlassen. Diese erkannten zunächst nur den aus dem britischen Mutterlande eingeführten Waren den Anspruch auf die Zollermässigung zu. Gegen diese differentielle Behandlung wurden seitens Deutschlands und Belgiens auf Grund des Artikels 7 des Handelsvertrages mit dem deutschen Zollverein vom 30. Mai 1865 und dem Artikel 15 des Handelsvertrages mit Belgien vom 23. Juli 1862 Vorstellungen erhoben, infolge deren die differentielle Behandlung vorläufig zurückgenommen wurde. Durch eine Verordnung vom 4. September 1897 wurde dem Deutschen Reiche, Belgien, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, der Schweiz, Russland und einigen weiteren Staaten vom 23. April bis zum 1. August 1898 das Recht zugestanden, ihre Erzeugnisse gleich denen Grossbritanniens zu $\frac{7}{8}$ der Normalsätze nach Canada einzuführen. Die danach seit dem 23. April zu viel gezahlten Zollbeträge wurden zurückerstattet. Canada fiel es aber nicht ein, sein Zolltarifgesetz zu ändern, sondern es setzte vielmehr bei dem Mutterlande durch, die seiner differentiiellen Zollbehandlung entgegenstehenden handelspolitischen Bestimmungen durch Kündigung der Meistbegünstigungsverträge mit Belgien und Deutschland aus dem Wege zu räumen. Ohne Übertreibung kann man daher diese Kündigung als den Bruch Englands mit dem

Princip des Freihandels bezeichnen. Am 28. Juli 1897 schrieb Lord Salisbury an den englischen Gesandten in Berlin: »Ich muss Sie ersuchen, die Absicht der Regierung Ihrer Majestät, den Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Grossbritannien und dem Zollverein zu beendigen, sofort zu notificieren. Der Vertrag wird demnach stipulationsmässig nach einem Jahre, vom Tage der Kündigung an gerechnet, ablaufen.« Mit dieser Kündigung war für die Bildung des britischen Reichszollvereins die Bahn frei gemacht. Chamberlain selbst ist nur der einflussreiche Agitator einer schon in der Verwirklichung begriffenen Idee. Die principielle Entscheidung ist 1897 gefallen; heute handelt es sich darum, mehr oder minder rasch die Consequenzen aus einer dem Reichszollverein günstigen Situation zu ziehen.

XX

ALBERT SÜDEKUM · DIE FINANZREFORM DES FREIHERRN VON STENDEL

Die fünf französischen Milliarden sind Deutschland zu einem nationalen Unglück geworden. Der Ueberfluss, den sie in die Casse des Reiches brachten und der der Phantasie der damaligen Politiker als schier unerschöpflich erschien, verhinderte die solide Fundierung der Reichsfinanzen. Nur provisorisch bestimmte der Artikel 70 der eiligst adaptierten Verfassung: »Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die etwaigen Überschüsse der Vorjahre, sowie die aus den Zollen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern und aus dem Post- und Telegraphenwesen fliessenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insoweit dieselben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie, solange Reichssteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Massgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche bis zur Höhe des budgetmässigen Bedarfs durch den Reichskanzler ausgeschrieben werden.« Hätte das deutsche Volk die Kosten für das Retablisement des Heerwesens, für die Invalidenfürsorge und die anderen vordringlichen Aufgaben des neuen Reiches aus eigener Kraft aufzubringen gehabt, dann wäre die Einführung von directen Reichssteuern schon um deswillen unabweisbar gewesen, weil einmal die Zeit für hohe und ertragreiche Schutzzölle noch nicht gekommen war und andermal sich eine starke Strömung gegen indirecte Steuern bemerkbar machte: niemand hat die indirecten Steuern kräftiger bekämpft, als die Nationalökonomien, die mit der Reichsgründung Oberwasser bekamen, die Kathedersocialisten. Directe Reichssteuern, ob auf Einkommen, Vermögen oder Erbschaften oder auf irgend einer Combination aus diesen aufgebaut, hätten aber gleicherweise die Möglichkeit wie den Anreiz zu der schädlichen Liebesgabenwirtschaft gemindert, der wir zum grossen Theile die Finanzcalamitäten von heute und die Oberherrschaft wirtschaftlich rückständiger, politisch aber mächtiger Volksschichten zu verdanken haben. Es wäre ferner vermieden worden, dass die Einnahmen des Reiches allen Schwankungen des Erwerbslebens ausgesetzt sind und im Augenblicke der schwersten Belastungsprobe, nämlich beim Ausbruche eines Krieges, in die Gefahr eines Zusammenbruchs kommen können.

Aber mit *Hätte* und *Wäre* kommen wir nicht weiter. Wir müssen mit der Tatsache uns abfinden, dass das Finanzwesen des Reiches, aufgebaut auf schwankendem Grunde, im Zustande arger Zerrüttung ist und dringend der Reform bedarf. Was es aber damit auf sich hat, bezeichnete schon vor einem Jahre Friedrich Stampfer in dieser Zeitschrift mit folgenden Worten: »Hinter einem wahren Wust und Rattenkönig finanztheoretischer und verfassungsrechtlicher Probleme birgt sich als Kernproblem die sehr einfache, klare und jedem verständliche Frage: Wer soll

bezahlen? Soll die Entlastung der Einzelstaaten von der wachsenden Burde der Matricularumlagen dadurch bewirkt werden, dass die Verbrauchsartikel der Massen einer ständig steigenden Belastung unterzogen werden? Oder wird der neugewählte Reichstag die Regierungen darüber belehren, dass diesem unzeitgemässen System alle Aussicht in die Zukunft verrammelt sei?*) Als diese Worte geschrieben wurden, amtierte im Reichsschatzsecretariat noch der Freiherr von Thielmann, ein soignierter Diplomat, der mit unvergleichlicher Nonchalance Anspruch auf das Ministerialbeneficium machte, sich nicht über die Dinge aufzuregen, die er amtlich im Parlamente zu vertreten hatte. Ob er vor neuen Flottenvorlagen den Reichsboten versicherte, er wisse mit dem Gelde nicht aus noch ein und müsse neue Steuern dankend ablehnen; ob er kaum ein Jahr später ein düsteres Klagelied begann und neue Bier- und Tabakbesteuerung ankündigte — immer geschah es mit derselben Flüsterstimme und derselben gesuchten Teilnahmlosigkeit. Und immer grosser wurde auch die Teilnahmlosigkeit im Parlamente und im Volke: die Budgetfragen boten lediglich einigen Spezialisten Stoff zu kaum vernommenen Erörterungen, und selbst solche Ungeheuerlichkeiten, wie die im jetzt vorgelegten Etat für 1904 schon zum dritten Male verlangte *Zuschussanleihe*, verursachten keine lebhaftere Debatte. Die Generalreden zum Etat pflegen sich mit tausend und einigen drei an sich gewiss sehr wichtigen Dingen ausführlich zu beschäftigen, aber über die Gestaltung des Budgets in den allermeisten Fällen schnell hinwegzueilen. Leicht begreiflich, abgesehen davon dass rednerische Effecte mit solchen Darlegungen nur ganz ausserordentlich schwer zu erzielen sind: leicht begreiflich nämlich deshalb, weil die Einnahmen des Reiches zum grössten Teile automatisch fliessen und zum Rest durch die Bundesstaaten aufgebracht werden müssen. Da ist zur Specialkritik wenig Gelegenheit, und die allgemeinen Gesichtspuncte sind gar rasch mit einigen programmatischen Worten dargelegt.

Diesmal ist die Veranlassung zu einer ausgiebigeren Behandlung der Finanzreformfragen schon dadurch gegeben, dass Herr von Thielmann seinen Platz geräumt und ihn dem bisherigen bayerischen Staatsrat von Stengel abgetreten hat. Dass der neue Mann mit einer Reformvorlage vor das Parlament treten wurde, war von vornherein sicher. Er hätte sich kaum anders einführen können. Schon die Rücksicht auf die im nächsten Jahre mit Sicherheit zu erwartende grosse Militärvorlage veranlasste dazu und genügte, um bei der Regierung die Bedenken zu zerstreuen, dass man doch vernünftigerweise erst die Ergebnisse der Neuregelung unserer Zollverhältnisse abwarten müsse, bevor man Hand an die Reform der Finanzen lege.

In Wirklichkeit escomptiert auch Herr von Stengel bereits die Mehreinnahmen aus den Zöllen und macht deshalb seine Reform von neuen Steuerplänen frei. Damit will er gewiss das Wort zu schanden machen, das einmal der Generalpostmeister von Stephan gesprochen hat: »Ich habe noch keinen Wechsel in der Leitung unserer Reichsfinanzen erlebt, ohne dass man von *Reichsfinanzreform* geredet und geschrieben hätte. Schliesslich läuft aber die ganze Reform immer nur auf eine Steuererhöhung oder die Einführung neuer Steuern hinaus.« Ein Blick auf den Etat von 1904 lehrt uns, dass in der That ohne erhebliche Steigerung der Einnahmen gar nicht im bisherigen Stile weiter gewirtschaftet werden kann: mit seiner Ausgaben-summe von 2460 Millionen Mark übersteigt er die Anforderungen des Vorjahres um etwa 43,75 Millionen Mark; von den Mehrforderungen entfallen auf die fort-dauernden Ausgaben nicht weniger als 59,8 Millionen, auf das Extraordinarium 29,25 Millionen, während bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats gegen das Vorjahr 45,3 Millionen Mark eingespart werden sollen. Mit dieser erheblichen Steigerung der Ausgaben hält die Erhöhung der zur Zeit verfügbaren Einnahmen

*) Vergl. Friedrich Stampfer, *Reichsfinanzreform* in den *Socialistischen Monatsheften*, 1902 II. Bd., pag. 938.

des Reiches nicht Schritt. Eine Besserung ist zwar schon im laufenden Jahre mit der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu verzeichnen, aber sie reicht nicht aus, um die Differenz zwischen den vorgesehenen Angaben und den wahrscheinlichen Einnahmen aus der Welt zu schaffen. Nach dem oben citierten Artikel 70 der Verfassung des Reiches müssten also die Einzelstaaten zur Leistung herangezogen werden. Sie sollen 553,9 Millionen Mark an Überweisungen erhalten und hätten diese und überdies jene 43,75 Millionen an das Reich zurückzuzahlen. Aber dagegen sträuben sich die Finanzminister der Einzelstaaten; jahrzehntelang haben sie die Überschüsse der Überweisungen über die Matricularbeiträge eingesteckt, weigern sich aber jetzt, unter Berufung auf den Satz *ultra posse nemo obligatur*, ihre verfassungsmässigen Verpflichtungen zu erfüllen. Bereitwilligst kommt ihnen auch der Schatzsecretair entgegen und reduciert den Überschuss der Matricularbeiträge über die Überweisungen, die sogenannten *ungedeckten Matricularbeiträge*, auf 23,75 Millionen Mark, wie im Vorjahre. Der Rest des Deficits, 59,5 Millionen Mark, soll wieder durch eine *Zuschussanleihe* aufgebracht werden. Mit dieser Zuschussanleihe zusammen ist der Anleihebedarf für 1904 auf nicht weniger als 214,75 Millionen Mark, bei einem Extraordinarium von insgesamt 229 Millionen Mark, angesetzt worden. Dabei ist aber schon — unter Vorwegnahme der *lex Stengel* — das Deficit aus dem Jahre 1902 in der Höhe von 30,6 Millionen Mark entgegen Artikel 70 der Verfassung statt in das Ordinarium in das Extraordinarium des Reichshaushaltsetzes gesetzt worden, das heisst es soll von vornherein durch Anleihe gedeckt werden. Würde man diese Manipulation nicht vornehmen, dann stiege der Betrag der Zuschussanleihe von 59,5 auf 91,1 an und überträfe damit die Zuschussanleihe für 1903 um rund 20 Millionen Mark. Die Zuschussanleihe für 1903 im Betrage von 72 Millionen Mark war wesentlich bedingt durch ein Deficit von 48 Millionen Mark aus dem Jahre 1901, es kamen von ihr also nur 24 Millionen Mark auf die Bilanzierung des Haushalts im Etatsjahre selbst. Aus der Gegenüberstellung ergibt sich also, dass für die Bilanzierung des ordentlichen Etats für 1904 35,5 Millionen Mark mehr an Anleihen erforderlich sind, als im Vorjahre. Von diesen 35,5 Millionen sind nur 11,5 Millionen budgetrechtlich gesondert zu betrachten; sie sollen nämlich zu einer Entlastung des Reichsinvalidenfonds dienen, das heisst sie stellen sich als eine durch Vermehrung der Passiva erreichte geringere Verminderung eines Activums dar. Scheiden wir diese 11,5 Millionen aus, so ergibt sich, dass der neu vorgelegte Etat immer noch um rund 24 Millionen ungünstiger ist, als der des Vorjahres. Die Schuldenwirtschaft nimmt geradezu phantastische Formen an.

Und dagegen bringt der Stengelsche Plan einer *Finanzreform*²⁾ keine Mittel.

2) Der Gesetzentwurf lautet: »§ 1. Die Vorschriften über die Überweisung eines Teiles des Ertrags der Zölle und der Tabaksteuer, dann des Ertrags der Stempelabgaben an die Bundesstaaten (§ 8 des durch die Bekanntmachung vom 24. Mai 1885, Reichsgesetzblatt, Seite 111, veröffentlichten Zolltarifgesetzes, § 55 des durch Bekanntmachung vom 14. Juni 1900, Reichsgesetzblatt, Seite 275, veröffentlichten Reichsstempelgesetzes), sowie die Bestimmung § 2 des Gesetzes, betreffend Verwendung von Mehrerträgen der Reichseinnahmen und Überweisungssteuern zur Schuldentilgung, vom 28. März 1903 (Reichsgesetzblatt, Seite 109), werden aufgehoben. § 2. Artikel 70 der Verfassung erhält folgende Fassung: Artikel 70. Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen ordentlichen Ausgaben dienen zunächst die aus den Zöllen und gemeinsamen Steuern, aus dem Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen, sowie aus den übrigen Verwaltungszweigen fliessenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insoweit die Ausgaben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie, solange die erforderlichen Deckungsmittel nicht auf andere Weise, insbesondere durch Einführung weiterer Reichssteuern, beschafft werden, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Massgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche in Höhe des budgetmässigen Betrages durch den Reichskanzler ausgeschrieben werden. Insoweit diese Beiträge in den Überweisungen keine Deckung finden, sind sie den Bundesstaaten am Jahreschluss in dem Masse zu erstatten, als die übrigen ordentlichen Einnahmen des Reichs dessen Bedarf übersteigen. Etwaige Überschüsse aus den Vorjahren dienen, insoweit durch das Gesetz über den Reichshaushaltsetz nicht ein anderes bestimmt wird, zur Deckung gemeinschaftlicher ausserordentlicher Ausgaben. § 3. Der budgetmässige Betrag der von den Bundesstaaten aufzubringenden Matricularbeiträge soll in der Regel den Betrag der von ihnen in den fünf Vorjahren durchschnittlich empfangenen Überweisungen nicht übersteigen. § 4. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1904 in Kraft.«

Was will er also? In der Begründung heisst es auf Seite 4, es sei nicht zu leugnen, dass in der Finanzgesetzgebung des Reiches Mängel zu Tage getreten sind, die einer rationellen Wirtschaftsführung hinderlich im Wege stehen und deren Beseitigung schon an sich einen wesentlichen Fortschritt bedeuten würde. Einen wesentlichen? In der saloppen Kanzleisprache wird das Wort gleich *gross* (also quantitativ) gebraucht, missbraucht. Denn das Wesentliche der Stengelschen Reform ist, dass sie keinen wesentlichen Fortschritt involviert, vielmehr ein ärmliches und aus mehreren Gründen bedenkliches Flickwerk ist, als welches am Wesen des Finanzjammers gar nichts ändert.

Wie schon in den Jahren 1893-1894 und 1894-1895, kämpft die Regierung auch jetzt gegen die Franckensteinsche Clausel an. Durch die Einführung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1897 wurden die Einnahmen des Reiches erheblich gesteigert; man schätzte den Jahresertrag der Zölle und der Tabaksteuer auf etwa 170 Millionen Mark, das war mehr, als das Reich nach dem damaligen Stande der Ausgaben benötigte. Und da die Mehrheit des damaligen Reichstags den Einfluss sowohl der Einzelstaaten wie auch des Reichstags auf die Einnahmepolitik des Reiches gewahrt wissen wollte, schuf sie nach dem Vorschlage des Centrumsabgeordneten von Franckenstein die seit jener Zeit nur wenig modifizierte Grundlage des Reichsfinanzwesens, eben die *clausula Franckenstein*. Nur 130 Millionen Mark aus den Zöllen und der Tabaksteuer sollten dem Reiche zur eigenen Verwendung verbleiben, der Rest (damals 40 Millionen) wurde zu Überweisungen an die Einzelstaaten bestimmt. Diese Überweisungen waren einerseits gedacht als eine den Einzelstaaten gewährte Entschädigung für das ihnen durch das Reich entzogene Recht der indirecten Besteuerung, andererseits aber sollte dadurch dem Reichshaushaltsetat die einzige bewegliche, der jährlichen Bewilligung des Reichstags unterliegende Einnahmequelle, die *Matricularbeiträge*, erhalten bleiben. In der Folgezeit wurde die Franckensteinsche Clausel auch noch auf die Erträge der Branntweinverbrauchsabgabe nebst Zuschlag und der Reichsstempelabgabe ausgedehnt; andererseits wurde die Summe des dem Reiche verbleibenden Anteils dadurch erhöht, dass durch Schuldentilgungsgesetze (*leges Lieber*) die Überweisungsüberschüsse gekürzt wurden. Überschaut man den Gang der Überweisungen und der *Matricularbeiträge* seit ihrer Einführung, so ergibt sich folgendes: im Jahre 1878 betrug die *Matricularbeiträge* 70 Millionen Mark, 1903 das Achtfache, nämlich 566 Millionen; aber diesen 566 Millionen nomineller *Matricularbeiträge* stehen 542 Millionen Überweisungen entgegen, die effective Leistung beträgt demnach nur 24 Millionen. 1872 bis 1881 zahlten die Bundesstaaten an das Reich: 82, 59, 51, 52, 56, 64, 70, 64, 25 Millionen Mark bar heraus; seit dem Wirken der Franckensteinschen Clausel nur noch: 1881 17 Millionen, 1882 1 Million, 1898 20 Millionen, 1893-1894 30 Millionen, 1890-1900 13 Millionen; 1894 bis 1897 und 1901 blieben sie völlig befreit von *Matricularbeitragen*, 1902 und 1903 wurden sie mit je 24 Millionen belastet. In summa sind allein von 1883 bis 1893 486 Millionen Mark aus der Reichscasse den Einzelstaaten zugeflossen. Wenn deshalb die Begründung der Stengelschen Reformvorlage auf Seite 5 sagt: „Von vorübergehenden zum Teil recht beträchtlichen Schwankungen abgesehen, haben im grossen und ganzen die *Matricularbeiträge* eine ähnliche Steigerung erfahren [wie die Überweisungen], so ist das nicht richtig: *im grossen und ganzen* sind die *Matricularbeiträge* gesunken und betragen heute nur noch rund ein Drittel von den Summen, die die Einzelstaaten vor der Einführung der Franckensteinschen Clausel jährlich aufgebracht haben.“

Dies für die Einzelstaaten günstige Gesamtergebnis — von den Schwierigkeiten, die ihnen aus den Schwankungen im einzelnen zweifellos erwachsen, sehen wir hier ab — konnte nur durch eine geradezu besinnungslose Schuldenwirtschaft erzielt werden. Infolge der übermässigen Steigerung der Ausgaben für Heer und Marine wuchs das Soll des Reiches weit über das Haben hinaus. Nach der Verfassung gab es nur zwei Auswege: Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches durch neue

oder erhöhte Steuern, oder Erhöhung der Matricularbeiträge. Aber beide Wege wurden nicht beliebt, der Reichstag scheute die neuen Steuern, der Bundesrat verweigerte unter dem Drucke der einzelstaatlichen Finanzminister die Erhöhung der Matricularbeiträge. Man machte Schulden. Von 1877 bis 1903 stieg die Anleihschuld des Reiches von 16 Millionen auf mehr als 3000 Millionen Mark. Das konnte nur geschehen, wie Rehm nachweist, durch folgende Constructionen: Erstens wurde eine Reihe von ordentlichen Bedürfnissen, und zwar zum Teil gerade sehr kostspieligen, im Etat statt als ordentliche als ausserordentliche behandelt; zweitens wurden Ausgaben, die als regelmässig wiederkehrende, also ordentliche, zu erachten waren, aus dem Etat weggelassen. Köppe plaidiert dafür, dass dieser Missbrauch der bedingten Befugnis aus Artikel 73 der Verfassung zur Aufnahme von Anleihen »meistens« *bona fide* geschehen sei; es besteht nach unserer Ansicht kein Anlass, nachträglich über die Fähigkeit oder Unfähigkeit, die *bona* und *mala fides*, der mit der Verwaltung der Reichsfinanzen betraut gewesenen Männer zu streiten: zweifellos steht fest, dass die Schuldenwirtschaft die unmittelbare Haftung der Einzelstaaten für die Finanzen des Reiches herabminderte. Marinismus und Militarismus konnten ihre Capriolen schlagen, ohne befürchten zu müssen, dass die Einzelstaaten mit einem *Quousque tandem* dazwischen führen. Wenn nun aber, nach dem Plane von Stengels, die Matricularbeiträge, insoweit sie in den Überweisungen keine Deckung finden, fortan den Bundesstaaten am Jahresschluss in dem Masse erstattet werden sollen, wie die übrigen ordentlichen Einnahmen des Reiches dessen Bedarf überschreiten; wenn also die Bestimmung des Artikels 70 der Verfassung beseitigt wird, wonach die Überschüsse zunächst zur Bestreitung der gemeinschaftlichen Ausgaben dienen sollen — dann wird diese Gefahr noch mehr vermindert. Wozu ja dann noch kommt, dass, nach Stengel, der budgetmässige Betrag der Matricularbeiträge in der Regel den Betrag der von den Bundesstaaten in den letzten fünf Vorjahren durchschnittlich empfangenen Überweisungen nicht übersteigen soll. Militarismus und Marinismus haben freie Hand, die Lasten sind der grossen Masse der indirecten Steuerzahler aufgehalst!

Warum aber nicht eine völlige Loslösung der Reichsfinanzen von denen der Einzelstaaten? Warum die Aufrechterhaltung der Franckensteinschen Clausel, soweit die Branntweinverbrauchsabgabe in Betracht kommt? Decoration! Der Staatssecretair, der da verkündet, dass »Klarheit und Durchsichtigkeit eines Haushalts das Fundament einer voraussehenden und sparsamen Wirtschaft bilden«, lässt diese Unklarheit und Undurchsichtigkeit bestehen, weil er durch diese inhaltlose Concession die Bedenken des Centrums gegen seine Reform beschwichtigen will. Die Franckensteinsche Clausel entstand, als das Centrum noch Oppositionspartei war. Constitutionellen Erwägungen ist sie entsprungen, und die Freunde des *constitutionellen* Systems sind sehr in sie verliebt. »Kommt einmal die Regierung in einen unlöslichen Conflict mit dem Reichstag, so ist ihr ein budgetloses Regiment, wie es in Preussen jahrelang geführt wurde, durch die Matricularbeiträge und die Franckensteinsche Clausel erschwert. Herrn von Bennigsen genügte es, dass der Reichstag die Befugnis haben sollte, einzelne Steuern oder Zölle zu verweigern oder herabzusetzen. Die Entscheidung wäre dann auch im Conflictsfall bei dem nationalen Factor der Gesetzgebung gewesen. Herr von Franckenstein dagegen verlegte den Schwerpunkt in den particularistischen Factor der Politik, in die Einzelregierungen und Einzellandtage. Das Reich muss den Ertrag der Steuern und Zölle der Franckensteinschen Clausel gemäss den Bundesstaaten überweisen; es darf ihn nicht zurückhalten, noch über ihn verfügen. Aber das Reich kann auch keine Matricularbeiträge erhalten, wenn kein Etat zu stande gekommen ist, da sie nach Artikel 70 der Verfassung der Reichskanzler nur in Höhe des budgetmässigen Betrages ausschreiben darf. Der Kaiser und die Reichsregierung wären mithin im Conflictsfall auf den guten Willen der Einzelstaaten angewiesen, und in den Einzelstaaten haben die Landtage, insbesondere also der bayerische, mitzusprechen. Je höher

die Matricularbeiträge sind, um so abhängiger ist die Reichsregierung vom Reichstag. So schreibt die *Vossische Zeitung* im Namen des Freisinns, der sich mit einem Quentchen *Constitution* über den Verlust eines Centners Macht hinwegzutauschen liebt. Das Einnahmewilligungsrecht des Reichstags steht und fällt unter dem heutigen System tatsächlich mit den Matricularbeiträgen, i. t. der Franckenstein-clausel. Dass es nur ein formales Recht ist, hat die Socialdemokratie niemals übersehen. Aber auch nur dieses preiszugeben liegt nicht die geringste Veranlassung vor. In den Matricularbeiträgen — deren Verwerflichkeit als roher Kopfsteuer für uns natürlich keiner Discussion bedarf — hat heute der Reichstag das einzige Mittel in der Hand, die Einschränkung überstiegener Ausgaben zu erreichen und Sparsamkeit wenigstens zu — markieren.

Materiell ändert die *Finanzreform* nach dem Plane des Herrn von Stengel nicht. Und doch wäre die Möglichkeit einer durchgreifenden Reform gegeben. Man mache der so schändlichen Liebesgabenwirtschaft ein Ende. Die Rückvergütung der Maischbottichsteuer geht um 17 bis 18 Millionen Mark über die gezahlten Steuern hinaus. Im ganzen zahlen die Branntweinrinker 44 Millionen Mark Liebesgaben an die Brennererebesitzer, seit dem Bestehen des Gesetzes sind mehr als 600 Millionen Mark in die Taschen der Brenner geflossen. Die Rückzahlung bei der Brausteuern übersteigt um rund ein Drittel den gezahlten Steuerbetrag. Hier kann die bessernde Hand auch bei Aufrechterhaltung des heutigen Finanzsystems des Reiches angelegt werden.

Die Socialdemokratie könnte sich freilich auch mit einer solchen Reform nicht begnügen. Tritt sie dem Stengelschen Plane entgegen, weil er bei den Einzelstaaten den letzten Rest von Verantwortlichkeit für die Finanzgebarung des Reiches ertötet, weil er nicht das Reich von den Einzelstaaten, sondern in Wirklichkeit die Einzelstaaten vom Reiche unabhängig macht, weil er die besitzenden Classen dauernd vor einer Vermehrung ihrer Lasten sichern soll, weil er die schwächlichen Rechte der Volksvertretung noch mehr beschneiden soll, weil er das Vorspiel zu neuen indirecten, nur einstweilen zurückgestellten Reichssteuern ist —, so bietet sie andererseits die Hand zu einer wirklichen Reform: Verminderung der unproductiven Reichsausgaben, Einführung directer Reichssteuern, so wie das Erfurter Programm fordert, dass sämtliche öffentlichen Ausgaben aus progressiven Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern bestritten werden. Nur eine bewegliche Steuer kann Ordnung in die Finanzen des Reiches bringen, das heisst also eine directe. Sie allein gibt uns die Möglichkeit, nicht nur der Anpassung an die Leistungsfähigkeit des einzelnen, sondern auch die der vorübergehenden Erhöhung in Zeiten nationaler Bedrängnis. Eine Finanzreform, bei der die herrschenden, besitzenden Classen mit jeder Belastung verschont bleiben, ist undenkbar; sie kann nur auf Spiegelfechterei hinauslaufen — wie die Stengelsche.

XX

KARL FISCHER · ZWEI SKIZZEN

Vorbemerkung

Die nachstehenden beiden Skizzen stammen aus der Feder jenes Arbeiters, dessen *Denkwürdigkeiten und Erinnerungen* Paul Göhre im Frühjahr 1903 bei Eugen Diederichs in Leipzig herausgegeben hat. Es sind Ausschnitte, die in jenem Buch nicht haben Platz finden können.

Zwei Blaumacher

Da hatte bei uns ein Arbeiter angefangen und war bei den Ofenleuten eingestellt worden. Der Mann war Soldat gewesen, was man ihm noch

auf jeden Schritt und Tritt ansah; aber ob er den Feldzug schon mitgemacht hatte, das ist mir entfallen. Der hatte ein stilles, ruhiges, anspruchsloses Wesen und zeichnete sich vor anderen dadurch aus, dass er *Guten Morgen!* sagte, wenn er des Morgens an einem vorbeikam. So tat er auch tagtäglich gleich den anderen seine Arbeit mit der Schubkarre und war bei seinen Kameraden wie bei allen anderen wohlgefallen. Aber der Mann hatte einen schlimmen Fehler, den nämlich, den der Hattinger gehabt hatte, er trank. Er trank zwar nicht bei der Arbeit und feierte auch nicht des Montags, aber am Tage nach der Zahlung war er schon verschiedene Male ausgeblieben. Da hatte er wieder einmal gefeiert, da machte ihm der Meister bekannt: wenn er jetzt noch einmal feierte, würde er entlassen; da nahm er sich zusammen und feierte sechs Wochen lang nicht wieder. Da gab es eines Freitags abends Geld, da blieb er am Sonnabend wieder aus, aber am Montag Morgen war er wieder da, und man sah aus seiner niedrigen Jackettasche das Papier herausragen, in dem sich sein Frühstücksbrot eingewickelt befand, und dass er zu arbeiten gedachte. Aber er wartete erst, bis der Meister kam, um sich zu melden. Aber da schrieb ihm der Meister einen Schein, damit er sich beim Cassierer das Geld holen konnte, was er noch zu fordern hatte, und gab ihm seine Entlassung. Und er verteidigte sich mit keinem Wort, und indem er dem Meister zum Abschied in bedrücktem Tone noch einmal *Guten Morgen!* bot, trat er aus der Zimmertür und war entlassen und ging ab, ohne sich umzusehen. Aber zu Mittag kam seine Frau mit dem Handkorbe und wollte ihm das Essen bringen. Da kam er ihr nicht vor der Tür entgegen; da kam sie ins Magazin und fragte nach ihm und hörte, dass er entlassen wäre. Und es war eine so nette Frau, und sie verbarg den Schrecken, so gut sie konnte, und sagte weiter gar nichts, aber sie fragte, ob niemand wüsste, wo er hingegangen wäre. Und als das keiner wusste, ging sie mit dem Essen wieder weg. Aber vierzehn Tage später reiste die Frau mit ihren beiden kleinen Kindern ab nach Fürstenuau in ihre Heimat zu ihren Eltern und kam nicht wieder; da war die Familie zerstört und auseinander. Aber der Mann hatte den Feiertag nicht allein begangen, sondern es waren ihrer zwei gewesen, und der andere gehörte ebenfalls zu den Ofenleuten und war eben vom Militair entlassen, aber dieser war ein ganz schnodderiger Geselle und glich dem vorigen in keiner Beziehung. Aber wie das gekommen ist, dass sie beide denselben Tag feierten, und welcher von beiden den andern dazu überredet hat, danach hat niemand gefragt. Aber während der Verheiratete am Montag Morgen wiederkam und entlassen wurde, kehrte der andere erst Mittwoch Morgen zurück und log dem Meister irgend was vor, da war die Sache gut, da nahm er seine Schubkarre und fing wieder an zu arbeiten. Da bekam er im Laufe des Vormittags den Auftrag: vom Tonschneider einen Satz Masse auf den Boden zu tragen, denn auf dem Boden war ein Former beschäftigt, und dessen Masse war alle; da hatte er eben wieder ein Brett voll Masse auf der Schulter nach oben getragen, da kam unser neuester Ingenieur durch die Tür und lief eilig die Treppe hinauf und sah recht aufgeregt aus, wie noch nie, dass ich mich wundern musste. Aber es war bloss wegen dem Manne, gewesen, der die drei Tage gefeiert hatte. Dem war er gleich oben an der Treppe begegnet, da hatte er ihn gewaltig angedonnert; aber viel hatte er nicht vorrätig gehabt, es waren nur drei bis vier kurze Sätze gewesen, wovon ich nur den einen behalten habe: »Drei Tage lang besoffen gewesen!« Und

nach wenig Sekunden war wieder Friede, und die ganze Sache war damit abgemacht. Da kamen sie beide die Treppe herunter und der Ingenieur ging wieder aus der Tür, und der Arbeiter ging nach dem Tonschneider und liess sich wieder ein ander Brett voll Masse auf die Schulter geben und kehrte zurück, aber er ging damit an der Treppe vorbei und kam bis zu mir und bückte sich und legte die Hand, die er frei hatte, auf den Leib und wollte vor innerlichem Vergnügen bersten und fragte mich grinsend: »Hast Du gehört?« Da nickte ich, da tanzte er auf den Platten mit dem schweren Brett voll Masse auf der Schulter einen Schottischen bis zurück nach der Treppe und stieg im Paradeschritt hinauf. Und das war auch ganz natürlich und ein billiges Vergnügen, denn so viel Ehre und so viel Schmeichelei mochte er wohl noch nicht wieder gehabt haben, seit er vom Militair losgekommen war, und die Ehre war auf beiden Seiten, und der Ingenieur hatte sich die Gelegenheit, auch einmal etwas zu sagen, nicht entgehen lassen, denn so lange hatte man noch gar nichts von ihm gehört, und dieses Nachspiel war ohne Zweifel das heiterste an der ganzen Geschichte.

Abreise von Düsseldorf

Als ich von Düsseldorf weg wollte, musste ich erst noch meinen Pass von der Polizei in Neuss holen. Da war es noch zu früh dazu, und so ging ich langsam noch einmal nach der Arbeitsstelle an der Rheinbrücke, um mir das Hochwasser anzusehen, und kehrte zurück und ging nach der Polizei, um meinen Pass zu holen. Da stand im Schreibzimmer hinter dem langen Schreibtisch einer, der hatte einen Polizeirock an, war aber kein Polizeidiener, denn er hatte auf jeder Achsel etwas Gelbes, der fragte mich, was ich wollte. Da sagte ich, dass ich meinen Pass holen wollte. Den hatte er bald gefunden und gesehen, und ich erwartete die Frage, wo ich hin wollte, aber statt dessen fragte er mich, ob ich die Steuer schon bezahlt hätte. Aber Steuer hatte mir bisher nie jemand abverlangt, und wusste gar nichts davon und hatte mich nie darum gekümmert; da erschrak ich sehr, weil ich weiter kein Geld hatte, als die fünf Silber Groschen Fahrgeld nach Vohwinkel, und ich schwieg und schüttelte mit dem Kopf; da sagte er: »Da bezahlen Sie nur erst die Steuer, es beträgt vierzehn Silber Groschen.« Ach Herr, du meines Lebens! Wo sollte ich das Geld hernehmen? Da bekannte ich, dass ich kein Geld hätte, da sagte er: »Na, die Steuer muss bezahlt werden, das wissen Sie doch!« Da stand ich eine Weile stumm und überlegte, und dann sagte ich ihm, dass ich vom 1. Januar bis 1. März in Kempen im Krankenhause gewesen wäre, und dass es in meinem Pass drin stände, und dass ich hier an der Rheinbrücke drei Tage gearbeitet, und dass uns das Hochwasser vertrieben hätte, und dass ich dieserhalb gezwungen wäre, abzureisen, weil ich kein Geld hätte. Aber er ging mit keinem Worte darauf ein, sondern rief schnauzig: »Na, denken Sie vielleicht, dass ich die Steuer aus meiner Tasche bezahlen soll?« Da stand ich eine ganze Weile ratlos und wusste mir nicht zu helfen, bis ich endlich schweigend das Zimmer verliess, um hinaus auf die Strasse zu gehen, und ging wieder nach der Rheinbrücke zu. Und hatte schon längst auf dem Wege nach Düsseldorf sein müssen, um den Zug zu erreichen und war schon zu spät. Und war schier verzweifelt und kehrte nach etwa einer Stunde wieder zurück zur Polizei, so hilflos wie zuvor, und wusste nicht, was ich sagen sollte.

Als ich das Zimmer wieder betrat, da stand vor dem Schreibtisch ein Fräulein und trug einen schönen Hut und einen langen Wintermantel, und hinter ihr auf einem Stuhl an der Wand stand eine grosse schöne gepackte Reisetasche, und hinter dem Schreibtisch sass der Steuerverlanger und schrieb, und ich konnte wohl sehen, dass das Fräulein darauf wartete, und ich wollte nicht stören und schwieg und wusste ohnehin nicht, was ich sagen sollte. Währenddem kam ein schlanker Mann in mittleren Jahren herein und schien seiner Kleidung nach gerade nicht weit her zu sein und trug einen gelbbraunen nachlässigen Anzug und hatte den Rock zugeknöpft, aber nicht bis unter das Kinn, und hatte gar keine weisse Wäsche an und auch keinen Überzieher und ein ernstes Gesicht und tat ganz ungeniert und setzte sich seitwärts dem Schreibtisch auf eine kleine Bank an der Wand, vielleicht deswegen, weil er uns von der Seite und von vorn sehen wollte, und nicht von hinten, und sah nicht aus, als ob er viel zu sagen hätte, und sah dennoch so aus. Da war mir die Sache sehr zuwider vor den Leuten, und tat mir bitterlich leid, dass ich gestern Abend der Wirtin das Geld gegeben hatte und nicht schlauer gewesen war. Da hatte der Polizeiherr das Geschriebene fertig und überreichte es dem Fräulein, und sie ging damit durch eine halb offen stehende Verbindungstür in das Nebenzimmer, in welches ich aber nicht hinein sehen konnte, weil die Tür zu weit nach vorn am Fenster war. Da dachte er wahrscheinlich, ich hätte das Geld geholt, und sah mich an und fragte: »Na, wie ist's, wollen Sie nun bezahlen?« Da kam das Fräulein wieder zurück und hatte ein Stück Papier oder einen Schein in der Hand und trat vor den Tisch und blieb neben mir stehen und überreichte ihm den Schein, da sagte ich ziemlich hart, weil ich mich vor den Leuten nicht aufs Bitten verlegen wollte: »Das wollte ich wohl, wenn ich Geld hätte! Wo soll ich mir denn hier Geld verschaffen, wo soll ich es denn hernehmen?« Da rief er barsch: »Das ist Ihre Sache!« Da sagte ich: »Ich muss meinen Pass haben: ich will nach Vohwinkel, da schreiben Sie das in den Pass hinein, dass ich die Steuer nicht bezahlt habe, da kann ich die Steuer in Vohwinkel bezahlen, aber jetzt habe ich kein Geld und muss fort.« Da rief er schnauzig und entschieden, und ich konnte daran hören, dass es sein letztes Wort war: »Ihren Pass kriegen Sie, wenn Sie die Steuer bezahlen, und wenn Sie nicht bezahlen, dann bleibt Ihr Pass hier!« Da merkte ich, wie das Fräulein neben mir den Kopf ein wenig wandte und mich einen Augenblick lang von der Seite ansah, dann fragte sie kurz: »Was macht denn die Steuer?« Da sagte er: »Vierzehn Silbergroschen.« Da sagte sie: »Ich will's bezahlen« und drehte sich um, ging nach der schönen Reisetasche und schloss sie auf und nahm ein Portemonnaie heraus und hatte klein Geld und legte vierzehn Silbergroschen auf den Schreibtisch, und während dem hatte er den Schein gestempelt, und als sie das Portemonnaie wieder in ihrer Reisetasche verschlossen hatte, gab er ihr den Schein zurück, und sie ging damit sogleich wieder eilig durch die offene Tür ins Nebenzimmer. Da nahm er das Geld fort und fragte mich, wo ich hin wollte, und machte meinen Pass fertig, und ich stand da wie behext und war noch verlegener, als vorher, aber auf andere Art. Denn ich mochte gar nicht daran denken, ohne meinen Pass nach Vohwinkel zu fahren und mich wider die Obrigkeit zu setzen, und meinte, ich legte Feuer an die ganze Welt und müsste selber zuerst darin ver-

brennen, wenn ich ohne meinen Pass nach Vohwinkel fahren wollte. Aber von diesem ganzen Elend hatte mich schnell und unverhofft das Fraulein erlöst, und der Mann hatte das Geld gekriegt, aber dafür musste ich mich nun bei ihr bedanken, und war eine schlimme Sache. Denn die paar Worte, die ich ihr etwa zum Dank sagen konnte, kamen mir gar geringe und verächtlich vor für die Hilfe, die sie mir geleistet hatte, und hätte ihr viel lieber was geholfen, als was gedankt, wenn ich nur gewusst hätte, was. Da hatte der Steuerneintreiber meinen Pass fertig und stand auf und reichte ihn mir zu über den Tisch weg; da sass der Mann auf der kleinen Bank an der Wand und hatte ein Knie über das andere geschlagen und das oberste hatte er mit den Händen umschlossen, da beugte er sich vor und fragte ihn respectvoll: »Was ist denn das für eine?« Da sagte der Polizeiherr, während er in den Papieren, die auf dem Tische lagen, herumkramte: »Das ist eine Putzmacherin, die wohnte hier bei ihrem Bruder, einem Schlosser; die soll hier ausgewiesen werden.« Da sahen wir ihn alle beide gross und erstaunt an, und der Mann fragte so sinnig wie ernst: »Ausgewiesen?« Und setzte sogleich scharf und respectwidrig hinzu: »Na, und nun bezahlt sie hier für den die Steuer?« Aber der Polizeiherr antwortete nicht, sondern statt der Antwort stand er hinter dem Tisch und sah keinen mehr an und machte eine Figur, die war verwunderlich anzusehen. Denn er war gross und sah vor sich nieder und hatte krumme Ellbogen gemacht und die Oberarme an sich gezogen und hielt nach beiden Seiten die Hände offen hin, als ob man ihm in jede Hand noch einmal vierzehn Silbergroschen legen sollte, und legte den Kopf erst auf die eine Seite und dann auf die andere und zuckte erst die eine Achsel langsam hoch und dann die andere und verschob den ganzen Oberkörper und hatte die ganze Amtsmiene verloren und machte ein Gesicht, als ob ihn einer zum Lachen zwänge, der ihn heimlich mit einer heissen Zange zwickte, und hatte den Mund geöffnet, als ob er was sagen wollte, sagte aber nichts, als wenn er wohl fremde Sprachen gelernt hätte, aber seine eigene nicht reden könnte.

Ach, du lieber Himmel, wie war mir da zu Mute, als ich das gehört hatte, und war gleich voller Teilnahme und Mitleiden und war ordentlich froh darüber, dass sie wahrscheinlich auch verlegen wäre und dass ich ihr ohne Zweifel irgend wie etwas helfen könnte, und müsste mich unbedingt bedanken und mit ihr sprechen. Da stand ich noch und hatte meinen Pass schon in der Tasche und sah nach der halb offenen Tür, durch die sie gegangen war, und wartete, dass sie zurückkehrte, und mochte ihr nicht nachgehen ins Nebenzimmer und hielt es für das Allerheiligste, wo erst der richtige Macher darin sässe, der das Ausweisen besorgte. Da mochte ich da nicht länger stehen, sondern wollte sie lieber draussen vor der Tür auf der Strasse erwarten und ging hinaus ohne Gruss. Aber ich war zunächst noch selber gar übel daran, weil ich gar kein Geld hatte ausser dem Fahrgeld, und hatte mir gestern Abend alles genau ausgerechnet, was ich heute zu tun hatte. Da musste ich nach meiner Rechnung gleich nach Mittag in Vohwinkel sein, wenn alles an der Arbeit war, da konnte ich hoffen, Bekannte zu treffen, Schachtmeister oder Arbeiter, die mir entweder mit Quartier oder mit ein paar Groschen Geld aushalfen, denn eher konnte ich freilich nichts zu essen kriegen. Aber nun hatte ich wegen der Steuergeschichte schon längst den Zug versäumt, mit dem ich fahren wollte, und hätte jetzt schon in Düsseldorf sein müssen,

und wenn ich den nächsten Zug ebenfalls versäumte, dann war ich ganz und gar verrätzt. Da stand ich nun und wartete und hörte alle Viertelstunden die Uhr auf dem Turm schlagen, und wollte kein Mensch aus der Tür herauskommen, weder der Mann noch das Fräulein; und stand wie auf Kohlen und bedachte jetzt erst, was ich ihr eigentlich helfen wollte. Es konnte sein, dass sie dieselbe Strecke fahren wollte, wie ich, da hätte ich ihr wenigstens die grosse Reisetasche bis nach Düsseldorf auf den Bahnhof tragen können. Aber da hätte sie nun gleich kommen müssen, sonst versäumte ich den Zug; und dann konnte sie mir nur gleich auch was zu essen kaufen, das ging gar nicht anders, und hätte ihr noch mehr Geld gekostet, aber das war mir schliesslich auch einerlei, wenn sie nur gekommen wäre. Aber da hatte ich fünf geschlagene Viertelstunden gewartet, da war das Ausweisen noch nicht getan, da konnte ich keine Viertelstunde mehr zugeben, wenn ich den Zug nicht versäumen wollte, da wartete ich noch eine Weile und dann ging ich über den Platz bis nach der Strassenecke, wo ich die Tür noch sehen konnte, und blieb wieder stehen und wartete; da schlug die Uhr schon wieder, da war kein Besinnen mehr, entweder — oder, da ging ich um die Ecke und eilig aus der Stadt und beging die Strasse nach Düsseldorf. Und bedachte, was das Fräulein wohl von mir denken möchte, weil ich so spurlos verschwunden war, ohne mich zu bedanken, und dass sie sich keine andere Vorstellung von mir machen könnte, als falsche, und fiel mir bald ein Vers ein, den einmal meine Tante vorgelesen hatte aus einem Buche:

Undank ist das grösste Laster

Das sagt immer unser Paster.

Und ich kam in mächtigen Aufruhr mit mir selber und wäre gewiss wieder umgekehrt, wenn ich nur etwas Geld gehabt hätte.

Aber da spürte ich auch mächtigen Hunger, da nahm ich das Fünfgroschenstück in eine Hand, und mit der anderen durchsuchte ich alle meine Taschen, denn es war mir schon vorgekommen, dass ich Geld in der Tasche hatte, wovon ich nichts wusste. Da fand ich wirklich was, aber als ich es besah, da war es ein Zweipfennigstück, dafür konnte ich mir in Düsseldorf nicht einmal ein Brötchen kaufen. Da erhob ich wütend den Arm und schleuderte mit aller Macht die zwei Pfennige seitwärts in den Chausseegraben. Aber im schnellen Gehen hatte ich gegen einen Nummerstein geworfen, da sprang das Geldstück zurück und lag mir vor den Füßen, da schleuderte ich im Gehen gewaltig mit der Fussspitze dagegen und traf gut, das flog im Bogen vor mich hin; ich war aber noch keine zehn Schritte weiter gegangen, da lag das Zweipfennigstück wieder zu meinen Füßen. Da stutzte ich und kam etwas zur Besinnung und bückte mich und hob es wieder auf und steckte es wieder ein. Aber es machte mir wenig aus, und ich war davon nicht satt, und gedachte, wie ich dem Neusser zu Gefallen heute den ganzen Tag hungern müsste, und wie sie den Armen da erst schuldig machen, und nachher kann er gehen oder wird ausgewiesen. Da kam ich nach Oberkassel und an den Rhein und ging über die Schiffbrücke. Da war Gedränge von vielen Leuten, die hinüber gingen und herüber kamen, da sah ich gar nicht auf, sondern bloss immer, wie ich schnell vorwärts kam, um den Zug nicht zu versäumen; da war die Brücke zu Ende und ich kriegte eben etwas Platz, da drängelte mich einer sanft, aber beständig zur Seite, und als ich aufsaß, da war es ein Gendarm, und da stand ich schon vor einer kleinen Bude, die hatte ich gar nicht ge-

griffs *Entwicklung* hinweggegangen werden mag, so wird jeder Zeitabschnitt auf seinen Zusammenhang mit vorangehenden und folgenden zu untersuchen und aus ihm heraus zu begreifen sein. Für die Darstellung der Gegenwart ist nur retrospective Betrachtung möglich; der Versuch, den Gang kommender Entwicklung zu deuten, ist politisch von grosser Wichtigkeit; auf unpolitischem Gebiet gibt er einen wunder-vollen Tummelplatz geistreicher Speculationen ab, die jedoch nichts mit Geschichtsschreibung zu tun haben. So wagt sich jede verständige Darstellung von Special- oder Universalgeschichte nur bis in unverfängliche Nähe der Gegenwart; insofern aber die Specialgeschichte zur Biographie wird, die irgend ein merkwürdiges individuelles Leben in seiner Entwicklung, seinem Tun und in seiner Wechselbeziehung zur Zeit schildert, darf sie eine zeitgenössische werden, wenn sie sich vorsichtig unhistorischer Ausblicke enthält, welche Einwirkung der Persönlichkeit auf kommende Cultur etwa zuzuschreiben sei. Bedeutende Persönlichkeiten erregen stets leidenschaftlichen Hass und leidenschaftliche Bewunderung der Mitlebenden; naturgemäss wird der Biograph immer auf seiten der Bewunderer zu suchen sein, und leicht färben Neigung und Stärke des unmittelbaren Eindrucks das historische Urteil.

So fehlt uns, die wir den künstlerischen Entwicklungsgang Johannes Brahms' ganz oder teilweise miterlebten, wohl der genügende historische Abstand, der zur richtigen kunsthistorischen Wertung einer Persönlichkeit unerlässlich zu sein scheint. Und doch regt selten eine Künstlernatur so nachhaltig zu historischer Betrachtungsweise an, wie die seine; denn der Zusammenhang des Formalen seiner Kunst mit der Kunst früherer Epochen ist ein so starker, dass ohne dessen Kenntnis ein richtiges Verstehen ausgeschlossen erscheint.

Dem unhistorischen Sinn früherer Jahrhunderte ist es zuzuschreiben, dass der Zusammenhang zwischen vergangenen musikalischen Kunstepochen ein recht loser war. Dabei spielt auch die Schwierigkeit der Notenreproduction eine Rolle. So kannte Joh. Seb. Bach nicht die Schöpfungen des XV. und XVI. Jahrhunderts, die eine musikalische Literatur bilden von vielleicht grösserem Reichtum, als die des XVIII. und XIX. Jahrhunderts. So waren in der Blütezeit unserer modernen classischen Musik wiederum Bachs Schöpfungen zum allergrössten Teil verschollen, nur ein wenig seiner Claviercompositionen war Mozart und Beethoven bekannt; wie befruchtend hätte gerade auf Beethoven die Kenntnis der grossen Chor- und Orgelwerke Bachs wirken müssen! Händel war zwar nicht in gänzliche Vergessenheit geraten, aber die richtige Würdigung wurde ihm in einem Zeitalter, dem der historische Sinn in so auffallendem Masse abging, nicht zu teil. Aber auch zu einer Zeit, in der die Werke dieser Meister bekannt und verstanden zu werden anfangen, in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts, in der ihr Einfluss in Schumannscher und in Mendelssohnscher Musik sich zu regen begann, war die Musik der alten Niederländer und Deutschen *terra incognita*; der lebhaftere historische Sinn der neueren Zeit hat erst die Kenntnis dieser Blütezeit und ihrer Kunstmittel erschlossen. Die Musik der damaligen Zeit war im wesentlichen Vocalmusik und zwar polyphone. Man hatte die Kunst entdeckt, zu einer Melodie andere hinzuzuerfinden, die ihren selbständigen Gang gehen und doch so in Beziehung gesetzt sind, dass ihr gleichzeitiges Erklängen harmonisch auffassbar ist. Diese Art von Polyphonie hat mit dem modernen mehrstimmigen Gesang wenig gemein; er ist wesentlich homophon: die Melodie tritt bei ihm als Hauptsache deutlich hervor, die anderen Stimmen dienen nur zur Harmonisierung ohne Anspruch auf selbständige Geltung. Anders bei dem polyphon-contrapunctischen Gesang der niederländischen Schule; bei ihm taucht die Melodie unter in dem polyphonen drei-, vier-, fünf- und sechsstimmigen Gewebe, sie bildet gleichsam die Zelle, aus der sich das Kunstwerk aufbaut; meist trägt der Tenor sie vor, aber an Wichtigkeit sind alle Stimmen gleich. Die Entwicklung der einzelnen Stimmen durch Nachahmung charakteristischer Tongruppen der Hauptmelodie, kanonische Führung, Umkehrung, rhythmische Vergrösserung und Verkleinerung der Tonfolgen, alle diese thematischen Beziehungen gaben dem ganzen Gebilde Einheit,

waren im stande, etwas Organisches zu gestalten. Auf instrumentalem Gebiet ist die Bachsche Fuge der letzte in neuere Zeit hineinragende Ausläufer solcher Kunstübung — denn auch die Bachsche Vocalfuge behandelt die Stimmen instrumental.

Brahms ist der erste Musiker von Bedeutung, der sich wieder dieser Kunstmittel bedient. Nicht archaische Neigungen führen ihn dazu, sondern eine Eigentümlichkeit seiner musikalischen Natur, nämlich die ausgesprochene Fähigkeit polyphoner Erfindung. Es ist schwer zu sagen, ob die thematischen Gebilde eigener Erfindung, auf denen sich Brahmssche Werke aufbauen, schon in sich den Kern ihrer polyphonen Verwendbarkeit tragen, oder ob es uns nur so scheint, weil wir von der Tatsache ihrer reichen contrapunctischen Verarbeitung rückwärts schliessen: denn wir sehen auch, mit welcher Kunst fremde Themen, Choral- und weltliche Volksmelodien bis zum Studentenlied (*Akademische Festouvertüre*) von ihm polyphon gestaltet werden. Es unterscheidet sich seine Art von Polyphonie ganz wesentlich von der seines grossen Zeitgenossen Richard Wagner und dessen Schule. Man kann die Polyphonie Wagners als einen gedanklichen Contrapunct bezeichnen, da entsprechend dem poetisierenden Charakter seiner Musik es meistens nicht Grande musikalischer Entwicklung, sondern poetischer Natur sind, welche thematische Combinationen hervorbringen, deren Elemente durch Beziehung auf bestimmte Personen des musikalischen Dramas oder ihre Affecte eine besondere gedankliche Prägung bekommen haben und deren gleichzeitiges Erklingen durch den poetischen Verlauf in irgend einer Weise motiviert ist. Bei Brahms' Musik, die sich von poetisierender Wirkung beinahe völlig freihält, existiert Polyphonie nur in dem Sinne, dass die einzelnen Stimmen bei selbständiger Bewegung in formal musikalischem Zusammenhang stehen; das ist eben Contrapunct im Sinne der Alten; man prüfe daraufhin den einleitenden Satz der fünfstimmigen Motette (op. 29, Nr. 2) über eine Stelle des 51. Psalms. Sopran und Bass singen die gleiche Melodie, aber mit dem Unterschied, dass die Notenwerte im Bass doppelt so lang sind, wie im Sopran, so dass der Sopran seine Melodie in der gleichen Zeit zweimal vorträgt, in der sie im Bass einmal gesungen wird; somit wird die Melodie wiederum Fundament ihrer eigenen Harmonie. Die Zwischenstimmen sind fast ganz aus Nachahmungen motivischer Melodietheile gebildet, teilweise in verkürzten Notenwerten; der Tenor geht zum Schluss regelrecht kanonisch mit dem Sopran. Gerade dieses Stück, das in seiner Fractur zu den kunstvollsten gehört, macht dabei den Eindruck grosser Einfachheit und warmer Empfindung, die in dieser Motette noch übertroffen wird durch den dreistimmigen Satz *Tröste mich wieder mit deiner Hilfe*; dieser bildet einen strengen Kanon in der Septime zwischen den äusseren Stimmen. Gerade in den geistlichen mehrstimmigen Vocalwerken finden sich derartige contrapunctische Gebilde vielfach: so im Mittelsatz des Begräbnisgesanges (op. 13), dem *Geistlichen Lied* (op. 30), den drei geistlichen Chören (op. 37). Manche von ihnen kann man als Studien auffassen; als Höhepunkt dieser CompositionsGattung müssen aber die Motetten op. 110, insbesondere die achtstimmige *Ich aber bin elend* angesehen werden. Hier sind die acht Stimmen mit souveräner Selbständigkeit behandelt, es kommen in diesem polyphonen Gespinnst harmonische Bildungen zu stande, die sich mit Notwendigkeit aus der Führung der Stimmen ergeben und gerade jenes schmerzvolle Pathos hervorbringen, das den Grundzug dieses Stückes abgibt.

Die Anwendung solcher alten Kunstmittel beschränkt sich bei Brahms jedoch nicht auf Werke religiösen Inhalts, bei denen man vielleicht archaisierende Absicht vermuten könnte; in ihnen ist sie wohl nur am ausgeprägtesten. So sehr ist die alte Technik ihm zu eigen geworden, dass sie auch in freieren Formen sich deutlich nachweisen lässt. Der Einundzwanzigjährige schrieb ein Lied *Liebe und Frühling* (op. 3, Nr. 2), in dem das Spiel der Winde und Rebenranken in den Lüften verglichen wird mit den Gedanken, die tags und nachts frühlingsselig sich um das Bild der Geliebten schmiegen und ranken: da ranken und schmiegen sich auch die begleitenden Stimmen in Nachahmung. Umkehrung und gleichzeitiger Verlängerung umeinander, und ein

sanfter romantischer Schimmer ruht über dem harmonisch so reizvollen Gewebe. In dem tief empfundenen Liede *Mein wundtes Herz* (op. 59, Nr. 7) wird die warme schöne Eingangsmelodie verkürzt von der Mittelstimme aufgenommen, während der Bass kanonisch der Singstimme folgt, die abschliessend das Anfangsmotiv vergrössert in neuer, vertiefter harmonischer Färbung noch einmal bringt. Dem ruhigen klaren Gesang *Wir wandelten, wir zwei zusammen* (op. 96, Nr. 2) hört der Unbefangene wohl kaum die strenge kanonische Führung der Stimmen an. Die Unmittelbarkeit der Wirkung, die unzweifelhaft all diesen beispielsweise angeführten Stücken eigen ist, zeigt, dass die alte Technik von Brahms nicht mühsam erlernt, sondern mit ihm so zusammengewachsen war, dass kein besseres Ausdrucksmittel seiner eigenen Persönlichkeit zu denken ist. Aus Instrumentalsätzen sei hier das Gegen Thema des Einleitungssatzes im Clarinetten trio op. 114 erwähnt, das von Clarinette und Cello als anmutiger Kanon in Gegenbewegung (*in motu contrario*) vorgetragen wird.

Ausser für die Stimmenführung wurde das Zurückgehen auf frühere Musikepochen auch für die Harmonik Brahms' von Bedeutung. Er benutzte wieder die alten sogenannten *Kirchentöne*. Während die neuere Musik nur zwei Tongeschlechter kennt, Dur und Moll, die im tonischen Dreiklang sich durch grosse respective kleine Terz unterscheiden, gab es deren in früherer Zeit eine grosse Zahl. Denkt man sich die C-dur-Scala der Reihe nach mit c, d, e u. s. w. bis h beginnend, so entstehen verschiedene Octavenausschnitte, die nicht durch Transposition in einander übergeführt werden können, da die Reihenfolge von Halb- und Ganztönen bei allen verschieden ist. Das unserem Dur entsprechende Geschlecht mit Halbtonfortschritten zwischen dem 3. und 4., sowie 7. und 8. Scalenton war die alte ionische Kirchentonart, während der äolische Kirchenton in der absteigenden modernen Mollscala enthalten ist. Ausserdem gab es aber noch das dorische, phrygische, lydische und mixolydische Geschlecht, deren Scalen auf den weissen Tasten des Claviers mit d, e, f, g beginnend verlaufen. So entspricht der dorische Kirchenton unserem modernen d-moll, jedoch kommt in ihm die grosse statt der kleinen Sexte (h statt b) und die kleine statt der grossen Septime (c statt cis) vor; demgemäss sind a-moll und G-dur die zur Schlusscadenz zu benutzenden Accorde, und nicht A-dur und g-moll, wie im modernen Stil. So kommt eine Zahl von Accordverbindungen zu stande, die sich aus der harmonischen Natur der alten Octavengattungen mit Notwendigkeit ergeben und jeder Kirchentonart ein ganz bestimmtes und von den anderen unterschiedenes Gepräge verleihen. Wohl gibt es auch in neuerer Musik verschiedene Tonarten; sie sind jedoch nur entstanden durch Transposition der Dur- oder Mollscala und unterscheiden sich in harmonischer Beziehung nicht von einander. Zwar verleiht die moderne temperierte Stimmung auch den verschiedenen Tonarten einen etwas abweichenden Charakter, die Differenz ist jedoch klein gegenüber den Unterschieden, die zwischen den alten Kirchentönen bestehen.

Brahms benutzt mit Vorliebe und offenbar mit Bewusstsein jene alten Tonarten; die dorische und phrygische wird von ihm bevorzugt. Die Lieder *Mei Mueter mag mi net* (op. 7, Nr. 5), *Sehnsucht* (op. 14, Nr. 8), *Ich schell' mein Horn ins Jammertal* (op. 41, Nr. 1), *Vergangen ist mir Glück und Heil* (op. 48, Nr. 6) bewegen sich fast ganz in Klängen alter Harmonik. Welche Bereicherung durch Vermischung moderner Harmonie mit jener mittelalterlichen entsteht, zeigen die vierstimmigen Marienlieder und insbesondere die phrygischen Mittelstimmen im Andante der 4. Symphonie. In dem citierten Liede op. 7, Nr. 5, fällt auf, dass c und cis in a-moll fast als der gleiche Ton behandelt werden; das ist ganz im Sinne des XVI. Jahrhunderts; damals bildeten Moll und Dur eben nicht verschiedene Tongeschlechter, die Erhöhung kleiner Terzen und Sexten erschien früher als vorübergehende Tonschärfung, während heute chromatische Erhöhung und Erniedrigung neue Accordverbindungen bedingen.¹⁾

Mit diesem Bedürfnis, das Princip der Tonalität noch durch Verwertung der alten

¹⁾ Vergl. Ph. Spitta: *Johannes Brahms in den Sechzehn Aufsätzen zur Musik* [Berlin 1862].

Tongeschlechter zu verschärfen, steht Brahms in einem weiteren Gegensatze zu jener Richtung, die man früher unter dem Namen der *neudeutschen Schule* zusammengefasst hat: Wagner, Liszt, Bruckner, Strauss und teilweise Hugo Wolf sind ihre Hauptvertreter. Bei ihr ist das deutliche Bestreben, die Tonalität aufzugeben und in möglichst kühner Modulation ohne Beziehung auf einen einheitlichen Grundton sich zu ergehen; insbesondere wird der chromatische (Halbton-) Schritt, der das Ausweichen in immer neue Tonarten gestattet, ausgiebig bevorzugt.²⁾ Dass es bei Künstlern dieser Richtung noch üblich ist, ein Musikstück in der gleichen Tonart zu schliessen, in der es begonnen wurde, kann nur als ein Rudiment angesehen werden, dem keine organische Bedeutung mehr zukommt, denn der tonale Charakter wird nicht mehr durch die Anfangstonart bestimmt, sondern ändert sich schon meist in den ersten Tacten so stark, dass keine Tonart als eine vorherrschende angesehen werden kann, zu der andere durch ihre nähere oder entferntere Verwandtschaft mit ein Verhältnis gesetzt werden, das ihren Stimmungscharakter im Tonstück begründet. Das Bestreben reicherer Modulation ist in aller modernen Musik vorherrschend, während es aber vielfach auf Kosten des tonalen Charakters befriedigt wird, führt es bei Brahms unter Heranziehung der alten Tongeschlechter zu noch scharferer Accentuierung der Tonalität. Zwar macht auch er den ausgiebigsten Gebrauch von jenen romantisch ahnungsvollen Harmonieen, wie sie durch Schubert und Schumann in die Musik gekommen sind, von jenen frei eingeführten Vorhalten, chromatischen Durchgängen, Wechselnoten und leiterfremden Accordtonen: er hat diese Mittel nicht nur benutzt, sondern wesentlich ausgestaltet und bereichert; aber bei allem harmonischen und modulatorischen Reichtum geht nie die Beziehung auf ein zu Grunde liegendes Tongeschlecht verloren. Im ersten Satz des *Deutschen Requiem's* wird durch 46 Tacte die Grundtonart F-dur unter Berührung nah verwandter Harmonieen, jedoch ohne eigentliche Ausweichung festgehalten. Die mächtige Fuge des 3. Teils steht durchweg auf dem von Bässen, Posaunen und Pauken gehaltenen Orgelpunct d, das *Wiegenlied* baut sich auf dem Grundton Es, das *Minnelied* fast ganz auf C und im Mittelsatz auf G auf; von Instrumentalwerken sei der Durchführungsteil der 3. Violinsonate (op. 108) erwähnt, bei dem sich über dem 46 Tacte hindurch angeschlagenen tiefen A des Claviers gespenstisch die Stimmen auf und ab bewegen. Die Führung des Basses bekommt durch die Verschärfung der tonalen Charakteristik wieder eine besondere Bedeutung. Spitta bemerkt, dass sich eine Reihe von Brahms'schen Liedern in der zu Bachs Zeiten noch üblichen Manier aufschreiben liess: mit Melodie und bezifferter Bass. Daher wird auch die von Brahms mit Vorliebe gepflegte Form der Variation in der Weise ausgebaut, dass der Bass festgehalten wird und über ihm sich ein freies Tonspiel mit gelegentlicher Bezugnahme auf die Melodie entfaltet; so benutzte er wieder die Form des *basso ostinato* (op. 56. Finale). Gerade die durchgehende Behandlung des Basses als *Stimme*, die als solche empfunden werden und daher von jeder unmelodischen Fortschreitung frei bleiben soll, bedingt, dass die Modulation nicht ins Uferlose gehen kann, sondern immer wieder den tonalen Charakter hervorkehrt.

Das XV. und XVI. Jahrhundert ist Blütezeit sowohl des Kunst-, wie des Volksgesanges. Der ganze reiche Schatz an deutschen Volksliedern stammt vornehmlich aus dieser Zeit. Die Freude an Melodik prägte sich im Kunstgesang in der Forderung aus, dass alle Stimmen sich melodisch bewegen sollten. In Brahms, den man als den stärksten Melodiker seit Schubert bezeichnen muss, verkörperte sich somit auch in dieser Beziehung die Renaissance jener Epoche. Nicht die melodische Phrase, das

²⁾ Wie auch hier die Schüler den Meister übermeistern, zeigt folgende merkwürdige Stelle in Richard Wagners Schriften: »Ich habe noch keinen jüngeren Componisten kennen gelernt, der nicht von allen Dingen von mir Sanction von *Kühnheiten* zu erlangen gedachte. Hiergegen musste es mir natürlich auffällig werden, dass die vorsichtige Anlage in betreff der Modulation und Instrumentation, deren ich mich bei meinen Arbeiten mit zunehmender Aufmerksamkeit beileissigte, gar keine Beachtung gefunden hat.« (*Gesammelte Schriften*, 2. Ausg. [Leipzig 1887-1888], X. Bd., pag. 180.)

Motiv, sondern die weit ausgespinnene, deutlich gegliederte Melodie ist Grundlage seiner vocalen wie instrumentalen Werke. Nicht immer darf man von ihm melodische Gefälligkeit erwarten, wie sie seiner an herben Seiten reichen Natur weniger entspricht, am wenigsten ausdruckslose Gefälligkeit, denn gerade die Melodie ist bei ihm wesentlich Träger der Stimmung: die begleitenden Stimmen illustrieren nur, sie geben den Untergrund ab, auf dem sich das melodische Gebilde abhebt. Dieses Verhältnis macht einen guten Teil der Eigenart Brahms'scher Musik aus. Oft werden die Melodien durch Zerlegung tonischer Dreiklänge gebildet, wie in den ersten Sätzen der 2. und 3. Symphonie, den ersten beiden Sätzen des Violinconcerts, dem Trio des 1. Streichquartetts. Alle drei Hauptthemen des ersten Satzes von op. 114 (Clarinettentrio) beginnen mit zerlegten Dreiklängen. Gern wird jeder Ton als Bestandteil eines selbständigen tonischen Dreiklangs aufgefasst: im *Altdutschen Lied* (op. 43), in den *Clavierballaden* (op. 10, Nr. 3, Mittelsatz); die Benutzung grosser Intervalle im melodischen Schritt verleiht häufig jenen Zug von Grösse und Pathos; man denke an die schönen Septimen im zweiten Hauptthema des c-moll-Trios und das Anfangsthema der F-dur-Symphonie. — Man weiss, dass Beethoven in seinen Instrumentalwerken das kurze rhythmische Motiv bevorzugte. Seine c-moll-Symphonie, die Streichquartette op. 18, Nr. 1, 5, 6, op. 59, op. 132, sowie eine grosse Zahl der Clavier-sonaten, in denen das Thema nur ein bis zwei Tacte lang ist, sind Beispiele hierfür. Auf solch kurzen Motiven baut sich bei Brahms selten ein Instrumentalsatz auf, meist sind es eben lang ausgespinnene melodische Gebilde. Beim H-dur-Trio (op. 8) strömt in breitem Fluss das edle warme melodische Anfangsthema 42 Tacte hindurch! Ähnlich breit dehnt sich die Anfangsmelodie des B-dur-Sextetts (op. 18) und — um neben diesen Werken der Jugend ein späteres zu nennen — das Hauptthema des F-dur-Quintetts (op. 88) aus. Gern werden drei- und fünftactige Perioden gebildet, das Haydn'sche Thema, das für die Orchestervariationen (op. 56) gewählt wurde, verdankt seine Anziehungskraft für Brahms offenbar seinem fünftactigen Periodenbau.

Die starke melodische Erfindungskraft war es, die Brahms im Ausbau des Liedes andere Wege einschlagen liess, als sie Schumann gewiesen hatte. Bei Schumann beginnt in den für ihn charakteristischen Liedern nach Spittas treffendem Ausdruck die Stimme »wie aus Träumen in das instrumentale Weben der Begleitung hineinzuklingen«. Das melodische Element ist in der Auflösung begriffen, der Stimmungsgehalt des Gedichtes tönt bei ihm aus dem »zauberischen Gespinnst und Geranke« des Claviersatzes, zu dem die menschliche Stimme wie ein Instrument und nicht immer als obligates hinzutritt. Eine weitere Verschärfung dieser Richtung tritt bei Hugo Wolf ein. Seine Lieder sind grösstenteils eigentlich Lieder ohne Worte, deren melodische Linien ganz in der Begleitung verlaufen; der Gesang tritt unter sorgsamster Beachtung des declamatorischen, mehr noch des grammatikalischen Rhythmus, der dem musikalischen durchaus übergeordnet wird, nur wie eine Füllstimme hinzu. Die rhythmische Ausgestaltung der begleitenden Stimmen, die eigentlich Hauptstimmen sind, geht Wege, die vom poetischen Rhythmus ganz unabhängig sind. Teilweise entstehen so Gebilde von ausserordentlichem Reiz, besonders da, wo das Gedicht eine solche Gruppierung rechtfertigt: ich denke insbesondere an das prächtige *Ständchen* im Wolfschen Eichendorff-Cyklus. Aber im allgemeinen wirkt es doch wenig erfreulich, die menschliche Stimme ihrer schönsten Betätigung, des freien melodischen Herausragens beraubt und zum Sprechgesang verurteilt zu sehen. — Ganz andere Wege schlägt Brahms ein. Trotz reich entwickelter Clavierbegleitung ist der Gesang stets melodisch führend, die Begleitung illustrierend. Der poetische Rhythmus ist bestimmend für die Melodiebildung und somit für den Periodenbau des ganzen Liedes: das Gedicht wird nicht in seine einzelnen grammatikalischen Perioden zerlegt, wie bei Wolf, sondern der strophische Rhythmus klingt im musikalischen wieder. Das tritt in vollendeter Weise in den Gedichten antiken Metrums hervor (*Die Maimacht* (op. 43, Nr. 2), *An die Nachtigall* (op. 46, Nr. 4), *Der Abend* (op. 64, Nr. 2), *Sapphische Ode* (op. 94, Nr. 4)), die wahre Meisterwerke musikalischer Declamation

sind und melodische Perioden von besonderer Eigenart aufweisen. — Zwei Liedgattungen können wir bei Brahms unterscheiden, das einfache Strophenlied und den erweiterten symphonischen Gesang, wie er durch die *Magelone*-Romanzen, die *Alt Rhapsodie*, die *Ernsten Gesänge* vertreten ist; arienartige Gesänge von reicher Entwicklung finden sich im *Rinaldo*; dramatische Szenen fehlen vollständig, auch das Recitativ ist verbannt. Wohl aber macht sich Brahms die Fähigkeit der Musik, Naturlaute und Naturstimmen nachzuahmen, gern zu nutze. Man erinnere sich der bewegten Begleitungsfiguren in *Treue Liebe* (op. 7, Nr. 1), welche die murrend aufschlagenden, dann sich höher auftürmenden Meereswogen andeuten, der von ferne klingenden Waldhörner in dem Lied *Parole* (op. 7, Nr. 2), der schaukelnden Bewegung in *Auf dem See* (op. 59, Nr. 2), der Regentropfen in den beiden *Regenliedern* (op. 59, Nr. 3 und 4) und *Während des Regens* (op. 58, Nr. 2), des Flugschlags der Tauben (op. 63, Nr. 4), des quellenden Tons der Nachtigall (op. 97, Nr. 1), des Pferdegetrappels in *Lady Judith* (op. 97, Nr. 3). Aber in allen diesen Gesängen sind lyrische Stimmung und Tonmalerei so ins Verhältnis gesetzt, dass letztere nur den farbigen Untergrund abgibt, auf dem sich die seelischen Vorgänge abspielen, das fühlende Ich steht immer im Vordergrund. — Einen breiten Raum nimmt der volksliedartige Gesang ein, vielfach werden alte Volkslieder bearbeitet: 14 Volkskinderlieder, zwei Hefte vierstimmiger und sieben Hefte mit 49 einstimmigen alten Volksliedern hat Brahms herausgegeben; gross ist auch die Zahl der eigenen, dem Volkslied nahestehenden Gesänge.³⁾ Interessant ist der Vergleich der Brahms'schen und Wolf'schen Compositionen des Mörikeschen volksliedartigen Gedichtes *Agnes*. Bei Wolf ein überzarter, weich in gleichförmigen Vierteltönen harmonisch fast verflössender, klagender, nervöser Gesang, bei Brahms starke Betonung des Volksmässigen in scharfer eigenartiger Rhythmisierung ($\frac{2}{4} + \frac{2}{4} + \frac{2}{4}$), wie sie im altdeutschen Volkslied vielfach üblich war, die klagende Melodie in ausgeprägter, fast von Ton zu Ton wechselnder, einfacher Harmonisierung.

Die Benutzung combinierter Rhythmen, die aus einem ungeraden und einem geraden Metrum zusammengesetzt sind, hat Brahms wiederum aus alter Kunst in den modernen Stil hinübergenommen. Ausser in dem erwähnten Lied finden sich solche Tactgattungen in dem Variationenwerk op. 13, dessen Thema im Rhythmus $\frac{3}{4} + \frac{1}{4}$ steht, im zweiten Satz des c-moll-Trios ($\frac{3}{4} + \frac{2}{4}$), im Liede *Das Mädchen* (op. 93a, Nr. 2) ($\frac{2}{4} + \frac{1}{4}$). Von besonderer Wirkung ist die Ausweitung des Tactes in der Cadenz, die in alter Musik oft benutzte Hemiole: die Tonreihe wird um den Wert eines oder zweier Tactglieder verschoben, fährt aber fort, ihren Verlauf nach dem allgemeinen Tactmasse zu regeln. Dieses Kunstmittel hat eine wunderbare retardierende Wirkung besonders am Schluss des Chorliedes *Der Falke* (op. 93a, Nr. 5) und in der *Sapphischen Ode*. — Die gleichartige Benutzung verschiedenen Metrums ist bei Brahms ausserordentlich häufig; sie bildet die Hauptschwierigkeit bei Auffassung seiner Musik. Im Liede *Es weht um mich Narcissenduft* (op. 63, Nr. 1) geht die Singstimme im $\frac{3}{4}$ Tact, die rechte Hand im $\frac{3}{2}$, die linke im $\frac{1}{4}$ Tact, der aber um $\frac{2}{4}$ gegen die Singstimme verschoben ist. In der F-dur-Symphonie contrastieren das erste Thema im $\frac{3}{4}$ Tact und seine Gegenstimme im $\frac{3}{2}$ Tact fast durch den ganzen ersten Satz.

II

Von der Oper abgesehen, hat Brahms sich in allen nur denkbaren musikalischen Formen betätigt. Es sind zu nennen: Kammermusikwerke für einzelne und mehrere Instrumente, Concerte für Clavier, Violine, ja sogar in Wiedererweckung des *concerto grosso* ein Doppelconcert für Violine und Violoncello, Serenaden, Symphonieen, Ouverturen, Variationenwerke für Orchester, für Clavier, a capella-Gesänge für vier

³⁾ In der Sammlung *Brahms-Texle*, herausgegeben von Dr. G. Ophüls (Berlin 1898), nehmen die Volksliedertexte circa 200 Seiten des 481 Seiten starken Bandes ein.

bis acht Stimmen, grosse Chorwerke weltlichen und geistlichen Inhalts, Orgelwerke, Gesänge für eine, zwei und vier Stimmen mit Clavierbegleitung, Tänze, Studien u. s. f. Seine Ausdrucksfähigkeit war an keine dieser Gattungen vorzugsweise gebunden; in jeder prägt sich ein wesentliches Stück seiner Eigenart aus. Man kann weiter gehen und sagen, dass nichts, was er geschaffen hat, ohne Bedeutung ist, wenn man auch wohl selbstverständlich zugeben muss, dass absoluter Wert und Neigungswert von Werk zu Werk variiert. Er ist vielleicht von allen grossen Meistern am kritischsten gegen sich selbst vorgegangen, gern sprach er von der Läuterung durch das Feuer, dem die Elaborate schwächerer Inspiration zu übergeben seien. Wir wissen, dass die als erste erschienene Violinsonate seine vierte ist; drei frühere hat er vernichtet. Frühere Kammermusikwerke, die noch Schumann kannte, wurden nicht des Drucks für würdig befunden, aus seiner besten Zeit weiss man von einer grösseren Zahl von Liedern, die nicht erschienen sind. Nach seinem Tode fand man nur ein vollständig abgeschlossenes Werk, die Choralvorspiele für Orgel: alle Entwürfe, Skizzen hatte er sorgsam vernichtet, darunter wahrscheinlich eine fünfte Symphonie, die Brahms Clara Schumann kurz vor ihrem Tode /1896/ vorgespielt haben soll. Man muss den unhistorischen Sinn, den er gegen sich selbst bewiesen hat, bedauern: wie verlockend wäre es gewesen, in seine Werkstatt hineinzusehen!

Dass Brahms keine Oper geschrieben hat, lässt sich aus verschiedenen Gründen verstehen. Einmal lag ihm dramatische Musik fern; nur eine Annäherung an die Oper findet sich im *Rinaldo*. Es ist aber ein wesentlicher Unterschied, ob die Musik Vorstellungen und Empfindungen, die vom Dichter erregt sind, eine tiefere Resonanz gibt und Andeutungen dieser Affecte mit ihren Mitteln weiter ausführt, oder ob sie nur den Eindruck eines dramatischen Geschehens, irgend einer sichtbaren Erscheinung unterstützen will. Dieser Unterschied muss an der jeweiligen Beschaffenheit der Musik merkbar sein.⁴⁾ Brahms hat Musik der zweiten Gattung überhaupt nicht geschaffen, ihm ist stets die reine Musik das wesentlichste Ausdrucksmittel geblieben. Daher ist seine Musik — von winzigen Ausnahmen abgesehen — auch frei von poetisierenden Elementen. Jenes Grenzgebiet von Musik und Poesie, in dem Musik in ihrer formalen Entwicklung nicht ihren eigenen Gesetzen folgt, sondern sich nur einer unterlegten gedanklichen Vorstellungsreihe anzuschmiegen sucht, wie es in der *symphonischen Dichtung* erstrebt wird, hat Brahms nie beschritten. Die wenigen Stellen, die man hier vielleicht vorhalten könnte, beschränken sich darauf, dass ein poetisches Motto, wie zum Beispiel im langsamen Satz der Claviersonate op. 1 an die Spitze gesetzt wird, das wohl beim Componisten die Grundstimmung des ganzen Satzes ausgelöst hat: der Aufbau verläuft jedoch ganz in den Formen reiner Musik. Man ist vielleicht berechtigt, noch einen weiteren Grund dafür anzuführen, dass Brahms sich nicht zu einer Oper entschlossen hat. Man kann nämlich bei der Formenstrenge Brahms' mit grosser Wahrscheinlichkeit annehmen, dass er wieder dazu zurückgekehrt wäre, seine Oper mit einzelnen musikalisch abgeschlossenen Formen (Arie, Duett u. s. f.) auszustatten, wie sie die Mozartschen Opern, *Fidelio*, *Freischütz* aufweisen. Die Opernbühne wurde jedoch schon damals von Richard Wagner beherrscht, der bekanntlich die Benutzung dieser Formen in der Oper lebhaft bekämpfte und das seiner Eigenart entsprechende *musikalische Drama* geschaffen hatte. Hätte Brahms wieder eine Oper im alten Stile geschrieben, so wäre eine musikliterarische Fehde von ungeahnten Dimensionen entbrannt. Für Brahms, der als Antipode Wagners zum grossen Teil wohl wider seinen Willen in einen literarischen Kampf mit hineingezogen wurde, in den er sich nur einmal⁵⁾ notgedrungen öffentlich geäussert hat, mag wohl die Scheu vor solchen Fehden mitbestimmend gewesen sein, von der Composition einer Oper schliesslich abzusehen, um so mehr, als bei ihm kein starker Drang dazu vorlag.

⁴⁾ Vergl. Ph. Spitta: *Zur Musikgeschichte* [Berlin 1894] im Aufsatz über Karl Loewe.

⁵⁾ Vergl. *Echo*, 1860, pag. 142, sowie H. Reimann: *Johannes Brahms* [Berlin 1897], pag. 96, Note 48.

Es ist schon betont worden, dass die Benutzung alter Kunstmittel bei Brahms nicht als Epigonentum aufzufassen ist. Der Epigone benutzt alte Formen, ohne neuen und persönlichen Inhalt in sie zu legen: die musikalische Physiognomie Brahms ist aber eine so scharf ausgeprägte, dass jeder Musiker an ein paar irgendwo aus unbekannteren Werken herausgerissenen Tacten den Componisten erkennen wird. Um aber zu beurteilen, wie durch ihn das Geföhi für musikalische Formenstrenge in uns gestärkt worden ist, muss man seine Jugendwerke, in denen uns jetzt manche Willkürlichkeiten auffallen, mit zeitgenössischen vergleichen (Schumann, Gade), denen gegenüber sie von musterhafter Formgebung sind. Brahms hat uns eben, wie Spitta betonte, durch seine späteren Werke selbst an einen höheren Grad formeller Geschlossenheit gewöhnt; nur wenn man an ihnen seine früheren misst, erscheinen sie in formeller Beziehung unvollkommen. — Wenn nun alte Formen bei ihm vorherrschen, so offenbart doch genaueres Hinssehen, dass sie vielfach ein neues Gesicht bekommen haben; Brahms zeigte, dass die alten Kunstformen nicht an den Inhalt gebunden sind, dass sie weit genug sind; um auch modernes Empfinden auszudrücken. Sie erblühten durch ihn zu wirklich neuem Leben. So hat die Form des Concerts, die Brahms mit gewissen Erweiterungen von Mozart und Beethoven übernahm, durch ihn einen ganz neuen Inhalt bekommen. Das Concert sollte dem concertierenden Spieler Gelegenheit geben, seine Virtuosität und gleichzeitig das concertierende Instrument in seinen specifischen Vorzügen zu zeigen. Diese Grundidee ist bei den Brahms'schen Concerten durchaus innegehalten und zwar so sehr, dass sich in seinem Violinconcert eine Stelle findet, in der der Geiger eine — der Idee nach — selbstcomponierte Cadenz einzufügen hat; Brahms hat keine Cadenz geschrieben, sondern nur die Stelle durch eine Fermate markiert: hier soll der Spieler noch einmal die Themen in freier Phantasie und mit seiner Individualität und Auffassung des Instruments angepasstem Passagenwerk umrankt vorführen. Die Grundstimmung des Concerts war bei den älteren Meistern stets die eines freudigen und festlichen Spieles; nur als Schattierungen waren erstere Episoden gebräuchlich. Dagegen vergleiche man das düstere pathetische d-moll-Concert (op. 15), in dem wie im Sturm alle Erregungen von wilder kraftvoller Leidenschaft bis zur resignierten Klage aufgewühlt werden; da ist eben der reiche Inhalt der Symphonie in der Form des Concerts gegeben, und diese Umdeutung ist eine Bereicherung für die Kunst. Sämtliche Brahms'schen Concerte, vier an der Zahl, sind symphonischen Inhalts; man wird zugeben, dass damit der Idee eines Concerts nicht Gewalt angetan wird, sondern dass auf diese Weise sich das concertierende Instrument in noch grösserer Vielseitigkeit zeigen kann. Der letzte Satz des d-moll-Concerts ist der Form nach ein Rondo. In alter Kunst ist Rondo ein Stück heiteren und gemächlichen Inhalts, das einen gewissen pointierten Vortrag verlangt; dagegen ist das Rondo im d-moll-Concert ein Stück voll kräftigen und trotzigen Wuchses, in dem die weicheren Stellen nur episodenhaft auftreten und mehr den Sinn haben, die energische Grundstimmung durch den Gegensatz hervorzuheben. Die schönste Umdeutung des Rondos bietet aber der letzte Satz der Violinsonate in G, ein Klagegesang von unbeschreiblicher Zartheit und Wehmut, über den ein Glanz von Schönheit ausgegossen ist, der sich in der Coda zu wundersamer Innigkeit der Empfindung steigert. Die Coda der Sonatensätze bekommt überhaupt bei Brahms eine neue Bedeutung: sie ist auch formal reicher entwickelt, als früher; die Hauptthemen treten noch einmal in ganz neuem Glanz, meist in überreicher harmonischer Gewandung auf; man ist erstaunt, dass diesen durch den ganzen Satz ausführlich entwickelten Gebilden noch so viel gesteigerter Ausdruck abgewonnen werden kann, wie im Schluss des ersten Satzes des Violinconcerts, der F-dur-Symphonie, der ersten Violinsonate in G, des ersten Satzes der D-dur-Symphonie. — Auch den Scherzi seiner Kammermusikwerke, besonders den in Moll stehenden, ist eine ernste Grazie eigen, die zum erstenmal sich in diesen Formen offenbart.

Es ist gesagt worden, dass sich in Brahmsscher Musik der ganze Reichtum moderner Empfindung spiegelt. Fragt man aber, worin das Specificische modernen Empfindens besteht, so findet man die Schwierigkeit der Beantwortung darin, dass es in der Musik nicht auf das Object ankommt, das ein Gefühl auslöst, sondern nur auf die Stimmung der Seele, die nichts von dem Gegenstand des Bewusstseins aussagt. Wir können also nicht etwa moderne Vorstellungen zum Nachweis moderner Empfindungen in der Musik heranziehen. Die Grundelemente alles Gefühls, Lust und Unlust, sind auch im Gebiet des Ästhetischen die gleichen zu allen Zeiten; nur stellen sich mit der culturellen Entwicklung complicirtere Mischungen dieser Empfindungen ein, für die die fortschreitende Kunst präcisere Ausdrucksmittel findet. Insofern immer differenzirtere Nuancen mit Deutlichkeit auftreten, kann man von dem grösseren Reichtum modernen Empfindens sprechen. Ferner ändert sich mit der Zeit die Schnelligkeit des Gefühlsverlaufs; wie das schnellere Functioniren der Verstandestätigkeit dem uncultivirteren Menschen gegenüber den cultivirten charakterisirt, so vollzieht sich auch bei diesem die Bewegung, der Ablauf des Gefühls schneller. Ältere Kunst erscheint uns veraltet, insofern wir in ihr eine grössere Simplicität der Stimmung und eine Langsamkeit des Stimmungsverlaufs finden, die wir als Redseligkeit bezeichnen können. Die stereotypen, ausgedehnten Schlusscadenzen in vielen Haydn'schen und manchen Mozart'schen Kammermusikwerken fallen in diese Rubrik. In dem angedeuteten Sinne ist Brahmssche Musik eminent modern; in der Schnelligkeit der Modulation — wenn auch auf tonaler Grundlage —, in der reichen Polyphonie, in der Vielseitigkeit der Rhythmik, der Ausdrucksfähigkeit ihrer Harmonik kommen neben anderem, wichtigerem auch diese modernen Elemente zu ihrem Recht. Die Eigenschaft der Modernität hat aber höchstens einen gewissen Reiz, ästhetisch kommt sie als solche nicht in Betracht. Es sind andere Gesichtspuncte, nach denen sich die ästhetische Qualität eines Stimmungsverlaufs bestimmt. Denn nicht jede Stimmung ist mit gleicher Berechtigung zum Gegenstand ästhetischer Darstellung qualificirt; sie muss im stande sein, im auffassenden Individuum an der Schwelle von Gefühl und Bewusstsein ein Weltbild von Grösse gleichsam ahnen zu lassen, dann erst ist sie im Reich des Schönen heimatberechtigt. In diesem Sinne darf man wohl sagen, dass in der Kunst nicht die Stimmung, sondern die Schönheit der Stimmung Gegenstand und Forderung ist. Von Brahms ist dann auszusagen, dass er nicht modernes Empfinden, sondern die Schönheit modernen Empfindens musikalisch gestaltet hat: nie ist die peinlich genaue Wiedergabe irgend eines Gefühlsverlaufs seine Aufgabe, ganz im Gegensatz zu zeitgenössischen Künstlern; von seiner Psyche empfunden und zurückgestrahlt, verklärt durch die Grundfärbung seiner Persönlichkeit, wird daraus ein Kunstwerk. Diese Grundfärbung, die mit dem ganzen Lebensgehalt erfüllte Grundstimmung des Künstlers entscheidet über Wert und Unwert des Geschaffenen. Nicht jede, noch so persönliche Grundfärbung zaubert Schönheit hervor; nur wenn sie einem bedeutenden Lebensgehalte entspringt.

Wenn Brahms grosse Formen benutzt, so ist es auch Grosses, was er zu sagen hat. So sind es ernste und mächtige Empfindungen, die aus seinem Requiem, dem *Schicksalslied*, *Triumphlied*, *Parzenlied*, den Hauptsätzen der Symphonieer zu uns sprechen; sie tönen hervor aus jenen letzten *Ernstes Gesängen*, die vom Tod und der Liebe des Ewigen in der gewaltigen Sprache der Propheten reden. Die Leidenschaft wächst im f-moll-Quintett (op. 34), im ersten Satz des c-moll-Quartetts (op. 60), im *Edward* (op. 75, Nr. 1), im d-moll-Concert zu übermächtiger Höhe an, aber sie ist kraftvoll und markig bis zur Herbigkeit und bei aller Stärke doch nicht im stande, die musikalische Form zu zerbrechen; es ist gleichsam ein Symbol dafür, dass der Künstler die Leidenschaft beherrscht und nicht die Leidenschaft den Künstler; der Hörer wird arg mitgenommen, aber wenn auch im Innersten erschüttert, so doch nicht erdrückt, sondern erhoben. Das Pathos Brahms' ist von Theatralik vollständig frei, es ist nicht

dargestelltes Pathos, sondern ein Pathos der Darstellung. Er ist wohl seit Beethoven der männlichste Künstler gewesen, was sich auch äusserlich dadurch documentiert, dass bei weitem die Mehrzahl seiner Lieder einen männlichen Interpreten erfordert; und diese männliche Kraft seiner Seele ist es, die man durch alle Zartheit des Ausdrucks hindurchfühlt, wie sie überreich in seinen Werken sich findet; die beiden ersten Violinsonaten, das Horntrio, die Clarinettensonate in Es, die Lieder *Komm' bald* (op. 97), *Immer leiser wird mein Schlummer* (op. 105) mögen als Beispiele angeführt werden. So kommt es, dass seine Zartheit nie zur Weichlichkeit wird. Alle Stimmungen, die Brahms ausdrückt, fliessen eben aus einer frischen, gesunden Seele. Alle jene Stimmungen, die auch nur einen Hauch psychischer Degeneration an sich tragen, sind ihm fremd; seine Kunst ist gänzlich unnervös trotz intimster Feinfühligkeit; daher findet sich bei ihm nie jene Schwüle der Stimmung, wie sie in moderner Kunst bevorzugt wird. Nicht zum mindesten ist es die Einfachheit des Ausdrucks und der angewendeten Mittel, die den Eindruck von Grösse und Gesundheit hervorrufen; der melodische Ausdruck ist von wunderbarer Schlichtheit und Präcision, jeder Ton hat seine Bedeutung, nichts kann als Phrase, als Gemeinplatz aufgefasst werden. In Orchesterwerken wird mit grosser Ökonomie bei Benutzung der Blechinstrumente verfahren: ihre Accorde werden möglichst in weiter Lage gebracht, Posaunen, Hörner, Trompeten werden lieber gruppenweise, so dass ihre Klangindividualität zur Geltung kommt, verwendet, anstatt sie in lärmender Massenwirkung zu benutzen. Nie werden die Instrumente zu Füllstimmen degradiert, billige Verdoppelungen erscheinen mit höchster Sparsamkeit, jedes Instrument führt ein Eigenleben im polyphonen Gewebe. Brahms zeigte wieder den Reiz der einzelnen Klangfarbe gegenüber dem der gemischten Orchesterfarben: wenn das Horn hervortritt, so liegt ein Schimmer zarter Wehmut und schwärmerischer Sehnsucht ausgegossen, wie in der Einleitung zum Finale der ersten Symphonie, in der Überleitung zur Coda des ersten Satzes der zweiten Symphonie; an Stellen quellendster Melodik herrschen die warmen gesättigten Töne der Clarinette über die übrigen Instrumente. Man denke an den zweiten Satz der F-dur-Symphonie und besonders an das Clarinettenquintett. — Neben den Werken grössten Pathos steht ein ganzer Kranz von solchen, in denen die Empfindungen auf einen freundlich heiteren Grundton abgestimmt sind; hier waltet oft eine eigene wehmütige und liebenswürdige Grazie, wie in den Scherzi der Symphonieen und vieler Kammermusikwerke; in diese Gattung fallen auch die zärtlichen, in Melodie getauchten *Liebeswalzer*, das *Wechsellied zum Tanze*, *Neckereien*, *Das vergebliche Ständchen*, die verliebten Lieder aus op. 58 und andere mehr; ein anmutiger Tanzschritt zieht sich durch die meisten dieser Weisen. Festliche Fröhlichkeit atmet der Hymnus des C-dur-Satzes der ersten Symphonie. Selten ist derbere Fröhlichkeit, wie sie in der *Akademischen Festouvertüre*, im Liede *Unüberwindlich* (op. 72, Nr. 5) zum Ausdruck kommt, bacchantische Lust ist Brahms fremd. Denn bei aller Leidenschaft in Freude und Schmerz ist Brahms eine Zurückhaltung eigen, die wie eine edle Scheu des Künstlers erscheint, den letzten Rest der Seele zu enthüllen. Während man meist vom Künstler verlangt, dass er sich ganz frei in seinen Werken auslebe und restlos mitteile, sieht man, dass bei Brahms diese Forderung nicht notwendig, nicht berechtigt ist; denn gerade dieses Ahnenlassen letzter Empfindung scheint den Adel der Persönlichkeit auszumachen, den wir als das Höchste an Brahms verehren! Und in jener letzten Empfindung scheint ein Schimmer von Wehmut, von Resignation zu liegen, der gleichsam die Grundfarbe im Weltbild des Künstlers gewesen sein muss.

Es wäre ein gewagtes Unternehmen, angeben zu wollen, durch welche technischen Mittel dem Künstler unbewusst solche Eindrücke der Persönlichkeit ausgelöst werden. Hier liegen Imponderabilien vor, die sich jeder Darstellung zu entziehen scheinen.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Auf die grosse Bankenvereinigung Dresden-Schaaffhausen ist eine zwar kleinere, aber immerhin bedeutsame Fusion in der ELEKTRICITÄTSINDUSTRIE gefolgt. Ende November beschloss auf Antrag des Vorstandes der Aufsichtsrat der Berliner *Elektrischen Licht und Kraftanlagen Actiengesellschaft*, das rivalisierende rheinische Unternehmen, nämlich die *Actiengesellschaft für Elektrizitätsanlagen* in Cöln, einfach auszukufen. Vor allem Rivalitäten bei Tochtergründungen in Petersburg sollen dem Berliner Unternehmen, einem Bundesgenossen und Vasallen der Siemens-Schuckert-Gruppe, das Vorgehen nahegelegt haben. Die noch immer kränkelnde, früher zeitweise sogar bedenklich kranke Cölner Gesellschaft scheint die ausgestreckte Hand mit Freuden ergriffen zu haben; die zustimmenden Erklärungen der Aufsichtsräte lagen der Berliner Conferenz bereits vor.

Dieser Erfolg der einen Wettbewerbsgruppe hat auf der Gegenseite, wie zu erwarten, ein entsprechendes Wettrüsten wachgerufen. Seit Anfang December war bereits die Börse davon unterrichtet, dass sich die enge Verbindung zwischen der grossen *Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft* und der *Union* zu einem vollständigen Ineinanderaufgehen fortbilden werde. Ein endgiltiges Ergebnis liegt noch nicht vor.

× ×
Geradezu überraschend ist das EXPANSIONSTREBEN DER DRESDENER BANK. Kaum hatte man erfahren, dass sie die neue Million Mark Actien der *Oberschlesischen Bank* in Beuthen als dauernden Besitzanteil übernehmen werde, so wurde weiter die engere Angliederung, gleichfalls durch Actienwerb, des Bankhauses von Speyer & Co. in Basel bekannt. Weiter hat der *Schaaffhausensche Bankverein* die Cölner Bankfirma *A. L. Camphausen* erworben. Die Interessengemeinschaft Dresdens mit Schaaffhausen wurde sowohl in Dresden wie in Cöln am 10. December von den Generalversammlungen gebilligt. »Die Vereinbarung«, heisst es in dem Dresdener Bericht an die Actionäre, »soll vom 1. Januar 1904 auf

die Dauer von 30 Jahren gelten und eine Interessengemeinschaft dergestalt herbeiführen, dass jede der beiden Gesellschaften nach aussen hin ihre volle Selbständigkeit bewahrt. Die Zusammenlegung der Jahresreingewinne soll mit der Massgabe erfolgen, dass zunächst jede Gesellschaft eine Gewinn- und Verlustrechnung ohne Berücksichtigung des Gemeinschaftsverhältnisses aufmacht, als ob dasselbe nicht existierte. Von dem Bruttogewinne sind nach Abzug sämtlicher Unkosten und nach Vornahme derjenigen Abschreibungen und Rücklagen, welche nach den gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen für notwendig zu erachten sind, die unter obiger Voraussetzung rechnungsmässig festgestellten Tantiemen der Vorstandsmitglieder, Filialdirectoren und Beamten, die in gleicher Weise rechnungsmässig ermittelte Tantieme des Aufsichtsrates, die den Beamten zuzubilligenden Gratificationen und angemessene Abschreibungen von den Bankgebäuden abzusetzen. Die danach verbleibenden Reingewinne des Jahres gehen in die gemeinschaftliche Masse und werden unter die beiden Gesellschaften verteilt.«

× ×
Über die Verwirklichung des geplanten STAHLWERKEVERBANDES ist man dagegen nach wie vor im unklaren. Frühere Meldungen liessen den Gedanken wegen der im Wege stehenden Schwierigkeiten schon als völlig hoffnungslos erscheinen. Neuerdings klingen die Meldungen wieder etwas zuversichtlicher: die Differenzen Rheinland-Westfalens mit der süddeutschen Gruppe seien im wesentlichen geüben. Dagegen scheint man in Schlesien an dem Standpunct festzuhalten, dass man ein geringeres Interesse an dem Verband habe, weil man vorwiegend Stabeisen, Bleche, Drahte, Nägel und ähnliches produciere, nicht aber die für den Verband in erster Reihe stehenden Erzeugnisse, wie Eisenbahnmateriale, Halbzeug, Träger — und dass man andererseits in der vorgesehenen Beteiligungsquote viel zu sehr zurückgedrängt sei. Vielleicht sind das alles nur Kriegsdrohungen, um den Friedensschluss günstiger zu gestalten, ähnlich wie seinerzeit beim Kohlensyndikat.

×

×

Das KOHLENSYNDIKAT hat sich unterdes noch mehr ausgeweitet. Vom 1. Januar 1904 ab übernimmt es auch den Verkauf der von seinen Mitgliedern hergestellten Coaks- und Briketmengen. Viel wichtiger jedoch ist die Machtausdehnung des Syndikats nach der Seite des Kohlenhandels selber. Der Grosshandel, herab bis zu einem Bezug von 50 000 t Kohlen, soll zu einheitlicher Preisregelung zusammengefasst werden, vor allem für die vielumstrittenen Absatzgebiete Süddeutschlands, Elsass-Lothringens, der Schweiz und einiger Teile Frankreichs. Die Preisdifferenzierung für Inland und Ausland wird dabei wahrscheinlich noch mehr in ein System gebracht werden. — Für die Zeit vom 1. April 1904 bis 30. April 1905 hat übrigens das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat die Richtpreise des laufenden Jahres beizubehalten beschlossen.

× ×

Dagegen scheinen für den wichtigsten Rohstoff unserer Textilindustriellen, auf dem BAUMWOLLMARKT, abermals erregte Zeiten sich anzukündigen, nachdem der letzte Sturm sich kaum gelegt hat. Die Schätzungen für die amerikanische Baumwollernte bewegten sich anfänglich um etwa 11 Mill. Ballen als Mittelpunkt. Selbst diese 11 Millionen sah man in England als kaum genügend an, weil der Weltbedarf stetig steigt; im Gegensatz zum Vorjahre erstrebte England darum eine möglichst frühe Deckung seiner Industrieansprüche. Ende November schränkte jedoch das Washingtoner Agriculturbureau die Wahrscheinlichkeitsziffer noch ganz wesentlich ein; statt 11 seien nur 9,9 Mill. Ballen von den Vereinigten Staaten zu liefern. Anfang December begann darauf abermals eine wilde Hausse in der Union; New York notierte am 4. December 12,65 Cents. Am 8. December berieten die Baumwollfabrikanten des Südens über eine Productionseinschränkung, ein nationales Meeting soll folgen, um auch den Norden für den Plan zu gewinnen. In Lancashire hielt man die Washingtoner Schätzung zwar für zu niedrig, aber fast allgemein sieht man wieder eine Zeit der erzwungenen Productionverkürzung herannahen. Als Gegengewicht wirkt nur das Vertrauen auf eine besonders reichliche ägyptische und eine sehr gute indische Ernte. Doch bleibt das immer nur ein schwacher Trost, und die Haussespeculation arbeitet zudem, wie

im abgelaufenen Jahre, mit einer überaus capitalstarken Organisation und Führung.

× ×
Bemerkenswert ist, dass auch die WEIZENERNTE der Vereinigten Staaten weit hinter einem guten Ertrag zurückbleibt; nur dass hier die Concurrenzländer in ganz anderem Masse die Lücke auszufüllen vermögen. Vom 1. Juli bis 31. October kamen nämlich in den Vereinigten Staaten an den Markt:

1901:	123 500 000	Bushels Weizen,
1902:	128 000 000	„ „
1903:	92 500 000	„ „

Überträgt man diese Anfangsziffern auf das ganze Jahr, so würden wahrscheinlich statt 235 Mill. im Jahre 1901 und 203 Mill. Bushels im Jahre 1902 nur 125 Mill., also mindestens 80 Mill. Bushels weniger, als in den vorangegangenen beiden Absatzjahren für den Export verfügbar bleiben. Dagegen soll Argentinien einen Erntejahrrecord zu verzeichnen haben. Es werden hier von Fachblättern die folgenden Ziffern gegeben (in Mill. q):

	Ernte	Export
1897:	6,5	3,0
1898:	12,0	8,0
1899:	12,75	9,75
1900:	8,25	4,15
1901:	7,0	3,0
1902:	12,5	8,0
1903:	17,75 (wahrsch.)	13,0

Da auch auf Russland eine Ernte gerechnet wird, die über der Norm der letzten Jahre steht, so ist die europäische Preisbewegung der Preissteigerung in New York zunächst nicht gefolgt.

× ×

Im übrigen ist für America sowohl wie für England die Verschlechterung der INDUSTRIEVERHÄLTNISSE charakteristisch geblieben, während Deutschland seinen relativen besseren Geschäftsgang aufrecht erhält. Auf dem englischen Roh-eisenmarkte standen zum Beispiel *Cleveland Warrants* Anfang September auf 47 sh., schottische auf 52 sh., Anfang December auf 41¼ respective 48½ sh. Lohnermässigungen und Arbeiterentlassungen bezeichnen den Fortschritt der Krisis, in England sowohl wie in den Vereinigten Staaten, wo der Stahltrust auch die Eisenbahngesellschaften immer mehr zur Förderung der Schleuderausfuhr zu zwingen sucht. Selbst canadisches Eisen, unterstützt durch eine beträchtliche Productionsprämie, sucht jetzt den englischen Markt auf, weil ihm der Absatz in der

Union durch die dortige Krisisgeschlossen ist.

Die deutsche Roheisenproduction dürfte dagegen 1903 wieder hoch über allen Vorjahren stehen. Im Deutschen Reich einschliesslich Luxemburgs producierte man bis Ende October 8394 056 t Roheisen gegen 6917 737 t im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Man hätte also im ganzen Jahre 1903 auf etwa 10 Mill. t Erzeugung zu rechnen; das wären 1½ Mill. t mehr als 1902 und 1900, 2,2 Mill. t mehr als 1901. Indes bei den stark erschütterten Ausführchancen fängt man auch bei uns an, bedenklich zu werden, und das Zustandekommen des Stahlwerkeverbandes ersehnt man vielfach schon wegen seiner Rückwirkung auf alle diese Verhältnisse.

× KURZE CHRONIK. Am 20. November stimmte der Bundesrat dem Entwurf über Abänderung des preussischen Börsengesetzes zu. — Der Stahlformgussverband wurde am 25. November verlängert. — Am 5. December starb Adolph von Hansemann, der Leiter der *Discontogesellschaft*. — Der Reichsbankzinsfuss blieb während des ganzen Berichtsmonats unverändert 4%. MAX SCHIPPEN

Politik

Am 3. December ist der im Juni neugewählte REICHSTAG mit einer rein geschäftsmässigen Thronrede eröffnet worden. Bei der Zusammensetzung des Reichstages und angesichts der gesamten innerpolitischen Lage war von der Thronrede auch kein anderer Inhalt zu erwarten. Bei der Präsidentenwahl ist der Anspruch der Socialdemokratie auf den ersten Vicepräsidenten, wie vorausgesehen war, unberücksichtigt geblieben. Dass man der zweitstärksten Fraction von der Mehrheit keine Schriftführer bewilligt, dass man ihr keinen Vorsitz in einer Commission eingeräumt hat, dürfte weniger der Socialdemokratie, als den anderen Fractionen unangenehm werden. Die socialdemokratischen Abgeordneten sind fleissige Arbeiter und haben namentlich die wenig angenehme und zeiträubende Arbeit der Schriftführerposten in den Commissionen stets bereitwillig ausgeführt. Nachdem man sie aber bei der Verteilung der Vorsitzendenposten in den Commissionen so unzuweideutig geschnitten hat, glaube ich, dass nünmehr auch die Schriftführerarbeit in den Commissionen den Mitglie-

dern der übrigen Fractionen überlassen bleiben dürfte. Im übrigen würde als Präsident wieder Graf Ballestrem gewählt? Wien anders hätte auch das Centrum präsentieren können? Als erster Vicepräsident wurde von den Conservativen Graf zu Stolberg-Wernigerode wieder in Vorschlag gebracht und gewählt. Nur an Stelle Büsings kam ein neuer Mann, der Abgeordnete Paasche, der von den Nationalliberalen als zweiter Vicepräsident gestellt wurde. Welch' Abstand zwischen Büsing und Paasche! Man wird aus dieser Präsentation schliessen dürfen, dass in der nationalliberalen Fraction der agrarische Flügel völlig Oberhand gewonnen hat. Paasche wurde gewählt und ist, wie Büsing im letzten Reichstag, der einzige Vertreter des Bürgertums in dem adligen Reichstagspräsidium.

× In den wenigen Sitzungen, die der Reichstag vor den Weihnachtsferien abhielt, wurde neben der Zustimmung zu einer Verlängerung des Handelsprovisoriums mit England die erste Lesung des Etats und der Vorlage, betreffend die REICHSFINANZREFORM, vorgenommen. Der neue Schatzsecretair Freiherr von Stengel hat einen Entwurf eingebracht, der in der Hauptsache die Aufhebung der Franckensteinschen Clausel bezweckt. Die Matricularbeiträge werden vorläufig noch beibehalten, aber nur so lange, bis die erforderlichen Deckungsmittel durch Einführung neuer Reichssteuern beschafft sind. Zur Empfehlung dieser Vorlage führte der Schatzsecretair aus, sie vereinfache das Etatswesen, mache den Reichshaushalt übersichtlicher und klarer. Gewiss, diese eine gute Wirkung würde der Etatentwurf auch haben. Wir nehmen auch die Alarmrufe über eine Bedrohung des Budgetrechtes des Reichstages nicht tragisch. Was indessen gegen den Gesetzesentwurf spricht, das ist die Loslösung der Bundesstaaten von jeder Verantwortlichkeit für die Gestaltung des Reichshaushalts. Gerade gegenwärtig wäre eine solche Massregel durchaus verkehrt. Das Verhalten des Bundesrats trägt zu einem grossen Teil die Schuld an der ungünstigen Gestaltung der Finanzen, sowohl des Reichs, als auch der Einzelstaaten. Wenn die Einzelstaaten in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, warum haben sie nicht rechtzeitig gegen die Finanzpolitik des Reiches sich gewehrt? Jetzt, wo das Reich infolge der Krise einerseits und der steigenden Ausgaben

andererseits sich an die Matricularbeiträge halten muss, kommen die Einzelstaaten, die früher lange Jahre Kostgänger beim Reiche gewesen sind, und wollen im ersten Moment, wo sie die Folgen ihres Verhaltens im Bundesrat in steigenden Matricularbeiträgen zu spüren bekommen, ihrer Verpflichtungen ans Reich los und ledig sein. Man braucht die Vorlage des weiteren gar nicht zu kritisieren, der erwähnte Gesichtspunct allein genügt vollkommen, um sie zu verwerfen. Ob freilich die Mehrheit des Reichstages den Entwurf ablehnen wird, ist noch fraglich. Das ausschlaggebende Centrum gibt sich zwar den Anschein ernster Opposition gegen die Vorlage, aber seine Bereitwilligkeit hat es doch schon erklärt, aus dem Entwurf den guten Kern helfen herauschälen zu wollen. Vorläufig ist der Entwurf an die Budgetcommission verwiesen worden, wo sein Schicksal sich bald entscheiden dürfte.

× Im übrigen gestaltete sich die erste Beratung des Etats zu einem Rededuell zwischen dem Grafen BÜLOW UND BEBEL. Genosse Bebel hielt zwei längere Reden, deren Wert und Wirkung mehr hervorgetreten wäre, wenn die Parteipresse sie weniger überschwänglich gelobt hätte. Weniger wäre hier mehr gewesen. Eine demokratische Partei sollte in der Beurteilung ihrer Parteiführer nüchterner sein, als es die monarchischen Parteien ihren führenden Grössen gegenüber sind. Graf Bülow erwiderte auf die erste Rede Bebel's mit einem ziemlich unvorsichtigen, wenn auch im einzelnen nicht ungeschickten Angriff auf die Socialdemokratie. So spielte er, wie ja vorauszusehen war, den Dresdener Parteitag gegen uns aus, der von Bebel als *Jungbrunnen* für die Partei bezeichnet wurde. Was freilich der Reichskanzler über den Zukunftsstaat ausführte, das bewies nur zu deutlich, dass ihm nicht nur die genaue Kenntnis, sondern auch tieferes Verständnis für den Socialismus durchaus fehlt. Es mag zugegeben werden, dass in der socialistischen Literatur genug verfehlte Ansichten geäußert werden, die dem Gedanken von einem *Zukunftsstaat*, in dem man sich eines schönen Morgens einmal plötzlich befände, immer neue Nahrung geben. Aber ernsthaft können doch solche kindlichen Auffassungen wirklich nicht genommen werden. Und deswegen berührt es komisch, wenn der erste Beamte des Reichs mit der Ver-

spottung solcher kindlichen Auffassung Eindruck zu machen und die Socialdemokratie damit zu bekämpfen sucht. Dass die Reichsregierung keine Ausnahmegeetze gegen die Socialdemokratie im Schilde führt, war den Parteien auf der Rechten wenig angenehm zu hören. Wie Graf Limburg-Stürum ausfuhrte, vermissen die Conservativen den starken Mann in der Regierung, der die Socialdemokraten zum Object der Gesetzgebung macht. Ganz richtig erwiderte ihm Graf Posadowsky, dass bei einer derartigen Gesetzgebung bald alle Bestrebungen in socialdemokratischer Geruch kommen würden, die den *Scharfmachern* nicht in den Kram passen würden. Ein Erfolg der *Scharfmacherpolitik* würde sich zunächst zwar gegen die Socialdemokratie, im weiteren aber gegen jeden politischen und wirtschaftlichen Fortschritt überhaupt richten. Freilich, die Absage der Reichsregierung gegen die *Scharfmacher* gilt zunächst nur für die augenblickliche Situation. Wie lange sie vorhalten wird, das ist eine Frage der weiteren innerpolitischen Entwicklung. Wie sich diese gestalten wird, kann man zwar nicht voraussagen, aber so viel ist sicher, dass für ihre Gestaltung die Tätigkeit unserer Fraction mitbestimmend ist.

× Der Gegensatz zwischen den föderalistischen und centralistischen Strömungen in ÖSTERREICH-UNGARN ist seit mehr als 30 Jahren der treibende Factor aller inneren Politik. Trotz aller Ausgleichsversuche, trotz aller möglichen Concessionen ist es nicht möglich, ein staatsrechtliches Gebilde zu schaffen, das die vielen Nationen und Nationchen Österreich-Ungarns befriedigen würde. Man hat seinerzeit dem Ministerium Hohenwart die bittersten Vorwürfe gemacht, als es die Autonomie der einzelnen Länder verstärken wollte. Dreissig Jahre nationaler Zwistigkeiten, die Österreich-Ungarn politisch und wirtschaftlich heruntergebracht haben, laufen auf nichts anderes hinaus, als auf den Versuch der einzelnen Länder, die nicht gewährte Autonomie sich zu erkämpfen. Die neuesten Differenzen zwischen Österreich-Ungarn haben den bestehenden Gegensatz wieder in scharfe Beleuchtung gerückt. Die Ungarn, voran ihr neuer Ministerpräsident, kümmern sich so wenig um die geltenden Bestimmungen des Ausgleichs von 1867, dass sie nicht nur die Gemeinsamkeit auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern auch die Reste gemeinsamer politischer Einrichtungen.

wie der Armee, zu negieren gewillt sind. Während die sogenannten *Hoheitsrechte des Kaisers von Österreich und Königs von Ungarn*, die sich auch mit der Leitung und Führung des gemeinsamen Heeres befassen, durch den Ausgleich von 1867 festgelegt sind und nur durch gemeinsame Vereinbarung der beiden Reichshälften geändert werden können, erklärte der ungarische Ministerpräsident im Abgeordnetenhaus gegenüber einer Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten, der im österreichischen Abgeordnetenhaus die gesetzliche Lage auseinandergesetzt hatte: »Es geht uns nichts an, welche Dispositionen das österreichische Staatsrecht über die Natur, den Umfang und den Inhalt der Hoheitsrechte des Kaisers von Österreich enthält.... Die liberale Partei hat erklärt, dass der König von Ungarn und der ungarische Reichstag gemeinschaftlich daran wann immer Änderungen vornehmen können.« Eine solche Sprache hat nur dann einen Sinn, wenn man gewillt ist, die staatsrechtliche Trennung Ungarns von Österreich herbeizuführen.

× Die Expansionspolitik Russlands in Ostasien hat zu einer scharfen Spannung zwischen **RUSSLAND UND JAPAN** geführt. Das japanische Volk und auch das Parlament sind so kriegslustig, dass zweifellos der offene Conflict schon ausgebrochen wäre, wenn nicht der Mikado kurzer Hand das Parlament aufgelöst und so für einige Wochen Zeit zu weiteren Verhandlungen gewonnen hätte. Japan hält sich anscheinend zur Zeit nicht stark genug, um allein mit Russland den Kampf aufzunehmen. Auf eine Hilfe anderer Nationen kann es aber nicht rechnen, wie dies ihm von seiten der Vereinigten Staaten ganz unzweideutig nahegelegt worden sein soll. Trotz dieser zurückhaltenden Taktik Japans hält man aber in englischen Regierungskreisen die Lage für sehr ernst. Japan bestehe auf der schriftlichen Verpflichtung, dass Russland die Hälfte der Mandschurei dem Handel Japans offen halte, keine russischen Truppen Korea betreten und nichts versucht werde, um einen ungebührlichen Einfluss in Korea zu erlangen. Russland soll dagegen entschlossen sein, sämtliche Forderungen Japans glatt abzulehnen.

× **KURZE CHRONIK.** Die Wahlen zum australischen Parlament haben der Arbeiterpartei einen grossen Erfolg gebracht. Im Unterhause hat die Regie-

rungspartei 27, die Opposition 26 und die Arbeiterpartei 22 Sitze erhalten. — Der Reciprocitätsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Cuba wurde am 17. December vom Senate angenommen. Er trat schon am 27. December in Kraft. — Der frühere italienische Ministerpräsident Zanardelli ist am 26. December gestorben. — Gleichfalls gestorben ist am Weihnachtstage Albert Schafffle im Alter von 73 Jahren.

RICHARD CALWER

Socialpolitik

Millionen deutscher Wähler sind durch die **THRONEDE** bei Eröffnung des Reichstags arg enttäuscht worden. Sie haben in der Junischlacht des Jahres 1903 bekundet, dass sie eine wirkliche Reform der heutigen brüchigen Staats- und Wirtschaftsordnung an Haupt und Gliedern mit stürmischer, zu Taten drängender Leidenschaft herbeisehnen. Und diese schaffensfreudige Leidenschaft, die ein kraftvolles, mutiges Ausgreifen zu wirklichen socialistischen Taten fordert, sieht sich in der Throneide bei der Eröffnung des Reichstags mit einigen wenigen Wendungen über die Fortführung einer erweiterten Fürsorge für die Schwachen und Bedürftigen und mit der Ankündigung eines Gesetzes über kaufmännische Schiedsgerichte abg gespeist. Fast scheint es so, als wolle die Reichsregierung bei der gesetzgeberischen Lösung dieser Schiedsgerichtsfrage einen socialpolitischen Krebsgang veranstalten. Hat die Reichsregierung wirklich dem interessierten Geschrei der Grossindustriellen der Handelskammern Gehör geschenkt, und will sie sich nun selbst gegen die Fleischwerdung des Gedankens wenden, dass die Kaufmannsgerichte an die bestehenden Gewerbegerichte angeschlossen werden sollen? Der *Vorwärts* glaubt aus den unklaren Wendungen der Throneide herauszuhören, dass die Beisitzer der kaufmännischen Sondergerichte nicht gewählt, sondern ernannt werden sollen. Die Throneide spricht nur in einem kurzen Satze von einer Vorlage der verbündeten Regierungen, die vor einem durch sachkundige Beisitzer aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer verstärkten Gericht in einem schleunigen Verfahren die Streitigkeiten der Handlungsgehilfen zum Austrag bringen will. Aus diesen Grundlagen des kaufmännischen Schiedsgerichtsentwurfs klar hervor. Und diese scheinbar verbesserte Schiedsgerichte sit-

wurf ist die einzige positive socialpolitische Massnahme, über die sich die Thronrede verbreitet. Kein Wort über die so notwendige gesetzliche Einführung des Zehnstundentags, um den jetzt in einem erbitterten Classenkampfe so heiss in Crimmitschau gerungen wird. »Den Bedürftigen erweiterte Fürsorge, den Schwachen erhöhten Schutz«, heisst es in der Thronrede — nun wohl, welche Classen sind des Schutzes eines gesetzlichen zehnstündigen Arbeitstags wohl bedürftiger, als die armseligen Tuchmacher und Weber Crimmitschaus? Aus dem *gemüthlichen* Sachsenland hören wir nichts von befreienden grossen socialpolitischen Taten zu gunsten der Kämpfer um den beinahe selbstverständlichen Zehnstundentag. Die Schrecken eines halben Belagerungszustandes scheinen sich über Crimmitschau zu breiten. Es riecht nach Pulver in Crimmitschau, dünkt uns.

× ×
 Zum eisernen Bestand der Socialpolitik der Herren vom ehrsamem zünftigen Handwerk gehörte bisher der **BEFÄHIGUNGSNACHWEIS**. Jetzt scheint sich selbst in den Köpfen der Handwerksmeister eine kleine Revolution vorzubereiten. Der genugsam bekannte Abgeordnete Jacobskötter verkündet in der *Kreuzzeitung* bedeutungsvoll: »In aller Stille bereitet sich ein Neues vor.« In diesen Artikeln spricht er allerdings keine neue socialpolitische Weisheit aus, wenn er da langsam ausführt, dass bestimmte Erwerbszweige dem Handwerk nicht zurückerobert werden können und dass es nicht neue Blüten durch den Befähigungsnachweis und die Zwangsinnung treiben wird. Eine hoffnungsreiche Zukunft wird nach Jacobskötter dem Handwerk nur winken, wenn seine Lehrlinge besser aus- und seine Meister besser fortgebildet werden und wenn die Genossenschaften, die allerdings »sehr vorsichtig behandelt sein wollen«, feste Wurzeln geschlagen haben.

× ×
 Der **ARBEITERSCHUTZ** kriecht im Tempo des Schneckenganges vorwärts. Es sind die für gewisse Ziegeleien bestehenden Ausnahmen von den Vorschriften der Gewerbeordnung über die Arbeitszeitverlängerung für jugendliche und weibliche Arbeiter nicht wieder erneuert worden. Die Arbeiterschutzbestimmungen, die sich auf die Arbeiten beim Zerkleinern der Thomasschlacke beziehen, schrieben den zehnstündigen Arbeitstag und Pausen

in der Gesamtdauer von zwei Stunden vor. Diese Schutzbestimmung erhielt durch die Bundesratsverordnung vom 15. November 1903 folgenden Zusatz: »Sofern die Arbeiter täglich nicht länger als 7 Stunden beschäftigt werden und die Dauer ihrer durch eine Pause nicht unterbrochenen Arbeitszeit 4 Stunden nicht überschreitet, braucht nur eine Pause von mindestens einstündiger Dauer gewahrt zu werden.«

Die socialdemokratische Reichstag-fraction brachte im Reichstage einen Gesetzentwurf auf Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, einen Gesetzentwurf, betreffend das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Coalition, einen Gesetzentwurf zum Schutz der Arbeiter des Baugewerbes ein.

× ×
 Eine tatkräftige Mitwirkung der Hauptlehrer und Lehrer bei der Durchführung des **KINDERSCHUTZES** strebt die hamburgische Schulbehörde durch eine jüngst erlassene Anweisung an. Sie schreibt unter anderem vor, dass auffallend müde oder nachlässig und mangelhaft arbeitende Kinder über die Beschäftigung ausserhalb der Schule befragt werden sollen. Der Hauptlehrer hat mit den Vätern respective Vormündern der überanstrengten Kinder Rücksprache zu nehmen und sie eventuell auf die Strafbestimmungen des Kinderschutzgesetzes aufmerksam zu machen. Ist nach Lage der Sache hiervon ein Erfolg nicht zu erwarten, so soll der Hauptlehrer, falls es sich um Beschäftigung des Kindes in einem gewerblichen Betriebe, also nicht um häusliche Dienste oder landwirtschaftliche Arbeiten handelt, ein mit den Ergebnissen der Ermittlungen ausgefülltes Formular der Oberschulbehörde einreichen, die dasselbe dann der Gewerbeinspection übermitteln will.

× ×
 Auf dem Gebiete der **KRANKENVERSICHERUNG** schlägt der socialpolitisch weitsichtige Rendant Albert Kohn-Berlin, dessen Enquête über die Wohnungsverhältnisse der erkrankten Mitglieder der Berliner kaufmännischen Ortskrankencasse vorbildlich auf die Wohnungsuntersuchungen der deutschen Krankencassen gewirkt hat, neue socialhygienische Bahnen ein. Im Auftrage der Berliner kaufmännischen Ortskrankencasse richtete er folgendes Schreiben an die Ärzte der Cassen: »Seit dem 1. November des Jahres ist in der *Charité* eine den belgischen

und französischen Dispensaires ähnliche Einrichtung, eine *Ärztliche Fürsorgestelle* getroffen worden. Es wird beabsichtigt, in derselben bedürftigen Kranken sowohl wie deren Angehörigen Nahrungs- und Stärkungsmittel zu verabreichen, den Tuberculösen Belehrung durch Wort und Schrift zu erteilen, deren Wohnungen und Wäsche unentgeltlich zu desinficieren, die Aufnahme der Kranken beziehungsweise deren Angehörigen in Heilstätten, Erholungshäusern, Seehospize zu vermitteln u. s. w. u. s. w. Seitens des Leiters der Fürsorgestelle wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass daselbst eine ärztliche Behandlung aller Kranken, die sich in der Behandlung irgend eines anderen Arztes befinden, nicht stattfinden soll, sondern dass im Gegenteil nur diejenigen Kranken beziehungsweise deren Familien durch die Fürsorgestellen unterstützt werden dürfen, welche im Einverständnis und auf directe Mitteilung des Arztes, der sie behandelt, in die Fürsorgestelle kommen. Da nun durch die den Cassenverbänden zustehenden Rechte nur wenige der oben angeführten Einrichtungen auf Kosten der Casse beziehungsweise auf Verordnung der Cassenärzte durchgeführt werden können, so glauben wir, dass die Fürsorgestelle für unsere Herren Cassenärzte ein bedeutungsvolles Hilfsmittel bilden wird, dessen sie sich zum Wohle ihrer Kranken bedienen können. Wir bitten Sie demnach, in Fällen, welche Ihnen geeignet erscheinen, von den beiliegenden Karten Gebrauch zu machen. Die Fürsorgestelle wird der Casse beziehungsweise Ihnen von den Massnahmen, welche sie im Interesse der von Ihnen ihr überwiesenen Kranken getroffen hat, stets Kenntnis geben. Zum Schlusse muss nochmals ausdrücklich betont werden, dass auf Grund der von uns getroffenen Verhandlungen niemals eine Schädigung ärztlicher Interessen, das heisst eine Entziehung der Kranken aus der Behandlung, in welcher sie sich zur Zeit befinden, geschehen kann.

Die belgischen Dispensaires stellen sich in erster Linie den Zweck, die Lungenkranken ärztlich überwachen, mit Medicamenten ausrüsten und hygienisch erziehen zu lassen. Eine Säule der ganzen, vom hygienischen Standpunct so wichtigen Einrichtung ist der *administrateur du dispensaire*, der die sociale Lage der Lungenkranken festzustellen und die besonderen hygienischen Verhältnisse ihrer Wohnstätten (die Lage, Zahl der Zimmer

etc.) zu erforschen hat Die Untersuchung der Haushaltsführung, namentlich die Sorge für die Reinlichkeit derselben liegt ihm ob. Der Kranke erhält sodann das *nécessaire*: eine Spuckflasche, eine Zahnbürste, Zahnpulver, eine Lysollösung zur Desinfection des Auswurfs, gedruckte Verhaltensmassregeln und belehrende Schriften für seine hygienische Erziehung. Unter Umständen dehnt sich die Fürsorge der Dispensaires auf die ganzen Lebensverhältnisse des Kranken aus. Das Dispensaire teilt mitunter 1 bis 2 l Milch an den Kranken aus, versieht ihm mit Nahrungsmitteln, mit Kleidungsstücken und Betten.

×

In der UNFALLVERSICHERUNG wird jetzt das Gebiet der Unfallverhütung sorgfältiger und umsichtiger bearbeitet. Aus dem Protokoll des 18. Verbandstags der deutschen Baugewerksberufsgenossenschaften ist die Tatsache sehr charakteristisch, dass selbst der *scharfmacherische* Baumeister Felisch-Berlin auf dem Verbandstage in einer Resolution empfahl: »die Controle der Bauten noch durchgreifender wie bisher zu gestalten und neben den bereits angestellten technischen Aufsichtsbeamten örtliche technische Beamte in erforderlicher Zahl für möglichst kleine Gebiete anzustellen, welchen ausschliesslich die Überwachung der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften obliegt«. Die Erweiterung der Unfallverhütungsmassnahmen ist eigentlich auf das Conto der deutschen Arbeiterbewegung zu setzen. Die Organisationen der Bauarbeiter, so erzählte Herr Felisch sehr offenerzig, beginnen, die von den Vertrauenspersonen vorgefundenen Mängel den zuständigen Organen der Berufsgenossenschaft mitzuteilen, um einerseits den angestellten Controleuren Gelegenheit zu geben, an der Hand der erhaltenen Mitteilungen auf die Beseitigung der Missstände zu dringen, andererseits um den Beweis zu erbringen, dass die heutige Überwachung der Unfallverhütungsvorschriften eine höchst ungenügende ist... Meine Herren, wenn Sie sehen, welche Mühe sich die Socialdemokratie gibt, wie viel sie es sich kosten lässt, die Baucontrole in ihre Hand zu bekommen, so können Sie ermassen, wie wichtig ihr die Sache erscheint. Sie steht im Begriff, zu einem neuen Schläge auszuholen, den wir parieren müssen. Dies wird geschehen, wenn wir die Controle der Bauten so durch-

greifend gestalten, dass sie überall einsetzt. Die Controlle der Bauten durch Arbeiter bedeutet für Herrn Felisch natürlich eine Erschütterung der Autorität der Meister und eine mit Gesetzesrechten ausgestattete socialdemokratische Propaganda. Bis zum September 1903 waren gegen 100 technische Aufsichtsbeamte von den zwölf Baugewerkgewerkschaften angestellt worden.

× Die Ausdehnung der INVALIDENVERSICHERUNG auf die selbständigen Kleinmeister ist schon wiederholt von der Socialdemokratie gefordert worden. Der Abgeordnete Molkenbuhr erhob in seiner Resolution auf dem Münchener Parteitag die Forderung einer Ausdehnung der gesamten Arbeiterversicherung auf alle der Arbeiterschaft social gleichgestellten Classen. Soeben tritt Herr Hugo Lissauer, Vorsitzender des *Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden* mit einer interessanten Arbeit *Die Ausdehnung der Invaliden- und Altersversicherung auf die gesamten Unselbständigen und Selbständigen der gewerblichen, commerciellen und landwirtschaftlichen Betriebe* (Berlin, C. A. Schwetschke) hervor. Herr Lissauer berechnet, dass circa 1 720 000 Gewerbetreibende und annähernd die gleiche Zahl kleiner Landwirte, also zusammen circa 3,5 Millionen Selbständiger sich zum Teil mit einem Einkommen unter 1500 M., zum Teil mit einem solchen unter 2000 M. begnügen und dabei Frau und Kinder ernähren müssen. Herr Lissauer schlägt vor, alle gewerblichen Einkommen zur Lösung einer erweiterten und social vertieften Invalidenversicherung heranzuziehen. Eine derartige Heranziehung würde die Einnahmen der Landesversicherungsanstalten so erheblich steigern, dass die Altersgrenze in der Altersversicherung von 70 auf 65 Jahre herabgesetzt und die Renten beträchtlich erhöht werden könnten.

× KURZE CHRONIK. Der Verein *Reichswohnungsgesetz*, die *Centrale für private Fürsorge* - Frankfurt a. M. und der *Verein für die Förderung des Arbeiterwohnungsbaus und verwandte Bestrebungen* - Frankfurt a. M. haben soeben einen Aufruf veröffentlicht, der die Arbeitnehmer, Arbeitgeber, die socialhygienischen Organisationen etc. zur Beteiligung an einem *Wohnungscongress* auffordert. — Der Ausschuss der Landesversicherungsanstalt *Hessen-Nassau* sah Anfang

November im Etat eine Erhöhung der Ausgaben für das Heilverfahren vor. — Am 10. November erfolgten in Wiesbaden entscheidende Schritte zur Bildung einer Centralcommission der Krankencassen Wiesbadens. — Am 11. November beschloss der ausserordentliche Cassentag der *Freien Vereinigung pfälzischer Krankencassen* die Einsetzung einer aus Ärzten und Cassenvertretern zusammengesetzten Commission, um gemeinschaftlich die Arztfrage zu regeln. — In Stuttgart beschlossen die Ortskrankencassen mit einer einzigen Ausnahme die Einführung der Familienversicherung.

PAUL KAMPFMEYER

Sociale Communalpolitik

Am 16. November 1903 haben, wie im Jahre 1902, in 6 Städten Württembergs, nämlich in Stuttgart, Cannstadt, Ludwigsburg, Reutlingen, Tübingen, Ulm ARBEITSLOSENZÄHLUNGEN nach dem Stuttgarter System der Selbstzählung stattgefunden, deren Resultate wir zusammen mit denen der früheren Jahre hier folgen lassen. Es wurden gezählt in: Stuttgart: 500 gänzlich Arbeitslose und 121 mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigte Personen. Am 10. November 1902 wurden 730 respective 380, am 2. Februar 1903 625 respective 270 und am 1. Juli 1903 491, respective 29 gezählt. Cannstadt: 5 gänzlich Arbeitslose, am 1. Juli 1903 3. Ludwigsburg: 2 gänzlich Arbeitslose, am 10. November 1902 10, am 1. Juli 1903 0. Reutlingen: 3 gänzlich Arbeitslose, 2 mit verkürzter Arbeitszeit tätige Personen. Tübingen: 33 gänzlich Arbeitslose. Ulm: 8 gänzlich Arbeitslose, worunter 7 Postpraktikanten, 3 mit verkürzter Arbeitszeit tätige Personen. Die Resultate der Novemberzählung sind so wenig, wie die früheren Zählungen, irgendwie geeignet, über die Arbeitsverhältnisse zuverlässigen Aufschluss zu geben, und beweisen daher wieder einmal unsere Einwendungen, die wir in früheren Heften gegen die Stuttgarter Methode erhoben haben. Dass die Zahl von 500 gänzlich Arbeitslosen für Stuttgart durchaus unzulänglich ist und den Umfang der Arbeitslosigkeit auch nicht im entferntesten richtig umschreibt, das beweist schon die Tatsache, dass die Buchdrucker in der Arbeitslosenzählwoche allein 94 Arbeitslose aufzuweisen hatten. Nun bilden aber die Buchdrucker nur einen kleinen Bruchteil der Stuttgarter

Arbeiterschaft, und es ist nicht daran zu denken, dass sie tatsächlich 20 % der gänzlich Arbeitslosen stellen. Die Mangelhaftigkeit der Zählresultate bei dem Stuttgarter System hat auch diesmal wieder den Arbeiterkreisen den Gedanken nahe gelegt, zuverlässigere Zählmethoden in Anwendung zu bringen. Man schlug die Einführung der Haus-zu-Haus-Zählung vor, bei der allerdings eine häufigere Wiederholung ausgeschlossen ist. Bedeutsamer ist ein anderer Vorschlag, der eine Zwangsorganisation der Arbeiter von Staats wegen verlangt. Der Urheber desselben geht von den Verhältnissen der Buchdrucker aus, deren Organisation mittels des von Unternehmern und Arbeitern verwalteten paritätischen Arbeitsnachweises in der Lage ist, wöchentliche Übersichten über die Zahl der Arbeitslosen in ihrem Gewerbe zu veröffentlichen. Habe die Regierung eine Zwangsorganisation des Handwerkers durchgeführt, so solle sie auch einmal in gleicher Weise die Organisation der Arbeiterschaft in Angriff nehmen. Diese Zwangsorganisation der Arbeiter könnte dann auch zugleich für die Arbeitslosenversicherung benutzt werden. Die Controle und Verwaltung müsste aber in beiden Fällen in den Händen der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter liegen. Es muss als mehr als fraglich bezeichnet werden, ob wegen einer zuverlässigen Arbeitslosenstatistik die bei den heutigen politischen Zuständen sehr bedenkliche Zwangsorganisation der Arbeiter angestrebt werden soll. Die Erfahrungen, die mit der Zwangsorganisation der Handwerker gemacht worden sind, sind nicht gerade verlockend genug, um das gleiche System auch auf die Arbeiterverhältnisse zu übertragen.

×

×

Wie wir in unserer Rundschau bereits berichtet haben (*Socialistische Monatshefte*, 1903, II. Bd., pag. 861 ff.), hatte die bayrische Regierung einen Gesetzentwurf, betreffend Einführung einer GRUNDWERTABGABE im Landtage eingebracht und damit zwar eine von den Anregungen des Steuerausschusses herausgegriffen, dagegen die gleichfalls empfohlene Wertzuwachssteuer beiseite gelassen. Von den Centrumsabgeordneten Dr. Jäger und Genossen wurde diese Lücke durch einen Antrag ausgefüllt, der die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses des Grund und Bodens forderte. Der Antrag verlangt die Vorlage eines

Gesetzentwurfes, wonach in Grosstädten und in allen Gemeinden, deren Volkszuwachs innerhalb der letzten Zählungsperiode den Landesdurchschnitt bedeutend, etwa um das Fünffache, überschritten hat, eine Beteiligung von Staat und Gemeinde an der beim Besitzwechsel festzustellenden Steigerung des reinen Bodenwertes stattfinden soll. Beide Teile sollen je 10% dieses Wertzuwachses erhalten. Die Gemeinde soll verpflichtet werden, ihren Anteil zur Förderung des Wohnungswesens der Minderbemittelten zu verwenden, während der Anteil des Staates für raschere Tilgung der Bodenzinse und für die Wohnungszulage an die staatlichen Beamten und Bediensteten verwendet werden soll. Der Antrag des Dr. Jäger will also den Coniuncturgewinn im Grundstücksverkehr besteuern, ein Princip, mit dem man nur einverstanden sein kann. Dagegen lässt sich die Beschränkung auf die Gemeinden mit rascherer Bevölkerungszunahme in keiner Weise rechtfertigen. Die durchschnittliche Zunahme der Bevölkerung betrug in der Zeit von 1895 bis 1900 1,22 %, und das Fünffache des Durchschnittes wurde in allen Städten mit mehr als 10000 Einwohnern mit Ausnahme von Passau und Freising überschritten. Nach dem Antrage Dr. Jägers wären also diese beiden Städte von der Besteuerung ebenso ausgenommen, wie alle die zahlreichen Gemeinden, in denen die Bevölkerungszunahme zwar hinter dem Fünffachen des Durchschnittes zurückbleibt, trotzdem aber auf Grund besonderer Verhältnisse bedeutende Zunahmen des Grundwertes sattgefunden haben. Diese Inconsequenz des Jägerschen Antrags geht auf die agrarische Haltung des bayrischen Centrums zurück, dessen ganze Politik sich darin erschöpft, die Städte zu gunsten des platten Landes zu belasten. Es dürfte auch den Centrumsherren schwer fallen, den Nachweis dafür zu führen, dass die Coniuncturgewinne im Grundstücksverkehr in den Landgemeinden erlaubt, in den Städten dagegen etwas wirtschaftlich und sittlich Angreifbares seien. Will man diese Coniuncturgewinne besteuern, so muss man sie überall besteuern, wo sie auftreten, ganz ohne Rücksicht darauf, wo sie entstehen und wem sie zufallen. Ein weiterer Mangel des Jägerschen Antrages ist das Fehlen jeder Progression. Gerade aber bei den Coniuncturgewinnen ist die progressive Besteuerung durchaus angebracht. Es ist ein sehr gesunder Ge-

danke, die im Werte stagnierenden Grundstücke mit geringeren Sätzen zu belasten, als die Liegenschaften, deren Wert durch die gesellschaftliche Entwicklung oft in unsinniger Weise in die Höhe geschwollen wird. Höchst anfechtbar ist dann ferner die Beteiligung des Staates an den Erträgen der vorgeschlagenen Conjuncturbesteuerung. Allerdings kann die staatliche Tätigkeit ebensogut grundrentensteigernd wirken, wie die communale, und wird es in vielen Fällen auch tun. Aber das Hauptverdienst wird doch immer der letzteren zukommen, und bei der fortgesetzten Übertragung neuer staatlicher Aufgaben auf die Gemeinden dürfte die vollständige Überweisung der Conjunctursteuern an die Gemeinden nur eine Forderung der Gerechtigkeit sein. Dass die Gemeinden dieses neue Einkommen dann zur Förderung des Wohnungswesens der Minderbemittelten verwenden, ist nur angebracht. Die Tilgung der Bodenzinse aus dem Anteil des Staates, wie sie der Jägersche Antrag fordert, ist dagegen eine agrarische Concession, für die wieder einmal die Städte aufkommen sollten. Der Centrumsantrag wurde nach einer ziemlich ausführlichen Debatte, in der von seiten des socialdemokratischen Abgeordneten Dr. Haller berechtigte Kritik an dem Entwurfe geübt war, der Ausschussberatung überwiesen. Ob irgend etwas Brauchbares von dem Ausschuss geleistet werden wird, ist sehr fraglich.

× Wir hatten bereits in einer früheren Rundschau die von dem Frankfurter Magistrat der Stadtverordnetenversammlung vorgelegte Neuregulierung der STRASSENBAHTARIFE kurz besprochen (vergl. *Socialistische Monatshefte*, 1903, I. Bd., pag. 468-469). Der Magistrat hatte, um die socialpolitisch besonders wichtigen Punkte hier noch einmal hervorzuheben, vorgeschlagen, Arbeitern, deren Lohn 1500 M. nicht übersteigt, zur Benutzung in den Frühstunden und zur Fahrt nach der Arbeitsstelle Wochenkarten im Preise von 40 Pf. für 3 km Fahrt, und um 5 Pf. pro km steigend, zu gewähren. In den Abendstunden dagegen, bei der Heimkehr von der Arbeitsstelle, sollte keine Erleichterung eintreten, da in dieser Zeit die Strassenbahn an und für sich schon aufs äusserste beansprucht wäre. Es sollte also nur den Lohnarbeitern, soweit ihr Einkommen einen gewissen Betrag nicht übersteigt, und nur in gewissen Morgenstunden, eine Preisver-

günstigung gewährt werden. Dass damit weder den Arbeitern noch dem Bevölkerungsteil, der sich in ähnlicher Lage wie der Arbeiter befindet, irgendwie geholfen war, bedarf kaum der Erwähnung. Gegen die Magistratsvorlage wurde daher sowohl von der Arbeiterschaft, wie von anderen Bevölkerungsklassen, insbesondere den kaufmännischen Angestellten, eine sehr lebhaft Agitation entfaltet, die nicht ohne Wirkung blieb. Besonders verdienstvoll ist eine Enquête, die das Frankfurter Gewerkschaftcartell über die Benutzung der Strassenbahn durch Arbeiter veranstaltet hat. An der Umfrage beteiligten sich 1608 Arbeiter aller Classen, davon waren 368 Bauarbeiter, 292 Metallarbeiter, 263 graphische Arbeiter, 151 ungelernete Arbeiter, 139 Schneider, 121 Schreiner, 92 weibliche Arbeiter aller Branchen, 60 Tapezierer und Sattler, 36 Kaufleute und Angestellte, 25 Schuhmacher, und kleinere Gruppen der übrigen Berufe. Es stellte sich heraus, dass 50% aller Arbeiter schon 6 Uhr abends und früher, bis auf 4 Uhr herab, Arbeitsschluss haben. Diese Tatsache widerlegt die Befürchtung, dass der Arbeiterzudrang zu den Trambahnlinien am Abend bei Gewährung billiger Karten auch für diese Zeit ein zu grosser und deshalb zusammen mit dem übrigen Abendverkehr nur schwer zu bewältigen sein würde. Die Heimwanderung der Arbeiter verteilt sich danach auf die Zeit zwischen 4 und 9 Uhr, da ein anderer Teil, wie zum Beispiel Schneider, Schuhmacher und Ladenangestellte, sehr späten Geschäftsschluss haben. Auch über die Länge der Arbeitswege suchte das Gewerkschaftscartell zu festen Daten zu kommen. In dem Vorort Bornheim, der nach allen Stadtseiten hin durch Strassenbahnen verbunden ist, hatte 296 von 372 auskunftgebenden Arbeitern, also nicht weniger als 80%, mehr als 1½stündige Wege zur Arbeit. In den anderen Stadtteilen und Vororten schwankte die Prozentzahl der Arbeiter mit mehr als 1½stündigen Arbeitswegen zwischen 50 und 90%. Daraus ergibt sich, dass man gerade für längere Strecken billige Abonnementskarten ausgeben muss, falls man überhaupt durch die Strassenbahn diesen Arbeiterclassen das Wohnen ausserhalb des Stadtinnern ermöglichen will. Für die bisher in Frankfurt gültigen Strassenbahntarife ist es aber jedenfalls bezeichnend, dass 602 antwortende Arbeiter, also rund 50%, die Trambahn gar nicht oder ganz

selten für ihre Arbeitswege benutzt haben. Der Grund ist in Dutzenden von Fällen die zu grosse Teuerkeit der Strassenbahnbenutzung.

Die Magistratsvorlage wurde einem Sonderausschusse der Stadtverordnetenversammlung überwiesen, der die Magistratsvorlage in einer Reihe wesentlicher Punkte abgeändert hat. Als Grundsatz für die Tarifierung stellte der Ausschuss die folgenden Sätze auf: Der wirtschaftlich Stärkere soll den Fahrpreis nach dem Grundsatz von Leistung und Gegenleistung zahlen, der wirtschaftlich Schwächere dagegen soll so weitgehende Erleichterungen finden, dass er gleichzeitig mit der eigenen finanziellen Entlastung die städtische Wohnungspolitik unterstützen kann. Leider hat der Sonderausschuss seine schönen Grundsätze selbst nicht befolgt. Er hat die Vierteljahrs- und Jahresabonnements, die nach den Ausführungen des Magistrates nicht einmal die erforderliche Verzinsung und Amortisierung des Anlagecapitals decken, beibehalten und damit gerade die leistungsfähigen Strassenbahnbenutzer — denn nur solche kommen bei den langfristigen Zeitabonnements in Frage — auf Kosten der Allgemeinheit begünstigt. Andererseits hat er sich davor gescheut, die im Interesse der Wohnungspolitik notwendige Verbilligung der Wochenkarten und Monatskarten vorzunehmen. Zwar hat er den Kreis der vergünstigungsberechtigten Personen beträchtlich weiter gezogen, als die Magistratsvorlage, nämlich in denselben alle Invaliditätsversicherungspflichtigen, die Personen gleicher Beschäftigungsart unter 16 Jahren, die Lehrlinge, die kein Gehalt beziehen, sowie die selbständigen Gewerbetreibenden mit einem geringeren Jahreseinkommen als 2000 M. einbezogen. Aber die Vergünstigungen selber, die er diesen Personen gewährt, sind nicht gross genug, um eine energische Decentralisation des Wohnungswesens zu befördern. Es werden nämlich Wochenkarten ausgegeben zum Preise von 30 Pf. für die einmalige Benutzung einer Strecke bis zu 3 km an jedem Werkstage. Die Fahrt ist aber in den Morgenstunden bis 7½ Uhr anzutreten. Für zweimalige Benutzung, also in den Morgenstunden und in den Nachmittags-respective Abendstunden, deren genauere Festsetzung dem Electricitäts- und Bahnamente vorbehalten bleibt, steigt der Preis der Wochenkarte auf 80 Pf. Wir haben aus den Zahlen des Gewerkschafts-cartelles ge-

sehen, wie gross die Zahl derjenigen Arbeiter ist, die einen mehr als ½stündigen Arbeitsweg haben. Alle diese hätten also entweder einen höheren Fahrpreis zu entrichten oder wären gezwungen, ausser der Strassenbahn Schusters Rappen zu benutzen. Dabei müssen sie die Unannehmlichkeit mit in den Kauf nehmen, sowohl bei der Hinfahrt wie bei der Rückfahrt an bestimmte Stunden gebunden zu sein. Ausserdem werden Monatskarten ausgegeben zum Preise von 5 M. für beliebige Benutzung einer Strecke bis zu 3 km an jedem Werkstage. Bei viermaliger Benutzung würde sich hier die Fahrt über eine Strecke von 3 km auf 5 Pf. stellen, also ebenso hoch, wie bei der Wochenkarte mit einmaliger Tagesbenutzung, aber billiger, als bei der Wochenkarte mit zweimaliger Benutzung, bei der sich die gleiche Fahrt auf 6,66 Pf. stellt. Für jeden angefangenen Kilometer erhöht sich der Preis bei den Wochenkarten um 5 respective 10 Pf. je nachdem, ob ein- oder zweimalige Benutzung stattfindet, und bei der Monatskarte um 75 Pf. Bei diesen Preissätzen ist die durchaus notwendige weitergehende Decentralisation der Bevölkerung unmöglich. Wochenausgaben von 1 M. sind sehr leicht erreicht, sie sind aber für ein Arbeitereinkommen zu hoch und verteuern die Wohnung in den Vororten ebenso ausser Verhältnis zu demselben. Dabei sind ferner die Monatskarten zu berücksichtigen, die für die Benutzung durch die Familienangehörigen gleichfalls zu teuer sind. Es genügt aber nicht, nur dem Haushaltungsvorstande oder den erwerbstätigen Familienmitgliedern den Arbeitsweg zu verbilligen. Die Notwendigkeit, auch den Hausfrauen zwecks Einkaufs von Waren und Lebensmitteln den Weg in das Geschäftscentrum zu ermöglichen, ihnen die Arbeit, weite Entfernungen, vielleicht schwer gepackt, zu Fuss zurücklegen zu müssen, und den damit verbundenen Zeitverlust zu ersparen, ist nicht minder gross, als für die erwerbstätigen Familienmitglieder. Der Kilometerarif, der auch dem neuen Frankfurter Strassenbahntarif zu Grunde liegt, lässt sich mit einer decentralisierenden Wohnungspolitik nicht vereinbaren. Will man eine solche verfolgen, so muss man sich bei der Feststellung der Fahrpreise nicht von der Zahl der Kilometer leiten lassen, die zwischen Wohnort und Arbeitsstelle liegen. Die Frage muss vielmehr so gestellt werden: Wie hoch darf das Fahrgeld für 6malige Hin- und Rück-

fahrt gegriffen werden, damit die Wohnung in den Vororten plus Fahrgeld noch billiger ist, als die Wohnung in den inneren Stadtvierteln?

× KURZE CHRONIK. Die Cölnner Stadtverordnetenversammlung genehmigte den Plan und die Kostenanschläge, betreffend Erbauung einer Gürtelbahn um die linksrheinische Stadt; die Gürtelbahn soll den Fabriken die jetzt vielfach mangelnden oder erst nach Überwindung grosser Schwierigkeiten erreichbaren Anschlüsse an die Staatsbahn verschaffen. — Das Stadtverordnetencollegium in Halle hat die Einführung einer Gemeindegrundsteuer vom gemeinen Wert abgelehnt und damit die Forderung der Haus- und Grundbesitzervereine erfüllt. — Da die Zwickauer Dienstbotenkrankencasse bei einem Jahresbeitrag von 5 M. unter ständigem Deficit zu leiden hatte, das von der Stadt aufgebracht werden musste, so wurde der Beitrag von 5 M. auf 6 M. erhöht. Der Anschluss der Dienstbotenkrankencasse an die Ortskrankencasse wurde dagegen abgelehnt, weil damit eine höhere Belastung der Herrschaften bedingt sei und das patriarchalische Verhältnis zwischen Herrschaft und Dienstboten dem entgegenstehe. Dass die Dienstboten bei einem Anschluss an die Ortskrankencasse wesentliche Vorteile haben würden, kam nicht in Betracht. HUGO LINDEMANN

Socialistische Bewegung

Mit den LANDTAGSWAHLEN in Preussen und Elsass-Lothringen schloss das deutsche Wahljahr, auf das die Socialdemokratie mit Befriedigung zurückblicken kann. Die Reichstagswahlen haben sie zur Dreimillionenpartei gemacht, ein Erfolg, der die kühnsten Erwartungen übertroffen hat. Der Einfluss, den die socialistische Partei damit auf die Politik des deutschen Reiches und auf das öffentliche Leben überhaupt gewinnt, lässt sich in nackten Zahlen nicht ausdrücken; das aber weiss jeder denkfähige Mann, dass die socialistische Partei allmählich zu einem Factor wird, mit dem alle Parteien und die Regierung je länger je mehr zu rechnen haben. Dass ein directer Erfolg bei den preussischen Landtagswahlen aus eigenen Kräften nicht zu erringen war, stand von vornherein so ziemlich fest. Es gibt keine schärfere Verurteilung des preussischen Dreiclassenwahlrechts, als der Umstand, dass 1 600 000 Wähler, die bei den Reichstags-

wahlen socialistische Stimmen abgegeben, im preussischen Landtage gänzlich unvertreten bleiben. Auch bei den Landesauswahlschüssen in Elsass-Lothringen konnten unsere Parteigenossen grossere Erfolge nicht erringen. Das geltende Wahlsystem, das sich dem preussischen Dreiclassenwahlrecht würdig an die Seite stellen kann, lässt überhaupt eine Teilnahme unserer Parteigenossen in nur beschränkter Masse zu. Es gelang hier nur, den Genossen Emmel vom Gemeinderat in Mülhausen als Vertreter für den Landesausausschuss durchzubringen.

× Die ebenfalls unter dem Dreiclassenwahlsystem, aber doch unter etwas günstigeren Umständen stattfindenden GEMEINDEWAHLEN, die bald nach den Landtagswahlen in einer grossen Anzahl preussischer Städte und Gemeinden stattfanden, brachten der Socialdemokratie mehr Erfolge. Nur wenige Tage nach den Landtagswahlen wurden in Berlin die Stadtverordnetenwahlen vollzogen. Erledigt waren hier 50 Mandate; davon trafen 16 auf die 3. und je 17 auf die 2. und 1. Wählerklasse. An einen Erfolg kann die Socialdemokratie nur in der 3. Abteilung denken, und hier verdrängten sie die Freisinnigen aus 5 Sitzen. Die alten Sitze konnten behauptet werden, so dass von 16 Sitzen der 3. Abteilung 12 der Socialdemokratie zufielen. Die socialdemokratische Fraction im Roten Haus steigt damit von 28 auf 33 Mitglieder. In Charlottenburg gewannen die Socialdemokraten von 8 freigewordenen Sitzen 6. Ausserdem liegen über Communalwahlen, die in den letzten Wochen im Deutschen Reich stattgefunden, folgende Nachrichten vor: In Remscheid wurden von der Socialdemokratie 3 Sitze mit grosser Mehrheit erobert. In Wiesbaden und Hanau haben die Stadtverordnetenwahlen mit einer Niederlage für uns geendet; in Wiesbaden ist bis jetzt 1 Socialdemokrat, in Hanau sind 5 im Stadtparlament vertreten. Ebenso haben in Heissen b. E. und in Helmarshausen im Kreise Hofgeismar die Socialdemokraten gesiegt. Einen glänzenden Erfolg hatten die Genossen in Bant (Oldenburg). Ihre ganze Liste siegte mit 1600 gegen 1200 gegnerische Stimmen. Socialdemokraten sitzen jetzt in folgenden oldenburgischen Gemeindevertretungen: Bant, Delmenhorst, Heppens, Ohmstede und Nordenham. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Weissenfels

wurden 4 Parteigenossen gewählt. In der kleinen Stadt Langenberg bei Gera gelangten 5 Socialdemokraten in die Stadtverordnetenversammlung. In dem gleichfalls reussischen Orte Dürrenbergsdorf wurde die ganze socialistische Liste gewählt. In Ilmenau gewannen die Parteigenossen 4 neue Mandate und haben damit 8 von den 18 Sitzen im Gemeindecollégium besetzt. Auch in Elterwinden in Thüringen wurden 4 Parteigenossen gewählt. In Debschwitz bei Gera eroberten die Genossen 6 von 8 zur Wahl stehenden Mandaten. In Harzgerode wurde zu den 3 bisherigen socialdemokratischen Mandaten ein 4. hinzugewonnen. In Oetzsch bei Leipzig siegten die beiden socialdemokratischen Candidaten. In Penig wurden 4 socialdemokratische Candidaten gewählt, und damit erlangten unsere dortigen Parteigenossen die Mehrheit im Collégium. Penig ist somit die erste sächsische Stadt mit einer socialdemokratischen Stadtverordnetenmehrheit. Je 1 Parteigenosse wurde gewählt in Alstden (Mülheim a. R.) und in dem gleichfalls in dortiger Gegend belegenen Dümpfen.

× ×
 In ITALIEN hat die Wiedereröffnung der Kammer, die am 1. December erfolgt ist, eine Aussprache der socialdemokratischen Fraction über die dem Ministerium Giolitti gegenüber einzunehmende Haltung nötig gemacht. Nach eingehender Debatte wurde festgestellt, dass innerhalb der Fraction vollständige Einigkeit darüber herrsche, dass eine Unterstützung des Ministeriums Giolitti in seiner derzeitigen Zusammensetzung seitens der socialdemokratischen Abgeordneten nicht Platz greifen könne. War in dieser Beziehung auch vollständige Übereinstimmung vorhanden, so bestätigten die Discussionen doch von neuem, dass über die allgemeine Parteipolitik und Taktik tiefgehende Meinungsverschiedenheiten herrschen. Turati wünschte wohl, dass die Rede des socialistischen Redners in der Kammer sehr kritisch gehalten sei, dass sie aber auch das Programm, mit dem sich der Minister Giolitti der Kammer vorstellen werde, berücksichtigend mit in Betracht ziehen solle. Er schloss, indem er seine schon früher in der *Critica Sociale* geäußerte Auffassung wiederholte, dass die socialistische Partei, wie die Linke überhaupt, sich nur deshalb in der Opposition befände, weil sie sich als unreif für die Regierung erwiesen habe.

Ciccotti und Ferri traten dieser Auffassung entgegen und lehnten die Teilnahme der socialistischen Partei an jedweder Regierung ab. Für die Krisis habe die socialistische Partei keinerlei Verantwortung zu übernehmen; die Ursachen derselben seien lediglich zu suchen in der Unmoralität und Unfähigkeit der herrschenden Classen. Ferri erklärt sich für eine entschiedene und energische Opposition, ohne damit der Einführung der dem Proletariat und dem Lande dienlichen Reformen, die dieses oder ein anderes Ministerium einzuführen beabsichtigt, hindernd in den Weg zu treten. Bissolati constatirt, dass zwei grundverschiedene Auffassungen innerhalb der Fraction vorhanden seien, die eine, die eine systematische Opposition jeder Regierung gegenüber fordere, die andere, die an der Bildung einer radicalen, reformfreundlichen Regierung teilnehmen zu sollen glaube. Dem jetzigen Ministerium gegenüber hält er eine entschiedene Opposition für am Platze. Er bezweifelt, dass ein einziger socialistischer Redner im stande sei, die Meinung der Gesamtfraction in der Kammer zu klarem Ausdruck bringen zu können. Zu einem entscheidenden Beschluss kam es auch diesmal nicht; von der Annahme einer Resolution sah man ab. Da in der Haltung gegenüber diesem Ministerium so annähernd Übereinstimmung herrschte, so beschränkte man sich darauf, den Fraktionsredner zu bestimmen, und hierzu wurde Bissolati ausersehen. In der letzten Sitzung des Parteivorstandes kam es wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen, und zwar diesmal wegen der Zugehörigkeit Turatis zum Parteivorstand. Turati ist bekanntlich mit seinen Anhängern aus der alten Mailänder Organisation ausgeschieden und hat eine besondere Gruppe gebildet. Von einzelnen Parteigruppen war die Ansicht geäußert worden, dass Turati nun auch aus dem Vorstand zu scheiden habe; Turati verlangte die Entscheidung des Vorstandes hierüber. Es wurden drei Tagesordnungen eingebracht. Die eine, von Longobardi, spricht die Ansicht aus, dass die Ausscheidung Turatis auf Grund des Parteistatuts zu erfolgen habe. In der zweiten, von Soldi, wird zum Ausdruck gebracht, dass der Parteivorstand sich für unfähig erkläre, die im Schosse der Partei bestehenden Streitfragen zu lösen, und dass er es deswegen auch für inopportun halte, die von Turati angeregte Frage zu

entscheiden. Hierzu brachte Ferri ein Amendement ein, in dem es hiess, dass Turati provisorisch bis zum nächsten Congress Mitglied des Parteivorstandes zu bleiben habe. Die dritte, von Chiesa eingebrachte Resolution lautete: »Der Parteivorstand erklärt unter Berufung auf die am 4. November angenommene Resolution, dass Turati zur Teilnahme am Parteivorstand berechtigt und verpflichtet ist, und ersucht ihn deshalb zu verbleiben.« Bei der Abstimmung wurde die Resolution Chiesa mit 6 Stimmen angenommen; die von Ferri-Soldi erhielt die der beiden Antragsteller und die von Longobardi nur seine eigene Stimme. Im weiteren Verlauf der Sitzung gelangte eine Resolution Ferris zur Annahme, wonach der Parteitag der socialistischen Partei Italiens für den 8. bis 11. April 1904 nach Bologna einberufen wird. Es wurde damit der in der Novembersitzung gefasste Beschluss (vergl. *Socialistische Monatshefte*, 1903, II. Bd., pag. 950) umgestossen. Zweifellos war für die Verlegung des Congresses auf einen früheren Zeitpunkt bei den Mitgliedern des Parteivorstandes der Wunsch ausschlaggebend, möglichst bald eine gründliche Klärung der strittigen Parteifragen herbeizuführen.

×
In FRANKREICH hatte sich gelegentlich der Beratung des Budgets des Äusseren in der Kammer Genosse de Pressensé in klarer und entschiedener Weise gegen die Revancheidee ausgesprochen. Pressensé wurde wegen seiner freimütigen Aussprache in und ausserhalb des Parlaments, vor allem von der nationalistischen Presse, heftig angegriffen. Er liess alle diese Anwürfe unberücksichtigt, beantwortete aber einen Artikel Clémenceaus in der *Aurore* mit einem offenen Briefe, in dem er den Sinn seiner Rede in der Kammer kurz zusammenfasste. Die Auseinandersetzungen Pressensés sind trotz des nationalistischen Wutgeheuls auf die öffentliche Meinung in Frankreich nicht ohne Einfluss geblieben. Im Generalrat des Seinedepartements brachte Turot im Namen der Socialisten eine Resolution für die internationalen Schiedsgerichte und die Abrüstung als Bedingung eines rascheren Fortschritts der socialen Reformen ein.

Bei der Abstimmung über das Gesamtbudget zeigten sich innerhalb der französischen Socialisten wieder einmal die bedauerlichsten Meinungsverschiedenheiten. Vaillant erklärte im Namen der re-

volutionär-socialistischen Fraction, dass diese gegen das Gesamtbudget stimmen würden, »weil es die Gesamtheit der Wege und Mittel zur Aufrechterhaltung des capitalistischen Regimes ist«. Gérault-Richard wendet sich in der *Petite République* gegen Vaillant und Genossen. Es sei, so sagt er, widersinnig, erst verschiedene Posten des Budgets zu bewilligen und nachher das ganze Budget abzulehnen; so habe zum Beispiel Genosse Sembat, der als Referent für das Budget der Posten und Telegraphen eine bedeutende Arbeit geleistet, dann durch sein ablehnendes Votum auf einmal alles wieder zunichte gemacht, was er im einzelnen mühevoll aufgebaut habe. Es ist an dieser Stelle nicht unsere Aufgabe, zu entscheiden, welche Taktik wir bei der Abstimmung des Gesamtbudgets für die richtige halten, wir haben hier nicht die Frage zu erörtern, ob und unter welchen Umständen socialistische Abgeordnete etwa das Budget einer Regierung zu bewilligen haben; dagegen dürfen wir als Berichterstatter die Tatsache nicht unerwähnt lassen, dass die Jaurèsisten in ihrer Abstimmung nicht einig waren. Es stimmten nämlich von ihnen für das Budget 17 Mann, darunter Jaurès und Gabriel Deville, Millerand und andere, gegen das Budget 6, und 9 enthielten sich der Abstimmung; unter den letzteren befanden sich Briand und Pressensé. Das, was Gérault-Richard dem Genossen Vaillant und dessen Freunden vorwirft, trifft also auch seine engeren Parteigenossen.

×
Die Parteigenossen BELGIENS hielten am 30. November und die folgenden Tage in Brüssel den 6. agrarischen Congress der Arbeiterpartei ab. Die zwei Referenten, Debarsy und Vandervelde, nahmen bezüglich der Agitationen auf dem Lande einen vollkommen entgegengesetzten Standpunct ein. Die Auffassung Debarsys, der sich van Langendonk, Hamburgin und andere Redner anschlossen, ging dahin, dass alle kleinen Pächter als ausgebeutet zu betrachten seien. Das Leben dieser Kleinbauern sei härter, als das der ländlichen Arbeiter auf den grossen Pachtungen. Vandervelde entgegnete, die Partei müsse bei ihrer landlichen Propaganda ihren proletarischen Charakter bewahren. Die Cadres der Partei auf dem Lande seien die Proletarier, die in städtische Fabriken arbeiten gehen. Wolle man das Interesse der Pächter vertreten, so werde man zur Schutzzöllnerlei

kommen. Schliesslich fand die Resolution Vandervelde, in der es heisst, dass die Arbeiterpartei eine Classenpartei ist und dass sie daher die Interessen aller Ausgebeuteten zu verteidigen hat, und zwar in erster Reihe die der industriellen und der landwirtschaftlichen Arbeiter, die das Land bewohnen, und die der kleinen Bauern, deren Existenz- und Arbeitsbedingungen sich denen der Lohnarbeiter nähern, mit grosser Majorität angenommen. Weiter wurde eine agrarische Gruppe gewählt, welche die ländliche Propaganda leiten soll; ausserdem sollen besondere Broschüren für die Landbewohner und auch ein socialistischer Bauernkalender herausgegeben werden.

× ×
 Der Socialismus macht in JAPAN trotz der Verfolgungen, welchen die leitenden Genossen seitens der japanischen Regierung ausgesetzt sind, stetige Fortschritte. So wurde kürzlich ein socialistischer Club durch und für Studenten in Waseda gegründet. Auch in Wakayama wurde nach einer stark besuchten Versammlung eine Parteiorganisation gegründet. Die Nr. 18 des *Socialiste* wurde wiederum confisciert und der Herausgeber, Genosse Katayama, wegen einer Reihe Artikel vor den Richter citiert. Alle diese Vexationen, so schreibt Katayama in seinem Blatte, werden aber ihn und die anderen Genossen nicht entmutigen und den Vormarsch des Socialismus in Japan nicht aufhalten. Seit Monaten herrscht in Japan ein Kriegsieber, das fast alle Kreise ergriffen hat. Nur die Socialisten haben den Mut, sich dem Strom entgegenzustellen. So fanden in Tokio mehrere von den dortigen Socialisten einberufene Versammlungen statt, die sich mit der Frage des Kriegs gegen Russland beschäftigten. Zu denselben waren auch viel Bürgerliche erschienen, die ihren egoistischen Standpunkt zu vertreten suchten. Von den Socialisten nahmen Katayama, Abe und andere das Wort, und schliesslich wurde eine Resolution angenommen, die sich offen gegen den Krieg mit Russland ausspricht. Mit Recht bemerkt das japanische Parteiblatt hierzu, es sei ein grosser Erfolg für die Partei und ein bedeutsames Zeichen, dass die Socialisten inmitten eines extremen Kriegsfiebers den Mut zum Proteste gefunden haben.

× ×
KURZE CHRONIK. Das internationale socialistische Bureau zu Brüssel hat kürzlich ein Manifest erlassen,

in welchem es sich im Namen der internationalen Socialdemokratie gegen die immer weiter um sich greifende Lynchjustiz in den Vereinigten Staaten von Nordamerika wendet. Im Jahre 1902 wurden allein in einem einzigen Staat 103 an Negern vorgenommene Lynchjustizfälle gezählt. — Am Sonntag, den 22. November, wurde auf dem Leipziger Friedhofe das Grabmal für Bruno Schoenlank enthüllt, das die Leipziger Parteigenossen ihrem unglücklichen und unvergesslichen Vorkämpfer errichtet haben. — Bei den Gemeinderatswahlen zu Graz haben die Socialdemokraten einen glänzenden Sieg errungen; es wurde nicht bloss der ausscheidende socialdemokratische Gemeinderat wiedergewählt, auch noch 5 neue Sitze wurden gewonnen. — Der *Labour Leader* ist in den officiellen Besitz der *I. L. P.* übergegangen. — Die Ergebnisse der belgischen Communalwahlen liegen jetzt zahlenmässig vor. Die socialistische Partei hatte in 857 Communen eigene Candidaten aufgestellt; bei den Wahlen von 1895 war unsere Partei nur in 507 Gemeinden beteiligt. In der Provinz Hainaut und Lüttich, ferner in Brüssel sind die socialistischen Gemeinderäte mit grossen Majoritäten gewählt worden. So erhielten zum Beispiel unsere Candidaten in Brüssel 1700 Stimmen gegen 100 bis 200 Stimmen welche auf die der liberalen und katholischen Arbeiter entfielen; in Lüttich vereinigten unsere Candidaten sogar 5- bis 6000 Stimmen auf sich. Das Pluralwahlssystem hindert die richtige Ausnutzung dieser Stimmenzahl. Insgesamt ist unsere Partei jetzt in 368 Gemeinden mit zusammen 1247 Gemeinderäten vertreten. — Die auf dem Gesamtparteitag der Socialdemokratie Oesterreichs angenommene Antialkoholresolution war nicht, wie es fälschlicherweise in unserer letzten Rundschau hiess, von Dr. Gumpowicz, sondern von Dr. Fröhlich-Wien eingebracht und von Vincenz Muchitsch in Graz verfasst worden. — In Libau wurden anlässlich der Czarenreise 2500 socialdemokratische Flugblätter in lettischer und russischer Sprache in Umlauf gesetzt. — Am 7. December erschoss sich in Krakau Genosse Jakob Pomper, Schachtelarbeiter in Warschau. Der Verstorbene hat längere Zeit in London gelebt und war ein ungemein tätiges Mitglied der *P. P. S.* Physisches Siechtum und materielles Elend veranlassen den Ärmsten, seinem Leben ein Ende zu machen.

Gewerkschaftsbewegung

Unter den Sturmeszeichen des heftigsten Classenkampfes, dessen Schauplatz CRIMMITSCHAU, der Hauptort der sächsischen Baumwoll- und Vigognespinnerei und -weberei ist, ging das Jahr 1903 zu Ende. Über die früheren Phasen dieses Kampfes haben wir bereits berichtet. Es handelt sich heute um die Forderung der zehnstündigen Arbeitszeit, sowie um geringe Lohnerhöhungen. Ausgesperrt wurden über 7000 Arbeiter, nachdem die Arbeiter in 5 Betrieben die Arbeit eingestellt hatten. Die Industriellen, von den deutschen Baumwollfabrikanten zum äussersten Widerstand ermutigt, lehnten jede friedliche Verhandlung vor dem Einigungsamt, wie vor dem Bürgermeister, ab und zogen durch ihre Werber unter trügerischen Vorspiegelungen Arbeitswillige nach Crimmitschau. Die Polizeibehörde verhielt sich anfangs neutral, gab aber später dem Drucke der Unternehmer nach und ging gegen die Ausgesperrten in der unglaublich einseitigsten Weise vor. Sie verbot ihnen zunächst eine Reihe von Versammlungen, die sie erst nach mündlicher Interpellation der Ausgesperrten wieder freigab. Um so schärfer wandte sie sich dann gegen das Strikepostenstehen, das sie durch Bekanntmachungen zum Schutze der Sicherheit des Strassenverkehrs einfach verbot. Gendarmiertruppen wurden in die Stadt verlegt, sie bewachten den Bahnhof und die Zugänge der Fabriken und verhinderten jedes Stehenbleiben einzelner und selbst das Zusammengehen mehrerer Personen. Nicht einmal der Aufenthalt in Haustüren und Hausfluren wurde erlaubt; die Einwohner wurden aus ihren eigenen Hauseingängen verjagt, und die Gastwirte mussten ihre Fensterläden schliessen, da Heraussehende die Arbeitswilligen belästigt hätten. Unterdes geberdeten sich Polizei, Gendarmerie und Arbeitswillige als Herren der Strassen. Ausgesperrte wurden von der Polizei weggewiesen oder sistiert, von Strikebrechern beschimpft und attackiert, von Unternehmern tätlich angegriffen. Das alles tat der öffentlichen Ordnung keinen Abbruch. Aber zu Dutzenden regnete es Anklagen und Verurteilungen zu mehreren Wochen Gefängnis, weil Ausgesperrte einen Arbeitswilligen angelächelt oder auch nur scharf ins Auge gefasst oder mit einer grimmigen oder verächtlichen Miene angesehen hatten. Eine Mutter, die ihre

eigene Tochter vor dem Strikebruch warnte, entging der Anklage nicht; vor der Verurteilung schützte sie nur die Zeugnisverweigerung der Tochter! Und schliesslich hat die dortige Behörde das Ärgste geleistet, um die Arbeiter den Unternehmern gefügig zu machen, — sie hat den Belagerungszustand verhängt. Man hat das Wort *Belagerungszustand* vermieden, aber selbst der sächsische Bundesratsvertreter musste in der Sitzung des Reichstags vom 10. December zugeben, dass die angeordneten Massnahmen dem kleinen Belagerungszustand ähnlich seien. Die Amtshauptmannschaft zu Zwickau hat öffentliche Auf- und Umzüge, öffentliche Tanzvergnügen und öffentliche und nichtöffentliche Versammlungen und Sitzungen von Vereinen, soweit solche sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, verboten und den Schluss aller Gast- und Schankwirtschaften in der Zeit von 12 bis 6 Uhr nachts verfügt. Damit ist nicht bloss für die Ausgesperrten, sondern auch für alle nicht beteiligten Vereine und Berufe das Versammlungsrecht aufgehoben, den ersteren aber ganz besonders jede Verständigung über die Strikelage erschwert. Der Ukas, dessen gesetzliche Basis ebenso dunkel wie zweifelhaft ist, wird begründet mit dem angeblichen Vorkommen von Volksaufläufen und Verstössen gegen § 153 der Gewerbeordnung. Dass die letzteren von vollendeter Harmlosigkeit sind, haben wir bereits erwähnt; nirgends eine Spur von Gewalt oder Rohheit, immer nur jene stumme Abwehr zuckender Lippen und Mienen, die eine sächsische Justiz zum Terrorismus brandmarkt. Mit den Volksaufläufen hat es aber eine eigene Bewandnis: es ist die Polizei selbst, die die Arbeitswilligen in geschlossenen Truppen von Gendarmen mit geladenen Gewehren umgeben, durch die öffentlichen Strassen ziehen lässt. Wenn solche Schauspiele nicht bloss Neugier, sondern auch hier und da Entrüstung hervorrufen, so trägt daran die Polizei in erster Linie die Schuld, die sich in wirtschaftliche Kämpfe einmischte, anstatt die Arbeitswilligen ihren Weg allein finden zu lassen. Dass die Polizei auch die Controlle der Ausständigen erschwerte und beim Auszahlen der Unterstützungen nie mehr als 6 Mann im Local duldete, dass stets mehrere Gendarmen diesen Vorgang ständig überwachen und politische Unterhaltungen, sowie Erörterungen über den Strike zu ver-

hindern suchten und sogar in die Privatwohnungen hinein die Unterstützungszahler begleiten, um auch dort *ungehörige* Gespräche abzuschneiden, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Auch das Sammeln wird in rigorosester Weise unterdrückt. Den Gipfel der Polizeitaten bildete indes das Verbot der gemeinsamen Weihnachtsfeier der Ausgesperrten, die bei der Verteilung der aus allen Teilen Deutschlands eingegangenen Gaben veranstaltet werden sollte. So musste selbst das Fest des Gottesfriedens der brutalen Classenherrschaft weichen.

Die Folge dieser unerhörten polizeilichen Eingriffe ist natürlich eine ungeheure Entrüstung der deutschen Arbeiterschaft allerorts, die in zahlreichen Protestversammlungen, sowie in ungeahnter Steigerung der Opferwilligkeit zum Ausdruck gelangt. Mit dieser Wirkung der Polizeitaten können also die Ausgesperrten wohl zufrieden sein. Auch in anderer Hinsicht verfehlt das polizeiliche Vorgehen völlig seine Wirkung. Da die Arbeiter in Crimmitschau sich nicht versammeln dürfen, so wandern sie fast täglich in grossen Scharen nach der kaum 2 Stunden entfernten Grenze und besprechen dort auf altenburgischem Boden ihre nötigsten Angelegenheiten, ausserdem werden jetzt in allen deutschen Städten Massenversammlungen für sie abgehalten. Die deutsche Arbeiterklasse stellt ihr Versammlungsrecht den Entrechteten hilfsbereit zur Verfügung.

Die Ausgesperrten hatten nach ihrer Entrechtung durch die Polizei eine Abordnung an den Minister des Innern geschickt, die dieser aber gar nicht erst vorliess, sondern an die untersten Instanzen verwies, deren erste den Ukas der Amtshauptmannschaft bereits bestätigt hat. Indes ist der Regierung doch nicht wohl bei ihrem Vorgehen. Sie hat denn auch kurz vor Weihnachten einen besonderen Vertreter, Herrn Dr. V. Böhmert, ins Strikegebiet entsandt, der im Sinne des Ausgleichs wirken sollte. Es ist dabei zu folgenden Vergleichsvorschlägen gekommen: »Es wird anstatt des jetzt bestehenden 11stündigen und des gewöhnlichen 10stündigen Arbeitstages ein 10½stündiger Arbeitstag vereinbart. Die Unternehmer stellen in Aussicht, nach einem Jahre die Arbeitszeit um eine weitere Viertelstunde zu verkürzen und vor Ablauf von 3 Jahren in neue Verhandlungen mit den Arbeitern über eine Verkürzung des Arbeitstages auf 10 Stunden einzutreten. Beide streitenden Teile reichen

sich die Hand zum Frieden. Massregelungen sollen von keiner der beiden Seiten stattfinden.« Die organisierten Arbeiter sind, wie Dr. Böhmert selbst mitteilt, nicht abgeneigt, auf dieser Grundlage Frieden zu schliessen. Die Unternehmer stossen sich indessen an dem letzten Punct, betreffend die Massregelungen. Ihrer Angabe nach seien »sachliche Schwierigkeiten vorhanden, dieselbe Zahl von Arbeitern, wie früher, jetzt schon zu beschäftigen.« So geht der Kampf einstweilen weiter. Es steht zu hoffen, dass den Arbeitern der Sieg zufällt.

× ×
Ein anderer Classenkampf ist im TOPFERGEWERBE entbrannt, wo der *Verband der deutschen Ofenfabrikanten* eine Aussperrung der organisierten Arbeiter an nahezu 20 Orten verfügte, um die Beendigung der Strikes in Velten und Fürstenwalde zu erzielen. Wir haben über diese Strikes bereits berichtet, und es ist nur nachzutragen, dass die Situation sich dort nicht geändert hat; nur complicierter ist sie durch die Aussperrung geworden, da die Arbeiter durch die Androhung noch weit weniger gewillt sind, ohne irgend welchen Erfolg nachzugeben. Der Unternehmerverband begnügt sich aber nicht mit der Forderung der Beendigung der Strikes; er verlangt auch allerorts, dass die Arbeiter aus ihrer Gewerkschaft austreten. Ein solches Verlangen ist von Gewerbegerichten schon mehrfach als die guten Sitten verletzend verurteilt worden, und ein staatlicher Gewerbeinspector (im Bezirk Arnsherg) empfahl den Arbeitern sogar in solchem Falle den Schein Austritt und die heimliche Fortsetzung der Mitgliedschaft; die Not mache die Heuchelei zur Tugend! Die Arbeiter, um die Aussperrung zu vermeiden, gaben an manchen Orten nach und traten vom Verbands zurück mit dem Bewusstsein, dass das alte Organisationsverhältnis bald wiederhergestellt sein werde. Trotzdem beharrten die Arbeitgeber auf der Aussperrung; sie erklärten, dass es den Arbeitern mit dem Austritt doch nicht ernst sei. In Schweidnitz wurde sogar verlangt, die Arbeiter sollten sich dem (Hirsch-Dunckerschen) Gewerkverein anschliessen, was für die meisten unmöglich war, da dieser keine socialdemokratisch gesinnten Arbeiter aufnimmt. So sind circa 1500 Arbeiter ausgesperrt und dadurch die Zahl der Ausständigen auf 2400 erhöht; zugeich wurde, um die Arbeiter besonders zu schädigen, über Berlin die Warensperre verhängt.

Den grössten Schaden von dieser unsinnigen Action dürften die Ofenfabrikanten selbst haben, sowohl in wirtschaftlicher, als in moralischer Hinsicht. Ihre Herausforderung der Arbeiter bewirkt, dass die ganze Gewerkschaftsbewegung hinter den in ihrem Coalitionsrecht Bedrohten steht und den Kampf gemeinsam führen wird; das dürfte für die Unternehmer eine sehr kostspielige Sache werden, die sie besser vorher überlegt haben sollten. Jedenfalls werden sie künftig kaum wieder mit dem Feuer des Classenkampfes spielen.

× Von Interesse in diesem Kampfe ist übrigens das Verhalten der JUSTIZ. In neuerer Zeit haben sich die Prozesse gehäuft, in denen Arbeiter wegen Ausübung eines Coalitionszwanges der Erpressung angeklagt wurden, und in mehreren Fällen erfolgte auch die Verurteilung. Da § 253 des Strafgesetzbuches keinen Unterschied macht zwischen coalitionsfördernder und coalitionsfeindlicher Nötigung, so müsste aus Gründen der Gerechtigkeit auch gegen die Unternehmer Anklage wegen Erpressung erhoben werden, zumal alle Umstände mit denen der früheren Prozesse gegen Arbeiter übereinstimmen. Vergeltens wartet man aber auf ein Einschreiten der Staatsgewalt; die Unternehmer dürfen sich straflos erdreisten, was Arbeiter mit schweren Gefängnisstrafen büssen müssen.

Das Vertrauen in die herrschende Strafrechtspflege ist überhaupt durch eine Reihe anderer Vorgänge aufs schwerste erschüttert worden. In Breslau haben bürgerliche Richter einen Maurer zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt, der sich eines einfachen Hausfriedensbruches und leerer Drohungen schuldig gemacht und einem Arbeitswilligen auf die Zehen getreten hatte. Ein Gewerkschaftsbeamter wurde mit 3 Monaten Gefängnis bestraft, weil er zu Arbeitswilligen gesagt hatte: »Mit Eurem Verhalten wird sich die nächste Versammlung befassen.« Ein anderer Gewerkschaftsleiter erhielt dieselbe Strafe für die Worte: »Ihr seid Strikebrecher, wir werden Euch das schon anstreichen.« Und 9 Monate kostete der Steinwurf eines Strikenden, der niemanden verletzt hat. Das sind Urteile, die weder mit dem Buchstaben noch mit dem Geist des Gesetzes in Einklang zu bringen sind, sondern einzig als Ausdruck arbeiterfeindlicher Regungen bürgerlicher Richter verständlich erscheinen. Gegen solche Rechtspflege muss die Arbeiterklasse aber um so

entschiedener Verwahrung einlegen, als die Spitze der preussischen Justiz ganz offensichtlich bemüht ist, die Anklagebehörden in den Dienst der Bekämpfung der Arbeitercoalitionen zu stellen. Das haben die geheimen Erlasse des preussischen Justizministers und des Ministers des Innern, betreffend Erhebung von Erpressungsanklagen, zur Genüge gelehrt.

× Von VERBANDSTAGEN UND CONGRESSEN ist wenig zu berichten. Die Masseure und Krankenpfleger hielten in Berlin, die Xylographen in Braunschweig ihre Verbandstage ab. Die ersteren verlegten den Sitz des Verbandes nach Berlin; die letzteren beschloßen, der *Generalcommission* beizutreten, und befassten sich weiter mit dem Lehrlingswesen und der Tarifgemeinschaftsfrage, die in der Aufstellung eines beruflichen Tarifs ihre vorläufige Lösung fand. Die Gewerkschaftscartelle von Rheinland-Westfalen erörterten auf einer Conferenz zu Essen besonders eingehend die Taktik bei Strikes; in Aussicht wurde eine ständige Berichterstattung über die Lage des Arbeitsmarktes genommen.

× In dem HIRSCH-DUNCKERSCHEN GEWERKVEREIN der Maschinenbauer hat sich der Generalrat zu einer Massnahme drängen lassen, die die bereits bestehende Kluft zwischen den *Alten* und den *Jungen* erweitert. Er hat den Führer der Düsseldorfer Opposition, Erkelenz, wegen Verächtlichmachung des Gewerkschaftsvereins ausgeschlossen. Der Tatbestand wurde gefunden in einem Aufsatz des *Gewerkvereinsboten*, in dem von *Bassermannschen Gestalten* die Rede war. Diese Art Kritik mag etwas ungewählt sein — Erkelenz hat den Ausdruck bereits zurückgenommen —, aber die Strafe der Mundtotmachung beweist, dass es dem Generalrat um die Vernichtung der unbequemen Opposition zu tun ist. Der Ausschluss wird natürlich Öl in's Feuer der Düsseldorfer Fronde sein.

× In den CHRISTLICHEN GEWERKSCHAFTEN werden die Kämpfe zwischen den einzelnen Richtungen nach dem Frankfurter Arbeitercongress noch gereizter. In Coblenz wurde ein socialer Lehrkursus der katholischen Richtung Savigny von christlichen Gewerkschaftsführern gesprengt; in demselben machte Lic. Fournelle das bemerkens-

werte Geständnis: »Es ist besser, wenn unsere Principien erst in 100 Jahren zur Geltung kommen, als wenn wir jetzt für die Arbeiter eine Lohnerhöhung durchsetzen.«

× ×
 Vom Schauplatz des UNTERNEHMER-TUMS ist das Interessanteste die 5. Generalversammlung des *Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe* in Stuttgart am 25. November. Der wichtigste Zweck dieser Organisation ist die Bekämpfung der Gewerkschaften bis zu deren Vernichtung. Die anfänglich sehr selbstbewusste Haltung dieser Herren ist aber allgemach einer recht elegischen Stimmung gewichen. Auf allen Gebieten hat ihre Taktik Fiasco gemacht. Einen Kriegsfonds von 1 Million M. hoffte man einst anzusammeln; heute reichen die Mittel nicht einmal zur ständigen Anstellung eines besoldeten Geschäftsführers. Mit der Heranziehung arbeitswilliger Ausländer bei Strikes und Aussperrungen sowie mit der Herausgabe der schwarzen Listen hat man sehr schlechte Erfahrungen gemacht; man muss zugeben, dass die Gewerkschaften stärker geworden sind und den Zuzug wirksam verhindern, und eine schriftliche Umfrage ergab sogar eine Mehrheit für Tarifverträge mit 30 Vereinen gegen 23. Das ist immerhin von nicht geringer Bedeutung, wenn auch der Ton der Generalversammlung noch immer ziemlich *scharf* gestimmt war. Auch die Bauarbeitgeber werden sich an das Verhandeln mit Gewerkschaften gewöhnen müssen, und vielleicht ist im Baugewerbe die Einführung einer Tarifgemeinschaft näher, als sie selbst zugehen wollen. In keiner Erwerbsgruppe bestehen nämlich heute schon so viele Tarifverträge, als in dieser. Die deutschen Steinsetzmeister haben ein romantisches Project ausgeheckt, mit dem sie die Arbeiter beglücken wollen. Sie schlagen die Einführung einer Tarifgemeinschaft auf der Basis einer gemeinsamen *Standesgenossenschaft* vor, bei der alle Gewerksangehörigen vom Lehrling bis zum Meister in 8 Classen eingeteilt werden und nach indirectem Classenwahlssystem eine Standesvertretung wählen sollen. Schon am 15. Februar 1904 soll der erste Abgeordnetentag dieser Art zusammentreten, um diese Idealorganisation unter Dach und Fach zu bringen. Der Vorstand des *Verbandes der Steinsetzer* (Gehilfen) hat Schritte getan, um Einfluss auf diese Vorbereitungen zu ge-

winnen und aus der bizarren Idee etwas Brauchbares für die Arbeiter zu gestalten.

× ×
KURZE CHRONIK. Die Bauanschläger Berlins, die bisher in 2 Localvereinen zersplittert waren, haben sich dem Metallarbeiterverband angeschlossen. — Der Verein der in der Wäscheindustrie tätigen Arbeiter (Weissnäher, Zuschneider, Wäscherinnen und Plätterinnen) schliesst sich der *Generalcommission* an. — Die *Generalcommission* hat zum 9. März einen allgemeinen Heimarbeitercongress nach Berlin einberufen, der allen Berufen, die an der Heimarbeit interessiert sind, freistehen soll. In Aussicht genommen sind Referate über die sociale Lage und Notwendigkeit des gesetzlichen Schutzes der Heimarbeiter, sowie über die Gesundheitsgefahren der Heimarbeit für das consumierende Publicum. Es wird das erste Mal sein, dass in Deutschland Arbeiter aller Richtungen zur Bekämpfung gemeinsamer Schäden zusammentreten werden. Um so nachhaltiger wird aber die Wirkung des Congresses sein, der bestimmt ist, die Reichsregierung auf den Weg der gesetzlichen Reform der Heimarbeitsmissstände zu drängen. Die Arbeiter rühren sich; sie haben seit dem grossen Confectionsarbeiterausstand genug Worte gehört; sie wollen endlich Taten sehen. PAUL UMBREIT

Genossenschaftsbewegung.

Das 1. Jahrbuch des *CENTRALVERBANDES DEUTSCHER CONSUMVEREINE*, herausgegeben von dem Secretair des Verbandes, Heinrich Kaufmann, ist erschienen. Es ist in gewissem Sinne ein historisches Document. Im ersten Teil gibt der Verfasser zunächst einen kurzen Überblick über die jüngere deutsche Genossenschaftsbewegung, um dann ausführlicher auf Grund von Congress- und Verhandlungsprotokollen, Pressäusserungen und Erklärungen die Verhältnisse und Vorgänge der letzten Jahre im *Allgemeinen Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften* zu behandeln, welche schliesslich zur Gründung des neuen Consumvereinsverbands führten. Den zweiten Teil bildet das stenographische Protokoll des constituierenden Genossenschaftstages — zu Dresden vom Mai 1903. Zum Schluss folgen die von den 7 im *Centralverband* vereinigten Revisionsverbänden aufge-

nommenen und vom Secretariat zusammengestellten Statistiken der Verbandsvereine. 628 Vereine gehörten am 1. October 1903 den Revisionsverbänden an, von denen 503 zur Statistik berichteten. Dieselben zählten 480 916 Mitglieder; ihr Umsatz im eigenen Geschäft betrug 113 189 619 M., im Lieferantengeschäft 13 146 991 M., zusammen also 126 326 612 M. Der Gesamtbruttoertrag belief sich auf 22 787 799 M. = 18,04%, die Unkosten auf 10 502 836 M. = 8,31%, der Reingewinn also auf 12 385 119 M. = 9,8% des Gesamtumsatzes. Diese Vereine hatten ein Betriebscapital von 29 992 883 M. (10 109 974 M. Geschäftsguthaben der Mitglieder, 3 986 246 M. Reserve- und andere Fonds, 14 960 013 M. Spareinlagen, Anleihen und Hypothekenschulden, 936 933 M. Hausanteile der Mitglieder) = 62,36 M. pro Kopf der Mitglieder. Die Zahl sämtlicher Verkaufsstellen betrug 1261. 235 Vereine hatten Grundbesitz im Werte von 17 946 691 M.

×

Eine Entwicklung, wie sie, besonders wenn man die äusseren Verhältnisse berücksichtigt, vielleicht einzig dastehen dürfte, die daher verdient, registriert zu werden, hat der junge BREMERHAVENER CONSUMVEREIN im 1. Jahre seines Bestehens genommen. Der Verein eröffnete am 1. November 1902 mit 400 Mitgliedern seine erste Verkaufsstelle. Infolge der ausserordentlich billigen Preise des Consumvereins, die um 20 bis 50% hinter den ortsüblichen Krämerpreisen zurückblieben, war der Andrang ein ungemein starker. Die erste Woche brachte 4160 M. Umsatz und 250 neue Mitglieder. Bald genügte das eine Geschäft nicht mehr; am 1. und 2. December wurde die 2. und 3., Ende December die 4. und Anfang April die 5. Verkaufsstelle eröffnet, denen im Juni und August die 6. und 7. folgten. Bereits im 1. Jahre führte die Genossenschaft neben Colonialwaren etc. Kurzwaren, Confection, Email, Steinzeug, Glas, Porcellan und Hausstandswaren. Ein weiterer Beweis für die Intelligenz und Tatkraft der Verwaltung, die sich übrigens aus Arbeiterkreisen recrutiert, ist die Art, wie sie den Petroleumbezug organisiert hat. Um nämlich den hohen Preisen zu entgehen, die die *Mannheim-Bremer* und die *Deutsch-Americanische Petroleumgesellschaft* kraft ihrer Monopolisierung des Bremerhavener Marktes der ganzen Bevölkerung auferlegen, lässt die Lei-

tung der Genossenschaft ihr Petroleum in Cisternen à 10 000 kg Inhalt direct von der Hamburger Börse kommen, füllt es am Orte in eigene eiserne Transportfässer und leitet es so in die Verkaufsstellen, wo es um 4 Pf. per l billiger, als von der Concurrenz, verkauft wird. Am Schluss des 1. 11 Monate langen Geschäftsjahres zählte die Genossenschaft bereits 2716 Mitglieder und beschäftigte ein ausserordentlich gut bezahltes Personal von 40 Köpfen. Der Umsatz dieser 11 Monate betrug 357 438 M. und der erzielte Reingewinn 18 188 M. Der vortreffliche Geist, der Verwaltung und Mitgliedschaft beseelt, macht sich auch in der Verteilung des Reingewinnes bemerkbar. 23% werden zu Abschreibungen, Dotierungen des Baufonds und zur Unterstützung notleidender Mitglieder verwandt. Von dem Rest kommt eine 4-procentige Rückvergütung zur Verteilung. Dass der Verein auch seine Pflichten gegenüber anderen genossenschaftlichen Organisationen erfüllt, ist nach alledem selbstverständlich. Er ist Mitglied des *Centralverbandes*, der *Grosscinkaufsgesellschaft*, von der er für 225 529 M. Waren bezog, und der *Tabakarbeitergenossenschaft* in Hamburg, die ihm für 2040 M. Cigarren lieferte. Wir wünschen dem jungen Unternehmen auf der eingeschlagenen Bahn ein fröhliches Weitergedeihen!

×

Ein GENOSSENSCHAFTLICHES WARENHAUS DER BAYERISCHEN STAATSBEAMTEN soll nach dem Muster des preussischen errichtet werden. Eine vor einiger Zeit in Bamberg abgehaltene Versammlung der bayerischen Verkehrsbeamten beschloss die Bildung eines Comités, das mit den Beamten und Bediensteten aller Staatsressorts in Verbindung treten soll. Natürlich hat das junge Project sofort den heftigsten Widerstand der gegenteilig interessierten Kreise hervorgerufen. Eine in Augsburg unter der Aegide des *Schutzverbands für Handel und Gewerbe* abgehaltene Versammlung von Vertretern des kleinhandleryischen Mittelstandes aus ganz Bayern beschloss, mit Petitionen um Erhöhung der Umsatzsteuern und Einführung von Branchensteuern vorzugehen. Die niederbayerische Handels- und Gewerbekammer hat auch bereits eine derartige Eingabe an die Regierung losgelassen. In der Abgeordnetenversammlung sprach der Centrums-

die Gründung von Beamtenwarenhäusern besser unterbleiben möge, und der Minister von Feilitzsch nahm die Gelegenheit wahr, um auch seinerseits derartige Gründungen als *unerfreulich* zu bezeichnen. Werden die bayerischen Beamten trotzdem den Nacken steif halten, und wird das schon vor seiner Geburt mit Erwürgen bedrohte Unternehmen trotzdem das Licht der Welt erblicken?

×

×

Die englische Frauengenossenschaftsgilde hat vor einiger Zeit eine Schrift über die englische C. W. S. herausgegeben, in der ein Capitel sich mit den ARBEITS-VERHÄLTNISSEN IN DEN FABRIKEN DER ENGLISCHEN GROSSEIN-KAUFSGESELLSCHAFT eingehend beschäftigt. Es waren zu diesem Zwecke die bedeutendsten Fabrikunternehmungen der Gesellschaft von einer Deputation besichtigt worden, und zwar wurden, wie die Berichterstatlerin, Beatrice Webb-Potter, mitteilt, die Arbeitsbedingungen nach folgenden fünf Gesichtspunkten untersucht: 1. Arbeitsräume, 2. Löhne, 3. Arbeitszeit, 4. Regelmässigkeit der Beschäftigung, 5. Coalitionsrecht.

Was die Arbeitsräume anlangt, so bezeichnet der Bericht die in den verschiedenen Gegenden des Landes angelegten Etablissements zum grössten Teil als mustergiltig. Die Arbeitsräume sind gross, hell, luftig. Besonders in den jüngeren Fabriken sind vorzügliche hygienische Einrichtungen anzutreffen, so zum Beispiel Ventilatoren, die nach Bedarf gewärmte oder — im Sommer — künstlich abgekühlte Luft zuführen. Überall sind besondere, freundlich ausgestattete Essräume vorhanden, in denen die mitgebrachten Speisen unentgeltlich gewärmt oder gekocht werden können. Vereinzelt werden auch fertige Mahlzeiten zu sehr billigen Preisen verabreicht.

In denjenigen Betriebszweigen, in denen Gewerkschaften bestehen, werden die von denselben festgesetzten oder noch höhere Löhne bezahlt. Auch ungelernte Arbeiter werden gut entlohnt. Von den 2757 beschäftigten Frauen und Mädchen (darunter 687 unter 18 Jahren) hatten 45% einen Wochenlohn von 15 sh. und darüber, 37% einen solchen von 12 bis 15 sh.

Ausserordentlich günstig stellen sich die Verhältnisse bezüglich der Arbeitszeit. Das Höchstmass, das in einer der 35 Fabriken vorkam, war 5½ Stunden wöchentlich. In 11 Betrieben wurde mehr

als 48 Stunden, in 5 Betrieben 48 Stunden und in 19 Betrieben darunter gearbeitet. Die gemachten Überstunden hielten sich im Jahre 1902 mit zwei Ausnahmen noch innerhalb der gesetzlichen Normalarbeitszeit, waren also noch keine gesetzlichen Überstunden. Sämtliche Angestellten der Genossenschaftsfabriken erhalten alljährlich 8, teilweise sogar 14 Tage Ferien unter Fortzahlung des Gehaltes.

Die Arbeit wird möglichst so eingeteilt, dass Überstunden vermieden und die Arbeiter dauernd, auch während der flauen Saison, beschäftigt werden.

Die Coalitionsfreiheit ist eine vollkommene, und sie wird auch entsprechend ausgenutzt. In einigen Fabriken ist jeder Arbeiter und jede Arbeiterin in ihrer Gewerkschaft. Die Schlichtung von Streitigkeiten findet durch ein *Vereinigtes Schiedsgericht* der Gewerkschaften und Genossenschaften statt, das so gut functioniert, dass in den letzten zehn Jahren nur vier ganz kleine Strikes, von denen der eine ein Sympathiestrike war, stattgefunden haben.

Beatrice Webb spricht zum Schluss ihrer Darstellung die Hoffnung aus, dass in diesen englischen Genossenschaftsfabriken die Arbeit entsprechend den Worten des Dichters William Morris noch in immer höherer Masse durch ein den Verstand beschäftigendes Interesse, durch Verschiedenheit, durch Abwechslung, durch angenehme Arbeitsräume und nicht ermüdende kurze Arbeitszeit dem Arbeiter lieb gemacht werden möge.

×

×

KURZE CHRONIK. Aus Rücksicht auf die nötige Kündigungsfrist soll das Verbot der Beteiligung an Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften für die Dresdener Communalarbeiter erst Ende 1905 in Kraft treten. — Angefeuert durch das Dresdener Beispiel haben sich die Holzmindecker Krämer mit einer Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung gewandt, dort das gleiche Verbot zu erlassen; die Eingabe wurde einer Commission überwiesen. — Am 14., 15. und 16. November fanden in Magdeburg Vorstands- und Ausschusssitzungen des *Centralverbandes deutscher Consumvereine* statt, in denen Heinrich Kaufmann endgiltig als Verbandssecretair bestellt und die Gründung einer offenen Handelsgesellschaft unter der Firma *Verlagsanstalt des Cen-*

tralverbandes deutscher Consumvereine von Heinrich Kaufmann & Co. beschlossen wurde, die die Führung der kaufmännischen Geschäfte des Secretariats übernehmen soll. — Am 21. November wurde in Gegenwart von circa 1000 Delegierten die in der Nähe von Glasgow gelegene neue Mühle der schottischen Grosseinkaufsgesellschaft eröffnet. — Der Genossenschaftsboycott der Krämer von St. Helens hat mit einem vollständigen Misserfolg geendet. Die dortige Genossenschaft hat während der Dauer des Kampfes 750 neue Mitglieder gewonnen und ihren wöchentlichen Umsatz um 7,500 sh. erhöht. — Der Centralrat des britischen Genossenschaftsverbandes hat beschlossen, in Manchester und Glasgow, den Verwaltungszentren der beiden Grosseinkaufsgenossenschaften, Schulen für Geschäftsführer zu errichten. Es sind 2 Classen mit je 2 Stufen vorgesehen. Die Schüler haben sich vor ihrer Zulassung über genügende Kenntnisse in der Buchführung auszuweisen. Für den Cursus in Manchester haben sich bereits über 50 Teilnehmer angemeldet. — Eine neue genossenschaftliche Zeitung *La Cooperativa* erscheint seit dem 1. November 1903 in Argentinien.

GERTRUD DAVID

Geistige Bewegung

Innerhalb der **ARBEITERBILDUNGS-SCHULE BERLIN**, die jetzt in ihrem 13. Jahr steht, beschäftigt man sich wieder einmal mit den Fragen der Reorganisation und der Ausdehnung des Arbeitsgebiets. Diesmal handelt es sich nicht um die Existenz der Schule, die gesichert ist, wohl aber um eine weitere und bedeutsamere Wirksamkeit, als sie ihr heute beschieden ist.

Mit hochgespannten Erwartungen hat man sie 1891 ins Leben gerufen. Liebknecht war Referent in der Gründungsversammlung, und er bewahrte seiner Schöpfung die Treue bis ans Ende. Tausende strömten durstig der neuen Wissensquelle zu, die in 6 überfüllten Localen der verschiedenen Stadtteile sprudelte. Die bürgerliche Presse war voll davon. Und nach 5 Jahren war die Schule angelangt bei 2 Schulen und 200 Schülern. Manche Erweiterungen des Arbeitsgebiets: Errichtung einer Lesehalle, Referentennachweis für die Berliner Arbeiterbewegung, literarische und künstlerische Veranstaltungen mannigfacher Art hatten

ihr neue Bedeutung verliehen — aber das eigentliche Wirkungsfeld war mehr und mehr zusammengeschrumpft und drohte ganz zu veröden. 1897 wurde mit kräftiger Hand gejätet und weise Selbstbeschränkung geübt: man concentrierte sich auf ein Unterrichtslocal, wenige gleichzeitige Curse und gelegentliche Veranstaltungen besonderer Art. Seitdem steht die Schule gefestigt. Es ist ein Zeichen gesunder Entwicklung, wenn die dort geschulten Kräfte heute weiterdrängen, hinaus über den bescheidenen Rahmen einer kleinen, nach Mitgliederzahl, Lehrstoff und Lehrkräften beengten Anstalt. Freilich gilt es auch heute noch, mit dem Mass der vorhandenen Kräfte zu rechnen, und die Geschichte der eigenen Entwicklung hemmt von selbst jeden Ritt ins Grenzenlose. Aber mit Recht findet man das, was heute geleistet wird und mit den vorhandenen Mitteln auch nur geleistet werden kann, unzureichend: nach Umfang und Wirksamkeit.

Seit der Reorganisation, die mit dem October 1897 wirksam wurde, sind bis 1. April 1903 in 17 Unterrichtsquartalen — die Sommermonate sind schulfrei — 58 Curse zu 10 Stunden abgehalten worden, von denen 16 auf Geschichte, je 15 auf Nationalökonomie und Redebung, 8 auf Naturerkenntnis, 4 auf Gesetzeskunde entfallen. Tätig waren dabei 20 Lehrer, unter denen manche Namen von bestem wissenschaftlichem Klang. Einer davon hielt 21 Curse, drei je 5, einer 4, drei hielten 2, zwölf nur 1 Kurs ab: ein Mangel an Stetigkeit, der bei einer Schule noch mehr als bei einer freien Akademie von Nachteil sein muss. Umgekehrt weisen die letzten Quartale grössere Stetigkeit, aber zu wenig Mannigfaltigkeit der vorhandenen Lehrkräfte auf. Namentlich für die Geschichte ist der Wechsel der Lehrer sehr gross. Sehr gering ist die Zahl der über Gesetzeskunde veranstalteten Curse, denen freilich ein Teil der zur Nationalökonomie gezählten zugechnet werden kann. Im Jahre 1902-1903 wurden beispielsweise behandelt: II. Quartal 1902: Literaturgeschichte bis zur Gegenwart (Dr. Rudolf Steiner); Borsen und Banken (Georg Bernhard). III. Quartal: Geld und Währung (Bernhard), Entwicklung des Weltalls und das sociale Leben der Tiere (Steiner); Geschichte des Socialismus seit dem Altertum mit besonderer Berücksichtigung der Staatsverfassungen (Max Schütte). I. Quartal 1903: Deutsche Reichsfinanzen

und Steuerwesen (Bernhard); Anatomie des Menschen (Steiner); Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Schütte). — Ausserdem in jedem Quartal Übungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz (Steiner).

Wäre das ein Ausschnitt aus dem Vorlesungsverzeichnis einer Universität, in dem es ausserdem an einleitenden und encyklopädischen Vorlesungen nicht fehlte, so wäre dieses Programm sehr schön und zweckdienlich. Für sich allein muss es unzulänglich und, zumal in Geschichte und Naturerkenntnis, in seiner bunten Durcheinanderwürfelung wenig zweckmässig erscheinen. Es handelt sich hier nicht um Vorwürfe gegen die Lehrer, die unter so schwierigen Verhältnissen Mühe haben werden, eine Eintönigkeit zu vermeiden und den älteren Schülern stets Neues zu bieten. Die Ursache ist äusserlicher und doch zugleich tiefer zu suchen.

Das IV. Quartal 1897 wies 292 Mitglieder (davon 41 weibliche) auf, von denen 98 keinen, 150 einen, 40 zwei und 11 drei Curse besuchten. Das I. Quartal 1898 zählte 318 Mitglieder (47 weibliche), von denen 195 einen oder mehrere Curse besuchten. Und im letzten Geschäftsjahr zählte man in den 3 Quartalen 444 (52 weibliche) Mitglieder, von denen 261 — 369 (49), von denen 300 — 459 (62), von denen 337 Hörer waren (255 in einem 67 in zwei, 11 in drei, 4 in vier Cursen). Aus der Bibliothek, die 1556 Bände zählte, wurden von October bis März 957 Bände an 315 Mitglieder (in 3 Quartalen 1901-1902 1560 Bände) verliehen.

Die Einnahmen betragen im letzten Geschäftsjahr 1189,41 M. an Vereins- und 1951,75 M. an Schuleinnahme: zusammen 3141,16 M. — die Ausgaben: 1506,06 M. an Vereins- und 1730 M. an Schulausgaben: zusammen 3236,06 M. Der Casenbestand sank vom 31. März 1902 bis 1903 von 2917,18 auf 2822,28 M. und betrug am 1. October 1903 noch 2569,65 M. Unter den Einnahmen waren 1145 M. Schulgeld, 869 M. Beiträge, 305 M. Geschenke — unter den Ausgaben 1205 M. Honorare.

Sonntagsversammlungen mit Vorträgen fanden 9 — seit October 1897 waren es 63 — statt. Ausserdem wurden ein Schiller- und ein Heine-Abend veranstaltet. Auch früher gab es literarische und Kunstabende, wie auch den Stiftungsfesten ein würdiger, künstlerischer Charakter verliehen wird.

Was aber geht aus den Zahlen hervor? Zunächst eine recht geringe äussere, finanziell in neuerer Zeit sogar eine ungünstige Entwicklung der Schule — vor allem aber ihre im Verhältnis zur Arbeiterbewegung Berlins minimale Bedeutung. Hier liegt keine Schuld der Verwaltung vor, die nach ihren Kräften ihre Schuldigkeit zu tun sucht — wohl aber eine Schuld oder doch ein Mangel unserer gesamten Bewegung. Die Mitgliederzahl gering, finanziell ein Hängen und Würgen, Mangel an Lehrkräften: das ist die Frucht zwölfjähriger, vom Geiste Wilhelm Liebknechts erfüllter Bildungsarbeit. Ist das die Bewährung des in tausend Volksversammlungen und Zeitungsartikeln emphatisch versicherten *Bildungsdurstes der Massen*? Ich fühle mich frei von Schwarzseherei und stelle keine überspannten Forderungen. Ich weiss, dass die *Arbeiterbildungsschule* sowohl dem Bildungsstreben als der Arbeiterbewegung wertvolle Dienste geleistet hat, und denke nicht daran, die gesamte Masse einziehen zu wollen in die Organisation planmässiger Bildungsarbeit. Aber mit all diesen Vorbehalten muss es einmal gesagt werden: Die Berliner Arbeiterschaft steht in ihrer Bildungsbewegung sowohl hinter dem, was innerhalb der gleichen Bewegung beispielsweise in Wien und Paris geleistet wird, wie hinter den bürgerlichen Bildungsbestrebungen am eigenen Orte weit zurück. Die Geschichte der *Arbeiterbildungsschule* ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung!

Wie ist hier zu helfen? Wir brauchen mehr Hörer, wesentlich mehr Lehrkräfte und vor allem mehr Geld! Wenn die Leiter der politischen wie der gewerkschaftlichen Bewegung Berlins, denen aus dieser Schule schon so viele wertvolle Mitarbeiter zugeflossen sind, wirklich Sinn haben für die Bedeutung der Bildung, sowohl im Classenkampfe wie für den idealen Wert des Lebens, dann müssen sie sorgen, dass der Schule eine bestimmte und zwar erhebliche Einnahme, etwa ein gewisser Procentsatz der eigenen Einkünfte, gesichert und dass für den erforderlichen Zufluss an Mitgliedern dauernde und lebhaft propagandistische Organe vorhanden sind, lassen sich leicht lösen, wenn einmal der leidige Geldmangel beseitigt wird. Nicht an einzelne, wohlthätige

Genossen richtet sich dieser Appell. Es erschiene mir unwürdig, könnte die riesige Berliner Arbeiterbewegung, die über Hunderttausende Mark und Tausende Menschen verfügt, nicht aus eigener Kraft die Mittel zur Vertiefung ihrer Kampfesarbeit und zur Hebung ihres geistigen Niveaus aufbringen. Mögen die Pläne auf Erweiterung und Fortbildung der Schule auch ausserhalb ihres engeren Kreises, bei den berufenen Vertretern der Berliner Arbeiterschaft das notwendige Verständnis und Entgegenkommen finden!

×

Die **NEUE FREIE VOLKSBUHNE IN BERLIN**, die seinerzeit durch die Secession eines Teils der alten *Freien Volksbühne* entstand (vergl. *Socialistische Monatshefte*, 1903, II. Bd., pag. 631), hat in ihrem letzten Spieljahr (1. September 1902-1903) ihre Mitgliederzahl von etwa 1500 auf 2600 gesteigert und zählt jetzt rund 3600 Mitglieder in 4 Abteilungen. Vereinsvorstellungen fanden 24 statt, ausserdem 24 ausserordentliche Schauspiele und 13 Opern- und Operettenvorstellungen, 4 Feste, 4 Dichter- und Kunstabende. Die Einnahmen betragen 30742,35, die Ausgaben 30281,17, der Cassenbestand 2342,33 M. Der Verein gibt eine Monatsschrift *Die Kunst dem Volke* heraus, die von Bruno Wille redigiert wird.

×

KURZE CHRONIK. Die Berliner *Freie Volksbühne* hat die regelmässige Veranstaltung von Dichter- und Kunstabenden in ihr Programm aufgenommen. Bis jetzt fanden statt je ein Dehmel-, Liliencron-, Beethoven- und Klinger-Abend, die sich zahlreicher Beteiligung erfreuten. Charakteristisch ist, dass die Berliner Stadtverwaltung die erbetene Überlassung von Schulsälen sowie des Bürgersals im Rathause abgelehnt hat, und zwar ohne Begründung. — Erwähnenswert sind auch die in den Berliner Arbeiterorganisationen vom Genossen Dr. Max Alberty veranstalteten Kunstabende, die durch die Veredelung des Vereinsfestewesens von dauernder Bedeutung werden dürften. — Im Berliner Gewerkschaftshaus fand, wie in früheren Jahren, eine Ausstellung empfehlenswerter *Jugendchriften* und guter *Kunstblätter* statt, die zahlreichen Besuch hatte. — Die in Dresden am 1. October eröffnete *Volksleschale*, die sich auch durch Behaglichkeit und kunstsinige Ausstattung auszeichnet, hat sofort einen so starken Zudrang gefunden, dass

Absperrungen erfolgen mussten: sie ist freilich die einzige ihrer Art in Dresden. Hier sei übrigens bemerkt, dass die früher hier erwähnte Dresdener Lesehalle (vergl. *Socialistische Monatshefte*, 1903, II. Bd., pag. 724) nun auch socialistische Literatur auflegt.

SIMON KATZENSTEIN

Frauenbewegung

An der 2. deutschen Konferenz gegen den internationalen MÄDCHEN-HANDEL, die am 28. October in Berlin stattfand, haben sich die Frauen lebhaft beteiligt. Sie waren es, die, wie früher schon und oft im Gegensatz zu vielen Männern, den sozialen Untergrund und die wirtschaftliche Bedingtheit dieses modernen Menschenhandels kennzeichneten. Im ganzen steht man freilich der Frage noch so hilflos gegenüber, wie es gar nicht anders möglich ist, wenn man statt der Ursache die Wirkung, statt der Krankheit das Symptom bekämpft. Der Jahresbericht meinte, man müsse sich darauf beschränken, gegen die Mädchenhändler vorzugehen, einige strafrechtliche Vorschläge wurden discutiert und im übrigen von allen Seiten der Wunsch nach Belehrung über die Art und Weise, wie man die Arbeit anzufassen habe, geäussert.

×

Der **OSTDEUTSCHE FRAUENBUND** hat auf seiner constituierenden Tagung in Bromberg sein künftiges Arbeitsgebiet in glücklichster Weise dadurch umgrenzt, dass er aus der Fülle der Materien nur 2 Gegenstände auswählte, um sie in den Mittelpunkt der diesmaligen Beratung zu stellen. Diese Selbstbeschränkung ermöglichte die gründliche, den Verhältnissen im Osten besonders Rechnung tragende Behandlung der Armen- und Waisenspflege und des Fortbildungsschulwesens. Die in Hamburg beschlossene Gründung einer Centrale für Waisenspflege wurde auch hier als notwendig bezeichnet. Ebenso wurde, und zwar unter Befürwortung von Männern, der obligatorische Fortbildungsunterricht für weibliche Handlungsangestellte verlangt.

×

Dem österreichischen Parteitag vorausgehend hat am 8. November eine **SOCIALDEMOKRATISCHE FRAUEN-CONFERENZ** in Wien stattgefunden, an der 60 Delegierte sich beteiligten und bei der auch der Partei- und Landesvorstand, sowie die *Gewerkschaftscommission* vertreten war. Man beriet über Arbeiterin-

nenschutz, die politisch-agitatorische und gewerkschaftliche Betätigung der Frau und die Consumvereinsfrage, und zwar in so sachlicher und zielbewusster Weise, dass die *Arbeiterzeitung* ihr Urteil in die Worte zusammenfassen konnte: »Aus bitterster Not geboren, ist unsere Frauenbewegung ein Product wirtschaftlicher und cultureller Notwendigkeit. Daher ihr tiefer sittlicher Ernst, ihre schlechte Pflichttreue, daher aber auch die besondere Form des dem Weibe eigenen brennenden Eifers... Fast kein pathetisches Wort, keine klingende Phrase; aber mit grösster Leidenschaft haben sie die trockensten Paragraphen ihres Organisationsstatuts erörtert und sich über die praktischste Methode der Verbindung gewerkschaftlicher mit politischer Agitation verbreitet... Sie sprechen mit einer Sachkunde und Gründlichkeit, die manchem socialpolitisch tätigen Parlamentarier dringend zu wünschen wäre... Von den Beschlüssen sind hervorzuheben bei Punct I *Agitation und Organisation*: Einführung von Krankenzuschüssen und Entbindungskostenbeiträgen, Heranziehung von Frauen zu allen Besprechungen und Actionen der politischen Organisationen. Bei Punct II *Arbeiterinnenschutz* stellte sich die Konferenz auf den Boden der Minimalforderungen des socialdemokratischen Parteiprogramms und forderte insbesondere die allmähliche Einführung des Acht- respective für gesundheits-schädliche Betriebe des Sechsstundentags, Erhöhung der Altersgrenze der jugendlichen Arbeiter auf 18 Jahre, Verbot der Nacharbeit für Frauen und Jugendliche, und den freien Sonnabendnachmittag; ferner Ausdehnung der Gewerbeinspection auf den Kleinbetrieb — eine Forderung von höchster Wichtigkeit, da gerade hier die Ausbeutung am schlimmsten ist —, Einführung weiblicher Gewerbeaufsichts-beamtinnen und die Zuziehung von Arbeiterinnen als Controlorgane. Der Wöchnerinnenschutz soll auf 8 Wochen nach der Niederkunft verlängert und für diese Zeit ein Krankengeld in der vollen Höhe des Lohnes verlangt werden. Bezüglich der übrigen Puncte wird eine energische Anteilnahme am politischen Leben, Unterstützung der Arbeiterinnenpresse und eine wirksame Propaganda der Consumvereinsbewegung befürwortet (vergl. die Rubrik *Genossenschaftsbewegung* in den *Socialistischen Monatsheften*, 1903, II. Bd., pag. 959). Aus dem Bericht des Frauenreichscomités ist noch hervorzuheben,

dass von etwa 7000 organisierten Arbeiterinnen ungefähr 3000 auf Wien entfallen. Die stärksten Organisationen sind die der Tabak- und der Heimarbeiterinnen.

X

X

Im schweizerischen Canton Aargau wurde durch Volksabstimmung mit 22 653 gegen 7608 Stimmen ein vergleichsweise weitgehendes ARBEITERINNENSCHUTZGESETZ angenommen, dessen Hauptbestimmungen sind: An Vorabenden der Sonn- und Festtage Schluss der Arbeit um 4 Uhr, Verbot des Mitnachhausegehens von Arbeit, Überwachung auch der Kleinbetriebe, sechswöchige Schutzzeit der Wöchnerinnen, Ausschluss der Mädchen unter 18 Jahren und der Schwangeren von der Überzeitarbeit, Lohnzuschlag von 25% für Überzeitarbeit, mindestens 10stündige Nachtruhe, Sitzgelegenheit für Ladnerinnen u. s. w. Zu vermischen ist hier eine Bestimmung bezüglich des Wöchnerinnen zu zahlenden Krankengeldes, ohne das jeder Wöchnerinnenschutz illusorisch wird. Auch hat man sich nicht zur gesetzlichen Festlegung des Zehnstudentages entschliessen können.

X

X

KURZE CHRONIK. Die 4. Generalversammlung des *Bundes schweizerischer Frauenvereine* beschäftigte sich mit Vorberatungen zum Entwurf eines neuen Civilrechtes, mit der Frage der Mutterschaftscassen und der Gründung von Käuferverbänden zur erzieherischen Einwirkung auf das kaufende Publicum und die Ladenbesitzer. Ausserdem wurde der Beitritt zu dem grossen *Internationalen Frauenrate (International Council)* beschlossen. — Der Magistrat von Charlottenburg hat die Anstellung einer Schulärztin für die höheren Mädchenschulen angeordnet. (Und die Volksschulen, deren Schülerinnen die ärztliche Fürsorge doch nötiger haben? Warum nicht auch für sie eine Ärztin?) In Dänemark hat das Ministerium einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den allen steuerzahlenden Männern und Frauen das communale Wahlrecht erteilt, die proportionale Wahl und die geheime Abstimmung für alle communalen Wahlen eingeführt werden soll. — In einer Artikelreihe der parlamentarischen Beilage der *Frauenbewegung*, auf die noch zurückzukommen sein wird, wird dargetan, in wie hohem Masse die Frauen an der bevorstehenden Reform des Strafrechts interessiert sind und dass sie alles aufbieten sollten, bei den Vorbera-

tungen gehört zu werden und die tätige Anteilnahme der Frauen an der Rechtsprechung durchzusetzen. — Gegen die gesetzliche Einführung des Zehnstundentages für Fabrikarbeiterinnen hat der *Centralverband deutscher Industrieller* fast alle größeren Unternehmerorganisationen der Baumwollindustrie ins Feld gerufen. Und dies im Angesichte der neuesten Enquête des Reichsamtes des Innern und der günstigen, auch für die Unternehmer günstigen Erfahrungen, die man überall mit der Verkürzung der Arbeitszeit gemacht hat! — Die Pioniere des Zehnstundentages, die wackeren Weber und Spinner von Crimmitschau, stehen noch im Kampf. Drei Fünftel der Stricken sind Frauen; in ihrem treuen Aushalten bezeugt sich die gewerkschaftliche und politische Reife der Frau, in den warmen Kundgebungen und finanziellen Beisteuern aus allen deutschen Gauen die allgemeine Sympathie mit den Kämpfenden und ihren gerechten Forderungen. — Im abgelaufenen Quartal haben sich die Genossinnen Greifenberg, Kähler, Tietz, Zietz und Zetkin in erfolgreicher Weise durch Abhaltung von Versammlungen in der politischen und gewerkschaftlichen Agitation betätigt.

HENRIETTE FÜRTH

KUNST

Bildende Kunst

Für das FOLKWANG-MUSEUM zu Hagen (Westfalen) begann im Herbst 1902 das 2. Jahr seines Bestehens. Die Presse hat bisher wenig Notiz genommen von dieser in ihrer Art in Deutschland einzigen Schöpfung. Hervorgegangen ist sie aus den Sammlungen des Banquiers Osthaus, welche nach Liebhaberei und je nach günstiger Gelegenheit zusammengebracht waren und welche sich auf naturwissenschaftliche, ethnographische, kunstgewerbliche Gegenstände und auf Werke der Malerei und Plastik erstrecken. Als der wachsende Umfang der Sammlung zur Unterbringung einen eigenen Bau erheischte, reifte in dem Besitzer der Entschluss, seine Schätze der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Zugleich erhielt seine kunstfördernde Tätigkeit eine weitere Ausdehnung. In erster Linie sollte sie der Heimatsprovinz und ihrer Cultur dienstbar gemacht werden. Künstler von besonderer Initiative sollten vermocht werden, nach Hagen überzusiedeln, um der Industrie Vorbilder zu schaffen

und dem in einem sich bereichernden Lande notwendig vor auszusehenden Kunstbedürfnis eine vornehme Richtung zu geben. Mit tatkräftigem Idealismus ist Osthaus inzwischen zur Ausführung seiner Pläne geschritten und sucht durch sein Vorbild wie durch Überredung Einfluss zu üben.

Zunächst sah die kleine Fabrikstadt an der Ruhr durch heimische Arbeiter unter Leitung von van de Velde nach dessen Plänen den Innenausbau des Museums ausführen. Die äussere Architektur, sowie die Raumgestaltung des Innern war leider bereits vorher durch einen anderen Baumeister so weit gebracht worden, dass eine volle Einheitlichkeit nicht mehr erzielt werden konnte. Das ist sehr zu bedauern, da das Gebäude andernfalls sicherlich in vieler Hinsicht interessant und lehrreich geworden wäre. Aber in der Behandlung des Innenausbaus mit seinen Details hat der nun seit vier Jahren in Deutschland heimische Belgier, von seinem Grundprincip der Anlehnung an das moderne Zweckerfordern ausgehend, höchst temperamentvolle Anregungen gegeben: wie ein Pfeilerkopf in die Decke hinübergeleitet ist, die er trägt; wie ein Treppengeländer auf den Stufen ansetzt, indem die Stützen gleichsam auf jeder einzelnen der ganzen Breite entlang hinkriechen, um sich dann aufwärts zu wenden, dicht an die Stirnseite der nächsthöheren anlehnend und den für diese bestimmten Stab mit sich verbindend. So wird eine das Auge sehr überzeugende Verbindung zwischen allen einzelnen Elementen der Stiege hergestellt. Wie an anderen Stellen die Schränke und Schaukästen zur Flankierung von Treppen und zur Abgrenzung von Räumen verwendet werden, das zeigt van de Velde wieder in seiner Hauptstärke, die mehr nach der Richtung des praktisch Imposanten, als nach der des Zierlichen liegt. Der Gemäldesaal gab Veranlassung, coloristische Eigenschaften in der Farblosigkeit zu zeigen, wie sie für einen Gemäldeausstellungsraum einmal obligatorisch ist, was auch entgegengesetzte Versuche in den letzten Jahren uns glauben machen sollten. Die Zusammenstellung von grau gebeiztem Holz nebst gleichfarbiger Stoffbespannung der Wände mit einigen gradlinigen Zierstreifen von blankem Kupfer ist bemerkenswert. Die Metallumrahmung für das Oberlicht zeigt meines Wissens das erste Beispiel eines rein schmückenden Ornaments — abgesehen vom reinen

Flachmuster — bei diesem Constructionsfanatiker. Die Abstumpfung der Raumecken durch die Anbringung der Heizkörper, an welche sich zierliche Schaukästen für Geschmeide und Keramik anlehnen, das alles macht aus diesem Saal die vornehmste Stätte für eine Kunstsammlung, die es heute in Deutschland gibt.

Den Inhalt bilden die Gemälde, welche ihr Eigentümer selbst erst als den Kern seiner künftigen Galerie bezeichnet. Bisher sind die Farbenexperimente der Neoimpressionisten darin reichlich vertreten. Daneben macht sich eine Berücksichtigung der planvoll decorativen Malerei geltend, welche die Freilichtfarbe mit der liebevollen Charakteristik des inhaltlich Persönlichen verbindet. Einen Vorläufer finden diese Maler, von denen ich gleich sprechen werde, sozusagen in dem Renoir der sechziger Jahre, dessen Frauenbildnis in Weiss — Berlin sah es in der Secessionsausstellung von 1901 — Osthaus sich zu gewinnen wusste. Es tut hier nichts zur Sache, dass der französische Maler später andere Wege ging. Eine Männerstudie und eine Ernststimmung von goldgelber Farbe des van Gogh bezeichnen eine um etwa ein Menschenalter spätere Kunstauffassung. Diese berührt sich verwandt mit derjenigen des jungen aus Baden stammenden Malers Emil Rudolph Weiss, der vor bald einem Jahr nach Hagen übersiedelte. Berlin hatte dieser starken Persönlichkeit gelegentlich der grossen Ausstellung bei Keller & Reiner im Frühjahr 1902 Verständnislosigkeit entgegengebracht. Das Museum in Hagen beherbergt von ihm bis jetzt zwei Blumenstücke. Als nächste Arbeit wird Weiss in dem gleichfalls von van de Velde eingerichteten Musiksaal des Hauses die Wandmalerei ausführen. Neben Weiss begegnet man einer neuen Erscheinung in einem Bilde des Hamburgers Laage, an welchem neben dem Zug zur decorativen Behandlung der Farben ein sehr eigenartiger Colorismus auffällt. Diese Halbfigurenstudie von zwei kleinen Mädchen zeigt ein zum Gelb neigendes Rosa und Vergissmeinnichtblau mit etwas Korallenrot vor dem schwermütigen Violettrot einer Haidekrautlandschaft. Im Lauf dieses Jahres wird auch Christian Rohlf seinen Wohnsitz von Weimar fort und nach Hagen verlegen. Hier ist die zweite Malerpersönlichkeit, die jetzt erst durch diesen verständnisvollen Kunstfreund Würdigung findet. Bezeichnend ist

dabei die Vielseitigkeit des Geschmacks, der nicht nur den Farbenzerleger in diesem Maler schätzt, da wo er mit der französischen Schule zusammenhängt, sondern auch dessen frühe sehr detailliert realistische Landschaftsstudien erwarb.

Einstweilen verwahrt Osthaus sich freilich dagegen, dass man ihm, gestützt auf vereinzelte Erwerbungen, ein Programm nachsagt. Er selbst bezeichnet als sein Ziel neben der Förderung der bedeutsamen Erscheinungen der deutschen Kunst der Gegenwart, in seiner Sammlung ein übersichtliches Bild aller für das XIX. Jahrhundert charakteristischen Persönlichkeiten zu geben. Darin liegt schon ausgesprochen, dass in dieser historischen Abteilung das Ausland eine wesentliche Berücksichtigung erfahren muss. Eröffnet werden kann diese Absicht natürlich erst im Laufe einer längeren Zeit, besonders in Bezug auf bereits lange berühmte Meister, deren Werke meist in fester Hand sind und bei denen ein Ankauf nur gelegentlich durch glückliche Umstände gelingen kann. Unter den Künstlern, die für die Richtung dieses Planes massgebend sind, nannte Osthaus mir Böcklin, Marées, Feuerbach, Watts — der inzwischen erworben wurde —, Manet. Die Plastik ist bisher durch Meunier, Rodin und Minne vertreten. Auch hier also Gegensätze, die für eine grosse Anpassungsfähigkeit des Kunstempfindens bezeichnend sind, wie man sie bei unseren Sammlern nicht eben häufig findet.

×

Mitte November wurde die GRAPHISCHE AUSSTELLUNG DER BERLINER SECESSION eröffnet. Mit grösstenteils noch besser gesichtetem Material wurde ein erhöhtes Niveau gegenüber den vorigen erzielt. Der Raum gestattet, nur das Wichtigste zu erwähnen. Vom Ausland kam die sehr umfangreiche Collection von Auguste Rodin, jene mit fliegender Sicherheit gezeichneten Bleistiftumrisse nach allerhand Bewegungen. Darin alle die Verzeichnungen, die bei dieser Entstehungsweise natürlich sind, welche aber für den Künstler selbst in diesen Nachhilfen für sein Gedächtnis nicht störend zu sein brauchen. Den frühen Impressionismus des William Turner, der noch mit der Pinselspitze so viel Detail gab, lernt Berlin hier zuerst kennen. Whistler dagegen zeigte man noch in seiner vorimpressionistischen Periode vom Ende der fünfziger Jahre: Hafensichten mit einem virtuos gegebenen Gewimmel von

Schiffen und Menschen, eine alte Trödlerrin, umgeben von ihrem Kram — auch das früheste, etwas ängstlich spitze Blatt. In Aubrey Beardsleys Zeichnungen für den Buchschmuck behält das in breiten Flecken verteilte Schwarz-Weiss durch einige haarfeine Conturen und zitternde Punctreihen noch genug feine Beweglichkeit zur Enträtselung so complicierter Empfindungen, wie sie die Seltsamkeiten von Oskar Wildes *Salome* verlangen. Der Oesterreicher Orlik bekennt sich in den beiden Bildnissen von Max Klinger (Schabkunst) und in den Radierungen und Lithographien aus dem Leben drüben in Japan wieder zur europäischen Auffassung von Licht und Schatten, während er in den Holzschnittportraits (von Bernhard Pankok, Kolo Moser, Joseph Hoffmann) noch den ostasiatischen Lehrmeistern folgt. Unter den Deutschen ragt das Werk von Käthe Kollwitz hervor durch die immer machtvollere Beherrschung der plastischen Deutlichkeit der Erscheinung und durch immer stärkeres Zurückdrängen des rein Inhaltlichen zu gunsten der Empfindung. Ihr letztes Blatt zum *Bauernkrieg* ist keine Kampfszene, sondern eine mit rein realistischen Mitteln gegebene Symbolisierung eines Vorwärtstürens zum Ziel. Die Radierung *Totes Kind* ein unerhörtes Bekenntnis vom Mutterempfinden. Technisch interessant ist die Anwendung des weichen Ätzgrundes für die ganz grossen Blätter und mit seiner Hilfe der malerische Ton, der im Eindruck der Farbigkeit des Wirklichen sehr weit geht. Adolph Münzer machte erfolgreiche Schritte zu einer angenehm beweglichen Coloristik. Volkmann ist zum erstenmal an dieser Stelle mit seinen im Decorativen zart empfundenen landschaftlichen Lithographien ausreichend vertreten. Linde-Walther bringt selten feinfühligte Kinderstudien in Pastell, Maria Slavona höchst bemerkenswerte Katzenbilder im selben Material. Die Plastik ist durch Trubetzkoy, durch die kleinen Figürchen von Kraus und durch die Bronzen und eine Marmorbüste von Levi vertreten.

×
An sonstigem Bemerkenswerten in BERLINER AUSSTELLUNGEN brachte der Herbst: Bei Cassirer des Russen Somow Vielseitigkeit im Beleben der Cultur des Rococo und der Biedermeierzeit, wie im modernen Portrait und der Landschaft. Ferner einen Vergleich zwischen den Versuchen Munchs, allein mit den ganz star-

ken Farben decorativ vereinfachte Malerei zu leisten, mit der Kunst des Goya der beim Portrait im Schwarz und in den ganz neutralen Tönen das wirksame Steigerungsmittel einzelner starkfarbiger Effekte suchte. Bei Keller & Reiner: Die eigensinnige Sonderart des Sascha Schneider, der vorwiegend mit der Linie und mit Übergehung des Colorismus im modernen Sinne Decoration zu schaffen meint. Darauf die Zeichnungen von Ludwig Richter aus Anlass seiner Hundertjahrfeier. Von Schulte wären die stark räumlich wirkenden Schneelandschaften des Schweden Kalstenius zu nennen. Bei Hirschwald bezauberte der impressionistisch farbige Charakter der Geschmeide des Laliqe mit der unerhörten Steigerung der technischen Proceduren der verschiedenen Arten des Email und die Verwendung von Horn, Elfenbein, Bronze in Verbindung mit Gold und Edelsteinen, die ganze Vorurteilslosigkeit der Japaner in Bezug auf die Verschiedenwertigkeit der Materialien.

×
KURZE CHRONIK. Unter den Neuerwerbungen der Berliner Nationalgalerie befindet sich eine Interieurstudie (Ölfarbe) von Menzel vom Jahre 1845, welche mit vollendeter Meisterschaft die Helligkeit des Lichts gibt, also mindestens 25 Jahre vor den französischen Impressionisten einen von deren Lieblingsgegenständen vorwegnimmt. Ferner ist ein frühes Portrait von Böcklin (Bildhauer Josef Kopf) erworben. Von privater Seite wurden zwei Ölgemälde von Goya geschenkt, einen Stierkampf und ein Volksfest darstellend.— Eine Kunstgewerbeausstellung in Dresden findet vom November bis Mitte Januar stat. Das unterscheidende Merkmal gegenüber verwandten Unternehmungen bildet nach dem Programm die Vorführung einer künstlerisch und technisch vollwertigen Arbeiterwohnung und einer solchen für die Ansprüche des kleinen Mittelstandes. Schon wiederholt sind gerade in Dresden Versuche nach dieser Richtung gemacht worden. ANNA PLEHN

DIVERSA

Bücher

Die Gestaltung und Wirksamkeit der Arbeitskammern wird uns in einer kürzlich erschienenen Studie von Dr. Bernhard Harms: *DIE HOLLÄNDISCHEN ARBEITSKAMMERN, ihre*

Entstehung, Organisation und Wirksamkeit / Tübingen und Leipzig, J. C. B. Mohr / näher gebracht. Der Verfasser deckt die Schwächen und Mängel dieser Institutionen freimütig auf und liefert damit auch zur Erörterung dieser Frage in Deutschland eine willkommene Anregung. Während in einer Reihe anderer Länder, die in ihrer industriellen Entwicklung weit hinter Deutschland zurückstehen, Arbeitskammern eingerichtet sind, harrt bei uns die alte Forderung der socialdemokratischen Partei auf Errichtung von Arbeitskammern und eines Reichsarbeitsamtes noch immer der Lösung. Eine starke Anregung erhielt die Errichtung von Arbeitskammern in Holland nach den Ergebnissen einer Enquête im Jahre 1892, die eine nahezu beispiellose Willkür der Arbeitgeber und Ausbeutung der Arbeiter darstellte, ohne dass irgend ein gesetzlicher Schutz hiergegen vorhanden war. Nach einigen missglückten Versuchen aus dem Parlament heraus, für Arbeitskammern die gesetzliche Grundlage zu schaffen, kündigte schliesslich die Regierung im Jahre 1895 selbst die Einbringung eines solchen Gesetzentwurfes an. Eine rechte Zustimmung erfuhr der Entwurf der Regierung von keiner Seite, und es ist interessant, dass neben den radicalen Socialisten um Nieuwenhuis auch die socialdemokratische Arbeiterpartei entschieden den Entwurf ablehnte, weil eine Versöhnung zwischen Capital und Arbeit unmöglich sei; im übrigen forderte man Arbeiterkammern ohne Beteiligung der Unternehmer. In der Folge hielt man sich denn auch von den Wahlen zu diesen Körperschaften fern, bis später auch hier die strenge Abstinenz aufgegeben wurde und heute unsere Parteifreunde in vielen Kammern ausschliesslich die Vertretung innehaben. Die Regierung musste bei der Aussichtslosigkeit ihres ersten Entwurfs im Jahre 1897 eine neue Vorlage bringen, die dann Gesetz wurde.

Die Befugnisse der Kammern sind recht ungenügende. Streitigkeiten, die sie schiedsgerichtlich schlichten können, beschränken sich nur auf einige gewerbliche Klagen einzelner Personen; bei Strikes erkennen die Unternehmer die Vermittlung von dieser Seite nicht an. Der Verfasser betont deshalb mit Recht, dass zu einem schiedsgerichtlichen Verfahren bei Strikes eine kräftige Organisation der Arbeiter gehört; die fehlt aber in Holland. Einige sich *radical* gebärdende Socialisten

und die Anarchisten lehnen die Einmischung der Kammern gleichfalls ab, weil die Kammern zu geringe Machtbefugnisse haben. Die Unternehmer gehen in ihrer Abneigung gegen die Kammern sogar so weit, dass es wiederholt vorgekommen ist, dass Arbeiter entlassen wurden, weil sie sich als Vertreter in die Kammern wählen liessen. Die Unternehmer haben auch verstanden, durch einen passiven Widerstand die Ausführung des Gesetzes zu vereiteln. So musste die Kammer für das Buchdruckgewerbe in Leyden im Jahre 1900 aufgelöst werden, weil sich die Unternehmer weigerten, an den Sitzungen teilzunehmen. Dasselbe wiederholte sich in Breda für die Kammer der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. In Maastricht wurde die Kammer für die Tonwarenfabrikation aufgelöst, weil die Arbeiter sich weigerten, der Entlassung eines socialdemokratischen Secretairs zuzustimmen; die Unternehmer lehnten darauf jede Teilnahme an den Sitzungen ab. Ähnliche Konflikte wiederholten sich, während in einer Anzahl Kammern der Verfasser das Zusammenarbeiten beider Vertretungen als durchaus harmonisch schildert. Den Vorsitz der Kammer führt abwechselnd ein Unternehmer und ein Arbeiter, zu Schwierigkeiten hat die Praxis nirgends geführt. Der Mangel der Organisation liegt in der Berufsabgrenzung der Kammern, dem Vermeiden einer Centralisation und der geringen Machtbefugnisse bei Veranstaltung der Enquêtes. Einige der selben sind daher missglückt.

Folgt man dem Bericht der Kammer für Kattun- und Tapetenindustrie in Hilversum, so muss in Holland das Trucksystem in höchster Blüte stehen. Die Kammer hatte hier festgestellt, dass die Arbeiter, weil sie die Esswaren aus den Consumläden der Fabrikanten entnehmen müssen, 1,65 M. und darüber wöchentlich mehr an nötigen Gebrauchsartikeln verausgaben müssen, als wenn sie frei in der Wahl ihres Einkaufs wären.

Der Verfasser gibt noch zum Schluss eine Darstellung, welchen Reformen die Kammern unterzogen werden müssten. Er überschätzt die Corporationen in ihrem Ausgleich der Gegensätze zwischen Capital und Arbeit; auch dürfte bei gewerblichen Streitigkeiten ein Verfahren, wie es in unseren Gewerbegerichten gegeben ist, dem Verfahren der Arbeitskammern, die ohne richterliche Befugnisse sind, vorzuziehen sein.

ROBERT SCHMIDT